Rigueur und Stabilität:

Geldpolitische Denkweisen in Frankreich und Deutschland in ihren kulturellen und institutionellen Kontexten.
Eine Analyse im Spiegel von Wirtschaftszeitschriften

Wissenschaftliche Arbeit zur Erlangung des Diplomgrades
im Studiengang Sprachen, Wirtschafts- und Kulturraumstudien

Eingereicht am 23.09.2009
an der Universität Passau

Wissenschaftlicher Betreuer:

Prof. Dr. Christoph Barmeyer

Lehrstuhl für Interkulturelle Kommunikation

Universität Passau

Eingereicht von:

Martin Boekstiegel

Email: m.boekstiegel@gmx.de

Sprachen-, Wirtschafts- und Kulturraumstudien
Fachsemester 08

Rigueur und Stabilität: Geldpolitische Denkweisen in Frankreich und Deutschland in ihren institutionellen und kulturellen Kontexten. Eine Analyse im Spiegel von Wirtschaftszeitschriften

I. Einleitung 1

1. Hinführung zum Thema 1

2. Forschungsstand und Literaturbericht 3

II. Kultur und Wirtschaft 4

1. Kultur – eine Umschreibung 4

2. Elemente von Kultur und die Schwierigkeiten der Kulturforschung 6

3. Kultur und Institutionen 9

4. Wirtschaftsstil als Hybridkonzept zwischen Wirtschaft und Kultur 10

4.1. Stilforschung und Wirtschaftsstil 10

4.2. *Business system* und Wirtschaftsstilforschung 11

4.3. Geldpolitische Denkweisen und das Modell des *business system* 14

III. Methodische Überlegungen: Diskursanalyse zur Ermittlung geldpolitischer Denkweisen 15

1. Wissen und Diskurs, Kultur und Denkweisen 16

2. Vorgehen 18

2.1. Kontextualisierung 19

2.1.1. Die Berichterstattung in „L'Expansion" und „Wirtschaftswoche" 19

2.1.2. Geldpolitik im ausgehenden 20. Jahrhundert in Frankreich und Deutschland 21

2.2. Materialerhebung und -aufbereitung 23

IV. Geldpolitik in Frankreich und Deutschland – eine Diskursanalyse 25

1. Geldpolitik in Frankreich: Die Berichterstattung in „L'Expansion" 25

1.1. Institutionelle Aspekte der Geldpolitik: Notenbank und Regierung 25

1.2. Interne Aspekte der Geldpolitik 28

1.2.1. Inflation und *rigueur* 28

1.2.2. Inflationsursachen und Zins 30

1.2.3 Zielpräferenzen in der französischen Geldpolitik 33

1.3. Externe Aspekte der Geldpolitik: Wechselkurs und Außenhandel 34

1.4. Geld, Nationalbewusstsein und der Blick auf Deutschland 38

1.5. Die Wahrnehmung der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion 42

2. Geldpolitik in Deutschland: Die Berichterstattung in der „Wirtschaftswoche“ 44

2.1. Institutionelle Aspekte der Geldpolitik 44

2.1.1. Notenbank und Politik 44

2.1.2. Die Notenbank in ihrer Beziehung zu anderen Wirtschaftsakteuren 47

2.2. Interne Aspekte der Geldpolitik 49

2.2.1. Inflation und Stabilität 49

2.2.2. Inflationsursachen, Geldmengensteuerung und Zins 51

2.3. Externe Aspekte der Geldpolitik: Wechselkurs und Außenhandel 53

2.4. Die D-Mark, deutsches Nationalbewusstsein und der Blick auf Frankreich 54

2.5. Die Wahrnehmung der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion 57

3. Geldpolitisches Denken in Frankreich und Deutschland – eine Gegenüberstellung 60

V. Erste Erklärungsebene: Der institutionelle Kontext der Geldpolitik 63

1. Frankreich 64

1.1. Französische Unternehmen zwischen Staat und internationalem Umfeld 64

1.2. Tarifbeziehungen in Frankreich 67

1.3. Das französische Bankensystem 69

1.4. Bildungssystem und geldpolitische Eliten 71

1.5. Der französische Staat 73

2. Deutschland 75

2.1. Deutsche Unternehmen 75

2.2. Die deutsche Tarifpartnerschaft 78

2.3. Das deutsche Bankensystem 79

2.4. Bildungssystem und geldpolitische Eliten 82

2.5. Der deutsche Staat in der Wirtschaft 83

3. Institutioneller Kontext und geldpolitische Denkweisen 85

VI. Zweite Erklärungsebene: Der kulturelle Kontext der Geldpolitik 88

1. Frankreich 89

1.1. Kulturelles Leitbild: Der Adel 89

1.2. Französische Raumorientierung: Stern, Gitter und Individuum 91

1.3. Französische Zeitorientierung: Polychronie 94

1.4. *High-context*-Kommunikation in Frankreich – eine Frage der Ehre 96

2. Deutschland 98

2.1. Kulturelle Leitbilder und die Bedeutung des Geldes 98

2.2. Deutsche Raumorientierung: Große Distanzen und Abschottung 100

2.3. Deutsche Zeitorientierung: Monochronie 102

2.4. *Low-context*-Kommunikation in Deutschland 104

3. Erklärung geldpolitischer Denkweisen mit Hilfe kultureller Elemente 106

VII. Schlussbetrachtungen: Wirtschaft und Kultur, Deutschland und Frankreich – zwischen Kontrast und Komplementarität 109

Literaturverzeichnis 112

Anhang 122

« Le moulin n'y est plus, le vent y est encore. »

Victor Hugo, « Les Misérables »

I. Einleitung

1. Hinführung zum Thema

„J'ai décidé que la France sortirait de la zone Euro…", lässt das Wirtschaftsmagazin „L'Expansion" den französischen Präsidenten Lionel Jospin in einer fiktiven Vorausschau (Giret 1998) auf die ersten Jahre einer gemeinsamen europäischen Währung erklären. Es ist ein pessimistisches Szenario, in dem eines der größten Projekte der europäischen Integration bereits nach vier Jahren scheitert. Der Grund: Unüberbrückbare Differenzen zwischen Frankreich und seinem wichtigsten europäischen Partnerland, Deutschland. Die verschiedenen Ansichten darüber, ob die Europäische Zentralbank verpflichtet werden soll, Beschäftigung zu fördern und die Wirtschaft anzukurbeln, oder ob sie sich weiterhin ausschließlich der Inflationsbekämpfung widmen soll, hatten sich als unüberbrückbar erwiesen, Bundeskanzler „Schaüble [sic]" (Giret 1998) war in dieser Frage eisenhart geblieben.

Heute, mehr als zehn Jahre nach dem Start der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion wissen wir: Das Szenario hat sich als falsch erwiesen, der Euro existiert weiterhin. Dennoch war es keineswegs aus der Luft gegriffen. Die beiden Länder, die sich in den 1990er Jahren anschickten, ihre geldpolitische Souveränität auf dem Altar Europas zu opfern, hatten sich über lange Zeit in ihrer Geld-, aber auch in ihrer sonstigen Wirtschaftspolitik fundamental unterschieden. Hierbei drängt sich die Frage förmlich auf, ob es sich bei den Differenzen der rheinischen Nachbarn tatsächlich nur um Sachfragen gehandelt hat, oder ob in Wirklichkeit die Ursachen hierfür tiefer lagen – in der *Kultur* der beiden Länder.

Hinweise darauf, dass Geldpolitik sowohl in Deutschland als auch in Frankreich nicht ausschließlich auf ökonomischer Rationalität beruht und dass fundamentale Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Partnern existieren, die nicht ausschließlich als Differenzen *in der Sache* betrachtet werden können, gibt es durchaus. „Nicht alle Deutschen glauben an Gott, aber alle (glauben) an die Bundesbank" (zitiert auf web[1]), soll der französische EG-Kommissionspräsident Jacques Delors geäußert haben. In dieser Einschätzung spiegeln sich auf humorvolle Weise eine besondere Beziehung der Deutschen zu ihrer Notenbank einerseits und das französische Unverständnis darüber andererseits. Umso erstaunlicher ist es, dass eine systematische Untersuchung von

kulturellen Aspekten in der Geldpolitik bisher weitgehend unterblieben ist. Hier soll diese Arbeit ansetzen.

Es geht dabei keineswegs darum, die wirtschaftliche Betrachtungsweise von Geldpolitik zu widerlegen, vielmehr soll es Ziel dieser Arbeit sein, diese um eine kulturelle Komponente zu ergänzen und damit dem universell-rationalen *homo oeconomicus* als Leitbild der Wirtschaftswissenschaften den *homo culturalis* an die Seite zu stellen, der mit seiner Rationalität in seine Herkunftskultur eingebunden ist. Die Fokussierung der Betrachtung auf Deutschland und Frankreich verspricht dabei besonders interessant zu werden, handelt es sich doch um zwei Länder, die miteinander in engster wirtschaftlicher Beziehung stehen, ja sogar in einer Wirtschafts- und Währungsunion vereint sind und dennoch kulturell sehr unterschiedlich sind. Die Zugehörigkeit zum romanischen Kulturraum einerseits, zum germanischen andererseits, aber auch tiefgreifende Unterschiede in der geschichtlichen Entwicklung, die beispielsweise in Frankreich zur Ausbildung eines ausgeprägten Zentralismus, in Deutschland zu einem föderalen Staatsaufbau geführt haben, können hier angeführt werden.

Wenn es in dieser Arbeit um unterschiedliche geldpolitische Denkweisen in Frankreich und Deutschland gehen soll, so ist dies der Einsicht geschuldet, dass die reale Durchführung von Geldpolitik zahlreichen Zwängen und Zufällen unterworfen ist, die die Identifikation kultureller Merkmale erschweren würden. Wohl auch deshalb fehlt es noch an Studien zu diesem Thema. Wie aber Geldpolitik wahrgenommen, verarbeitet und bewertet wird, hängt stärker von den geistigen Prägungen der Betrachter ab. Hier kann angesetzt werden, um geldpolitische Fragen aus einem Blickwinkel zu beleuchten, der die wirtschaftlich-rationale Argumentation mit der kulturellen Sichtweise verbindet.

Im Rahmen dieser Arbeit soll daher zunächst eine Annäherung an den Begriff der Kultur samt der Problematik ihrer Erforschung erfolgen. In einem weiteren Schritt geht es darum, den Begriff des Wirtschaftsstils als Hybridkonzept zwischen Wirtschaft und Kultur zu erläutern und auf Basis der Wirtschaftsstilforschung das Modell des *business system* als theoretischen Bezugsrahmen für die Untersuchung vorzustellen. Gemäß diesem Ansatz sollen dann mittels diskursanalytischer Verfahren typische deutsche und französische Denk- und Argumentationsstrukturen, wie sie sich in jeweils einem Wirtschaftsmagazin der beiden Länder darstellen, ermittelt werden, um diese anschließend sowohl in ihren institutionellen als auch ihren kulturellen Kontext einzuordnen. Es soll also nicht nur beschrieben werden, inwiefern Institutionen wie der Unternehmenssektor, der Staat oder das Bankensystem auf die geldpolitischen Denkweisen Einfluss nehmen, sondern auch, wie diese zu grundsätzlichen kulturellen Eigenheiten des jeweiligen Landes passen.

Hieraus ergibt sich nicht nur ein genaueres Bild auf die Geldpolitiken in Deutschland und Frankreich, sondern es können auch mögliche Konfliktpotentiale aufgezeigt werden. Die gleichzeitige Einbeziehung von wirtschaftlichen Institutionen und einer kulturellen Komponente in den Untersuchungsrahmen soll dabei für einen Ausgleich zwischen wirtschaftlicher und kulturell geprägter Rationalität in der Betrachtung sorgen.

2. Forschungsstand und Literaturbericht

Das Thema der kulturellen Einflüsse in der Geldpolitik wurde bisher noch kaum thematisiert. In Deutschland kam in den 1990er Jahren eine Diskussion um unterschiedliche „Stabilitätskulturen“ auf, die vor allem von Gegnern der Europäischen Währungsunion angestoßen wurde. Von einer wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Thema kann also nur bedingt die Rede sein. Verwiesen sei an dieser Stelle aber auf Bofinger/Hefeker/Pfleger (1997), die sich dem Thema quantitativ nähern und nach der Auswertung von Befragungen aus ganz Europa das Vorhandensein unterschiedlicher Stabilitätskulturen verneinen. Vereinzelt wird versucht, kulturelle Einflüsse auf Geldpolitik mit den vor allem quantitativ ausgerichteten Mitteln der Wirtschaftswissenschaften zu ermitteln: Hier kann stellvertretend Eelke de Jong (2002) genannt werden, die sich bemüht hat, Zusammenhänge zwischen Hofstedes (2001) Kulturdimensionen und der Unabhängigkeit von Notenbanken aufzuzeigen. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass Kultur gewissen Einfluss hat, dieser aber schwer zu quantifizieren ist – möglicherweise auch deshalb, weil ihr quantitativer Ansatz zum Vergleich zweier qualitativer Variablen wie Notenbankunabhängigkeit und Kultur letztlich ungeeignet ist. In neuerer Zeit hat vor allem Barbara Drexler (2007) zu kulturellen Aspekten der Geldpolitik geforscht, ihr Schwerpunkt lag allerdings auf der Kommunikationsstrategie von Notenbanken. Im Unterschied zu dieser Arbeit, die die letztlich unbewusste kulturelle Bedingtheit geldpolitischer Denkweisen beleuchten soll, hat sich Drexler eher auf bewusste Anpassungen der Zentralbanken an ihre kulturelle Umgebung konzentriert.

Diese recht anekdotische Aufzählung von Einzelfällen deutet bereits an, dass mit dieser Arbeit in gewisser Hinsicht Neuland betreten wird. Dies wirkt sich notwendigerweise auch auf die zur Verfügung stehende Literatur aus, die, was die direkte Verbindung von Kultur und Geldpolitik betrifft wie gesehen sehr spärlich ausfällt. Auf der Ebene der Einzeldisziplinen, die im Rahmen dieses Themas angesprochen werden (Geldpolitik, Kultur, Wirtschaft) steht hingegen eine derartige Menge an Fachliteratur zur Verfügung, dass es nicht möglich war, diese komplett zu sichten. Die nicht empirischen Teile dieser Arbeit basieren daher vor allem auf Überblickswerken, wobei nach Möglichkeit solche Quellen verwandt wurden, die explizit oder implizit einen interdisziplinären Ansatz

verfolgten, sei es durch explizite Einordnung wirtschaftlicher Fragen in einen kulturellen Kontext – hier ist vor allem der Blick auf das französische Wirtschaftsmodell von Barmeyer/Seidel/Schlierer (2007) zu nennen – oder durch die Einordnung wirtschaftlicher Fragen in einen weiteren gesellschaftlichen Zusammenhang. Spezialliteratur wurde im Wesentlichen dazu verwandt, die verbleibenden Lücken zu schließen.

II. Kultur und Wirtschaft

1. Kultur – eine Umschreibung

Eine Arbeit, die zum Ziel hat, kulturelle Einflüsse in den geldpolitischen Denkweisen Deutschlands und Frankreichs zu identifizieren, muss sich notwendigerweise zunächst mit dem Begriff der Kultur auseinandersetzen.

Im Laufe der Zeit hat dieses Wort sowohl einen Bedeutungswandel als auch Bedeutungserweiterungen erfahren, was zum Teil die Vielzahl von Definitionen erklärt, die heute in der wissenschaftlichen Literatur verschiedenster Disziplinen zu finden sind. Alleine Kroeber und Kluckhohn führen 1954 insgesamt ca. 300 Kulturdefinitionen an. Wurde „Kultur“ zunächst als Gegenbegriff zur „Natur“ verwandt (Hansen 2003, 19), um die Veränderungen zu beschreiben, die der Mensch in der natürlich vorgefundenen Umgebung vorgenommen hatte, um diese seinen Bedürfnissen anzupassen (diese Bedeutung schwingt noch in Begriffen wie „Kulturland“ oder „Agrikultur“ mit), so bezieht sich der heutige erweiterte Kulturbegriff nur noch zum Teil auf die gegenständlichen Folgen menschlichen Wirkens in der Natur („materielle Kultur“) und umfasst auch und vor allem geistige Prozesse, die menschliche Gesellschaften dazu befähigt, die natürlich vorgefundene Komplexität ihrer Umwelt zu reduzieren und zu interpretieren, sie also ihren Bedürfnissen anzupassen (Thomas 2003, 22). Kulturen können also verstanden werden als verschiedene Lösungen, die Menschen zur Bewältigung derselben Grundprobleme entwickelt haben.

Aufgrund der großen Reichweite eines solchen Kulturverständnisses ist es kaum verwunderlich, dass viele Kulturdefinitionen nur Teile dessen abdecken, was im Allgemeinen unter dem Begriff Kultur gefasst wird. So konzentriert sich zum Beispiel Linton zunächst auf den leicht empirisch nachweisbaren, weil entweder materiell vorliegenden oder beobachtbaren, Teil der Kultur, wenn er schreibt:

> „Eine Kultur ist das Gesamtgebilde aus erlerntem Verhalten und Verhaltensresultaten, dessen einzelne Elemente von den Mitgliedern einer bestimmten Gesellschaft geteilt und weitergegeben werden“ (Linton 1974, 33)

An anderer Stelle präzisiert er jedoch,

> „daß der Begriff der Kultur Erscheinungen zumindest dreier verschiedener Kategorien einschließt: *materielle*, nämlich gewerbliche Erzeugnisse; *kinetische*, nämlich sichtbares (offenes) Verhalten […]; und *psychologische*, nämlich das Wissen, die Einstellungen und Werte, die von den Mitgliedern einer Gesellschaft geteilt werden.“ (Linton 1974, 37)

Bereits hieran lässt sich exemplarisch darlegen, dass es sich bei Kultur weniger um einen Zustand handelt, als vielmehr um einen Prozess, der, ausgehend von gewissen geistigen Dispositionen der Mitglieder einer Gruppe, deren Einstellungen und damit auch deren Verhalten, sowie die greifbaren Ergebnisse dieses Verhaltens beeinflusst.

Betrachtet man die gängigsten Kulturdefinitionen, so lassen sich – bei allen Unterschieden im Detail – einige Gemeinsamkeiten im Hinblick auf die Eigenschaften von Kultur entdecken:

So betonen die meisten Definitionen den Faktor der Überindividualität von Kultur: Sie wird von einer Gruppe von Menschen, sei sie nun geographisch („Landeskultur“), historisch-politisch („Nationalkultur“), durch Organisationen („Unternehmenskultur“) oder durch gemeinsame Eigenschaften („Jugendkultur“) definiert, geteilt. Kultur ist hierbei gleichzeitig Identifikationskriterium für die Mitglieder der Gruppe wie auch Abgrenzungskriterium (nicht zwangsläufig im konfliktuellen Sinn) zwischen den Gruppen (Huck 2005, 53f.).

Kultur ist zudem wertebezogen: Sie äußert sich in Verhaltensähnlichkeiten zwischen Individuen, die aber letztlich auf ähnliche Einstellungen, Werte und Weltanschauungen zurückzuführen sind. Diese bilden für die Gruppe ein „universelles […] Orientierungssystem“ (Thomas 1996, 112), über das diese ihre Umwelt gedanklich strukturiert und interpretiert. Kultur bestimmt, was Menschen als „normal“ (im Sinne von „der Norm entsprechend, so wie es sein soll“) empfinden (Hoecklin 1995, 24ff.). Es darf in diesem Zusammenhang allerdings vernünftigerweise keinesfalls davon ausgegangen werden, dass von den Mitgliedern einer Kultur alle Werte in gleicher Intensität geteilt werden. Vielmehr geht es darum, dass sich die Mitglieder einer Kultur anhand desselben wertebasierenden Referenzsystems selbst in dieser Kultur verorten.

Damit ist auch klar, dass Kultur kommunikative Relevanz besitzt: Da sie die Art beeinflusst, wie Menschen ihre Umwelt wahrnehmen, indem sie diese mit Symbolen und Bedeutungen auflädt (Chen/Starosta 1998, 25f.), ist Kommunikation zwischen Menschen stark vom kulturellen Kontext abhängig. Zugehörigkeit der Kommunikationsteilnehmer zur selben Kultur macht Kommunikation effektiver, da Formulierung der Botschaft durch den Sender und Verarbeitung derselben durch den Empfänger auf Basis übereinstimmender

Muster zur Interpretation der Umwelt erfolgen (Chen/Starosta 1998, 83ff.; Fleischer 2001, 309f.). Interkulturelle Kommunikation kann dagegen schwierig sein, wenn die nicht in Frage gestellten, kulturellen „Selbstverständlichkeiten“ zu Missverständnissen zwischen Sender und Empfänger führen (Wahrlich 1991, 17f.).

Kultur, wie sie bis hierher beschrieben wurde, existiert natürlich nicht aus sich heraus, sondern sie hat sich in historischen Prozessen langsam herausgebildet und verfestigt. Diejenigen geschichtlichen Erfahrungen, Ereignisse und Erlebnisse, die so prägend waren, dass sie über mehrere Generationen tradiert wurden – hierzu gehören zum Beispiel auch Traditionen oder religiöse Überzeugungen (Dorner/Klump 1996, 40) – haben Eingang in das kulturelle Gedächtnis einer Kultur gefunden und bilden das interpretative Potential, auf dessen Basis die Mitglieder einer Kultur sich in der Gegenwart orientieren können (Assmann 2007, 20-25).

Dieser Tradierung über Generationen hinweg steht auf individueller Ebene die Akquisition der Kultur durch Sozialisation des Einzelnen in dieser Kultur entgegen (Barmeyer 2000, 30f.). Kultur wird also erlernt, wie schon aus dem oben angeführten definitorischen Gegensatz von Natur und Kultur deutlich wird: Kultur ist also derjenige Teil der Grundfunktionen des menschlichen Geistes, der nicht natürlich, und damit genetisch vorgegeben, sondern „menschengemacht“ ist.

Eine auf den ersten Blick sehr einfach scheinende, aber bei genauerem Hinsehen alle genannten Aspekte von Kultur einschließende Formel haben Hofstede/Hofstede (2006, 3) entwickelt: Er betrachtet Kultur als „software of the mind“, als „mentale Programmierung“. Diese Sichtweise soll im Folgenden in dieser Arbeit übernommen werden. Schon die Ambition, kulturelle Aspekte auf dem Gebiet des Geldes zu suchen, von dem üblicherweise angenommen wird, es sei vor allem von zutiefst rationalen, universell gültigen Entscheidungen bestimmt (Priddat, Birger P. 2006, 12f.), macht dabei deutlich, dass die Aussage Demorgons (1996, 11) gilt. Er stellt klar, „que la culture n’est pas un secteur parmi d’autres mais concerne tous les secteurs“.

2. Elemente von Kultur und die Schwierigkeiten der Kulturforschung

Was die innere Struktur von Kultur betrifft, so wird zur Erläuterung häufig das von Hofstede/Hofstede (2006, 8) entwickelte Zwiebelmodell herangezogen, demzufolge Werte den inneren Kern der Kultur bilden, während sich um diesen herum in drei Schichten (betrachtet ausgehend vom Kern) das anordnet, was als kulturelle Praktiken bezeichnet wird: Rituale, Helden und Symbole. Werte werden dabei sehr weit definiert, als grundsätzliche, emotionale Präferenz für eine bestimmte Entscheidung, wobei das

Entscheidungsspektrum normativ aufgeladen und zwischen zwei Polen (z.B. gut-schlecht, schön-hässlich, erlaubt-verboten) verortet ist (Hofstede/Hofstede 2006: 9). Wichtig ist hierbei die Beachtung der emotional-unbewussten Komponente der Werte: Im Rahmen des Zwiebelmodells wird den Werten im Zeitverlauf die höchste Stabilität zugemessen, während die kulturellen Praktiken eine Tendenz zur Veränderung haben, die umso größer ist, je näher sie der Oberfläche der „Zwiebel“ liegen. Verhalten ist durch die Elemente der Kultur vorstrukturiert und beeinflusst (Barmeyer 2000, 30), was allerdings auch für alltägliche Wertungen und Haltungen gilt, die durchaus auch anderen als kulturellen Einflüssen unterliegen und deswegen nicht mit Werten im o.g. Sinn verwechselt werden dürfen.

An dieser Stelle wird wieder die gewisse Dichotomie deutlich, von der Kultur geprägt ist: Kultur äußert sich in Denk- und Verhaltensweisen, Haltungen und Wertungen, diese gründen jedoch in mentalen, größtenteils unterbewusst ablaufenden Prozessen. Dieses Verhältnis von Oberflächen- und Tiefenstrukturen wird häufig mit dem Bild eines Eisbergs veranschaulicht, bei dem sich nur ein kleiner Teil (Perceptas-Ebene) sichtbar über der Wasseroberfläche befindet, der weitaus größere und wichtigere Teil (Conceptas-Ebene) jedoch unsichtbar bleibt. Die Perceptas-Ebene ist hierbei empirisch ermittelbar (durch Beobachtung oder Befragung), während die Conceptas-Ebene unbewusst ist und deshalb auch von außen nicht direkt wahrnehmbar ist; allenfalls kann auf Basis der Perceptas-Ebene auf die Existenz und Beschaffenheit der Tiefenstruktur geschlossen werden. (Bolten 2007, 94f.), wobei immer beachtet werden muss, dass Kultur nicht die einzige Determinante menschlichen Verhaltens ist (Demorgon 1996, 11).

Gerade hierin liegt für die Erforschung von Kultur ein großes Problem: Verhalten und Meinungen sind ermittelbar und damit der Forschung relativ leicht zugänglich, nicht jedoch die zugrundeliegende, häufig recht diffuse Wertorientierung. Das System aus historisch gewachsenen Werten ist es jedoch, das den Kulturforscher interessiert, weniger die teilweise kulturell bedingten, jedoch durch multiple Sachzwänge und individuelle Präferenzen „verschmutzten“ Verhaltensweisen der Summe der Mitglieder einer kulturellen Gemeinschaft. Die Identifikation von Kulturspezifika erfordert deshalb eine multiperspektivische Herangehensweise, die so etwas wie eine kulturelle Triangulation ermöglicht: Wenn die nach mehrfachem Perspektivwechsel in einer Kultur beobachteten oberflächenstrukturellen Phänomene dieselbe Tendenz aufweisen, kann mit einiger Sicherheit die Existenz eines tieferliegenden Kulturspezifikums vermutet und versucht werden, dieses zu lokalisieren.

Diese Feststellungen haben für die Erforschung von Kultur weitreichende Implikationen. Unter anderem muss ein Betrachtungsansatz immer ausreichend weit gewählt sein. Hieraus resultiert unter anderem auch die Notwendigkeit, im Rahmen der Kulturforschung interdisziplinär zu arbeiten.

Dem gegenüber steht der Zwang zur Vereinfachung (Bolten 2001, 128): Eine Arbeit, die sich mit Kultur beschäftigt, muss komplexe Sachverhalte simplifizieren, sowohl auf der Ebene der betroffenen Einzeldisziplinen, da Kulturspezifika und kulturelle Denk- und Handlungsstrukturen, wie bereits dargestellt, diffus sind und generelle Tendenzen beinhalten, die der Präzision der Fachdisziplinen nicht einfach zugänglich wären, als auch auf der Ebene der Kulturdarstellung selbst, da Kulturen äußerst komplexe Systeme sind und von keinem noch so elaborierten Forschungs- und Darstellungsansatz erwartet werden kann, ein solches System mit seinen Determinanten und Implikationen in Gänze zu erfassen (Bolten 2007, 99f.).

Als dritte Besonderheit von kulturellen Forschungsansätzen ist die schon beschriebene Nicht-Exklusivität der Argumentation zu nennen: Es kann kein Anspruch darauf erhoben werden, eine vorgefundene Realität komplett über die ihr zugrunde liegende Kultur zu erklären. Kulturelle Aspekte können eine erklärende Determinante eines beobachteten Verhaltens bilden, sie ersetzen aber deshalb nicht auf denselben Sachverhalt bezogene wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Argumentationen, sondern ergänzen diese nur.

Bei der Durchführung kulturbezogener Forschungen haben sich zwei grundlegende Vorgehensweisen herausgebildet, die, in Anlehnung an die sprachwissenschaftliche Beschäftigung mit allgemeiner Lautlehre (*phonetic*) einerseits bzw. den in einer Einzelsprache vorkommenden speziellen Lautinventar (*phonemic*) als *etic*- und *emic*-Ansatz bezeichnet werden. Bei ersterem werden allgemeine, auf alle Kulturen anwendbare Kriterien definiert und anschließend deren konkrete Ausprägung in der zu untersuchenden Kultur erfasst. Auf dieser Basis lassen sich Aussagen über die untersuchte Gruppe treffen, vor allem aber erleichtert das etische Vorgehen den Vergleich zwischen Kulturen, die denselben Beurteilungskriterien unterliegen. Allerdings können die Ergebnisse solcher Forschungen kaum mehr als ein Grobraster bilden. Der Versuch, eine Kultur komplett über solche universellen Ansätze erklären zu wollen, bliebe unvollständig, eventuell sogar stereotypisch (Barmeyer 2000, 67ff.).

Im Gegensatz dazu fordert der emic-Ansatz, kulturelle Systeme aus sich selbst heraus zu verstehen. Primärziel ist also nicht der Vergleich, sondern die möglichst umfassende Beschreibung der untersuchten Kultur auch und gerade in ihren Besonderheiten, ohne universelle Beurteilungskriterien zu formulieren (Barmeyer 2000, 67ff.).

3. Kultur und Institutionen

Wenn diese Arbeit den Anspruch hat, geldpolitische Denkweisen nicht nur in ihren kulturellen, sondern auch in ihren institutionellen Kontexten zu untersuchen, so sind diese beiden Begriffe keinesfalls als Gegensatz zu verstehen, sondern tatsächlich handelt es sich bei beidem nur um eine unterschiedliche Tiefe der Betrachtung. Institutionen sind, so Eder (1997, 159) „geronnene Kultur“. In einem engen Sinn handelt es sich um verfestigte, mit Sanktionen belegte Regelsysteme, die das Verhalten der Menschen beeinflussen und ihnen Orientierung geben. In einem weiteren Verständnis zählen zu den Institutionen auch Organisationen, deren Vorgaben alleine aufgrund der Konsequenzen, die ein Fehlverhalten hätte, als verpflichtend wahrgenommen werden. Holl (2004, 12) merkt hierzu aus ökonomischer Perspektive an, Institutionen könnten als Ergebnis, Regel und auch Spieler eines Spiels definiert werden, d.h. sie bilden sich in sozialen Interaktionsprozessen heraus und steuern diese, wobei Organisationen mitwirken, die ihrerseits eine Sonderform der Institution darstellen (Holl 2004, 13).

Hierbei wird der enge Zusammenhang zwischen Kultur und Institutionen deutlich: Regeln und Handlungsvorgaben, aber auch Organisationen, müssen, um auf Dauer Wirkung zu erzielen, auf den kulturspezifischen Werten basieren, also das gruppenspezifische Verständnis von gut und schlecht, von richtig und falsch reflektieren. Auch andersherum kann argumentiert werden: Wenn aufgrund einer tiefen, überindividuellen und generationsübergreifenden Verwurzelung bestimmte Werte zu bestimmten kollektiven Verhaltensweisen führen, wird früher oder später ein solches Verhalten institutionalisiert und abweichendes Verhalten mit Sanktionen belegt. Ähnliches gilt auch für die Institution als Organisation, deren Handlungs- oder Wirkungsweise auf dem vorherrschenden Wertesystem basieren muss, um akzeptabel zu erscheinen.

Institutionen bilden die Verbindung des Individuums zum Kollektiv, da sie die Handlung des Einzelnen an die Wertordnung der Gruppe binden, zunächst unabhängig davon, ob das Individuum diese teilt. Institutionen binden allerdings auch die Kultur an eine außer- oder überkulturelle Realität, indem sie, als reale Manifestationen der diffusen Werte, das kulturell gewünschte mit dem Machbaren verknüpfen. Institutionen sind formgebunden und unterscheiden sich damit von Werten und Verhalten (Jones 2008, 78). Sie sind der *perceptas*-Ebene zuzuordnen und somit beobachtbar.

4. Wirtschaftsstil als Hybridkonzept zwischen Wirtschaft und Kultur

4.1. Stilforschung und Wirtschaftsstil

Kultur als mentale Programmierung der Mitglieder einer kulturellen Gruppierung (Hofstede/Hofstede 2006, 3) schlägt sich notwendigerweise in allen Lebensbereichen nieder. Kulturspezifika auf der Ebene des einzelnen Lebensbereichs zu identifizieren, ist Ziel der kulturellen Stilforschung. Müller-Armack (1944, 21) beschreibt Stil als die „in den verschiedenen Lebensgebieten einer Zeit sichtbare Einheit des Ausdrucks und der Haltung". Es geht also um ähnliche Denk- und Verhaltensweisen, die kulturell, d.h. über ähnliche Wertorientierungen und eine ähnliche Kommunikationsumgebung, begründet sind, weshalb sich kulturelle Stile sich als kommunikative Stile äußern (Bolten 2001, 135). Auch die auf der Kultur basierenden Institutionen sind Teil des Stils. Im Verhältnis zur Kultur als mentaler Programmierung ließe sich kultureller Stil also verstehen als kulturbasierte Kombination aus Institutionen und überindividuellem Verhalten, insbesondere Kommunikation, in einem separaten Lebensbereich (Wirtschaft, Politik, Management, Bildung etc.). Diese konkrete Anordnung ist allerdings stark von außerkulturellen Einflüssen und Restriktionen geprägt. Aus diesem Grund definiert Meyer (1987, 21) Stil als "replication of patterning, whether in human behavior or in the artifacts produced by human behavior, that results from a series of choices made within some set of constraints."

Die Erforschung des Wirtschaftsstils, also der Art und Weise, wie Wirtschaftsaktivitäten durch ein zugrunde liegendes kulturelles Wertesystem legitimiert werden (Klump 1996, 17), hat in Deutschland eine verhältnismäßig lange Tradition. Die Ursprünge liegen in der historischen Schule der Nationalökonomie, die die Wirtschaftsorganisation in ihrem historischen und sozialen Kontext betrachtete und dementsprechend der Entwicklung allgemeingültiger Theorien und Gesetzmäßigkeiten für das Wirtschaftsgeschehen skeptisch gegenüberstand (Kaufhold 1996, 22). Der Begriff der Stilforschung wurde entscheidend von Alfred Müller-Armack (1944) geprägt, der sich mit seiner „Genealogie der Wirtschaftsstile" in die Tradition Max Webers (2004) stellte, indem er Unterschiede im Bezug auf die Organisation verschiedener Volkswirtschaften und den ihnen zugrunde liegenden Handlungslogiken auf unterschiedliche vor allem religionshistorische Entwicklungen zurückzuführen versuchte. Erst in neuerer Zeit wurde die Idee der Wirtschaftsstilforschung wieder aufgegriffen und erneut vor allem als interdisziplinäre Forschung im Schnittpunkt zwischen Geschichts- und Wirtschaftswissenschaften betrieben (Ammon 1989; Hickmann 1996). Eine solche Vorgehensweise liefert auch der Kulturforschung wichtige Erkenntnisse, ist doch Kultur immer ein historisch entwickeltes

und sozial eingebettetes Phänomen. Allerdings bleibt eine der Grundfragen im Verhältnis von Wirtschaftsstil und Kultur hierbei unbeantwortet: Wird mit dem Begriff des Wirtschaftsstils ein Real- oder ein Idealtyp einer Wirtschaftsorganisation bezeichnet? Soll sich die Wirtschaftsstilforschung also der Frage widmen, wie eine Wirtschaft organisiert wäre, wenn es der Anpassung an realwirtschaftliche Zwänge nicht bedürfte und Entscheidungen immer auf Basis des kulturell naheliegenden getroffen werden könnten? Oder sind vielmehr auch die außerkulturellen Zwänge Bestandteil des Stils, der damit die Art und Weise bezeichnet, wie ein Wirtschaftssystem den Spagat zwischen realwirtschaftlich Notwendigem und kulturell Gewünschtem meistert? (Stemmermann 1996, 94f.; Schefold 1994, 52f.).

Nach der oben genannten Stildefinition von Meyer wären auch die äußeren Zwänge integraler Teil des Stils, der Wirtschaftsstil müsste also realtypisch betrachtet werden. Die heutige Wirtschaftsstilforschung (z.B. Ammon 1989) neigt jedoch aufgrund der geschichtswissenschaftlichen Vorgehensweise dazu, historisch überkommene Elemente im heutigen Wirtschaftssystem zu suchen, wodurch weder eine ausgewogene Beschreibung der Wirtschaft, wie sie sich heute darstellt, noch wie sie kulturell bedingt sein sollte, gelingt. Die Folge ist eine Teilexplikation, die, so wertvoll sie auch sein mag, bei Paradigmenwechseln in der Wirtschaft häufig zusätzlich an Erklärungskraft einbüßt, da realwirtschaftliche Zwänge und ihre Änderungen systematisch ausgeblendet werden. Auch der entgegengesetzte Ansatz, wie ihn Albert (1991) wählt, ist nicht unproblematisch: Er geht bei der Beschreibung des anglo-amerikanischen bzw. „rheinischen“ Kapitalismus von der realen Situation, wie sie sich ihm darstellt, aus, vernachlässigt dabei aber die kulturelle Einbettung der beschriebenen Wirtschaftsstile.

4.2. *Business system* und Wirtschaftsstilforschung

Wie aus den Ausführungen zur Wirtschaftsstilforschung hervorgeht, besteht die Schwierigkeit der Identifikation eines Wirtschaftsstils also vor allem darin, sowohl dem kulturellen Element als auch den realwirtschaftlichen Restriktionen, denen jedes Wirtschaften unterliegt, den gebührenden Raum zu bieten.

Ein Modell das sich in diesem Zusammenhang anbietet, ist das des *business systems* des Organisationssoziologen Richard Whitley (1992; 1996; 1999; 2003). Dieser bezieht sich zwar nicht auf die deutsche historische Schule der Nationalökonomie, vertritt jedoch wie diese eine skeptische Haltung gegenüber der Idee universeller, vom jeweiligen historischen Kontext losgelöster Wahrheiten in den Wirtschaftswissenschaften. Dementsprechend basiert das Modell des *business system* auch auf der Vorstellung des Fortbestehens von Unterschieden in der Wirtschaftsorganisation verschiedener Länder

trotz zunehmender Globalisierung (Whitley 1992, 5; 1999, 3; 27). Und auch Whitley sucht Erklärungen hierfür in der Geschichte der betrachteten Länder, insbesondere in deren jeweiligem Weg zur Industrialisierung, da der institutionelle Kontext, in dem Unternehmen agieren müssen, maßgeblich in dieser Zeit geprägt wurde (Whitley 1992, 37; 1999, 5). Beide Bereiche, sowohl das handelnde Unternehmen, als auch dessen institutionelle Umgebung, unterliegen hierbei ähnlichen Handlungs- und Funktionslogiken, die auf tieferliegende kulturelle Strukturen und Einflüsse zurückzuführen sind.

Ausgangspunkt der Betrachtung ist für Whitley hierbei der Staat in seinen offiziellen Grenzen, da sich sowohl die die Wirtschaft bestimmenden Institutionen als auch die zugrunde liegenden historisch-kulturellen Prägungen in erster Linie auf staatlicher Ebene gebildet haben (Whitley 1992, 37; 1999, 44). Aus dem beschriebenen Zusammenspiel erklärt er auch die unterschiedliche Art und Weise, wie sich nationale Wirtschaften an die Globalisierung anpassen: Anlehnend die Theorie der komparativen Vorteile sieht er die Spezialisierungen einzelner Länder in den Besonderheiten ihrer kulturell-institutionellen *settings* begründet, die manche Wirtschaftszweige fördern, andere jedoch benachteiligen (Whitley 1999, 23).

Business systems können damit verstanden werden als „the sum of the general practices and values that characterise both the internal organisation of business units and their relations with their external environment. The result is dominant pattern of business organisation that may vary widely from country to country." (Quintanilla 2000, 3). Das *business system* bildet also ein Geflecht (Whitley selbst spricht von "framework"), innerhalb dessen Unternehmen und Institutionen agieren und interagieren. Die Interdependenzen zwischen seinen einzelnen Elementen geben ihm eine kohärente Struktur, da sich das System in einem institutionellen Gleichgewicht befindet. Dadurch ist es relativ stabil (Whitley 1996, 42; 1999, 41). Veränderungen sind zwar möglich, allerdings reagiert das *business system* als Ganzes auf Veränderungszwänge, die von außen auf das System einwirken (Whitley 1999, 122).

Das *business system* als Analyserahmen für die Besonderheiten nationaler Wirtschaftsorganisation umfasst drei Ebenen:

Ausgangspunkt für die Betrachtung ist für Whitley das Unternehmen, wobei er dieses nicht rechtlich definiert, sondern es als Ort betrachtet, an dem relativ autonom über Grundfragen der Wirtschaftsorganisation entschieden wird (Whitley 1999, 17). Hier trifft der Markt, also ein horizontaler, dezentraler Koordinationsmechanismus, auf Hierarchie, also vertikale, zentralisierte Kontrolle und aus der konkreten Art und Weise dieses Zusammenspiels, in das neben den genannten noch weitere Funktionslogiken

hereinspielen können (Whitley 1996, 42f.), ergeben sich für das *business system* typische „Strukturmuster von Beziehungen“ (Barmeyer/Schlierer/Seidel 2007, 12) zwischen den wirtschaftlichen Akteuren, die sich unmittelbar empirisch beobachten lassen. Ein Blick auf die Unternehmensebene alleine genügt jedoch nicht, um diese zu erklären.

Aus diesem Grund wird in einem zweiten Schritt das direkte Unternehmensumfeld betrachtet, das heißt, diejenigen Institutionen, in deren Macht es liegt, mittels der ihnen zur Verfügung stehenden Ressourcen dem Unternehmen Grenzen zu setzen oder Handlungsmöglichkeiten zu eröffnen. Zu diesen sogenannten *proximate institutions* gehören der Staat (Whitley 1992, 27f.), der sowohl durch Rechtssetzung als auch fiskalisch oder direkt ins Wirtschaftsgeschehen eingreifen kann, Gewerkschaften (Whitley 1992, 32ff.) und das Bildungssystem (Whitley 1992, 31f.), die den Zugang des Unternehmens zum Produktionsfaktor Arbeit beeinflussen, sowie das Finanzsystem (Whitley 1992, 30f.), das die notwendigen Geldmittel bereitstellt. Die zunehmende Globalisierung macht es zudem nötig, auch das internationale Umfeld in die Betrachtung einzubeziehen (Whitley 2003, 3). Die auf dieser Ebene getroffenen Feststellungen dienen einerseits zum besseren Verständnis des institutionellen Rahmens, in dem die Unternehmen agieren und haben deshalb einen direkten explikativen Wert im Hinblick auf die empirischen Beobachtungen, dienen aber andererseits auch zur genaueren Identifikation der innerhalb des Unternehmenssektors sowie zwischen den wirtschaftlichen Akteuren und den *proximate institutions* vorherrschenden Beziehungsstrukturen (Whitley 1996, 51f.). Wenn man so will, könnte man auf dieser Ebene das ökonomisch-rationale Element der Betrachtung verorten: Die *proximate institutions* stellen faktische Rahmenbedingungen des wirtschaftlichen Handelns dar, etwa vergleichbar mit den „contraints“ aus Meyers Stildefinition, da jedes Unternehmen das Handeln zum Beispiel der Gewerkschaften, der Banken oder des Staates im Rahmen seiner eigenen Geschäftstätigkeit einkalkulieren muss.

Die Institutionen der unmittelbaren Unternehmensumgebung wiederum sollen auf der Ebene der kulturellen Institutionen oder *background institutions* genauer beleuchtet werden. Diese umfassen die kulturtypischen Wertorientierungen, auf denen die *proximate institutions* gründen und die bestimmte Denk- und Handlungsweisen hervorbringen, die sich in der besonderen Art der Beziehungen zwischen Wirtschaftsakteuren und *proximate institutions* manifestieren. Die Betrachtung ist hier eine primär kulturell-rationale, es geht um die kulturspezifische Art und Weise, wie die für jede (wirtschaftliche) Interaktion zwischen Menschen notwendigen Grundwerte wie Vertrauen und Autorität geschaffen und aufrechterhalten werden (Whitley 1992, 19-25). Daneben spielt jedoch auch eine Rolle, inwiefern die genannten zwei universellen kulturellen Institutionen durch weitere

Wertorientierungen ergänzt werden, die nur im Interaktionskontext einzelner Kulturen eine Rolle spielen. Bei dieser Ebene handelt es sich also um die direkte Darstellung von Kultur im weiter oben entwickelten Sinn, aus der Rückschlüsse auf die Entwicklung der Institutionenstruktur der vorhergehenden Ebene und Erklärungen für die empirisch ermittelten Fakten abgeleitet werden können.

In der Zusammenschau bietet das *business system* als Analyserahmen für den Wirtschaftsstil eines Landes einige Vorteile. So ist es hinreichend konkret, um über das einzelne nationale Wirtschaftssystem hinaus Vergleiche zu ermöglichen, dabei aber ausreichend flexibel, um Besonderheiten der betrachteten Kultur in systematischer Weise zu integrieren (Whitley 1999, 26f; 31). Insbesondere die Beachtung der verschiedenen Interdependenzen – zwischen den Wirtschaftsakteuren und in abstrakterer Betrachtung auch zwischen den Ebenen – erlaubt einen neuen Blick auf den Wirtschaftsstil als Zusammenspiel zwischen kulturellen Präferenzen und realen Zwängen, indem beide Aspekte aufgenommen, jedoch nicht in unzulässiger Vereinfachung strikt voneinander getrennt werden: Das Wirtschaften innerhalb des *business system* ist realen Rahmenbedingungen unterworfen, die zum Teil von außen an es herangetragen werden, teilweise allerdings auch aus institutionalisierten Werthaltungen resultieren, also vom *business system* selbst produziert wurden. Zudem besitzt das Modell eine ausreichende Anpassungsfähigkeit, um es auch unterhalb der Ebene des gesamten Wirtschaftssystems für die Betrachtung einzelner Aspekte heranzuziehen, was hier im Bezug auf geldpolitische Denkweisen in Deutschland und Frankreich erfolgen soll.

4.3. Geldpolitische Denkweisen und das Modell des *business system*

Wenn auch für Whitley das Unternehmen im Zentrum der Betrachtung steht und damit die Notenbanken mit der von ihnen durchgeführten Geldpolitik erst auf der zweiten Ebene in als den Unternehmenskontext strukturierende *proximate institutions* einbezogen werden, kann dennoch das Modell durch nur leichte Anpassungen auf die Betrachtung geldpolitischer Besonderheiten in Deutschland und Frankreich fokussiert werden und damit als theoretischer Ausgangspunkt dieser Arbeit dienen.

Wie die Unternehmenssphäre ist auch die geldpolitische Sphäre einer Volkswirtschaft ein Ort relativ autonomer Entscheidungen, die die Wirtschaftsorganisation grundlegend beeinflussen. Und wie auch die Unternehmen unterliegen geldpolitische Entscheidungen denselben grundlegenden Handlungszwängen und Funktionslogiken, die sich aus den institutionellen Kontexten und den kulturellen Fundamenten eines Wirtschaftssystems

ergeben. Eine empirische Ermittlung geldpolitischer Denkweisen lässt sich also durchaus mit dem 2-Ebenen-Modell von Whitley in der Adaption von Barmeyer/Schlierer/Seidel vornehmen. Zu beachten ist allerdings, dass in diesem Fall der Unternehmenssektor eine *proximate institution* der Geldpolitik darstellt, dass also Besonderheiten des Unternehmenssektors des betrachteten Landes zur Erklärung dort vorherrschender geldpolitischer Denkweisen herangezogen werden. Im Übrigen gilt jedoch nach Georg Simmel (2001), dass es sich bei Geld um eine soziale Beziehung handelt, bei der ein geringer materieller Wert einer großen Vertrauensgrundlage gegenübersteht. Insofern kann man ein Modell, das institutionelle Fragen mit einer kulturbezogenen Betrachtung verknüpft, die explizit auf die Kulturbezogenheit der Schaffung von Vertrauen abzielt, als geradezu prädestiniert für die Untersuchung geldpolitischer Denkweisen ansehen.

Der Begriff der Geldpolitik wird in der Literatur durchaus unterschiedlich definiert. Allgemein kann man hierunter „die Gesamtheit der wirtschaftspolitischen Maßnahmen mit den Zielen, für eine optimale Geldversorgung der Volkswirtschaft zu sorgen und zur Sicherung der Geldwertstabilität sowie zur Stabilisierung der konjunkturellen Entwicklung beizutragen“ (Rogall 2006, 217) verstehen, wobei diese stark inhaltsorientierte Definition wohl dem angelsächsischen Verständnis von *monetary policy* entlehnt ist. In dieser Arbeit soll explizit auch die institutionelle Dimension (*polity)* der Geldpolitik in die Betrachtung einbezogen werden, eine Notwendigkeit, die sich bereits aus dem dualen Charakter des Whitley-Modells ergibt, das sowohl interaktionsspezifische als auch institutionelle Komponenten ausweist. Die prozessorientierte *politics*-Betrachtung hingegen, die sich mit der Interessendurchsetzung innerhalb von Institutionen beschäftigt, wird tendenziell vernachlässigt, da es Ziel dieser Arbeit ist, über Einzelinteressen hinausgehende grundsätzliche Unterschiede in den Denkweisen Deutschlands und Frankreichs zu identifizieren. Zusammenfassend wird Geldpolitik hier also in einem der Fragestellung geschuldeten weiten Sinn verstanden als diejenigen Entscheidungen, die die Geldversorgung der Wirtschaft betreffen sowie diejenigen institutionellen Strukturen, auf deren Basis diese Entscheidungen getroffen werden.

III. Methodische Überlegungen: Diskursanalyse zur Ermittlung geldpolitischer Denkweisen

Die methodische Herausforderung dieser Arbeit besteht darin, einen Weg zu finden, vorherrschende geldpolitische Denkweisen in Frankreich und Deutschland möglichst exakt zu bestimmen, um sie anschließend in ihren institutionellen und kulturellen Kontexten darzustellen. Ammon (1990, 119) spricht von der Notwendigkeit einer „Sonde“,

um die tieferen Schichten einer Kultur vorzudringen. Er benutzt dabei kulturelle Schlüsselwörter, die auf ein spezielles kulturelles Symbolgefüge einer Gesellschaft verweisen, um einen Wirtschaftsstil als Kommunikationsstil zu ermitteln. Dass für diese Arbeit die vor allem in den Sozialwissenschaften genutzte Diskursanalyse im Anschluss an Foucault einen vielversprechenden methodischen Ansatz bietet, soll im Folgenden aufgezeigt werden.

1. Wissen und Diskurs, Kultur und Denkweisen

Einer der geistigen Väter der sozialwissenschaftlichen Diskursanalyse war Michel Foucault, der in seiner „Archäologie des Wissens“ (1973) versuchte, den Begriffen „Wahrheit“ und „Wissen“ ihren Absolutheitsanspruch zu nehmen und die „kollektiv erzeugte[n] symbolische[n] Sinnsysteme und Wissensordnungen“ (Keller 2007, 7), die die Beziehungen der Menschen zur Welt prägen und das bestimmen, was Menschen als „wahr“ ansehen, in den besonderen Bedingungen ihrer Zeit zu betrachten und zu untersuchen. In dieser Vorstellung eines durch eine überindividuelle Ordnung vorgeformten Zugangs zur Welt Parallelen zu Hofstedes Idee der Kultur als „mentaler Software“ zu sehen, liegt durchaus nahe: Der Wissensbegriff, wie er in Anlehnung an Foucault definiert wird, ist ein hochgradig kultureller, ohne dass dies deutlich artikuliert würde. Jäger (2001, 81) beschreibt Wissen als „alle Arten von Bewusstseinsinhalten bzw. von Bedeutungen, mit denen jeweils historische Menschen die sie umgebende Wirklichkeit deuten und gestalten“. Wissen ist demnach überindividuell, durchaus wertebezogen und kommunikativ relevant. Zudem ist es nicht angeboren, sondern wird durch Sozialisation, durch Geborenwerden und Leben in einem diskursiven Kontext, vermittelt (Jäger 2001, 81). Diskurse können hierbei vor allem verstanden werden als „Denk- und Argumentationssysteme“ (Hartmann 1991, 20), bzw. „institutionell verfestigte Redeweisen“ (Link 1983, 60) über die sich die zugrundeliegende Wissensordnung äußert und fortpflanzt. Es ist also nicht zu weit hergeholt, in dem Verhältnis zwischen Wissen und Diskurs eine Analogie zu den im Eisbergmodell dargestellten Elementen von Kultur, Conceptas und Perceptas, zu sehen, Diskurse also als die äußerlich wahrnehmbaren Elemente einer tieferliegenden Struktur zu betrachten, die wiederum starke Überschneidungen mit dem Begriff der Kultur, wie er bisher verwandt wurde, aufweist. So bemerkt auch Fleischer (2001, 307), dass Diskurse auf Kultur basieren.

Geht man von den aufgeführten konzeptionellen Ähnlichkeiten zwischen Kultur einerseits und Wissen/Diskurs andererseits aus, scheinen die in dieser Arbeit zu untersuchenden kulturell geprägten Denkweisen im Bezug auf Geldpolitik also einer Untersuchung mit dem Instrument der Diskursanalyse durchaus zugänglich zu sein. Dennoch ist es nötig, an

dieser Stelle auf diejenigen theoretischen und praktischen Aspekte der sozialwissenschaftlichen, insbesondere der kritischen Diskursanalyse nach Jäger hinzuweisen, die im Hinblick auf die Konzeption dieser Arbeit eine Anpassung erfordern.

So ist das Ziel der Diskursanalyse, wie sie von den Sozialwissenschaften durchgeführt wird, zunächst ein anderes: Während es in dieser Arbeit vor allem darum gehen soll, von festgestellten Denkweisen einen Schritt zurückzugehen und diese in ihrem kulturellen und institutionellen Hintergrund zu verorten, blickt die Sozialwissenschaft in erster Linie (aber nicht ausschließlich) voraus und interessiert sich für die Machtwirkungen, die Diskurse auf Institutionen und Menschen ausüben und auch ausüben sollen. (Link 1983, 60; Jäger 1993, 26; 2001, 82) Als Folge davon wird die federführend von Jäger entwickelte Diskursanalyse auch als „kritische Diskursanalyse“ bezeichnet, da sie Kritik an den vorherrschenden Denk- und Argumentationsweisen erlaubt, ja sogar fordert und damit durch Bewusstmachung auch durchaus eine Beeinflussung der Machtwirkungen von Diskursen intendiert (Jäger 1993, 6). Dieser Arbeit liegt jedoch die Vorstellung zu Grunde, dass bestimmte Denk- und Argumentationsweisen vorkommen, weil sie in einen institutionellen und kulturellen Kontext passen. Es geht daher darum, diese Denkweisen in ihrer Interdependenz mit Kultur und Institutionen zu verorten, nicht, sie zu kritisieren und dadurch zu verändern, was aus kultureller Perspektive im Hinblick auf ihre tiefe Verankerung auch nur schwer möglich wäre. Um diese beiden Betrachtungsweisen auch sprachlich klar voneinander zu trennen, soll trotz festgestellter inhaltlicher Überschneidungen (Diskurse als Denk- und Argumentationssysteme) in dieser Arbeit weiterhin von „Denkweisen“ die Rede sein, die es zu identifizieren gilt. Der Begriff „Diskurs“ soll dagegen methodischen Fragen im Zusammenhang mit der Ermittlung dieser Denkweisen vorbehalten bleiben.

Ein weiterer Unterschied betrifft die konkrete Anwendung des Instruments der Diskursanalyse nach Foucault. Dieser hatte im Sinn, geschichtliche Fragestellungen aus der einer Epoche eigenen Wissensordnung zu begreifen. Der Betrachtungsansatz war also ein Diachronischer, während diese Arbeit primär eine kulturvergleichende, also diakulturelle Zielsetzung hat. Da es aber letztlich in beiden Fällen um die Analyse überindividueller Phänomene im Vergleich zwischen Menschengruppen (die sich in einem Fall zeitlich und im anderen Fall kulturell voneinander abgrenzen) geht, führt dieser Unterschied in der praktischen Anwendung nicht zu einer Unbrauchbarkeit der Methode für die Fragestellung dieser Arbeit. Nicht umsonst kann im Foucaultschen Vorgehen durchaus ein dem *emic*-Ansatz der Kulturforschung verwandter Gedankengang gesehen werden.

2. Vorgehen

Die Diskursanalyse hat zum Ziel, ein diskursives Feld zu identifizieren, das das Spektrum des in einer Gruppe Sag- und Wissbaren bezeichnet (Diaz-Bone 2006, 22). Dies geschieht über die Identifikation von argumentativen Mustern, die im Rahmen eines bestimmten Diskurses auftreten. In dieser Arbeit soll es darum gehen, geldpolitische Diskurse in Deutschland und Frankreich zu untersuchen, um auf diesem Weg Aufschluss über geldpolitische Denkweisen in beiden Ländern zu erhalten. Das Vorgehen der Diskursanalyse ist in erster Linie qualitativ, d.h. bei der Beurteilung der Bedeutung einer bestimmten Äußerung für die Fragestellung wird nicht primär die Häufigkeit ihres Vorkommens betrachtet. Dies ergibt sich aus dem Vorhaben, Elemente eines kulturellen Wissens zu ermitteln. Ein rein quantitatives Vorgehen ginge dabei möglicherweise fehl, denn nur, weil ein Sachverhalt selten thematisiert wird, muss er deshalb noch nicht bedeutungslos sein: Möglicherweise handelt es sich auch aus der Perspektive eines bestimmten kulturellen Wissensstandes schlicht um Selbstverständlichkeiten. Dennoch sind natürlich diejenigen argumentativen Aspekte interessant, die in gewissen Häufungen auftreten, bzw. die durch Kontextualisierung gleichgerichtete Denk- und Argumentationsweisen erkennen lassen.

Das Vorgehen der an Foucault orientierten Diskursanalyse nach Jäger (1993; 2001) gliedert sich in drei Hauptschritte, die sich beschreiben lassen als Identifikation und Kontextualisierung des zu untersuchenden Diskursstrangs, Materialerhebung und -aufbereitung sowie Analyse der Daten. Dieses Vorgehen soll im Prinzip auch in dieser Arbeit so übernommen werden, jedoch ist eine Anpassung im Hinblick auf das für die kulturell-institutionelle Betrachtung gewählte Modell von Whitley notwendig.

Die Identifikation und Kontextualisierung (sowohl im Hinblick auf sprachlichen wie nichtsprachlichen Kontext) des Diskursstranges umfasst eine Beschreibung des zu analysierenden Gegenstandes des Diskurses, des Mediums, in dem er stattfindet und des Kontexts, der für seine Einordnung wichtig ist. Dies alles wird auch in dieser Arbeit durchgeführt, jedoch wurden Teile der Kontextbeschreibung aus der Diskursanalyse selbst ausgelagert: Die Beschreibung des institutionellen und kulturellen Kontexts als Makrokontext, in dem die geldpolitischen Denkweisen Deutschlands und Frankreichs betrachtet werden sollen, ist gemäß dem Modell des *business system* als Ausgangspunkt der Betrachtung der eigentlichen Diskursanalyse nachgelagert.

An dieser Stelle soll daher lediglich eine Identifikation sprachlichen Diskurskontexts – im Sinne einer Beschreibung der für die Analyse herangezogenen Medien, sowie eine Präsentation des nichtsprachlichen Kontexts, das heißt eine Überblicksdarstellung der

geldpolitischen Situation in Deutschland und Frankreich innerhalb des Untersuchungszeitraums, stattfinden.

2.1. Kontextualisierung

2.1.1. Die Berichterstattung in „L'Expansion" und „Wirtschaftswoche"

Eine umso größere Rolle spielt dagegen die Auswahl des Mediums anhand dessen die geldpolitschen Denk- und Argumentationsweisen in Deutschland und Frankreich betrachtet werden sollen. Die Gesamtheit eines Diskurses zu einem bestimmten Themengebiet abzudecken, ist forschungsökonomisch nicht anzustreben, wahrscheinlich sogar praktisch unmöglich. Eine inhärente Schwäche der Diskursanalyse ist also, dass sie immer nur einen Ausschnitt des Gesamtdiskurses abdecken kann. Das Ziel der Ermittlung, der Analyse und des Vergleich geldpolitischer Denkweisen in Deutschland und Frankreich ist aber durchaus umfassend und stellt gewisse Anforderungen an die Wahl der betrachteten Diskursmedien. Es geht hierbei um die Aussagekraft des für die Betrachtung gewählten Ausschnitts im Rahmen des Forschungsvorhabens: Er soll die geldpolitischen Diskussionen auf beiden Seiten des Rheins möglichst exakt, durchaus in einer gewissen Breite abbilden. Der Begriff der Breite spielt hier unter anderem auf den Inhalt des Diskurses an – es sollen also nicht durchaus gängige Argumentationsweisen missachtet werden, etwa aufgrund einer zu starken ideologischen Prägung; zum Zweiten ist aber auch die zeitliche Dimension in die Überlegungen mit einzubeziehen, etwa die Frage, über welchen Zeitraum ein Diskurs betrachtet wird; und zum Dritten es geht um die Breite der Gruppe, in der der Diskurs stattfindet – die Betrachtung des Spezialdiskurses zur Geldpolitik innerhalb einer abgegrenzten (wissenschaftlichen) Elite wäre also problematisch. Andererseits ist die Betrachtung des recht komplexen Gebiets der Geldpolitik im Spiegel der auf das Alltagswissen der Menschen Bezug nehmenden Elementardiskurse aber eventuell wenig fruchtbringend. Als Lösung bietet sich nach Link die Betrachtung von Interdiskursen (Diaz-Bone 2006, 22) an, d.h. von Diskursen, in denen der großen Sag- und Wissbarkeitsraum der Fachdisziplinen beschränkt und für das allgemeine Publikum aufbereitet wird, so wie es in den Massenmedien geschieht.

Wenn also im Sinne einer aussagekräftigen Ermittlung und Analyse geldpolitischer Denkweisen die Betrachtung jeweils eines deutschen und französischen Massenmediums am sinnvollsten erscheint, so muss im Hinblick auf den Vergleichsaspekt der Arbeit dafür Sorge getragen werden, dass sich beide zu betrachtenden Medien im Hinblick auf ihre Stellung und Wichtigkeit innerhalb der Medienlandschaft beider Länder und ihre inhaltlichen und politischen Grundpositionen ähneln.

Zur empirischen Ermittlung geldpolitischer Denkweisen in Deutschland und Frankreich wurde die Berichterstattung von zwei Wirtschaftszeitschriften, „L'Expansion" auf französischer und „Wirtschaftswoche" auf deutscher Seite, gewählt, da diese die vorher formulierten Anforderungen an den in dieser Arbeit zu vergleichenden Diskursausschnitt am besten erfüllen. Die Betrachtung soll sieben ausgewählte Jahrgänge aus dem Zeitraum zwischen 1981 und 2001 umfassen, da diese Zeitspanne wichtige geldpolitische Ereignisse abdeckt und somit die Betrachtung diskursiver Veränderungen und – vor allem – Kontinuitäten interessant zu werden verspricht. Eine vollständige Betrachtung aller Jahrgänge seit den 1970er Jahren wäre zwar informativ und auch wünschenswert gewesen, die Masse der zu untersuchenden Artikel hätte allerdings zu einem forschungsökonomisch unvertretbaren Aufwand und zu Nachteilen für die Nachvollziehbarkeit der Ergebnisse geführt. Auch wäre es reizvoll gewesen, die Betrachtung der Geldpolitiken in Deutschland und Frankreich durch die Auswahl jüngerer Jahrgänge mit einem stärkeren Aktualitätsbezug zu versehen. Da allerdings die Zeitschrift „L'Expansion" seit 2002 nur noch monatlich (statt vorher zweiwöchentlich) erscheint, wurde davon Abstand genommen. Das methodische Problem, das der Vergleich einer Wochen- mit einer monatlich erscheinenden Zeitschrift darstellt, wurde – weniger aufgrund der unterschiedlichen Artikelanzahl als vielmehr wegen der Aktualitätsdiskrepanz in der Berichterstattung – als zu gravierend empfunden.

Bei „L'Expansion" handelt es sich um ein Wirtschaftsmagazin, das ab seiner Gründung im Jahr 1967 zunächst monatlich, ab 1979 zweiwöchentlich und seit 2002 wieder monatlich erscheint. Es war in Frankreich die erste Zeitschrift mit der Zielsetzung, Wirtschaftsberichterstattung mit journalistischem Anspruch zu betreiben und dabei nicht in zu große Abhängigkeit von Unternehmen zu geraten (Duval 2004, 63f.). Mit einer Auflage von ca. 200.000 Exemplaren („tirage utile" lt. Web[2]) gehört „L'Expansion" auch heute noch zu den wichtigsten ökonomischen Printmedien des Landes. Seine politische und inhaltliche Ausrichtung lässt sich als moderat-bürgerlich, wirtschaftsliberal und proeuropäisch, durchaus mit volkswirtschaftlichem Schwerpunkt[1]. Der Gründers des Blattes, Jean Boissonnat, ist Absolvent der französischen Elitehochschule *Institut d'Études Politques* (*Sciences Po*) in Paris und war nach seinem Weggang von der katholisch-konservativen Tageszeitung „La Croix" von 1967 bis 1994 in führender Stellung bei „L'Expansion" beschäftigt, bevor er in das Leitungsgremium der unabhängig gewordenen *Banque de France* wechselte (Lebaron 1997, 73; 78; 83; Who's who 2000, 282). Diese inhaltliche und personelle Verbundenheit von „L'Expansion" mit der

[1] Diese Angaben beruhen auf den Eindrücken des Verfassers, gewonnen aus der Sichtung von insgesamt 34 Jahrgängen (1975-2009) dieser Zeitschrift.

französischen Geldpolitik bei gleichzeitiger Verortung im Mainstream der französischen Wirtschaftsberichterstattung macht dieses Medium zu einem idealen Ausgangspunkt der Betrachtung.

Die „Wirtschaftswoche“ ist eine wöchentlich erscheinende Wirtschaftszeitschrift, die in den 70er Jahren des 20.Jh. aus der Vorgängerzeitschrift „Der Volkswirt“ entstanden ist. Von dieser hat sie sich die Beschäftigung mit volkswirtschaftlichen Fragen als einem Schwerpunkt ihrer Berichterstattung bewahrt, gleichzeitig ist sie als Pflichtblatt der Frankfurter Wertpapierbörse ein Leitmedium für die Finanzmärkte in Deutschland (web[3]). Sie wird vom Holtzbrinck-Verlag herausgegeben und hat mit einer aktuellen Auflage von ebenfalls ca. 200.000 Exemplaren (web[4]) eine relativ große Massenwirkung. Ihre Berichterstattung ist vor allem wirtschaftsliberal, durchaus auch proeuropäisch, in jedem Fall freihandelsorientiert.

Beide Zeitschriften sind also durchaus vergleichbar, was ihre Stellungen innerhalb der Presselandschaften ihrer jeweiligen Länder angeht. „L’Expansion“ erreicht zwar dieselbe Auflagenhöhe wie die „Wirtschaftswoche“ in einem kleineren Markt, letztere erscheint jedoch doppelt so häufig, wodurch die Vergleichbarkeit im Hinblick auf die Verbreitung der Magazine in etwa gewahrt bleibt.

2.1.2. Geldpolitik im ausgehenden 20. Jahrhundert in Frankreich und Deutschland

Um die geldpolitischen Diskussionen in „L’Expansion“ und „Wirtschaftswoche korrekt einordnen zu können, ist es nötig, an dieser Stelle die wichtigsten Aspekte der Geldpolitiken in Deutschland und Frankreich während des Untersuchungszeitraums kurz zu beschreiben. In den folgenden Ausführungen wird, sofern nicht anders angegeben, vor allem auf Aeschimann/Riché (1996), Marsh (2009) und Vesperini (2001, 34-43) Bezug genommen.

Die Geldpolitik in Frankreich war seit den 1980er Jahren sehr viel stärker als die Deutsche von Brüchen und Inkongruenzen geprägt. Seit 1979 waren beide Länder Mitglied im Europäischen Währungssystem (EWS), das mit dem Ziel, Europa zu einem Raum der Stabilität zu machen, gegründet worden war. Die intendierte Reduzierung der Wechselkursschwankungen zwischen den europäischen Währungen (bei einem zu starken Abweichen zweier Währungen von einem festgelegten Referenzkurs) sollte über den Mechanismus der Interventionen der Zentralbanken[2] oder über eine Angleichung der Zinspolitik erreicht werden (Berthold 1990, 20ff.). Mit dem Machtantritt Mitterands 1981in

[2] Im Interventionsfall hätte die Zentralbank des Schwachwährungslandes die eigene Währung gegen Devisen kaufen, die Partnerzentralbank die eigene Währung gegen die Schwachwährung verkaufen müssen, was auf einer Seite restriktiv, auf der anderen Seite expansiv gewirkt hätte, wodurch sich die Inflationsraten beider Länder theoretisch hätten annähern sollen

schwieriger Wirtschaftslage begann eine Phase der expansiven Lohn- und Fiskalpolitik, die die ohnehin schon hohen Inflationsraten dieser Zeit sowie das penetrante Außenhandelsdefizit weiter anheizte. Neufestsetzungen des *franc*-Referenzkurses im EWS (= Abwertungen) waren die Folge der Weigerung, insbesondere Deutschlands, den Interventionsverpflichtungen trotz Inflationsgefahr nachzukommen. Diese Lage wurde 1983 unerträglich, so dass es zu einem „tournant de la rigueur“ (Reynaud 1992, 63) kam, der eine entschlossene Inflationsbekämpfungspolitik einschloss. Ab 1987 (Plassard 1993, 308; gelegentlich werden andere Daten genannt) wurde der Wechselkurs des *franc* de facto fest an die Mark gebunden, was Frankreich verpflichtete, den geldpolitischen Entscheidungen der Bundesbank in Frankfurt zu folgen (die zweideutige Bezeichnung dieser Politik als *politique du franc fort* in Anspielung an den französischen Namen der Mainmetropole, *Francfort*, zeugt davon). Die deutsche Wiedervereinigung führte 1990 zu einer Verschiebung des Machtgleichgewichts in Europa, die insbesondere Frankreich auf die Verwirklichung einer gemeinsamen europäischen Währung drängen lies, um Deutschland besser in Europa einzubinden und die geldpolitische Abhängigkeit Frankreichs zu beenden. Der Vertrag von Maastricht sah bis zum Ende des Jahrzehnts eine geldpolitische Vereinigung Europas vor, jedoch weitgehend zu deutschen Bedingungen im Hinblick auf die institutionelle Ausgestaltung der Währungsunion. Im Zusammenhang mit den nötigen Harmonisierungsschritten entließ Frankreich daraufhin seine Notenbank 1993 in die Unabhängigkeit. Im selben Jahr kam es, aufgrund der von Ostdeutschland ausgehenden hohen Nachfrage, zu gesteigerten Inflationsraten in Deutschland, was die Bundesbank veranlasste, ihre Geldpolitik zu verschärfen. Die Partnerzentralbanken im EWS, so auch die *Banque de France*, waren gezwungen, dieser Politik zu folgen, konnten aber dennoch nicht verhindern, dass zeitweise der Interventionsmechanismus außer Kraft gesetzt, bzw. die Schwankungsbreiten zwischen den Währungen erhöht wurden (Handschuch 1994, 92ff.; Jaffré 1996, 209f.). Zudem kam es durch die für einige Länder unangemessen hohen Zinsen zu einer gesamteuropäischen Wirtschaftskrise. Die folgenden Jahre waren geprägt von der Vorbereitung auf die gemeinsame Währung, ein Prozess, der von den vorgesehenen Teilnehmerländern eine disziplinierte Finanzpolitik forderte, war dies doch die im Maastricht-Vertrag formulierte Bedingung für die Teilnahme an der Währungsunion. Im Jahr 1998 wurden endgültig die Teilnehmerländer bestimmt und zum 1. Januar 1999 gingen die geldpolitischen Kompetenzen Deutschlands, Frankreichs und weiterer neun Länder auf die Europäische Zentralbank über.

2.2. Materialerhebung und -aufbereitung

Das für die Betrachtung erhobene Material umfasst diejenigen Beiträge in „L'Expansion" und „Wirtschaftswoche", die in den Jahrgängen 1981, 1983, 1987, 1990, 1993, 1998 und 2001 auf argumentative Art und Weise über Geldpolitik berichten. Diese Jahrgänge wurden gewählt, da sie sich einerseits recht gut über den betrachteten Zeitraum verteilen (sie liegen mindestens zwei und maximal fünf, in der Regel aber drei Jahre auseinander), andererseits fanden in den entsprechenden Jahren wichtige geldpolitische Ereignisse statt – sei es auf nationalstaatlicher oder europäischer Ebene. Diese wurden, auf Basis der Schilderungen des vorhergehenden Kapitels, in Tabelle 1 zusammengefasst.

Jahr	Ereignis F	Ereignis D	Ereignis EU
1981	Linksregierung		
1983	Politikwechsel hin zu *rigueur*		
1987	Politik des "*franc fort*"		
1990		Deutsch-deutsche Währungsunion	
1993	Unabhängigkeit der *Banque de France*		Krise des Europäischen Währungssystems
1998			Einhaltung der Maastricht-Kriterien
2001			Gemeinsame Währung

Tabelle 1: Geldpolitische Ereignisse in ausgewählten Jahren

Als argumentativ wird ein Beitrag dann betrachtet, wenn aus ihm implizit oder explizit ein konkretes Verständnis geldpolitischer Zusammenhänge deutlich wird. So wäre eine Aussage wie „Die Notenbank hat die Leitzinsen um einen Prozentpunkt gesenkt" rein berichtend, nicht argumentativ. Die Aussage „Die Notenbank kurbelt die Wirtschaft mit einer Leitzinssenkung an" enthüllt dagegen eine bestimmte Sichtweise dessen, was Geldpolitik tun kann und (implizit) sollte. Auch diejenigen Teile der Berichterstattung, geldpolitische Themen nur am Rande behandeln, wurden prinzipiell in die Untersuchung aufgenommen.

Die Gewinnung der Texte erfolgte durch Sichtung der Printausgaben der Zeitschriften durch den Verfasser dieser Arbeit. Aufgrund der Breite des diskursiven Feldes „Geldpolitik" in der Berichterstattung sowie der nicht erfolgten Digitalisierung älterer Jahrgänge der Magazine war keine elektronisch unterstützte Suche nach Schlagwörtern möglich.

Das Ergebnis der Sichtung ist ein Korpus von insgesamt 315 Einzelbeiträgen aus „L'Expansion" und 385 aus der „Wirtschaftswoche" (Aufstellung nach Jahrgängen siehe

Tabelle 2). Die Aufbereitung dieses Materials erfolgte in einem ersten Schritt nach einer aus der qualitativen Inhaltsanalyse (Mayring 1995, 77) entlehnten Vorgehensweise: Auf Basis einer Grobsichtung des Materials wurden inhaltliche Kategorien aufgestellt, die zum einen das vorhandene Spektrum der geldpolitischen Berichterstattung möglichst gut abdecken, zum anderen eine Identifikation von Argumentationsmustern im Sinne des Forschungsvorhabens ermöglichen.

Jahrgang	L'Expansion	Wirtschaftswoche
1981	39	63
1983	32	59
1987	41	49
1990	15	65
1993	60	66
1998	75	48
2001	53	35
Gesamt	315	385

Tabelle 2 Anzahl ausgewerteter Artikel nach Jahren

Die Einzelaussagen zur Geldpolitik, die sich den Zeitschriftenbeiträgen entnehmen ließen, wurden paraphrasiert und den entsprechenden Kategorien zugeordnet. Die Paraphrasierung erfolgte in der Regel auf Deutsch, um eine einheitliche Sprachebene zu gewährleisten (Mayring 1995, 57), lediglich markante Zitate wurden in der Ausgangssprache übernommen. Dabei wurde Wert darauf gelegt, dass die paraphrasierten Aussagen nicht von ihren argumentativen Zusammenhängen getrennt wurden, die den eigentlichen Kern der Betrachtung bilden. Die aufgestellten Kategorien können damit nicht als überschneidungsfrei angesehen werden, da die Teilaspekte der Geldpolitik stark miteinander verzahnt sind. Die Rubriken dienen damit hauptsächlich der Grobgliederung des diskursiven Felds der Geldpolitik. So kann es durchaus sein, dass eine Aussage, die eine Geldmengenerhöhung thematisiert und diese mit Inflationsgefahr und Implikationen für den Wechselkurs verknüpft, in drei verschiedene Kategorien eingeordnet wurde. Die kategorisierten, paraphrasierten Einzelaussagen, die die Basis dieser Untersuchung bilden, liegen der Arbeit in Form eines Datenträgers (CD-ROM) bei.

Auf Basis der gesammelten und durch die Kategorienbildung strukturierten Einzelaussagen der Berichterstattung erfolgt eine Identifikation der in der Geldpolitik Deutschlands und Frankreichs vorkommenden Denk- und Argumentationsmuster. Die Gliederung der Ergebnisdarstellung richtet sich nicht exakt nach den gebildeten Kategorien, sondern versucht, die ermittelten Argumentationsweisen in einen logischen Zusammenhang zu bringen. Hierzu wird, so es dem Verständnis dient, auch weitere theoretische Literatur hinzugezogen. Die Ergebnisse werden möglichst durch Zitate einzelner Artikel oder Teile von Artikeln illustriert. Aus dem empirischen Material wird in vereinfachter Form zitiert: Die Quellenangabe ist eine Kombination aus Abkürzung der Zeitschrift, des Jahrgangs und der laufender Nummer des Artikels innerhalb des entsprechenden Jahrgangs. Die Angabe Ex92/07 bezieht sich also auf den siebten Artikel

des Korpus aus „L'Expansion" des Jahres 1992, während WW02/15 auf den fünfzehnten Artikel des Jahres 2002 aus der „Wirtschaftswoche" Bezug nimmt. Die genaue Quellenangabe ergibt sich aus der Aufstellung im Anhang.

Bei der Präsentation der Untersuchungsergebnisse wird darauf verzichtet, die Trennung zwischen Ergebnisdarstellung und ihrer Interpretation in der Gliederung zu verdeutlichen. Zum einen würde das Hinzufügen einer weiteren Gliederungsdimension die Übersichtlichkeit erheblich vermindern, zum anderen ist diese Grenze aufgrund des methodischen Vorgehens ohnehin fließend: Bereits die Auswahl des Textkorpus enthält interpretative Elemente, das Gleiche gilt für die Paraphrasierung der Aussagen zur Geldpolitik und die Einstufung bestimmter Diskursformationen als typisch für das deutsche respektive französische Denken. Deshalb ist die gesamte empiriebasierte Darstellung geldpolitischer Denk- und Argumentationsweisen in Deutschland und Frankreich letztlich als eigene Interpretation des Verfassers zu betrachten. Die Nachvollziehbarkeit der Argumentation ist dabei durch die Offenlegung aller genannten Interpretationsschritte – von der Auswahl der Artikel im Anhang bis zur Paraphrasierung und Kategorisierung der geldpolitischen Aussagen – gewährleistet.

IV. Geldpolitik in Frankreich und Deutschland – eine Diskursanalyse

1. Geldpolitik in Frankreich: Die Berichterstattung in „L'Expansion"

1.1. Institutionelle Aspekte der Geldpolitik: Notenbank und Regierung

Die Untersuchung der französischen geldpolitischen Denkweisen mit dem Mittel der Analyse der wirtschaftsjournalistischen Berichterstattung soll hier beginnen mit der Betrachtung der institutionellen Voraussetzungen der Geldpolitik, insbesondere der Perzeption der Unabhängigkeit der Notenbank von Weisungen aus dem politischen Bereich.

Die Unabhängigkeit der *Banque de France* ist über einen relativ langen Zeitraum hinweg ein Thema, mit dem sich „L'Expansion" als wirtschaftsjournalistisches Mainstreammedium nur selten befasst. Bis zum Jahr 1993 enthalten lediglich wenige einzelne Artikel Hinweise hierzu und selbst dann wird in ihnen in erster Linie die Situation im Ausland, insbesondere in Deutschland (Verhältnis Bundesregierung-Bundesbank), thematisiert. Noch deutlicher wird dieser Befund, wenn man die Art und Weise betrachtet, wie die *Banque de France* als wichtige geldpolitische Institution generell wahrgenommen wird: Sie spielt im Zusammenhang mit konzeptionellen Fragen der Geldpolitik in Frankreich keine

nennenswerte Rolle, allenfalls wird sie als technische Stelle im Zusammenhang mit Wechselkursfragen erwähnt (Ex81/20; Ex81/21). Dies kontrastiert auffällig mit der Intensität, mit der auch in dieser frühen Zeit der ausgewerteten französischen Berichterstattung die Deutsche Bundesbank medial wahrgenommen wird – sie wird häufig zu Fragen der Geldpolitik und der deutschen Wirtschaft im Allgemeinen zitiert. Als einzige, aber aufgrund der deutlichen Schwerpunktsetzung auf das Thema Notenbankunabhängigkeit bedeutsame Ausnahme von der skizzierten Regel ist ein Interview aus dem Jahr 1987 mit dem ehemaligen *Banque de France*-Vizegouverneur Alain Prate zu nennen (Ex87/22), der sich sehr vehement für eine politische Unabhängigkeit der französischen Notenbank nach dem Vorbild der Deutschen Bundesbank einsetzt.

Eine Veränderung in der französischen Berichterstattung kann erst ab dem Jahr 1993 festgestellt werden und zwar vor allem aus zwei Gründen: Zum einen nehmen ab diesem Zeitpunkt die Bemühungen um die monetäre Integration Europas stärkere Formen an – was zu Überlegungen bezüglich der institutionellen Struktur eines gesamteuropäischen Zentralbanksystems und dessen Verhältnis zu den europäischen Regierungen und Institutionen führt, zum zweiten wird - auch im Rahmen der europäischen Harmonisierung des Zentralbankwesens im Hinblick auf die Währungsunion – die *Banque de France* formell unabhängig von Weisungen der Regierung. Auf dieser Basis lässt sich die französische Wahrnehmung der Unabhängigkeit von Notenbanken in etwa ermitteln.

Unabhängige Notenbanken werden auf französischer Seite in der Regel durchaus kritisch gesehen. Diese Kritik betrifft vor allem die Sorge um eine einheitliche und koordinierte Wirtschaftspolitik. Zudem werden oft Legitimationsprobleme angeführt.

Die Frage nach der Koordinierung der Wirtschaftspolitik wird routinemäßig aufgeworfen, wenn es um Fragen der Notenbankunabhängigkeit geht. Schon bei dem oben erwähnten Interview mit Alain Prate, der für eine weitgehende Autonomie der *Banque de France* plädiert hat, wird die kritische Frage gestellt, ob dies nicht „deux pôles de décision, aux positions éventuellement inconciliables“ (Ex87/22) schaffen würde. Ähnliche Gedankenmuster tauchen auch später auf, etwa wenn im Zusammenhang mit der Änderung des *Banque de France*-Statuts 1993 davor gewarnt wird, dass eine autonome Notenbank nicht zwangsläufig die Ansichten der Regierung teilen müsse (Ex93/20) oder im Zusammenhang mit der – auch heute noch aktuellen – Frage, ob die unabhängige Europäische Zentralbank eine „Wirtschaftsregierung“ an die Seite gestellt bekommen muss, damit die wesentlichen Säulen der Wirtschaftspolitik, die Geld- und die Fiskalpolitik, auf europäischer Ebene koordiniert werden können. Frankreich zählt in dieser Frage

eindeutig zu den Befürwortern (vgl. statt vieler Ex98/37; Ex98/43; Ex01/9). Es gibt allerdings keine Belege dafür, dass diese Haltung in Frankreich als Einschränkung der Unabhängigkeit der EZB wahrgenommen wird (im Gegenteil wird gelegentlich erwähnt, die Koordinierung dürfe nicht zu Lasten der Notenbankautonomie geschehen, Ex98/74). Sie scheint eher einem generellen Bedürfnis nach Einheitlichkeit und Konsistenz in der (wirtschaftspolitischen) Führung zu entsprechen.

Zu diesem Bedürfnis nach Einheitlichkeit der Wirtschaftspolitik passt auch die bereits oben geschilderte Tatsache, dass die Berichterstattung über die *Banque de France* als Institution und ihren Gouverneur in der Zeit vor 1993 spärlich und vor allem auf technische Fragen konzentriert bleibt. Dennoch lohnt es, einen genaueren Blick auf das Verhältnis von Notenbankgouverneur und Regierung zu werfen, da immerhin dem Ersteren „une influence certaine“ (Ex83/10) beigemessen wird. Beachtlich ist, dass über die beiden im Betrachtungszeitraum amtierenden Gouverneure der abhängigen *Banque de France* – Renauld de la Genière (1979-1984) und Jacques de Larosière (1987-1993) – sehr unterschiedlich berichtet wird. Während de la Genière überhaupt nur zu zwei Gelegenheiten erwähnt wird, darunter ein Porträt anlässlich der Tatsache, dass ein „rechter“ Funktionär unter einer „linken“ Regierung weiter beschäftigt wird (Ex83/10), taucht Zweitgenannter recht häufig auf. Er wird unter anderem als Intellektueller (Ex90/13) und Vordenker der französischen Geldpolitik (Ex93/33) charakterisiert, für seinen Kommunikationsstil gelobt (Ex93/17) und in der historischen *galérie dorée* der *Banque de France* abgebildet (Ex93/9). Diese Unterschiedlichkeit in der Wahrnehmung zweier Inhaber derselben Funktion deutet darauf hin, dass tatsächlicher Einfluss und Autonomie der Notenbank in Frankreich nicht ausschließlich von institutionellen Fragen, sondern auch von der Persönlichkeit des jeweiligen Gouverneurs abhängen, was im Übrigen auch von der französischen Literatur gestützt (Aeschimann/Riché 1996, 35-38; Bouvier 1987: 24f.), von ausländischen Autoren (Cukierman 1992, 369ff.) jedoch weitgehend ignoriert wird.

Was den zweiten Komplex der Kritik an der Notenbankunabhängigkeit betrifft, der wie bereits angedeutet ihre demokratisch-legitimatorischen Aspekte fokussiert, so basiert dieser auf einer deutlich feststellbaren Grundhaltung: Geld ist politisch (Ex93/1; Ex93/51; Ex93/25; Ex 90/11; Ex93/48; Ex98/29). Hiermit im Zusammenhang steht der recht häufig – vor allem im Bezug auf die EZB – geäußerte Vorwurf, eine unabhängige Zentralbank begründe eine Herrschaft der Technokraten (Ex98/26; Ex98/49; Ex98/50; Ex98/51), die EZB sei „toute-puissante“, mithin eine der „institutions lointaines, incontrôlées, indéchiffrables“ und die Politik „réduit[e] à un rôle de figuration“ (Zitate aus Ex98/12).

Bei einer vorherrschenden Denkweise, die der Vorstellung einer unabhängigen Notenbank derart kritisch gegenübersteht, ist die Frage zu stellen, wie es dann überhaupt zu einer Unabhängigkeit der *Banque de France* im Jahr 1993 kommen konnte. Bei der Betrachtung der Argumentation im Zusammenhang mit diesem Ereignis ist erstaunlicherweise festzustellen, dass sich auch in den Argumenten der Autonomiebefürworter die bereits erörterten grundsätzlichen Sichtweisen wiederfinden lassen. Auch die Entscheidung, die Zentralbank in die Unabhängigkeit zu entlassen, wird als politische Entscheidung wahrgenommen, wie überhaupt die international festzustellende Tendenz zur Notenbankunabhängigkeit lediglich eine politische Mode sei (Ex93/26). Somit argumentieren auch die Unabhängigkeitsbefürworter streng politisch: Die Autonomie der *Banque de France* wird im Rahmen der europäischen Integration und der bevorstehenden Währungsunion als Möglichkeit betrachtet, europäische Gesinnung zu demonstrieren (Ex93/9). Andererseits und wohl entscheidender ist die Tatsache, dass Frankreich zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit der *Banque de France* schon so stark in die europäische und globale Wirtschaft (insbesondere im Rahmen des Europäischen Währungssystems) eingebunden war, dass eine vom Stabilitätsanker Deutschland abweichende Geldpolitik zu einer Kapitalflucht geführt und den *franc*-Wechselkurs bedroht hätte. Durch die Gewährung der Autonomie hoffte man das Vertrauen der Märkte in die Solidität der französischen Geldpolitik zu gewinnen, um auf diesem Weg ein geringeres Zinsniveau in Frankreich zu erreichen (Ex93/18; Ex93/19; Ex93/23). Somit wurde die Gewährung der Unabhängigkeit an die Zentralbank in Frankreich in erster Linie als wirtschaftspolitisches Instrument zur Zinssenkung betrachtet. Die mit dieser Reform verbundenen Freiheiten für die Tätigkeit der französischen Notenbank scheinen dagegen auch Jahre danach noch nicht sehr tief im französischen Bewusstsein verankert zu sein. Nur so ist es zu erklären, dass man es für berichtenswert hält, dass die *Banque de France* sich selbstständig zu Fragen im Kontext der Währungsunion äußert: „Personne n'ayant demandé à la *Banque de France*, elle a décidé, toute seule, de publier ses commentaires." (Ex98/39).

1.2. Interne Aspekte der Geldpolitik

1.2.1. Inflation und *rigueur*

Die Beschreibung der französischen Sichtweise bezüglich interner Aspekte der Geldpolitik soll hier mit einer Betrachtung der Wahrnehmung der Inflation beginnen, da die Stabilität des Binnenwerts der Währung für jede Notenbank ein wichtiges Ziel darstellt.

Es kann kaum überraschen, dass Inflation als Phänomen natürlich auch in der französischen Presse als negativ wahrgenommen wird. Gerade in der Anfangszeit der

Betrachtung, in den frühen 1980er Jahren mit ihren hohen Preissteigerungsraten, gilt sie als eines der Hauptprobleme der französischen Wirtschaft (Ex81/8). Dennoch fallen einige Besonderheiten, insbesondere eine gewisse Ambivalenz, der französischen Inflationswahrnehmung ins Auge. Aussagekräftig ist in diesem Zusammenhang das Sprachbild der „drogue“, das im Artikel Ex83/11 von Jean Boissonnat benutzt wird, um das französische Verhältnis zur Inflation zu beschreiben. Diese wird demnach nicht ausschließlich negativ gesehen, sondern dient offenbar auch dazu, anderweitige Probleme zu lindern oder zumindest zu verdecken. Interessant ist auch die Bemerkung, dass selbst die hohe Inflation 1981 kein Wahlkampfthema darstellte, da sich die Masse der Bürger durch die Praxis der *indexation*, der automatischen Anbindung von Löhnen und Sozialleistungen an die Preisentwicklung, davor geschützt wähnte (Ex81/16). Hieraus folgt, dass auch die Folgen der Inflation für die Bürger nur selten und recht verkürzt thematisiert werden, wie zum Beispiel in Ex90/10, Ex93/12 und Ex98/3, wo hohe Preissteigerungen vor allem als Problem der Umverteilung zwischen Schuldner und Gläubiger beschrieben werden. Wenn es also in Frankreich eine Inflationssorge gibt, so ist diese möglicherweise eher im Kreise der französischen Eliten und nur bedingt in der breiten Bevölkerung zu verorten.

Einen deutlichen Einblick in die Wahrnehmung von Preissteigerungen in Frankreich gibt ein Schlüsselwort, das zum Synonym der Inflationsbekämpfung geworden ist: *la rigueur.* Das Wörterbuch Le Petit Robert (2004, 2307) definiert *politique de rigueur* als „mesures économiques visant à comprimer les dépenses budgétaires, la consommation et l’investissement, afin de lutter contre l’inflation“. Und tatsächlich taucht der Begriff in der Berichterstattung recht häufig auf, sei es wie gesehen als *politique de rigueur* (z.B.: Ex83/32; Ex98/47) oder in Ableitungen davon (u.a. „plan de rigueur“, Ex83/11; „politique […] rigoureuse“, Ex98/16; „hyperrigueur“ Ex98/32). Wie fern der diesen Begrifflichkeiten zugrunde liegende Gedanke insbesondere dem deutschen Betrachter ist, wird deutlich, wenn man die Übersetzungen von Aussagen französischer Politiker zur Inflationsbekämpfungspolitik in der „Wirtschaftswoche“ betrachtet: Hier ist von „Politik der Härte“ (Mauroy: WW83/5) oder „Politik der Strenge“ (Chirac: WW87/16) die Rede, was zwar einer einigermaßen wörtlichen Übersetzung entspricht, jedoch idiomatisch unverständlich ist, da dem deutschen Leser das entsprechende gedankliche Konzept fehlt.

Wenn Inflationsbekämpfung im französischen Denken Strenge bzw. Härte voraussetzt, so soll dies natürlich keinesfalls heißen, dass der Begriff der *politique de rigueur* ausschließlich negativ besetzt wäre. Sie befindet sich tatsächlich eher in einem engen semantischen Zusammenhang mit dem gelegentlich gebrauchten Begriff der *discipline*

(z.B. Ex83/20), die dem *laxisme* (z.B. Ex87/24; Ex87/37) gegenübersteht. Was man aber sagen kann, ist, dass eine gegen Preissteigerungen gerichtete Politik in Frankreich offenbar nicht leichtfertig implementiert wird, dass also die Schwelle der akzeptablen Inflationsrate relativ hoch liegt. Hierfür lassen sich in den untersuchten Artikeln Belege finden. Explizit heißt es zum Beispiel im Artikel Ex98/3 „une inflation modérée est […] nécessaire pour entretenir la croissance". Mit anderen Worten: In der französischen Wahrnehmung besteht ein Zielkonflikt zwischen der Bekämpfung von Inflation einerseits und der Förderung von Wachstum und Beschäftigung andererseits, ein Gedankengang der auf der Idee der Phillips-Kurve basiert.[3] Dieser Zusammenhang wird auch an anderer Stelle deutlich: Wenn z.B der Gewerkschaftsfunktionär Blondel (Ex93/2) für eine „inflation contrôlée" in Frankreich plädiert und argumentiert, eine um einen Prozentpunkt höhere Inflation bedeute einen Zuwachs von 100.000 Arbeitsplätzen, verwundert dies kaum. Er ist sich damit aber mit dem Wirtschaftswissenschaftler Fitoussi einig, der meint, Frankreich habe Arbeitslosigkeit als „instrument de lutte contre l'inflation" verwendet, obwohl doch Vollbeschäftigung das Hauptziel jeder Gesellschaft sei (Ex93/15). Ein in „L'Expansion" besprochenes Buch empfiehlt sogar, die Industrieländer sollten ihr Wachstum durch eine Konzertierung der Inflationsraten fördern (Ex93/48). In dieselbe Richtung lässt sich die wiederkehrende Angst vor einer Deflation, auf französischer Seite verstanden als Prozess von sinkenden Preisen bei gleichzeitig zurückgehendem Wirtschaftswachstum (Ex98/8), interpretieren, die regelmäßig dann auftaucht, wenn sich die Inflationsraten Werten von ca. 1% annähern (Ex83/25; Ex93/59; Ex98/27; Ex98/30; Ex01/46).

Diese Feststellungen passen in gewisser Hinsicht zu den Ergebnissen des vorangegangenen Kapitels, enthüllen sie doch wieder eine sehr instrumentelle Sicht auf Geldpolitik: Der Staat kann aus dieser Perspektive nach seiner Präferenz auswählen, ob er eine hohe Inflation oder eine hohe Arbeitslosigkeit erreichen will und entsprechend handeln.

1.2.2. Inflationsursachen und Zins

Ergänzend ist es in diesem Zusammenhang hilfreich, sich zu vergegenwärtigen, wo aus französischer Perspektive die Ursachen für Preissteigerungsraten liegen. Lohnerhöhungen spielen hierbei eine besondere Rolle. So wird Inflation im Artikel Ex93/35 explizit definiert als „hausse générale des prix et des salaires". Die Löhne werden also in die Inflationsdefinition einbezogen. So liegt vor allem in der Frühzeit der

[3] Auf Basis des von Phillips ermittelten inversen Zusammenhangs zwischen Inflation und Arbeitslosigkeit haben manche Autoren auf die Möglichkeit für den Staat geschlossen, nach seinen Präferenzen ein bestimmtes Verhältnis zwischen Inflation und Arbeitslosigkeit auszuwählen (Jossa/Musella 1998, 21ff.).

Betrachtung, den frühen 80er Jahren mit ihren hohen Inflationsraten, ein Schwerpunkt der Berichterstattung auf der schon erwähnten *indexation* und der daraus resultierenden Lohn-Preis-Spirale (u.a. Ex81/18; Ex81/36; Ex83/29), d.h. der Preiserhöhungen auf breiter Front, zu denen die Unternehmen auf Grund von Lohnerhöhungen gezwungen sind, die aber ihrerseits wieder erhöhte Lohnforderungen nach sich ziehen. Ein Problem liegt hierbei darin, dass ein wichtiger Bestandteil einer Inflationsbekämpfungspolitik demnach in einer Drosselung der Lohnforderungen und damit einer Senkung der Kaufkraft der Haushalte bestehen müsste (Ex81/9; Ex81/36; Ex83/12). Die Erhaltung der Kaufkraft wiederum ist eine Hauptsorge der französischen Politik und wird in der Berichterstattung häufig als wichtigster positiver Faktor einer zurückgehenden Inflation (neben den oben erwähnten Nachteilen) angeführt (Ex87/24; Ex98/59; Ex01/7). Dementsprechend wird teilweise argumentiert, insbesondere auch von Seiten der politischen Linken, man müsse erst die Inflation dämpfen, in einem zweiten Schritt könne man dann die Lohnforderungen dämpfen und so die Kaufkraft erhalten (Ex81/22) bzw. müsse es eine „politique de désinflation simultanée des salaires nominaux et des prix“ geben (Ex83/25). Vor diesem Hintergrund bekommt dem Begriff der *rigueur*, der wie dargestellt alle Maßnahmen der Inflationsbekämpfung umschließt, neben der erwähnten makroökonomischen Komponente des Zielkonflikts zwischen Inflation und Beschäftigung auch eine stark individuelle Bedeutung: Inflationsbekämpfung zielt in der französischen Wahrnehmung direkt auf den Geldbeutel des Bürgers.

Nützlich ist es auch, sich im Kontrast zu der beschriebenen Inflationsursachenwahrnehmung, die vor allem auf der Betrachtung von Lohnsteigerungen fußt, die französische Berichterstattung über das konkurrierende theoretische Konstrukt, die monetäre Betrachtung von Inflation, anzuschauen. Es geht vereinfacht gesagt darum, eine Geldentwertung zu verhindern, indem das Geldangebot verknappt wird. Eine Notenbank, die dieser Idee folgt, muss also das Wachstum der Geldmenge im Auge behalten und es gegebenenfalls bremsen (sog. Geldmengensteuerung). Die Geldmenge ist daher der wichtigste Indikator für dieses monetäre Verständnis der Inflationsentstehung. Dementsprechend spricht es für sich, dass von allen über 300 untersuchten Artikeln auf französischer Seite, die sich mit dem Thema Geldpolitik befassen, lediglich in 20 dieser Indikator überhaupt Erwähnung findet, umso mehr, als die *Banque de France* seit 1977 offiziell eine Strategie der Geldmengensteuerung betreibt (Disch 1995: 79ff.), wie in Ex98/57 auch anerkannt wird. Man kann in diesem Zusammenhang durchaus davon reden, dass die theoretischen Argumentationslinien, die hinter dieser Strategie stehen, in der französischen Wahrnehmung weitgehend ignoriert werden, zumal einige der Artikel mit Hinweisen auf die Geldmenge von der

geldpolitischen Situation in Deutschland handeln. Es ist nicht einmal so, dass eine wirkliche Auseinandersetzung mit ihr erfolgte, denn auch Hinweise auf Kritik tauchen nur gelegentlich auf, wie zum Beispiel in Ex81/9, wo Geldmenge als einzige Zielgröße zur Inflationsbekämpfung abgelehnt wird, oder in Ex93/33, wo sich der Autor mit dem (seiner Ansicht nach unsinnigen) Vorwurf an den französischen Notenbankgouverneur de Larosière auseinandersetzt, dieser achte nur auf die Geldmenge.

Die beiden skizzierten unterschiedlichen Analysen der Inflationsursachen haben große Auswirkungen auf die Wahrnehmung der Tätigkeit einer Notenbank. Während ihre Rolle hinsichtlich Sicherung des Geldwerts als untergeordnet angesehen werden muss, wenn Inflation – wie in der in Frankreich vorherrschenden Sicht – primär ein Ergebnis von Lohn- (und Budget-) Politik ist, so hat sie einen umso größeren Einfluss, wenn Inflation als monetäres Phänomen betrachtet wird und demnach die Notenbank über Änderungen des Leitzinssatzes effektiv die Preisentwicklung beeinflussen kann. An dieser Stelle soll deswegen auf die Berichterstattung über Zinsen als Hauptaktionsfeld der Zentralbank eingegangen werden. Hierbei fällt auf, dass in den Jahren 1981 und 1983 Zinsen allenfalls als ausländisches Problem wahrgenommen werden: Sie sind aus französischer Sicht sowohl in Deutschland als auch in den USA zu hoch und deshalb für die dortigen Rezessionen verantwortlich. Erst mit dem Jahr 1987 beginnt eine wirkliche Berichterstattung über die französische Zinssituation und damit vor allem über das Problem zu hoher Zinsen, die wiederum, diesmal in Frankreich, die Wirtschaft belasten. Dies ist vor allem dem erfolgten Politikwechsel hin zur Politik des *franc fort*, d.h. der Bindung des *franc*-Wechselkurses an die Mark geschuldet, welche die französische Notenbank zwang, sich bei ihrer Zinspolitik an der Bundesbank zu orientieren und tendenziell höhere Zinsen in Kauf zu nehmen. Forderungen nach Zinssenkungen tauchen seit dieser Zeit häufig in der Berichterstattung auf und werden, insbesondere im Jahr 1993, als die deutsche Einheit für ein besonders hohes Zinsniveau gesorgt hat, für schwaches Wachstum, schwache Investitionen und hohe Arbeitslosigkeit verantwortlich gemacht (u.a. Ex87/21; Ex93/12; Ex93/14; Ex93/15; Ex93/53; Ex98/49; Ex01/15). So heißt es im Artikel Ex93/20 – was als symptomatisch für die französische Zinswahrnehmung gelten kann – Frankreich „reste prisonnière de taux d'intérêt meurtriers pour l'économie". Allerdings wird durchaus anerkannt, dass eventuell die Notenbank gar nicht in der Lage ist, das Zinsniveau autonom zu senken, da vor allem langfristige Zinsen stärker von den Inflationserwartungen der Anleger als von den Leitzinsen abhängen und deswegen durch eine Inflationsbekämpfungspolitik mit evtl. auch hohen Leitzinsen niedrig gehalten werden kann (Ex93/38; Ex93/42). Die Zinsdiskussion in Frankreich stellt sich daher auch zum Teil als Streit zwischen denjenigen dar, die die kurzfristigen

Finanzierungskosten für entscheidend halten (Ex93/54), und denjenigen, die für ein niedriges Niveau der Zinsen am langen Ende des Spektrums eintreten.

Die Tatsache, dass Zinsen fast ausschließlich als „zu hoch“ wahrgenommen werden, unterstreicht, dass sie für die Inflationsbekämpfung als nicht entscheidend betrachtet werden, während sie jedoch eine wichtige Stellgröße für Investitionsentscheidungen sind. Diese Präferenz für ein niedriges Zinsniveau ist der Grund, wieso die französische Geldpolitik tendenziell als keynesianisch inspiriert angesehen werden kann (zu diesem Komplex: Majnoni d'Intignano 2003, 40-44; Peschutter 1992, 591).

Zusammenfassend kann man sagen, dass in der französischen Wahrnehmung die Ursachen der Inflation eher im Bereich der Realwirtschaft gesucht werden, denn in der Geldwirtschaft. Mit der Vorstellung, vor allem Lohn- und Budgetpolitik seien für Geldentwertung und ihre Bekämpfung zuständig, ist das französische Verständnis der Funktionsweisen der Geldpolitik wie gesehen stark von der Phillips-Kurve geprägt (geringe Arbeitslosigkeit als Ursache hoher Inflation).

1.2.3 Zielpräferenzen in der französischen Geldpolitik

In der Literatur wird gelegentlich eine keynesianisch inspirierte Geldpolitik mit der Förderung von Beschäftigung assoziiert (z.B. Drexler 2007, 194). Tatsächlich hat Keynes allerdings eher ein bestimmtes Verständnis von Geldpolitik formuliert, das ihre Rolle bei der Inflationsbekämpfung relativiert, die Bedeutung des Zinses für Investition und Beschäftigung allerdings unterstreicht. Damit ist jedoch noch keine Aussage getroffen, welche Priorität die von der Geldpolitik beeinflussbaren und miteinander in einem teilweise konfliktuellen Verhältnis stehenden Zielgrößen Preisniveaustabilität, Wachstum/Beschäftigung und Außenwirtschaft in der Wahrnehmung des Landes haben.

Es wurde bereits dargelegt, dass Inflation und Beschäftigung in der französischen Vorstellung tendenziell ein Gegensatzpaar darstellen. Hieraus kann jedoch nicht unbedingt geschlossen werden, dass damit die Priorität zwangsläufig auf der Bekämpfung von Arbeitslosigkeit liegen muss. Zwar gibt es in den betrachteten Jahren fast durchgängig Stimmen, die eine Förderung von Wachstum und Beschäftigung mit den Mitteln der Geldpolitik fordern, z.B. wenn festgestellt wird, die Regierung habe ein „impératif de lutte contre le chômage“, das einer zu entschiedenen Inflationsbekämpfung entgegensteht (Ex83/13), wenn die Bundesbank kritisiert wird, sie riskiere lieber Rezession als Inflation (Ex87/33), oder wenn Arbeitslosigkeitsbekämpfung als das eigentliche Ziel der europäischen Währungsunion angegeben wird (Ex93/46). An dieser Stelle darf jedoch nicht vergessen werden, dass diese Äußerungen auch immer eine Reaktion auf die jeweils aktuelle Situation darstellen, die spätestens seit der Politik des

franc fort tatsächlich durch entschiedene Inflationsbekämpfung und steigende Arbeitslosigkeit gekennzeichnet war. Insofern kann man nicht generell sagen, die französische Vorstellung guter Geldpolitik sei einseitig wachstums- und beschäftigungsorientiert, auch wenn sich Plädoyers für eine stärkere Berücksichtigung der Arbeitslosigkeit bei geldpolitischen Entscheidungen über den gesamten betrachteten Zeitraum hinweg finden lassen. Vielmehr scheint der Anspruch zu bestehen, die Geldpolitik habe der jeweiligen Situation angemessen zu sein und im Sinne der oben zitierten Ziele der Wirtschaftspolitik dafür zu sorgen, dass bei einer akzeptablen Inflation eine akzeptable Arbeitslosigkeit nicht überschritten wird.

Es bleibt dabei allerdings die Frage offen, wieso Inflationsraten, die so niedrig waren, dass sie wie beschrieben in der französischen Presse regelmäßig Deflationsängste wecken konnten, dennoch nicht dazu geführt haben, dass die französische Geldpolitik gelockert wurde, und das, obwohl – wie ebenfalls oben ausgeführt – Preissteigerungen nicht zu den Hauptsorgen der Franzosen gehörten, solange ihre Kaufkraft nicht tangiert ist. Hierbei ist zu beachten, dass es nicht die sozialen Folgen der Inflation sind, die als unerträglich wahrgenommen werden, sondern vielmehr ihre Auswirkungen auf das dritte der oben vermerkten Ziele der Wirtschaftspolitik: die Außenwirtschaft.

1.3. Externe Aspekte der Geldpolitik: Wechselkurs und Außenhandel

Tatsächlich fällt auf, dass die Inflationsrate häufig in erster Linie in ihrer Bedeutung für den Wechselkurs des *franc* und den französischen Außenhandel wahrgenommen wird. Grundsätzlich gilt: Eine stark inflationierende Währung sinkt im Wert gegenüber schwächer inflationierenden, da die Nachfrage nach den Währungen mit höherer Kaufkraft größer ist (Kaufkraftparitätentheorie: Rübel 2002, 88ff.). Sind die Kurse zweier nationaler Geldeinheiten zueinander fixiert, wie im europäischen Währungssystem (EWS)[4], so stellt die stärkere Teuerung in einem Land ein Problem für dessen Wettbewerbsfähigkeit dar.

In exakt dieser Situation befand sich Frankreich zu Beginn der 80er Jahre, insbesondere im Verhältnis zu Deutschland. So gibt es zahlreiche Beispiele für die direkte argumentative Verknüpfung von Inflation und den sich daraus ergebenden Problemen für den Wechselkurs des *franc*, gerade auch im Verhältnis zur D-Mark (z.B. Ex81/14; Ex81/17; Ex83/6; Ex83/13; Ex83/15; Ex87/5; Ex87/26; Ex93/6). Unterstrichen wird diese zusätzlich dadurch, dass häufig nicht in erster Linie die absolute Inflationsrate in

[4] Eine Währung durfte nur innerhalb eines Korridors von 2,25% nach oben oder nach unten von einem festgelegten Referenzkurs abweichen. Waren diese Grenzen erreicht, waren die betreffenden Notenbanken verpflichtet, auf dem Devisenmarkt zu Intervenieren. Tatsächlich gab es aber auch die Möglichkeit, die Referenzkurse neu festzulegen.

Frankreich betrachtet wird, sondern vielmehr nur das Inflationsdifferential, also der Abstand der französischen Inflationsrate insbesondere von der deutschen (Ex83/3; Ex83/13; Ex83/18; Ex83/26; Ex87/26; Ex93/1).

Frankreich hatte in dieser Situation drei Handlungsmöglichkeiten[5]: Zum einen eine Abwertung des *franc*, also eine Neufestsetzung des Referenzkurses im EWS, die den Kostennachteil der französischen Wirtschaft durch die höhere Inflation ausgeglichen hätte, zweitens administrative Maßnahmen zur Devisenbewirtschaftung, die im Extremfall den *franc* zu einer nicht mehr frei handelbaren Währung gemacht hätten, und drittens eine Politik der strikten Inflationsbekämpfung, die geeignet wäre, den Wechselkurs zu stabilisieren. Dies hätte sowohl indirekt durch eine Stabilisierung der Kaufkraft des *franc* gegenüber der D-Mark erreicht werden können, als auch direkt, durch Zinserhöhungen, um Nachfrage nach Geldanlagen in *franc* zu schaffen. Tatsächlich wurden alle drei Optionen diskutiert und teilweise umgesetzt.

Die Abwertung des *franc* als Option wird dabei in „L'Expansion" zwiespältig wahrgenommen. Grundsätzlich wird ein schwächerer *franc* durchaus als im französischen Interesse liegend gesehen, da er den französischen Unternehmen einen Wettbewerbsvorteil verschafft. Dies gilt vor allem für den Wechselkurs zum Dollar (u.a. Ex81/5; Ex87/5; Ex87/11; Ex87/20; Ex87/27; Ex98/63), aber auch in gewissem Maße im Verhältnis zu den Währungen des EWS (insbesondere seiner Leitwährung, der D-Mark), Der *franc* wurde deshalb mehrmals abgewertet, wovon sich Frankreich Exportchancen auf den „marchés germaniques" versprach (Ex81/33; ähnlich: Ex81/33). Allerdings überwogen doch die kritischen Stimmen, was Abwertungen des *franc* innerhalb des EWS betrifft, interessanterweise allerdings keinesfalls aufgrund eines grundsätzlichen Plädoyers für einen starken *franc*, sondern vielmehr, weil sich die angestrebten positiven Effekte der Abwertung nicht realisieren ließen. Einerseits blieb ihr Grund, die Inflationsdifferenz zu den übrigen EWS-Währungen, bestehen, und so schienen weitere Anpassungen in der Zukunft unvermeidlich. Abwertungen, so der Tenor, nützten nur etwas, wenn sie mit Inflationsbekämpfung, mit „mesures de rigueur" (Ex83/6) einher gingen (Ex81/28; Ex81/29; Ex81/32). Andererseits wollte sich der übliche längerfristige Effekt einer Abwertung, nämlich eine Aktivierung der Handelsbilanz durch Bremsung der Importe und Förderung der Exporte, gerade im Handel mit Deutschland nur bedingt einstellen (gegen Handelsbilanzeffekte der Abwertung: Ex81/30; Ex83/13; Ex83/17; Ex87/6; dafür: Ex81/33; Ex83/12; Ex83/26; Ex83/28).

[5] Diese ergeben sich aus dem sogenannten „magischen Dreieck" der internationalen Finanzarchitektur (Rübel 2002, 298ff.).

Die Sorge um das Defizit der Handelsbilanz und damit der Wettbewerbsfähigkeit der französischen Wirtschaft wird regelmäßig im Zusammenhang mit geld- und währungspolitischen Fragen thematisiert (u.a. Ex81/28; Ex81/38; Ex83/2; Ex83/13; Ex87/1; Ex87/3; Ex87/24; Ex87/35; Ex93/4 ; Ex93/21). Das Außenhandelsdefizit als Zeichen geringer Wettbewerbsfähigkeit wird dabei zeitweise als „préoccupation n° 1 du gouvernement“ (Delors: Ex83/24) und „problème n° 1 de l'économie française“ (Ex87/24) wahrgenommen, da es eine zunehmende Verschuldung Frankreichs im Ausland signalisiert und so die politische Unabhängigkeit Frankreichs in der Welt bedroht (Ex83/2). Abwertungen des *franc* haben einen zwiespältigen Effekt: Sie erhöhen wie gesehen die preisliche Wettbewerbsfähigkeit französischer Produkte, was vor allem Massenindustrien zugute kommt, ändern jedoch die strukturelle Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft nicht. Deswegen wird eine starke Währung durchaus als Mittel gesehen, die Wirtschaft zu zwingen, qualitativ hochwertige und technisch anspruchsvolle Produkte zu entwickeln (Ex81/28; Ex81/38; Ex87/1; Ex87/3). In Ex87/35 wird diese Sicht wie folgt zusammengefasst: „Un franc faible, c'est bien pour vendre l'éthylène. Mais un franc fort nous aurait peut-être permis d'avoir une industrie du magnétoscope.“

Auch die zweite Maßnahme zur Wechselkursstabilisierung, die Devisenbewirtschaftung mittels administrativer Maßnahmen, wurde in der französischen Presse gelegentlich erwähnt, allerdings nimmt sie keinen großen Raum ein. Hierbei gibt es durchaus befürwortende Stimmen (Ex81/26; Ex83/25), andere merken jedoch an, dass sich Devisenkontrollen umgehen lassen (Ex81/21) und letztlich werden sie abgeschafft (Ex90/2), um das Ansehen der französischen Währung zu verbessern und da sie nicht dem Geist eines europäischen Binnenmarktes entsprechen.

Es blieb also letztlich nur die dritte Option, eine Politik der strikten Inflationsbekämpfung („rigueur“), um Frankreichs Verbleib im europäischen Währungssystem zu sichern. Diese Politik des *franc fort* (dieser zweideutige Titel beschreibt einerseits das Ziel eines starken *franc*, enthüllt aber auch die Notwendigkeit, sich hierfür strikt an der Geldpolitik der Deutschen Bundesbank in Frankfurt – *Francfort* – auszurichten) wurde schließlich 1987 ins Werk gesetzt. Es bedeutete vor allem, die Zinsen auf ein Niveau zu heben, das über dem in Deutschland lag, und so Investitionen in *franc* für Anleger attraktiver zu machen, um Nachfrage nach französischer Währung zu kreieren. Wie sehr diese Politik außenwirtschaftlich motiviert war, zeigt das Schlagwort, mit dem die Inflationsbekämpfung gerechtfertigt wurde: Es ging um eine *désinflation compétitive* (Ex93/2; Ex93/6; Ex93/14; Ex93/17; Ex93/28; Ex01/48), also eine Reduzierung der Inflationsraten zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit, die die vorherigen *dévaluations compétitives* (Ex93/14; Ex93/17; Ex93/42) ersetzen sollte.

Mit anderen Worten: Um die Wirtschaft unter Druck zu setzen, im internationalen Vergleich wettbewerbsfähiger zu werden, und um gleichzeitig die französische Währung im Europäischen Währungssystem halten zu können, mithin um außenwirtschaftlich motivierte Zielsetzungen zu verfolgen, hat Frankreich letztlich seine binnenwirtschaftlichen Prioritäten in der Geldpolitik, die wie gesehen eher zu moderater Inflation und Förderung der Beschäftigung tendierten, zurückgestellt. Diese außenwirtschaftliche Ausrichtung der Geldpolitik ist erstaunlich und es muss an dieser Stelle der Versuch unternommen werden, sie vor dem Hintergrund des Europäischen Währungssystems zu erklären: Wieso war dieses Projekt für Frankreich so entscheidend, dass es eine komplette Neuausrichtung der französischen Wirtschaft verursachen konnte?

Dazu ist es hilfreich, sich die französische Sicht auf flexible Wechselkurse anzusehen. Diese ist ausnahmslos kritisch (zahlreiche Beispiele, u.a. Ex83/19; Ex83/20; Ex87/10; Ex87/15; Ex87/18; Ex87/25; Ex87/27; Ex87/30; Ex90/10; Ex98/1Ex01/36), wobei auffällt, dass es kaum explizite Begründungen für diese Sicht gibt. Lediglich in Ex01/10 wird angemerkt, die festen Wechselkurse der Währungsunion hätten die Perspektiven der Unternehmer stabilisiert. Gelegentlich wird argumentiert, frei floatende Währungen stünden im Gegensatz zum Wachstumsziel (Ex87/18; Ex87/22; Ex87/24), ohne dies näher zu erläutern. Grundsätzlich scheint es sich eher um eine diffuse Abneigung gegen die Tatsache zu handeln, dass sich eine wichtige ökonomische Größe zentraler Kontrolle oder wenigstens einheitlicher Koordinierung entzieht. So ist von einer „anarchie monétaire“ (Ex98/1) die Rede, die „variations erratiques“ der Wechselkurse und Zinsen (Ex90/10) auslöst. Dementsprechend werden Geschehnisse an den Devisenmärkten fast ausnahmslos mit Spekulation gleichgesetzt (statt vieler Ex81/21; Ex87/3; Ex93/40; Ex93/57), was eine grundsätzliche Marktkritik impliziert. Deutlich ist der Wunsch, wieder zum System fester Wechselkurse von Bretton Woods zurückzukehren, worin ebenfalls keynesianisch inspiriertes Gedankengut deutlich wird (Ex87/10; Ex87/18). In diese Richtung gehende Versuche wurden 1987 unter Federführung des französischen Finanzministers unternommen. Der hieraus resultierende Louvre-Accord, der konkrete Wechselkurs-Zielzonen für die drei großen Währungsblöcke USA, Japan und Europa vorsah, wurde von „L’Expansion“ einhellig begrüßt (Ex87/16; Ex87/19): Es handele sich um ein „système de changes flottants tempéré par une concertation organisée“ (Ex87/27). Mit diesem Bedürfnis nach Zähmung des Devisenmarktes durch konzertierte, staatliche Aktionen ist letztlich auch die Schaffung des Europäischen Währungssystems zu erklären, ebenso die Tatsache, dass Frankreich trotz der dadurch auferlegten Zwänge von der recht häufig thematisierten Möglichkeit eines Austritts (Ex81/20; Ex83/15; Ex87/10; Ex87/16; Ex87/38; Ex93/11; Ex93/14) letztlich nicht Gebrauch gemacht hat. Es handelte

sich hierbei wie so oft bei Geldfragen in Frankreich um eine politische Entscheidung zur Erreichung eines höheren Ziels: Das EWS stellte einen wichtigen Teil der europäischen Kooperation dar (Ex83/15), mit dem Endziel der gemeinsamen europäischen Währung (Ex93/38; Ex93/51). Ein Austritt war deswegen „impensable politiquement“ (Ex87/38).

1.4. Geld, Nationalbewusstsein und der Blick auf Deutschland

In den vorhergehenden Kapiteln wurden, die wirtschaftlichen Funktionslogiken hinter den institutionellen, sowie den binnen- und außenwirtschaftlichen Aspekten der französischen Geldpolitik anhand ihrer Darstellung in „L'Expansion“ erläutert. Dabei hat sich gezeigt, welch wichtige Rolle politischen Erwägungen spielen. Diese wiederum sind ohne Beachtung gewisser Aspekte der Geldpolitik, die ein spezifisch französisches Nationalbewusstsein berühren, sowie die sich aus dem ambivalenten Verhältnis zu Deutschland als wichtigem Partner und starkem Konkurrenten ergebenden Verwicklungen im geldpolitischen Bereich nur unvollständig zu erfassen. Deshalb soll es in den weiteren Ausführungen darum gehen, die bisher zu kurz gekommenen weniger rationalen als vielmehr symbolischen Dimensionen der Geldpolitik in Frankreich und in ihrer Interaktion mit Deutschland zu beleuchten und die vorher skizzierten Aspekte entsprechend zu ergänzen.

Geld hat im französischen Verständnis einen starken Bezug zur Souveränität (Ex98/17; Ex01/47). Es repräsentiert die Stärke von Wirtschaft und Gesellschaft (Ex87/8), existiert in Abhängigkeit einer politisch-militärischen Struktur (Ex01/40) und ist Kristallisationspunkt des nationalen Gedächtnisses (Ex98/29). Insbesondere der *franc* repräsentiert die Historie Frankreichs seit dem Hundertjährigen Krieg. Seine Existenz beginnt mit einem *affranchissement*, einer Befreiung Frankreichs von der Oberhoheit der Engländer (Ex01/40) und begleitet ab 1360 die Höhen und Tiefen der französischen Geschichte (Ex93/19). Auch die für das französische Geldwesen hauptsächlich zuständige Instanz, die *Banque de France*, ist eine geschichtlich zutiefst französische Institution. Geschaffen unter der Herrschaft Napoléons hat sie ihren Sitz im historischen Zentrum von Paris, im vom berühmten französischen Architekten François Mansard entworfenen (Ex93/18) Hôtel de la Vrilière (Ex98/73) hinter einer klassizistischen Fassade (Abbildung Ex93/47) und verfügt mit der opulenten *Galérie Dorée* (Abbildung Ex93/18) über barocke Prunkräume, die von Frankreichs goldenem Zeitalter künden.

Bei einer derart starken historisch-symbolischen Verwurzelung des Geldwesens in Frankreich kann es kaum verwundern, wenn sich diese auch in den geldpolitischen Denk- und Argumentationsweisen widerspiegelt. Insbesondere bei den in den vorangegangenen Kapiteln diskutierten Fragen nach den Vorteilen eines „starken“ oder „schwachen“ *franc*

sowie der Inflationsrate spielt das nationale Prestige durchaus eine Rolle. So ist zum Beispiel ein gewisses Bedauern zu verspüren, dass Frankreich unter einer „réputation monétaire faible“ (Ex90/2) leidet und dass der *franc* trotz seiner stolzen Tradition (Ex93/1) zu den schwachen Währungen gezählt wird (Ex83/8; Ex90/5; Ex93/19). Die Aufrechterhaltung des Wechselkurses zur Mark wird dabei zu einer Frage der Ehre (Ex90/4); eine Abwertung, gar ein Ausstieg des *franc* aus dem EWS, wäre eine „humiliation“ (Ex87/7; Ex93/42). Wie sehr dabei aus dem recht technischen Aspekt der *franc*-D-Mark-Parität eine Frage des nationalen Prestiges wird, lässt sich in etwa anhand des in diesem Zusammenhang verwandten militärischen Vokabulars ermessen. Wenn hier mit gewisser Regelmäßigkeit von einer Verteidigung gegen einen „assaut“ (Ex93/42) oder einer „attaque“ (Ex93/47) durch Spekulanten bzw. einem „monnaie attaqué“ (z.B. Ex93/4) die Rede ist, kann man dies noch einer bildhaften Sprache zuschreiben. Der Artikel Ex93/17 wartet allerdings mit einem ganzen Bündel militärischer Sprachbilder auf, wenn *Banque de France* und *Trésor* die „armes“ für die „troisième ‚bataille du franc‘“ vorbereiten, um die „ligne Maginot franc-mark“ zu halten. Allerdings benutzen auch die Gegner einer Mark-Bindung des *franc* stark symbolträchtige Begriffe, wenn sie die Politik des *franc fort* als „Verdun monétaire“ (Ex98/72) geißeln.

Hierin deutet sich bereits an, dass die Geschichte der deutsch-französischen Beziehungen auch bei der Betrachtung geldpolitischer Fragen in Frankreich eine wichtige Rolle spielt. Die Wahrnehmung Deutschlands ist insgesamt zwiespältig – es wird, als neuer Partner und alter Rivale, für seine starke Wirtschaft sowohl bewundert als auch gefürchtet und es ist ständiger Bezugspunkt im Hinblick auf wirtschaftliche Fragen. Als Vorbild gilt vor allem die deutsche Lohn- und Tarifpolitik mit ihren moderaten Abschlüssen (z.B. Ex81/36; Ex87/19), aber auch die Wettbewerbsfähigkeit und der deutsche Außenhandel (u.a. Ex81/38; Ex87/6; Ex87/19; Ex87/35; Ex90/4; Ex90/9). Die Perzeption der deutschen Geld- und Währungspolitik zeigt dabei eine besondere Ambivalenz: Deutlich wird auch hier eine besondere Bewunderung für die Stärke der D-Mark und die deutsche Geldpolitik im Allgemeinen (statt vieler: Ex87/3; Ex87/5; Ex90/2; Ex90/4). Man schaut mit gewissem Neid auf die „solidité“ der Mark (Ex87/22), die sie zur „devise clé de l’Europe“ (Ex87/25) hat werden lassen. Es scheint auch durchaus – gerade zur Frühzeit der an Deutschland orientierten Politik des *franc fort* – eine gewisse Erleichterung darüber zu geben, dass die deutsche „vertu financière“ die Nachbarländer ansteckt (Ex87/27). Zeitweise kann man geradezu von einem Wettstreit um die niedrigste Inflationsrate reden, in dem sich Frankreich gegenüber Deutschland sieht (Ex87/26; Ex90/2; Ex93/17). Wenn es in Ex93/32 heißt: „En matière monétaire, le modèle allemand s’impose“, so ist damit das ganze Dilemma der Situation ausgedrückt: Dem Erfolg des

deutschen Modells kann sich Frankreich nicht entziehen, ihm zu folgen bedeutet aber, in die geldpolitische Abhängigkeit von Deutschland zu geraten.

Diese Abhängigkeit Frankreichs von den deutschen Zinsbeschlüssen löst – vor allem in Hochzinsphasen wie 1993 – deutliche Besorgnis aus. Von einem „effet de domination“ ist die Rede (Ex93/10), der von Frankreich eine Anpassung seiner gesamten Wirtschaftspolitik verlangt (Ex93/58). Der *franc* wird als Satellit der Mark dargestellt („totalement dépendant“ Ex87/7) und nicht ohne Sarkasmus wird angemerkt, man sei machtlos und müsse warten „que les Allemands veuillent bien baisser les taux“ (Ex93/7). Besonders zwei Themenkomplexe erregen auf französischer Seite Anstoß und stellen damit einen Kern der Problematik der deutsch-französischen Währungsbeziehungen dar. Die Unabhängigkeit der Deutschen Bundesbank und die regelgebundene deutsche Geldpolitik.

Was die Wahrnehmung der Bundesbank betrifft, ist dieselbe Ambivalenz festzustellen, die auch die Betrachtung Deutschlands insgesamt prägt. Die deutsche Notenbank wird sehr häufig erwähnt; die Berichterstattung übertrifft in Quantität und vor allem in Qualität während der meisten Zeit diejenige über ihr französisches Pendant, wobei nicht nur die geldpolitischen, sondern auch die gesamtwirtschaftlichen Ansichten der Deutschen Bundesbank in den Artikeln Niederschlag finden (z.B. Ex83/1; Ex90/7; Ex93/8; Ex98/38). Regelmäßig wird der französische (und in Deutschland eher unübliche) Spitzname „Buba“ verwendet (Ex90/11; Ex93/30; Ex93/47; Ex93/52; Ex98/38; Ex01/31; Ex01/39). Die Unabhängigkeit dieser Institution war Vorbild für entsprechende Reformen in Frankreich (87/22; 93/9), welche unter anderem darauf abzielten, den geldpolitischen Dialog mit der Bundesbank auf dieselbe Ebene zu stellen (Ex93/21) und damit für eine bessere geldpolitische Koordinierung zu sorgen. Allerdings wird der Grad der Unabhängigkeit der deutschen Notenbank häufig mit Unverständnis betrachtet. So ist von der „fameuse indépendance“ der „sainte banque centrale“ die Rede (Ex98/67), was ihre Stellung in Deutschland ironisiert. Auch wird mit Verwunderung festgestellt, dass „les ordres de Bonn […] n’y [bei der Bundesbank in Frankfurt, d.Verf.] sont pas toujours bien entendus“ (Ex87/36) und dass Frankfurt – und nicht Bonn – Ziel ausländischer Entscheidungsträger für Verhandlungen über Zinssenkungen ist (US-Finanzminister Baker Ex87/36; französische Politiker Ex93/17). Deutlich kritischer wird der Blick auf das Phänomen, wenn es um den französischen Wunsch nach Koordination der Geld- und Währungspolitiken geht. Es wird der Bundesbank vorgeworfen, mit ihrer dogmatischen Politik internationale Abmachungen (wie den oben erwähnen Louvre-Accord) zu torpedieren (Ex87/36) und in ihrer „intransigeance“ (Ex90/4) diktatorisch (Andeutung Ex93/42; explizit Ex98/46) über die europäischen Währungen zu herrschen. Das

Erschreckende an der Unabhängigkeit der deutschen Bundesbank ist also vor allem ihre Unabhängigkeit gegenüber den Geldpolitiken der anderen europäischen Länder, insbesondere Frankreichs.

Betrachtet man sich die Kritik an der Geldpolitik der Bundesbank, so setzt sich hier in gewisser Weise fort, was gerade schon für die Wahrnehmung der Unabhängigkeit der Bundesbank festgestellt wurde: Ihr wird mangelnde Flexibilität vorgeworfen. Auffällig ist in diesem Zusammenhang der häufige Gebrauch von Sprachbildern aus dem religiösen Bereich. Die Haltung der Bundesbank wird als „étrange orthodoxie“ betrachtet (Ex87/36, ähnlich Ex93/9; Ex93/33) und mit gewissem Unverständnis wird bemerkt: „On ne badine pas avec la monnaie. […] La rigueur monétaire y [in Deutschland, d. Verf.] est inscrite dans le marbre. […] Le dogme est inflexible.“ (Ex87/36), womit ein geradezu stereotypisches Deutschlandbild, charakterisiert durch Dogmatik, mangelnde Flexibilität und Humorlosigkeit auf die Geldpolitik übertragen wird.

Geldpolitischen Differenzen mit Deutschland werden im Grunde als Hegemonialkonflikt wahrgenommen. Zum Beispiel wird in einem fiktiven Szenario (Ex87/25) unterstellt, die in der Währungspolitik wichtigsten Staaten (USA, Japan und Deutschland) würden sich untereinander auf eine koordinierte Politik einigen und damit ein „Yalta monétaire“ schaffen, eine „‘triarchie monétaire‘ réunissant le grand vainqueur et les deux grands vaincus de la Seconde Guerre mondiale“, wobei auf „les plus vieux États européens que sont la Grande-Bretagne et la France“ keine Rücksicht genommen würde. Diese Sichtweise enthüllt nicht nur eine französische Angst vor dem Verlust von Einfluss, sondern beruft sich auch gleichzeitig auf ein Senioritätsprinzip, das den Neulingen auf der internationalen Bühne in gewisser Hinsicht das Recht auf Herrschaft abspricht. Hierzu passt auch, dass Deutschland die „toute-puissance du mark“ (im Rückblick Ex01/36) und die auf ihr beruhende Arroganz (im Bezug auf Graf Lambsdorff: Ex87/13) durchaus vorgehalten wird, andererseits Frankreich es nur zu gerne sähe, wenn der *franc* die Rolle als Leitwährung einnähme. Als es die *Banque de France* im Jahr 1993 kurzfristig schafft, die Leitzinsen unter deutsches Niveau zu senken, ohne einen Kurssturz zu verursachen (Ex93/37), meint der französische Wirtschaftsminister bereits, man könne nun „d’égal à égal“ über Zinssenkungen verhandeln und bestellt Vertreter der Bundesbank nach Paris (Rückblick Ex01/36). Allerdings währen die Leitwährungsträume (Ex93/11) nur kurz. Mit Bedauern wird festgestellt: Die Deutschen „ne se défendent plus, ils attaquent […] Le franc n’a pas régné trois semaines sur les monnaies européennes“ (Ex93/37).

1.5. Die Wahrnehmung der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion

In den vorangegangenen Kapiteln wurden die wesentlichen Aspekte der auf Geldpolitik bezogenen Denkweisen, wie sie sich aus der Untersuchung der Wirtschaftszeitung „L'Expansion" ergeben, skizziert. Die meisten bezogen sich der angeführten Belege auf eine Zeit vor der Einführung einer gemeinsamen europäischen Währung. An dieser Stelle soll die Wahrnehmung eben jener europäischen Währungsunion in Frankreich untersucht werden, um festzustellen, inwiefern sich die erarbeiteten Phänomene auch im Prozess der monetären Integration wiederfinden lassen, mithin also eine über geldpolitisch-institutionelle Reformen hinausgehende Kontinuität aufweisen.

Es wird hier mit einer Analyse der Zielsetzung einer gemeinsamen europäischen Währung aus französischer Perspektive begonnen, da sich diese direkt an die im vorhergehenden Kapitel erarbeiteten Punkte anschließt: Die Notwendigkeit einer gemeinsamen europäischen Währung ergibt sich für Frankreich in erster Linie aus der Angst vor der deutschen Dominanz in Geld- und Währungsfragen. Erklärtes Ziel ist es, durch die monetäre Integration die geldpolitische Abhängigkeit von Deutschland zu verringern und ein Mitspracherecht zu erhalten (Ex90/1; Ex93/10; Ex93/14; Ex98/71), was insbesondere angesichts des deutschen Machtgewinns im Zuge der Wiedervereinigung notwendig ist (Ex93/39; Ex98/47): „Mieux vaut une monnaie commune qu'un mark géré pour le seul compte des Allemands" (Ex90/6). Weiteres Ziel ist die Gewinnung eigenen Einflusses: Die gemeinsame Währung soll, so wird erklärt, das europäische Gewicht in der Welt erhöhen (Ex98/47; Ex98/48; Ex01/9) und den Dollar als Leitwährung ablösen (Ex98/16, implizit Ex87/4). Die Nennung der Vollendung des Binnenmarktes und der Vertiefung der europäischen Integration (Ex90/2; Ex90/10; Ex93/10) als Zweck des gemeinsamen Geldes ist dagegen wenig überraschend.

Will Frankreich über ein gemeinsames Geld an Mitspracherecht gewinnen, so ist dies nicht nur Selbstzweck, sondern es geht auch darum, die europäische Geldpolitik in Richtung französischer Vorstellungen zu beeinflussen. Die Unabhängigkeit einer europäischen Zentralbank wird dabei kritisch betrachtet (Ex93/1; Ex98/5), aber generell als zu zahlender Preis für die Währungsunion akzeptiert (Ex93/26). Insbesondere erhofft sich Frankreich ein niedrigeres Zinsniveau (Ex90/1; Ex93/10; Ex93/12; Ex93/14), ebenso wie eine aktive Wechselkurspolitik (Ex98/10), die die europäischen Exporte begünstigen und damit die Arbeitslosigkeit senken soll (Ex93/46; Ex98/41). Inflationsbekämpfung als einziges Ziel des Eurosystems wird dagegen tendenziell abgelehnt (Ex93/46; Ex98/14; Ex98/17; Ex98/40). In dieselbe Richtung geht der Wunsch, die Maastricht-Kriterien flexibel auszulegen (Ex93/28; Ex93/29), um mit einer möglichst großen Währungsunion zu starten und damit zu verhindern, dass andere Länder ihre Währung abwerten, um ihren Export zu

stützen (Ex93/28; Ex01/6). Dieser Befund passt damit zu dem, was schon oben für die französische Geldpolitik festgestellt wurde: Fragen der Geldpolitik sind politisch und das Beschäftigungsziel überlagert das Preisstabilitätsziel, wenn nicht außenwirtschaftliche Erwägungen entgegenstehen. Interessant hierbei ist, dass die Sorge um eine starke Währung und das damit verbundene Prestige im Hinblick auf den *franc* noch ein wichtiger Faktor der Wahrnehmung geldpolitischer Fragen war, jetzt allerdings keinerlei Bedeutung mehr zu haben scheint: Ein niedriger Wechselkurs insbesondere zum Dollar wird gewünscht.

Die symbolische Dimension der Geldpolitik bricht sich auf dem Weg zur Währungsunion allerdings anderweitig Bahn: Zum einen in der Diskussion um den Standort der Europäischen Zentralbank (EZB). In einer fiktiven Vorausschau auf die gemeinsame Währung (Ex90/1) wurde diese Institution nicht ohne einen gewissen Optimismus in Lyon platziert. Bis 1993 ist allerdings in Frankreich die Einsicht gewachsen, dass eine Entscheidung für Frankfurt am Main wahrscheinlicher ist (Ex93/52). Auch dies wird als für die Währungsunion zu zahlender Preis begriffen, dennoch gibt es Sorge wegen der zu erwartenden Vorteile für den Finanzplatz Frankfurt und – noch gravierender – wegen eines möglicherweise zu großen Einflusses der Bundesbank auf die gesamteuropäische Geldpolitik. Bei dem zweiten Punkt, der stark von Nationalsymbolik und Prestigedenken geprägt ist, handelt es sich um die Frage nach der Präsidentschaft der EZB. Hier endet Frankreichs Kompromissbereitschaft: In seltener Einigkeit setzen der gaullistische Präsident Chirac und der sozialistische Ministerpräsident Jospin den Gouverneur der *Banque de France*, Jean-Claude Trichet als Nachfolger des ersten Präsidenten Duisenberg durch, dem sie das Versprechen abnötigen, nach einer verkürzten Amtszeit „freiwillig“ zurückzutreten (Ex98/9; Ex98/47; Ex48/49).

Dass die Wahrnehmung der Europäischen Währungsunion auf französischer Seite von „Preisen“ geprägt ist, die in politischer und symbolischer Hinsicht zu zahlen sind, um insbesondere die Deutschen in die gemeinsame Währung zu locken, äußert sich auch nach dem Start der Währungsunion in einer latent kritischen Haltung. Wenn es in Ex01/2 heißt, die Zinssenkungen gäben „de l’oxygène à tous les débiteurs“ und durch die Euro-Einführung „sont bannis les variations de change, et donc les hauts taux d’intérêt“, so scheinen sich zunächst die Erwartungen an die gemeinsame Währung durchaus erfüllt zu haben. Jedoch wird der „mauvais réglage de la politique économique“ (Ex01/23) beklagt, der zu häufigen „passes d’armes“ zwischen EZB und Regierungen führt, auch weil der oben erwähnte französische Vorschlag einer Wirtschaftsregierung nicht aufgegriffen wurde (z.B. Ex98/46). Und im Jahr 2001, als die Wirtschaft nach einer längeren Aufschwungphase abzukühlen beginnt, häufen sich auch auf französischer Seite wieder

die Forderungen nach entschlosseneren Zinssenkungen durch die Europäische Zentralbank (Ex01/13; Ex01/16; Ex01/50; Ex01/53).

Ein Artikel, der das fortbestehende französische Unbehagen mit einigen Aspekten der Währungsunion in seltener Deutlichkeit artikuliert, trägt den Titel „La BCE penche vers l'Allemagne" und wurde von Jean Quatremer verfasst (Ex01/39). Der Autor sieht den französischen Einfluss in der Europäischen Zentralbank schwinden: „L'institution monétaire parle en anglais et pense en allemand." Trotz der Aufforderung einiger Europaabgeordneter an den französischen Vizepräsidenten Noyer, den „multiculturalisme" innerhalb der Institution durch Förderung der französischen Sprache zu bewahren, sei das Englische als Verständigungsmittel dominant. Viel gravierender sei jedoch der Einfluss der deutschen „culture de stabilité" – ein Begriff, der in diesem Kontext eher bedrohlich denn positiv konnotiert ist – auf die Denkweise der Zentralbank: „Si les Allemands ont bataillé pour obtenir […] que la BCE soit située à une encablure de la Bundesbank, ce n'est pas uniquement pour la gloire." Der damalige französische Notenbankgouverneur (und heutige Präsident der EZB) Jean-Claude Trichet habe deswegen die Entscheidung für Deutschland als Standort für eine „terrible catastrophe" gehalten, denn: „La manière dont la Banque centrale européenne fonctionnera sera largement déterminée par l'univers culturel dans lequel baignera l'institution." Trichet, so berichtet der Autor, habe lieber ganz auf eine gemeinsame Währung verzichten wollen, als sie unter diesen Bedingungen zu erreichen. Denn der deutsche Einfluss mache nicht bei den Standortfragen halt: Auch die EZB-Präsidentschaft sei an den Niederländer Wim Duisenberg und damit an einen Notenbankpräsidenten der Mark-Zone gefallen und als Chefvolkswirt mit einer langen Amtszeit von acht Jahren hätten die Deutschen den an anderer Stelle als „très orthodoxe" (Ex98/66) bezeichneten und hier als „faucon" titulierten Otmar Issing durchgesetzt. Der EZB-Sprecher Manfred Körber, ehemaliger Pressesprecher der Bundesbank und ebenfalls Deutscher, „ne parle un traître mot de français". „Sous un vernis anglo-saxon", so schließt Quatremer, „la BCE ressemble comme une sœur jumelle à la Buba. Et très peu aux dix autres frères de la zone euro."

2. Geldpolitik in Deutschland: Die Berichterstattung in der „Wirtschaftswoche"

2.1. Institutionelle Aspekte der Geldpolitik

2.1.1. Notenbank und Politik

Dass das Verhältnis von Notenbank und Regierung in Deutschland seit Gründung der Bundesrepublik vor allem von der Unabhängigkeit der Deutschen Bundesbank bestimmt

war und dass diese Unabhängigkeit, was ihre gesetzlichen Grundlagen betrifft, zu den weitgehendsten weltweit gehörte, ist bekannt und soll an dieser Stelle nicht weiter ausgeführt werden. Vielmehr soll es hier darum gehen, anhand der Berichterstattung in der „Wirtschaftswoche“ zu ermitteln, wie diese Autonomie wahrgenommen wurde und welche Funktionslogiken sie und ihr Verhältnis zu anderen Akteuren der Wirtschaft bestimmten.

Schaut man sich die Berichterstattung der Wirtschaftswoche an, so fällt – insbesondere im Vergleich zu Frankreich – die ständige Präsenz der Bundesbank in den untersuchten Artikeln auf, was kaum überraschen kann, wenn man sich ihre bedeutende Stellung im deutschen Wirtschaftssystem ansieht. Überraschend ist jedoch, wie oft Vertreter der Bundesbank – und hierbei handelt es sich keineswegs nur um den Präsidenten der Bundesbank, sondern auch um Direktoriumsmitglieder oder Landeszentralbank-Präsidenten – ungefiltert, also im Rahmen von Interviews und Gastbeiträgen, zu Wort kommen[6]. Dies zeigt, dass die Bundesbank sehr stark als eigenständige Institution wahrgenommen, ihre Ansicht geschätzt und ihre Bedeutung für die deutsche Wirtschaft anerkannt wird.

Die Unabhängigkeit der Bundesbank bzw. ihr Verhältnis zu anderen Institutionen der Wirtschaft wird in der „Wirtschaftswoche“ über den gesamten untersuchten Zeitraum hinweg thematisiert. Dabei zeigt sich, dass das Gebiet der Geld- und Währungspolitik in Deutschland als alleiniger Kompetenzbereich der deutschen Notenbank wahrgenommen wird, was insofern überrascht, als nach dem Gesetz auch der Bundesregierung zumindest im Bereich der Währungspolitik recht weitreichende Befugnisse zukamen (WW90/61). So werden zum Beispiel Regierungsentscheidungen zu Wechselkurs- und Währungsfragen (insbesondere im Zusammenhang mit dem Europäischen Währungssystem) kritisiert (WW81/8; WW81/10; WW81/17; WW81/35), teilweise tritt die Regierung nach einem Widerspruch seitens der Bundesbank sogar von ihrer Ansicht zurück (WW81/48) oder die Entscheidung der Bundesbank wiegt stärker als diejenige des formal zuständigen Finanzministers (WW87/29; WW87/31). Gerade im Kontrast mit Frankreich entbehrt die Schilderung dieses Verhältnisses nicht einer gewissen Komik, wenn es zum Beispiel in einem Artikel (WW87/4) heißt, der französische Finanzminister Edouard Balladur habe die Bank von Frankreich „angewiesen“, während auf der anderen Seite des Rheins dem Finanzminister Stoltenberg durch die Bundesbanker in Frankfurt „signalisiert“ wurde, was in Währungsfragen zu tun sei. So verwundert es nicht, wenn zu einem anderen Zeitpunkt

[6] Im untersuchten Zeitraum insgesamt 21 mal (WW81/7; WW81/29; WW81/41; WW81/59; WW83/18; WW83/43; WW83/48; WW83/58; WW83/59; WW87/28; WW87/32; WW90/8; WW90/12; WW90/23; WW90/46; WW93/15; WW98/33; WW98/44; WW01/11; WW01/14; WW01/23).

der designierte französische Finanzminister Alphandéry noch vor seiner Ernennung zur Bundesbank anstatt nach Bonn reist, um dort zu versichern, dass sich die französische Währungspolitik auch nach dem Regierungswechsel nicht ändern werde (WW93/17).

Aber auch bezüglich innerdeutscher Fragen der Geldpolitik wird der deutschen Notenbank eine größere Kompetenz im Verhältnis zur Regierung zugestanden, als ihr nach einer buchstabengetreuen Gesetzesauslegung zukäme. So finden sich mehrere Artikel, in denen die gesetzlich vorgesehene Gewinnausschüttung der Bundesbank kritisch betrachtet wird (z.B. WW81/56) – die Notenbank wird hier als „Blutspender für den ausgelaugten Etat“ (WW81/36) tituliert und es besteht die Sorge, die Ausschüttung könne durch Geldschöpfung die Inflationsgefahr erhöhen bzw. die Bemühungen der Regierung zur Haushaltskonsolidierung mindern (WW81/39; WW83/27). Ähnliches gilt für Versuche der Regierung, die Bundesbank-Goldreserven zu verwerten (WW90/62; WW98/15) und erst recht werden direkte Versuche der Einmischung in die Geldpolitik der Bundesbank seitens der Politik kritisiert (diese kamen allerdings lediglich in der Amtszeit des Finanzministers Lafontaine vor: WW98/35; WW98/36; WW98/38).

Die beschriebene strikte Abgrenzung der der Bundesbank in der öffentlichen Wahrnehmung zugemessenen Kompetenzen und die Sorge um eine Einschränkung oder Unterminierung dieser Kompetenzen durch die Regierung hat ihren Ursprung in einer scharfen gedanklichen Trennung der Deutschen zwischen Sachfragen und Politik, wobei Geldpolitik tendenziell als Bereich gesehen wird, in dem Sachentscheidungen gefragt sind. So wird zum Beispiel Sympathie mit der kritischen Haltung der Bundesbank gegenüber dem EWS geäußert (WW81/8), weil es sich hierbei um eine „politische“ Entscheidung gehandelt habe, die „sachlich“ falsch gewesen sei. Ähnliche Argumentationen sind im Zusammenhang mit der deutsch-deutschen Währungsunion im Vorfeld der Wiedervereinigung zu beobachten. Die von der Bundesregierung getroffenen Beschlüsse werden weitgehend als in der Sache falsch betrachtet und kritisiert (WW90/2; WW90/13; WW90/19; WW90/35), auch wenn selbst Vertreter der Bundesbank die politische Dimension der Entscheidungen betonen und sich damit für nur begrenzt zuständig erklären, was wiederum teilweise Kritik, diesmal an der Bundesbank selbst, hervorruft (WW90/2; WW90/12; WW90/23). Wie weitgehend Politik aus geldpolitischen Fragen ausgeklammert bleiben soll, zeigt auch das Unverständnis über das Zögern der deutschen Notenbank, direkt vor Bundestagswahlen Zinserhöhungen zu beschließen (WW90/47; WW90/57), um nicht auf deren Ergebnis Einfluss zu nehmen. Kritisch heißt es in WW90/57: „Ob sie will oder nicht, die Bundesbank wird zum Erfüllungsgehilfen der Politiker“. Selbst über den als geldpolitischen Hardliner (WW93/18) berüchtigten Helmut Schlesinger heißt es in einem Rückblick auf dessen Zeit als Bundesbank-Präsident:

„Zwischen monetärer Grundsatztreue und politischer Rücksichtnahme gelang es nicht immer, klaren Kurs zu steuern.“ (Ex93/47).

Diese strikte Trennung von Politik und Geldpolitik bzw. Politik und Sachfragen spiegelt sich auch in personeller Hinsicht wieder. Hier wird selbst die Ernennung der Mitglieder des Zentralbankrats durch politische Gremien äußerst skeptisch betrachtet. So wird die Kritik des Kanzlers Helmut Schmidt an dem von ihm ernannten Bundesbank-Präsidenten Karl Otto Pöhl wegen einer als zu restriktiv wahrgenommenen Geldpolitik geradezu als Qualitätsbeweis für dessen Tätigkeit verstanden. Pöhl, so der Autor, stehe mit seiner Distanz zu Bonn und seiner „konsequenten Geldpolitik“ in der „gute[n] Tradition der deutschen Zentralbankpräsidenten“ (WW81/26). Die vermeintlich zu enge Beziehung eines Mitglieds des Zentralbankrats zu Politikern wird, wie im Fall von Hans Tietmeyer und Helmut Kohl, argwöhnisch beäugt (WW90/19; WW93/27) und die Auswahl der Notenbanker nach Parteizugehörigkeit kritisiert (WW93/27).

2.1.2. Die Notenbank in ihrer Beziehung zu anderen Wirtschaftsakteuren

Wie beschrieben ist die Wahrnehmung der Bundesbank geprägt durch die Zuweisung eines klaren Kompetenzbereichs und eine starke Empfindlichkeit gegenüber politischen Einmischungen. Damit stellt sich die Frage, inwiefern eine Koordination der Tätigkeit der unabhängigen Bundesbank mit den anderen Wirtschaftsakteuren stattfindet und wie diese aussieht.

Bei der Betrachtung der Berichterstattung zeigt sich, dass diese Koordination im Wesentlichen über ausgiebige Kommunikation stattfindet, wobei der Bundesbank eine Schlüsselrolle zukommt. Wie erwähnt äußern sich ranghohe Bundesbanker häufig und ausgiebig in der „Wirtschaftswoche“. Diese Äußerungen beziehen sich aber keineswegs nur, wie man vermuten könnte, auf die Geldpolitik, sondern sie enthalten auch Signale an andere Wirtschaftsakteure, wie Regierung und Tarifparteien, wie deren Verhalten von der Bundesbank wahrgenommen wird und welche geldpolitischen Reaktionen zu erwarten sind. So beziehen Bundesbanker zu Haushaltssituation oder Wiedervereinigung Stellung (WW81/41; WW90/12; 90/46). Umgekehrt ist es – wenn auch direkte Handlungsaufforderungen an die Bundesbank tabu sind (siehe oben, Lafontaine) – durchaus üblich, dass sich auch Regierungsvertreter zur Geldpolitik äußern (WW81/13; WW81/25; WW83/29). Zum Teil, um die eigene Ansicht zu präsentieren, aber auch, um der Bundesbank zu versichern, man habe die entsprechenden Signale verstanden und werde eine Politik betreiben, die der Bundesbank ihrerseits erlaube, mit ihren Handlungen auf die Regierung zuzugehen. Besonders anhand Letzterem zeigt sich bereits die besondere Position der Bundesbank: Die Teilnehmer dieses Kommunikationsprozesses

haben ihre eigenen Kompetenzbereiche (Bundesbank: Geldpolitik, Regierung: Budgetpolitik, Tarifparteien: Lohnpolitik) und sind strenggenommen autonom, jedoch liegt es an der deutschen Notenbank, Fehlverhalten der anderen Akteure durch ihre Geldpolitik auszugleichen, ja sogar, wenn man so will, zu bestrafen. Dementsprechend kann man Äußerungen des Bundesbank-Vizepräsidenten Schlesinger im Kontext der deutsch-deutschen Währungsunion interpretieren, der äußert, dass politische Fragen natürlich von Parlament und Regierung zu entscheiden seien, dass aber die Bundesbank auf diese Entscheidungen gemäß ihres Auftrags reagieren müsse (WW90/12). So ist es auch zu verstehen, wenn der Bundesregierung im Kontext der Einheit insgesamt mangelnde Abstimmung mit der Bundesbank vorgeworfen wird (WW90/13; WW90/27), wodurch diese zu einer „extrem harte[n] Geldpolitik“ (WW90/19) gezwungen sein könne, was Risiken für Wirtschaft und Währung berge. Die Bundesbank hat dabei in der öffentlichen Meinung den Bonus der unpolitischen, auf Basis objektiver Kriterien getroffenen Entscheidung (die, wie oben ausgeführt, tendenziell geschätzt wird) und wird tatsächlich zu so etwas wie dem wirtschaftlichen Gewissen des Landes.

Dies bedeutet jedoch nicht, dass sie vor Kritik komplett gefeit wäre. Insbesondere während der Phase ungewöhnlich hoher Notenbankzinsen im Jahr 1993 wurde sie – und mit ihr ihr Präsident Schlesinger – teilweise harsch kritisiert, insbesondere, weil sie in der öffentlichen Wahrnehmung ihre Rolle der Disziplinierung der anderen Wirtschaftsakteure zu extrem ausgelegt hatte. Sich alleine gegen Ausland, Regierung, Gewerkschaften und Unternehmen zu stellen, sei kein Zeichen für die Richtigkeit des Kurses, heißt es (WW93/6), insbesondere weil die Akteure doch bereits in ihren Handlungen auf die Bundesbank zugegangen seien. Ebenso wurde die Einbestellung des Bundesfinanzministers nach Frankfurt, um den Sparkurs der Regierung zu erläutern – ein Treffen, das „einer mündlichen Examensprüfung geglichen“ (WW93/8) haben soll – als übertrieben wahrgenommen. Die getrennten Verantwortungsbereiche der einzelnen Akteure wurden von der Bundesbank grob missachtet.

Letztlich kann man das System der Abstimmung zwischen den Wirtschaftsakteuren in Deutschland zusammenfassend als Koordination durch Kommunikation bei weitestgehend getrennten Verantwortungsbereichen bezeichnen, wobei, wie bereits gesehen, der Geldpolitik der Bundesbank eine herausgehobene Rolle im Sinne eines Taktgebers in Richtung einer Mäßigung von Regierung („Bonner Schuldenmacher“, WW93/47) und Tarifparteien zukommt. Diese Art der Koordination ist äußerst dezentral, jedoch gibt es auch gedankliche Ansätze einer direkteren Abstimmung, wie in den 70er Jahren mit der „konzertierten Aktion“ geschehen (WW87/13; WW87/19).

2.2. Interne Aspekte der Geldpolitik

2.2.1. Inflation und Stabilität

Wie schon bei den Ausführungen zur französischen Geldpolitik soll auch hier die Betrachtung bei der Wahrnehmung der Inflation als geldpolitischem Phänomen ansetzen. Das Thema der drohenden oder realen Inflation wird regelmäßig thematisiert, häufig allerdings in Form von unkommentierten Inflationsprognosen, die es dem Leser überlassen, sie zu interpretieren. Dennoch lässt sich recht deutlich feststellen, dass Deutschland äußerst inflationsempfindlich ist. Bereits Inflationsraten von ca. 4% werden als viel zu hoch wahrgenommen (WW81/61; WW90/15; WW93/27; WW93/46; WW93/47; WW98/40; WW01/16) und machen ein Einschreiten der Bundesbank zwingend notwendig (z.B. WW90/12; WW90/15; WW90/35; WW98/40). Das Ideal stellt aus dieser Perspektive die Null-Inflation dar („echte Preisstabilität"; WW87/24), die selbst in der Bundesrepublik viel zu selten erreicht wurde. So wird in einem Artikel über das Verschwinden des 5-DM-Scheines angemerkt, schuld daran seien „jene, die sie [die Inflation, d. Verf.] eigentlich zu bekämpfen haben, doch immer wieder in kleinen Schritten vor ihr kapitulieren" (WW81/34). Zu diesem Befund passt, dass, anders als in Frankreich, nirgends von einer „inflation nécessaire" die Rede ist, sondern allenfalls von einer „unvermeidlichen Inflation" (WW83/55; WW83/58). Was die Gründe für eine Inflationsaversion angeht, so sind Hinweise darauf nicht viel häufiger zu finden als auf französischer Seite, jedoch differieren die Argumente gegen Inflation im Bezug auf ihre Qualität. Wie bereits in „L'Expansion" wird angemerkt, Inflation schade den Sparern (WW81/43; WW83/49). Viel genereller argumentieren jedoch die Artikel WW90/3, WW90/59 und WW93/3, denen zufolge die Signalfunktion der Preise die Basis für rationale Entscheidungen bilde und damit eine essentielle Voraussetzung für den Volkswohlstand sei. Inflation führe dagegen zu unerwünschten Allokationswirkungen durch Verfälschung wirtschaftlicher Entscheidungen. Inflationsbekämpfung, so heißt es in WW83/24, nütze dagegen vor allem den sozial Schwachen. Eine Begründung der Inflationsaversion mit außenwirtschaftlichen Argumenten, wie sie auf französischer Seite dominiert haben, fehlt hingegen völlig. Als weiterer Unterschied zur Inflationsbetrachtung in „L'Expansion" ist festzustellen, dass es keine Hinweise auf eine positive Sicht der Inflation gibt: Die Idee eines Zielkonflikts zwischen Preisstabilität und Beschäftigung, wie er sich aus der Phillips-Kurve ergibt, wird explizit abgelehnt (WW81/27; WW87/7; WW87/25; WW87/30; WW93/3). Insgesamt stützen diese Befunde also durchaus die Theorie einer „typisch deutsche[n] Inflationsphobie" (WW93/28), wobei aus dieser Perspektive natürlich keine Aussage darüber getroffen werden kann, ob grundsätzlich die deutsche Priorität auf dem Wachstums-/Beschäftigungsziel liegt oder Inflationsbekämpfung vorgezogen wird:

Zwischen beiden besteht in dem in Deutschland vorherrschenden Verständnis kein Widerspruch. Das Ziel lautet: „Wachstum bei Preisstabilität“ (WW81/10).

Wichtig für das deutsche Verständnis von Inflation ist ein Schlüsselwort, das eine Politik der Inflationsbekämpfung bzw. eine Situation ohne Teuerung bezeichnet: Stabilität. Es ist in der Berichterstattung der „Wirtschaftswoche“ deutlich präsenter als das entsprechende französische Wort *rigueur* in „L‘Expansion“. Der Begriff „Stabilität“ wurde in der einen oder anderen Form in über 60 Artikeln gefunden und hat, anders als jenes, eine unzweifelhaft positive Konnotation. Seine Besonderheit ist dabei, dass es ein sehr weites semantisches Spektrum abdeckt und dessen einzelnen Elemente miteinander verbindet: Als Preisniveaustabilität beschreibt es strenggenommen nur die Veränderung eines statistischen Werts. Die „beeindruckende Stabilität unserer Bundesrepublik“ (WW87/13) steht dagegen für die gesamte deutsche Erfolgsgeschichte – sowohl in wirtschaftlicher als auch politischer Hinsicht – nach dem zweiten Weltkrieg und ist damit Identifikationsfaktor für die Deutschen. Mit dem Begriff „Stabilitätspolitik“ für eine Politik der Inflationsbekämpfung werden beide Enden des semantischen Spektrums zusammengeführt und machen diskursiv eine Identifikation der Preisstabilitätspolitik der Bundesbank mit dem politischen, wirtschaftlichen und sozialen Erfolg der Bundesrepublik geradezu zwingend. Die deutsche Notenbank, die als „Stabilitätshüter“ (WW87/4) Deutschland zum „Stabilitätsweltmeister“ (WW87/2) und die Deutsche Mark zum „Stabilitätsanker Europas“ (WW90/54) gemacht hat, wurde so zum „Mythos Bundesbank“ (WW93/21). Vertreter einer anderen Politik (wie der Franzose Philippe Séguin), sind somit, wenn sie Stabilitätspolitik als Gift für die Wirtschaftspolitik bezeichnen (WW93/29), schon sprachlich in der Defensive und können gegenüber einem deutschen Publikum nicht überzeugen.

Zusammenfassend ergibt sich damit für die deutsche Sicht auf das Phänomen der Inflation folgender Befund: Es herrscht in Deutschland eine starke Inflationsaversion, die sich zwar darin ausdrückt, dass die schädlichen Wirkungen von Preissteigerungen tendenziell als recht gravierend angesehen werden, allerdings werden sie dennoch nicht sehr häufig thematisiert. Es wird vielmehr eher als Selbstverständlichkeit angesehen, dass Inflation zu vermeiden ist, auch und gerade angesichts der Charakterisierung der Inflationsbekämpfung als „Stabilitätspolitik“ und deren Assoziation mit der positiven Entwicklung der Bundesrepublik nach dem zweiten Weltkrieg. Der Inflationsbegriff in Deutschland weist, so kann man folgern, eine äußerst starke kulturelle Komponente auf.

2.2.2. Inflationsursachen, Geldmengensteuerung und Zins

Betrachtet man die Wahrnehmung der Ursachen von Inflation in Deutschland an, so stößt man zunächst auf eine Parallele zur französischen Sichtweise: Häufig werden in der „Wirtschaftswoche“ zu starke Lohnerhöhungen direkt mit Inflationsgefahren verknüpft. Die Sorge vor einer Lohn-Preis-Spirale ist damit sehr präsent (statt vieler: WW81/1; WW81/15; WW81/53; WW81/60; WW83/15; WW87/22; WW90/33; WW93/47; WW01/26), was wie in Frankreich dazu führt, dass moderate Lohnforderungen der Gewerkschaften als Mittel zur Inflationsbekämpfung bzw. -prävention gesehen werden (z.B. WW81/2; WW87/8; WW87/3). Bezugspunkt für die angemessene Höhe der Lohnsteigerungen ist dabei nicht, wie in Frankreich, die Kaufkraft, sondern der Produktivitätszuwachs (z.B. WW81/19; WW81/27; WW83/26), gewerkschaftliche Forderungen nach Kaufkraftsteigerungen durch Lohnerhöhungen werden mit Verweis auf die drohenden Inflationsgefahren abgelehnt (WW81/2).

Neben den Löhnen wird außerdem eine schwache Mark recht häufig als Quelle inflationärer Tendenzen genannt (z.B. WW81/15; WW81/40; WW81/46; WW81/54; WW81/63; WW83/17): Bei einem niedrigen Wechselkurs der heimischen Währung werden Importe tendenziell teurer, da ein höherer Preis bezahlt werden muss, um die Forderungen in ausländischer Währung zu erfüllen. Hierdurch kommt es zu einem Inflationsimport. Diese Sichtweise ist insofern interessant, als man ihr auf französischer Seite nur relativ selten begegnet.

Dieser stark über die Kostenseite der Unternehmen (Lohnkosten und importierte Vorprodukte) argumentierenden Sichtweise von Inflation steht, gewissermaßen als Ergänzung, die Wahrnehmung von Teuerung als monetärem Phänomen zur Seite. Wie oben beschrieben wird dabei eine Ausweitung der potentiellen Gesamtnachfrage, symbolisiert durch die (kurzfristig verfügbare) Geldmenge, der keine gleichgerichtete Ausweitung des potentiellen Gesamtangebots (Produktionspotential) gegenübersteht, als eventuell inflationsverursachend angesehen. Beide Sichtweisen ergänzen sich insofern, als davon ausgegangen wird, dass die Erhöhungen der Lohn- oder Importkosten nur dann zu Inflation führen können, wenn es möglich ist, diese auf die Endverbrauchspreise umzulegen, d.h. wenn auf Grund einer entsprechend erhöhten Geldmenge ein Preiserhöhungsspielraum vorhanden ist. Aufgrund der prominenten Stellung dieses Indikators innerhalb dieser theoretischen Schule bezeichnet man diese im Allgemeinen als „Monetarismus“.

Diese zweite Argumentationslinie ist auf deutscher Seite deutlich stärker präsent als in Frankreich. Regelmäßig wird der Geldmengenanstieg argumentativ mit der Inflationsrate

in Verbindung gebracht (z.B. WW81/5; WW81/39; WW83/12; WW83/31; WW90/23; WW90/52; WW90/59; WW90/63; WW93/24; WW01/22). Die Bundesbank hat sich auf dieser Basis mit ihrer Strategie der potentialorientierten Geldmengensteuerung selbst einer Regel unterworfen, d.h. die Notenbank in Frankfurt gibt jährlich eine Bandbreite für eine Geldmengenexpansion vor, die sich ohne Gefahr inflationärer Tendenzen realisieren lässt und orientiert ihre Politik an eventuellen Abweichungen der tatsächlichen Steigerung vom angepeilten Wert. Wie wichtig diese Regelbindung für die deutsche Öffentlichkeit ist, zeigt sich zum Teil an der Intensität, mit der diese Regel in den untersuchten Artikeln perzipiert und diskutiert wird. Insbesondere von der Bundesbank wird dabei die Konzeption verteidigt (WW81/7; WW83/43; WW83/58; WW87/32; WW93/15; WW93/43; WW93/49). Die Kritik an der Bundesbank und ihrer Strategie bemängelt dabei im Wesentlichen, dass sich die Zentralbank nicht an ihre eigenen Vorgaben halte und häufig ihr Geldmengenziel verfehle (WW81/38; WW81/61; WW83/27; Interviewer in WW83/58; WW87/47; WW93/51; WW93/62). Dem gelegentlich von der Bundesbank praktizierten Pragmatismus fehle, so heißt es, die theoretische Fundierung (WW87/3; WW87/47; WW93/27), weswegen andere geldpolitische Zielsetzungen vorgeschlagen werden (WW87/22; WW87/24). Durchaus gibt es auch Stimmen, die eine größere Flexibilität von der Bundesbank verlangen bzw. diese lobend erwähnen (WW87/1; WW87/47), generell kann man jedoch von einer überwiegenden Akzeptanz der Tatsache sprechen, dass die Geldpolitik an bestimmten Regeln orientiert sein soll. Dieses Prinzip der Regelorientierung übernimmt dabei offenbar so etwas wie eine Scharnierfunktion zwischen bereits vorher festgestellten Aspekten des deutschen geldpolitischen Denkens. Auf Basis der deutschen Inflationsaversion bildet sie den sachlichen Grund für Handlungen der Bundesbank. Sie erlaubt dieser, nicht marktkonformes Verhalten von Akteuren (z.B. übermäßige Lohnforderungen der Gewerkschaften) zu sanktionieren (WW83/55) und bildet damit eine der tragenden Säulen der Notenbankunabhängigkeit.

Betrachtet man vor diesem Hintergrund die deutsche Haltung gegenüber dem Zins als wirtschaftlicher Variable, so fällt auf, dass dieser viel stärker als auf französischer Seite als das Ergebnis von Marktkräften wahrgenommen wird. Forderungen nach Zinssenkungen bzw. Kritik an der Hochzinspolitik werden zwar durchaus an die Bundesbank herangetragen (z.B. WW87/42; WW93/6; WW93/8; WW98/33; WW98/34; WW98/35), in der Regel wird, gerade auch von Seiten der deutschen Notenbank, jedoch ausgehend von den langfristigen Zinssätzen argumentiert, die diese nicht direkt beeinflussen könne. Sie bildeten sich am Markt und seien dann niedrig, wenn die Anleger Vertrauen in die Stabilität des Geldes und eine langfristig niedrige Inflationsrate hätten (WW81/23; WW83/18; WW87/28; WW90/64; WW93/61). Hieraus ergibt sich ein

Diskursstrang, der im Zusammenhang mit der deutschen Inflationsaversion bereits angedeutet wurde: Häufig finden sich Argumentationsfiguren, die betonen, die Notenbank habe bei ihrer Zinsentscheidung keine Wahl, oder die von einem Dilemma sprechen (WW81/7; WW81/23; WW81/59; WW87/20; WW90/35; WW93/24; WW93/25; WW93/61). Es sind dabei stets andere Akteure, wie der Staat (z.B. WW81/26; WW81/59; WW90/19), die Tarifparteien (z.B. WW83/15) oder das Ausland, (z.B. WW81/25; WW81/46) die der Bundesbank durch ihr Verhalten Zinssenkungsspielräume eröffnen oder verwehren. Hierin zeigt sich, wie stark die Bundesbank in ihrer Regelgebundenheit als rationale, sachlich und objektiv entscheidende Institution wahrgenommen wird.

2.3. Externe Aspekte der Geldpolitik: Wechselkurs und Außenhandel

Wenn auf französischer Seite außenwirtschaftliche Erwägungen die interne Geldpolitik bestimmen, so ist auf deutscher Seite das Verhältnis exakt umgekehrt: Fragen des Wechselkurses und des Außenhandels werden in der „Wirtschaftswoche“ vor allem hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf die Situation im Innern betrachtet. Wie bereits gezeigt, gilt eine schwache D-Mark als eine wichtige Ursache von Inflation, da sie Importe verteuert. Tatsächlich wird die Frage des Wechselkurses fast ausschließlich im Zusammenhang mit der Frage der Teuerung behandelt (statt vieler: WW81/3; WW81/15; WW81/33; WW83/26; WW83/50; WW87/48; WW90/28) und es ist eine deutliche Präferenz für eine starke D-Mark zu erkennen, die sich aus der bereits thematisierten Inflationsaversion ergibt. Interessant ist dabei, was für eine kleine Rolle der entgegengesetzte Effekt eines hohen Wechselkurses, die Behinderung von Exporten und Förderung von Importen, spielt: Er wird zwar durchaus angesprochen, jedoch relativ selten (WW83/26; WW83/37; WW87/26; WW87/41; WW93/22; WW98/46), wobei zum Teil noch betont wird, die starke Mark stelle kein Problem für die deutschen Exporteure dar, sondern biete Vorteile für Touristen und Importeure (WW87/5), bzw. die Gefahren der schwachen D-Mark für die Gesamtwirtschaft wögen schwerer als die Vorteile für den Export (WW93/32).

Aus dieser eindeutigen Präferenz für eine starke Währung, die sich aus der binnenwirtschaftlich dominierenden Inflationsaversion ergibt, lässt sich auch die deutsche Haltung zu festen Wechselkursen, insbesondere zum Europäischen Währungssystem (EWS) ableiten. Grundsätzlich steht man planbaren Verhältnissen zwischen den Währungen durchaus positiv gegenüber (WW81/59; WW83/9; WW83/22; WW83/44; WW83/58; WW87/9). Allerdings sieht das EWS zur Stabilisierung der Wechselkurse als hauptsächliches Instrument Interventionen der betroffenen Notenbanken am Devisenmarkt vor. Diese sind notwendig, wenn sich zwei Währungen so stark auseinanderentwickeln, dass die maximale Schwankungsbreite von 2,25% um den

Referenzwert erreicht ist. Von den beiden involvierten Notenbanken wird dann verlangt, dass sie die starke Währung verkaufen und die schwache Währung ankaufen, bis das angestrebte Kursverhältnis wieder erreicht ist. Aus deutscher Perspektive sind Devisenmarktinterventionen, die sich gegen fundamentale Marktkräfte richten, entweder sinnlos (WW81/45; WW81/47; WW83/17; WW90/43; WW93/36) oder sie nehmen einen Umfang an, der die Geldmenge in der stärkeren Währung so sehr aufbläht, dass ein Inflationspotential entsteht, wodurch sich die üblicherweise hinter Wechselkursveränderungen steckende Inflationsdifferenz ausgleicht (WW87/40). Dementsprechend ist eine starke Abneigung gegen alles festzustellen, was eine importierte Inflation aufgrund politischer Entscheidungen zu Wechselkursfixierungen auslösen könnte (WW81/49; WW83/14; WW87/29; WW87/35; WW87/40; WW90/49; WW93/34). Feste Umtauschkurse zwischen zwei Währungen erforderten, so ist häufig zu lesen, eine gleichlaufende Geldpolitik im Innern, also aus deutscher Sicht eine absolute „Stabilitätsorientierung“ (WW81/35; ähnlich WW81/14; WW81/59; WW83/14; WW87/14; WW93/42), die sich in einer Geldpolitik der entschlossenen Inflationsbekämpfung niederschlägt. Das EWS muss demnach eine „Stabilitätsgemeinschaft“ (WW87/30) sein, kein Instrument zur Stützung des „chronisch schwachen“ *franc* (WW87/29).

Zusammenfassend ist die deutsche Haltung zu den außenwirtschaftlichen und währungspolitischen Aspekten der Geldpolitik von der Inflationsaversion im Innern und einem grundsätzlichen Vertrauen auf die Marktkräfte geprägt, was eine Wechselkursmanipulation zur Exportförderung tendenziell ausschließt und Koordinierungen der Wechselkurse auf internationaler Ebene nur in einer Form zulässt, die der „Logik des Marktes“ (WW93/36) entspricht und die der deutschen Stabilitätspolitik nicht zuwiderläuft.

2.4. Die D-Mark, deutsches Nationalbewusstsein und der Blick auf Frankreich

An verschiedenen Stellen wurde bereits dargelegt, dass die deutsche Haltung zur Geldpolitik stark sachorientiert ist. Auf der anderen Seite hat sich bei der Untersuchung der Inflationsaversion gezeigt, dass insbesondere der Begriff der „Stabilitätspolitik“ eine starke kulturelle Komponente aufweist und semantisch die wirtschaftliche und politische Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland mit der Inflationsbekämpfung verknüpft. Tatsächlich weist die geldpolitische Berichterstattung in der „Wirtschaftswoche“ scheinbar einen Widerspruch zwischen sachorientierter Politik und kultureller Prägung auf, der im Folgenden genauer durchleuchtet werden soll.

Als historisch-kulturelle Basis der deutschen geldpolitischen Denkweise wird, wenig überraschend, die Hyperinflation in den Jahren 1922 und 1923 genannt (WW81/5). In

dieser Zeit wurden die „Mentalitäten von Experten und der Massen […] geprägt“ (WW83/20) und die „typisch deutsche Inflationsphobie“ (WW93/28) begründet. Eine ebenso starke, möglicherweise allerdings eher unterschwellige Rolle scheint außerdem die Einführung der D-Mark 1948 zu spielen. Es ist dieses Ereignis, auf das im Zusammenhang mit der deutsch-deutschen Währungsunion 1990 Bezug genommen wird (WW90/4; WW90/21; WW90/24) und offenbar wird die Währungsreform, mehr noch als die Gründung der Bundesrepublik, als entscheidende Zäsur nach dem Krieg wahrgenommen (WW98/24). Es sind wohl auch die nahezu identischen Erfahrungen zweier aufeinanderfolgende Generationen mit Krieg und Verlust der Ersparnisse, die das deutsche Denken besonders geprägt haben.

Die besondere Sichtweise der Deutschen auf Währung, Geldpolitik und Notenbank findet vor diesem geschichtlichen Hintergrund eine sachliche Rechtfertigung, bei genauer Betrachtung weist sie jedoch auch eine stark emotionale Komponente auf. So ist der Stolz auf „Stärke und Stabilität unserer Mark“ (WW81/17) unverkennbar (ähnlich WW81/14; WW93/21), wobei auch die sehr weitgehende Identifizierung der Deutschen mit ihrem Geld deutlich wird. „Die knapp 3000 Mitarbeiter der Deutschen Bundesbank stellen offenbar ein Produkt von international anerkannter Qualität her“, heißt es in einem Bericht über die Bedeutung der Mark als Zweitwährung in Osteuropa (WW90/1) und zweifellos ist es gerade die internationale Anerkennung der erfolgreichen Geldpolitik, welche die emotionale Bindung der Deutschen an ihr Geld fördert und ihre Selbstwahrnehmung prägt. Die Betitelung der deutschen Währung als „Europas angesehenste[s] Geld“ (WW83/46), als „Königin Mark“ (WW87/4) oder „Fels in der Brandung“ (WW93/21) und Charakterisierungen Deutschlands als „Stabilitätsweltmeister“ (WW87/2), „Klassenbeste[r]“ (WW87/4) und „Land der Mark-Wirtschaft“ (WW90/25) zeugen davon.

Hinzu kommt allerdings auch unverkennbar eine machtpolitische Komponente, die teilweise bereits Spuren von Arroganz aufweist. So wird betont, dass europäische Notenbanken „unter Führung der Bundesbank“ (WW87/49) tätig werden oder es ist von der „Weltgeltung der Deutschen“ die Rede, wobei ihre Währung die „Basis [ihres] internationalen Einflusses“ bilde (WW90/25). Unbehagen kommt auf, wenn in einer Schwächephase „ausgerechnet“ (WW90/10) die Banca d’Italia die Mark stützen muss und der Beitritt Großbritanniens zum Europäischen Währungssystem wird in Richtung einer Anerkennung der „Überlegenheit der DM“ (WW90/50) interpretiert. Ob der im Zusammenhang mit den EWS-Verwerfungen im Jahr 1993 in Frankreich aufkommenden und sich alsbald zerschlagenden Hoffnung, der *franc* könne zur Leitwährung in Europa werden, wird, nicht ohne Schadenfreude, kommentiert: „Wie man sich doch täuschen kann“ (WW93/34).

Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass die deutsche Währung Grund – und nicht wie in Frankreich Ausdruck – eines Nationalgefühls ist. Das bedeutet, die Stärke der D-Mark in ihrer Eigenschaft als identitätsstiftendes Element der Deutschen (WW98/24) darf unter keinen Umständen Objekt sachfremder Erwägungen werden. So löst Bundesbankpräsident Pöhl mit der Bemerkung Irritationen aus, trotz einiger von der Sache her fragwürdiger Entscheidungen im Zusammenhang mit der deutsch-deutschen Währungsunion unterstütze er die Regierung „als Bundesbankpräsident und als Staatsbürger“, da das Projekt „von höchster nationaler Bedeutung“ (WW90/1) sei. Aus deutscher Sicht repräsentiert die D-Mark „alles […], wofür die Deutschen (West) 40 Jahre gearbeitet haben und wovon die Deutschen (Ost) 40 Jahre lang geträumt haben“ (WW90/60).

Aufschlussreich ist auch der deutsche Blick nach Frankreich: Interessanterweise wird trotz der stark emotional geladenen Beziehung der Deutschen zu ihrer Währung den Franzosen häufig die Verbindung von Geldfragen mit Aspekten des Nationalstolzes vorgehalten. So ist von einem „wirtschaftlich motivierte[n] Minderwertigkeitskomplex der Franzosen“ die Rede, auf Grund dessen eine *franc*-Abwertung als „währungspolitische Blamage“ betrachtet würde (WW83/16, ähnlich: WW93/36; WW93/45). Daher freut man sich über die Exportchancen „dank gallischem Nationalstolz, der eine schnelle Franc-Abwertung […] nicht zulässt“ (WW81/49). An anderer Stelle heißt es leicht gönnerhaft, Paritätsanpassungen im EWS seien ganz normal und keine Frage des Nationalstolzes, weshalb Frankreich seine Wirtschaftspolitik nicht als gescheitert ansehen müsse (WW83/9). Dennoch hilft Deutschland notfalls der Regierung in Paris „das Gesicht zu wahren“, indem eine Abwertung des *franc* gegenüber der Mark „aus Prestigegründen“ als Aufwertung der Mark gegenüber dem *franc* deklariert wird (WW87/4). Insgesamt herrscht vor allem in den ersten untersuchten Jahren das Bild des *franc* als „Schwachwährung“ (WW83/46) vor (ähnlich WW81/35; WW81/49; WW83/3; WW83/21; WW87/5). Es wird mit einem gewissen Unverständnis auf den Einfluss des Staates auf Geldpolitik („Dirigismus“, WW81/35; WW87/12) und Notenbank (WW90/42; WW93/19) geblickt und Frankreich gilt über weite Strecken als hauptsächlicher Antagonist Deutschlands im Europäischen Währungssystem: „Wenn es gegen die Mark geht, kennen Frankreichs Politiker keine Parteigrenzen mehr.“ (WW93/34, siehe auch: WW87/4; WW87/35; WW93/35; WW93/45). Andererseits wird durchaus ein Wandel in der französischen Geldpolitik hin zu einer Stärkung des *franc* bemerkt (WW90/16; WW90/20; WW90/34; WW90/60).

In der Gesamtschau ergibt sich damit, dass für Deutschland eine sachorientierte Geld- und Währungspolitik und eine starke affektive Bindung zur eigenen Währung nicht als Gegensätze gelten, sondern der eine Aspekt den anderen bedingt: Die Stärke der Mark

ist aus deutscher Sicht Ergebnis einer prinzipientreuen, stabilitätsorientierten Politik und spiegelt eine leistungsfähige deutsche Wirtschaft wider. Diese Erfolge begründen den deutschen Stolz auf die eigene Währung. Die Wahrnehmung von Geldpolitik als Frage des nationalen Prestiges, die aus deutscher Sicht in Frankreich vorherrscht, trifft dagegen auf Unverständnis. Welch geringe Bedeutung dem Prestigeaspekt der Geldpolitik im Vergleich zu Stabilitätsfragen zukommt, zeigt ein Beispiel (WW90/49), bei dem beide Elemente direkt gegenübergestellt werden: Die Tatsache, dass durch den Beitritt Großbritanniens zum EWS die Attraktivität der Mark als Reservewährung für ausländische Notenbanken und Anleger abnimmt, wird hier positiv bewertet, weil dies die Steuerung der Geldmenge erleichtere.

2.5. Die Wahrnehmung der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion

Wie schon zuvor aus französischer Perspektive soll nun die Schaffung der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion im Spiegel der „Wirtschaftswoche“ untersucht werden, um festzustellen, inwiefern bereits erarbeitete Aspekte deutschen geldpolitischen Denkens auch in die Wahrnehmung der monetären Integration Europas eingeflossen sind.

Auffällig ist zunächst, dass die Notwendigkeit einer monetären europäischen Integration auf deutscher Seite kaum sachlich begründet wird. Lediglich wenige Artikel nennen in Andeutungen Vorteile einer gemeinsamen Währung (Verhinderung von Währungsspekulationen, WW93/55; Konkurrenz zum Dollar, WW98/9; WW98/27). Stattdessen wird recht oft das Sprachbild des „Opfers“ bemüht, das Deutschland wegen seiner Nazi-Vergangenheit (WW98/24) und zur Erlangung der deutschen Wiedervereinigung (WW98/24; WW01/35) auf dem „Altar Europas“ (WW90/60) bringen müsse, um die europäische Integration und die deutsch-französische Zusammenarbeit zu vertiefen (WW93/14). Zum ersten Mal tritt hier auf deutscher Seite eine die Geldpolitik dominierende politische Zielsetzung zutage, ausgerechnet in einer Frage, welche die Fundamente des deutschen Geldwesens betrifft.

Vor diesem Hintergrund ist es kein Wunder, dass die Schaffung der gemeinsamen Währung in Deutschland von Anfang an mit einer gewissen Skepsis begleitet wurde. Bereits das EWS wurde gelegentlich als „Falle“ für die Bundesbank betrachtet (WW81/9), in der diese einen „Zweifrontenkrieg“ führen müsse (WW81/35), bei dem politische Vorgaben der ökonomisch richtigen Geldpolitik entgegenstehen. So wird bereits zu einem sehr frühen Zeitpunkt eine europäische Währungsunion mit einer Aufgabe der deutschen Stabilitätspolitik assoziiert (WW81/14). In diesem Zusammenhang kommt später der Begriff der Stabilitätskultur auf, die anderen europäischen Ländern tendenziell fehle

(WW90/56; WW90/59; WW93/7), weshalb Europa zu einer „Inflationsgemeinschaft“ zu werden drohe (WW90/60).

Aus deutscher Sicht müssen vor allem drei Bedingungen erfüllt sein, damit eine gemeinsame europäische Währung überhaupt in Erwägung gezogen werden kann. Hierzu zählt zunächst eine hochgradig unabhängige Zentralbank (WW90/24; WW90/48; WW90/53; WW90/54; WW90/59; WW90/60) und in einem zweiten Schritt eine Verpflichtung dieser Zentralbank auf das alleinige Ziel der Preisstabilität (WW90/53; WW90/54; WW90/56; WW90/60). In der Frage der institutionellen Absicherung der Notenbankunabhängigkeit gehen die Forderungen teilweise sogar über die in Deutschland üblichen Regelungen hinaus. So lehnt der Wirtschaftswissenschaftler Willms in einem Gastbeitrag (WW90/59) eine Pflicht der gemeinsamen Zentralbank zur Unterstützung der nationalen Wirtschaftspolitiken genauso ab wie eine Rechenschaftspflicht gegenüber einem Parlament (selbst die Haushaltsprüfung solle von einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft übernommen werden), um der Politik jede Möglichkeit zu nehmen, die Notenbank öffentlich unter Druck zu setzen. Stellt dies auf deutscher Seite auch eine Extremposition dar, so ist zumindest ein allgemeiner Wunsch festzustellen, neben der geldpolitischen auch die Wechselkursverantwortung komplett in die Hände der Zentralbank zu legen (WW90/24), was insbesondere Frankreich widerstrebt (WW90/41). Dritter Aspekt der deutschen Forderungen ist die Regelung des Verhältnisses der Notenbank zu den nationalen Regierungen. Da die für die institutionelle Interaktion in Deutschland geltenden Spielregeln (Bei mangelnder Haushaltsdisziplin der Regierung strafft die Bundesbank die Geldpolitik, um Inflation vorzubeugen) auf europäischer Ebene nicht funktionieren, weil unter geldpolitischen Restriktionen alle Länder gleichermaßen zu leiden hätten, besteht Deutschland auf Regeln, die Länder mit hohen Haushaltsdefiziten bestrafen (WW90/41; WW90/54).

Es zeigt sich, dass direkt unterhalb des hehren politischen Ziels der vertieften europäischen Integration das dialektische Denken wieder zum Vorschein kommt, das zwischen Sachfragen und politischen Fragen differenziert und letztere aus der Geldpolitik heraushalten will. So besteht die Sorge, dass „im poltischen Tauziehen um die Eurofed die ökonomisch […] zugkräftigen Argumente der Bundesbank“ (WW90/48) untergehen. Die europäische Geldpolitik dürfe, so die generelle Ansicht, nicht „Gegenstand von Kompromissen – vielleicht noch faulen – sein“ (WW90/60), weswegen zum Beispiel eine Aufweichung der Aufnahmekriterien (unter anderem auch vom Bundesverfassungsgericht) abgelehnt wird (WW93/53; WW93/54; WW90/55; WW90/56). Die Entscheidung über die Teilnahmeländer müsse auf ökonomischer, nicht politischer Basis getroffen werden (WW93/7). Der Euro soll „politikfreies Geld“ (WW98/9) sein.

Bei der Beurteilung der symbolhaften Entscheidungen im Rahmen der Währungsunion wird in der „Wirtschaftswoche“ in gewisser Hinsicht mit zweierlei Maß gemessen. Es besteht ein großes Interesse daran, Frankfurt als Sitz der Europäischen Zentralbank durchzusetzen (WW90/40; WW90/51; WW93/31; WW93/59; WW93/65), da man sich dies aufgrund der Ankerfunktion der Mark für die europäischen Währungen zurechnet (WW93/33). Die harte Position Frankreichs in der Frage der ersten Präsidentschaft der Europäischen Zentralbank wird dagegen massiv kritisiert (WW98/1; WW98/3; WW98/14; WW98/16). Man sorgt sich um die Glaubwürdigkeit der Notenbank und sieht Gefahren für ihre Unabhängigkeit und für die Stärke des Euro (WW98/18; WW98/19; WW98/20). Dabei ist auch auf deutscher Seite eine Tendenz zu beobachten, Personalfragen mit der Durchsetzung eigener Interessen zu verbinden: Immerhin wird im Zusammenhang mit dem Posten des EZB-Chefvolkswirts, der mit dem Deutschen Otmar Issing besetzt werden soll, angemerkt, dieser sei „mindestens genauso wichtig wie die Position des Präsidenten“ (WW98/11). Zumindest, so ist man geneigt hinzuzufügen, wenn in der Geldpolitik Sachfragen dominieren.

Auch die Beurteilung der Geldpolitik der Europäischen Zentralbank aus deutscher Sicht enthält, wie schon die deutsche Haltung zum Prozess der monetären Integration, viele bekannte Elemente. So ist neben der Lohnentwicklung (WW98/36; WW01/1; WW01/6; WW01/26; WW01/27) der Geldmengenindikator nach wie vor ein wichtiges Kriterium zur Beurteilung von Inflationsgefahren, obwohl sich die Strategie der EZB von einer expliziten Geldmengensteuerung entfernt hat. (WW98/43; WW01/3; WW01/9; WW01/10; WW01/22; WW01/23; WW01/28). Die zweistufige Beurteilung der Preisentwicklung, die schon zuvor festgestellt wurde, setzt sich also auch in der Währungsunion fort und auf dieser Basis wird die Geldpolitik der EZB durchaus bewertet. Bemerkenswerterweise dominiert dabei eine Sichtweise, die das von der Zentralbank gesetzte Zinsniveau tendenziell für zu niedrig ansieht bzw. das Vorhandensein von Zinssenkungsspielräumen verneint (WW01/3; WW01/4; WW01/21; WW01/22; WW01/23; WW01/28; WW01/32). Dies kontrastiert auffällig mit dem für dieselbe Periode in Frankreich festgestellten Wunsch nach Zinssenkungen.

Auffällig ist auch – das soll hier abschließend angefügt werden – was in der deutschen Berichterstattung nicht auftaucht: Der in der französischen Presse relativ präsente Wunsch nach einer Wirtschaftsregierung der Eurozone, die als Gegengewicht zur EZB dienen könnte, findet auf deutscher Seite kein Echo. Lediglich an einer Stelle wird angemerkt, Bundesfinanzminister Waigel habe die Aufwertung des Euro-Rats zu einer Wirtschaftsregierung blockiert (WW98/31). Offenbar fehlt auf deutscher Seite jedes

Bedürfnis nach einer Abstimmung der nationalen Politiken gegenüber einer unabhängigen Notenbank.

3. Geldpolitisches Denken in Frankreich und Deutschland – eine Gegenüberstellung

In den vorangegangenen Kapiteln wurde ausführlich auf die unterschiedliche Wahrnehmung geldpolitischer Probleme und Fragestellungen eingegangen, wie sie sich aus der Analyse der Berichterstattung zweier Wirtschaftszeitungen ergibt. Dabei hat sich gezeigt, dass die geldpolitischen Denkweisen in Frankreich und Deutschland unterschiedlich, in der ihnen jeweils zugrunde liegenden Binnenlogik jedoch durchaus konsistent sind. Keinesfalls soll hiermit die im Vorfeld der Währungsunion aufgekommene Diskussion um unterschiedliche „Stabilitätskulturen“ (Bofingerat al. 1997, 9ff.) neu aufgerollt werden, jedoch hat die durchgeführte Analyse ergeben, dass natürlich in beiden Ländern verschiedene geldpolitische Zielvorstellungen und Funktionslogiken anzutreffen sind – kein Wunder, ist doch schon der Begriff der „Stabilitätskultur“ stark in ein deutsches Verständnis von Geldpolitik eingebettet. Auch scheinen sich die festgestellten Charakteristika im Wesentlichen bis in die Europäische Währungsunion bewahrt zu haben; sie weisen demnach eine gewisse Stabilität auf. Die monetäre Integration Europas erscheint vor diesem Hintergrund weniger als das Ergebnis einer Harmonisierung des Denkens denn als deutsch-französischer Kompromiss, in dessen Rahmen die Deutschen die Politisierung des Geldes im Hinblick auf das wichtige politische Ziel der europäischen Einigung akzeptiert haben, während die Franzosen im Gegenzug den Wegfall der Geldpolitik als politisches Instrument hinnehmen mussten.

In den nächsten Kapiteln soll daher der Versuch unternommen werden, die geldpolitischen Denkweisen in Frankreich und Deutschland aus ihrer institutionellen Umgebung heraus zu erklären und Gründe für ihre Fortexistenz unter veränderten Rahmenbedingungen zu finden. Hierzu erscheint es nötig, die verschiedenen Aspekte geldpolitischen Denkens in Frankreich und Deutschland zunächst noch einmal schlagwortartig zu rekapitulieren und einander gegenüberzustellen. Hierbei zeigen sich erneut in aller Deutlichkeit die Unterschiede auf beiden Seiten des Rheins.

Inhaltlich ergibt sich die Aufstellung aus den bisherigen Ausführungen, auf eine nähere Darstellung wird daher an dieser Stelle verzichtet. Allerdings bildet diese Zusammenstellung deutscher und französischer Ansichten zu verschiedenen geld- und währungspolitischen Aspekten noch kein vollständiges Gesamtbild. Zum Teil fallen gewisse Regelmäßigkeiten ins Auge, die sich auf mehr als einem geldpolitischen Teilgebiet niederschlagen. Diese grundsätzlichen Funktionslogiken sollen an dieser Stelle

Geldpolitischer Aspekt	Frankreich	Deutschland
Institutionelle Ebene		
Notenbankunabhängigkeit	Nein	Ja
Binnenwirtschaftliche Ebene		
Funktionsverständnis von Geldpolitik	eher keynesianisch	eher monetaristisch
Zielkonflikt zwischen Inflation und Arbeitslosigkeit	Ja	Nein
Binnenwirtschaftliche Zielsetzung der Geldpolitik	eher Beschäftigungsförderung	Inflationsbekämpfung
Inflationsbekämpfung wahrgenommen als:	*Rigueur*	Stabilität
Außenwirtschaftliche Ebene		
Verhältnis Binnen- und Außenbetrachtung	Außen dominiert innen	Innen dominiert außen
Stärke der Währung (Präferenz)	Ambivalenz zwischen schwacher Währung (Exportförderung) und starker Währung (Prestige, Zwang zur Wettbewerbsfähigkeit)	Starke Währung bevorzugt (Inflationsbekämpfung)
Geld und Identität		
Verhältnis Nationalstolz und Währung	Geld als Symbol der Nation	Geld als Grund des Nationalstolzes
Blick auf den Anderen	Dogmatisch, unflexibel, Sorge vor deutscher Dominanz	Laxe Geldpolitik, mangelnde Stabilitätskultur
Wahrnehmung der gemeinsamen Währung	Politisches Ziel, für das ein Preis zu zahlen ist	Opfer, Preis für Wiedervereinigung und europäische Integration

Tabelle 3 Aspekte geldpolitischen Denkens in Deutschland und Frankreich

daher in der gebotenen Kürze dargestellt und erläutert werden.

Hierzu gehört zunächst auf französischer Seite die Wahrnehmung des Geldes als Politikum. Wie bereits beschrieben beherrschen politische Erwägungen alle mit der Geldpolitik in Zusammenhang stehenden Fragen, sei es die Präferenz für abhängige Notenbanken, die Nutzung des geldpolitischen Instrumentariums im Rahmen eines politisch begründeten Zielsystems (je nach Situation zur Beeinflussung der Arbeitslosigkeit oder Inflationsbekämpfung) oder die Unterordnung all dieser Aspekte

unter ein höheres politisches Ziel, die europäische Gemeinschaftswährung. In Deutschland herrscht dabei wie gesehen eine völlig andere Sicht vor: Politischem Einfluss in der Geldpolitik wird mit Misstrauen begegnet, da auf diesem Gebiet aus deutscher Sicht sachliche, ökonomisch richtige Entscheidungen gefragt sind.

Des Weiteren zeichnet sich die französische Geldpolitik durch einen gewissen Pragmatismus aus, was durchaus in Verbindung mit der politischen Komponente zu sehen ist. Geldpolitisches Handeln muss der Situation angemessen sein, um unerwünschte Ergebnisse zu vermeiden. Geldpolitik wird aus der Situation heraus beurteilt, d.h. Zinsen werden tendenziell als zu hoch angesehen, wenn das Wachstum schwach und die Arbeitslosigkeit hoch ist; die Währung gilt als überbewertet, wenn die Exporte leiden. In Deutschland steht dieser Haltung ein starker Hang zu Regelbindung gegenüber. Die Regeln, welche die Unabhängigkeit der Bundesbank festlegen, sind unter allen Umständen zu respektieren. Die Gefahren einer schwachen Europa-Währung sollen mit Hilfe von Verhaltensregeln für die Teilnehmerländer gebannt werden, die keinesfalls nach politischen Kriterien ausgelegt werden dürfen. Als prominentestes Beispiel der Regelbindung in der deutschen Geldpolitik kann die Geldmengensteuerung gesehen werden, welche die Angemessenheit geldpolitischer Entscheidungen anhand eines theoretischen Zusammenhangs zweier statistischer Werte (Geldmenge und Inflation) beurteilt.

Da Geldpolitik in Frankreich Politik ist und situationsangemessen eingesetzt werden muss, kann daraus geschlossen werden, dass die französische Sicht auf Geld- und Währungsfragen funktional ist. Geldpolitik hat eine Wirkung, sie ist ein Instrument, das zur Verringerung von Arbeitslosigkeit oder zur Stärkung der Exporte eingesetzt werden kann. Dies steht wiederum im Gegensatz zur deutschen Wahrnehmung, die im Bezug auf Geldpolitik eher als mechanistisch zu charakterisieren ist: In bestimmen Situationen muss die Notenbank reagieren, Regelbindung sowie das Verhalten anderer Akteure lassen ihr häufig keine Wahl.

Als weitere Regelmäßigkeit in den beiden gegenübergestellten Betrachtungsweisen ist die Steuerung der Geldpolitik zu nennen. Auf französischer Seite ist ganz eindeutig eine Präferenz für zentrale hierarchische Steuerung, in der Regel durch den Staat zu erkennen. Diese drückt sich wiederum in der Präferenz für eine abhängige Notenbank aus, allerdings auch in der Neigung zu gegen Marktkräfte gerichteten Maßnahmen, wie Devisenmarktinterventionen und Kapitalverkehrskontrollen. Ist eine hierarchische Steuerung nicht möglich, so bemüht man sich um eine zentrale Koordination, indem die Entscheidungsträger gemeinsame, verbindliche Beschlüsse fassen, wie bei den

Versuchen der Wechselkurskoordination zwischen den Währungsblöcken oder bei den Bemühungen um eine Wirtschaftsregierung als Gegengewicht zur EZB. In Deutschland herrscht dagegen eher eine Haltung vor, die dezentrale Koordinationsmechanismen akzeptiert, darunter in erster Linie die Regelung durch Marktmechanismen (z.B. in Fragen des Wechselkurses und der Bildung des Zinssatzes), aber auch die getrennte Verantwortlichkeit der Akteure Notenbank, Staat und Tarifparteien, die ihre Handlungen allerdings durch verstärkte Kommunikation aufeinander abstimmen.

Diese über die Betrachtung von Einzelaspekten hinausgehenden Funktionslogiken in den Geldpolitiken ergänzen die Feststellungen, die in Tabelle 4 zusammengefasst sind und werden an dieser Stelle noch einmal gegenübergestellt:

Frankreich	**Deutschland**
Geldpolitik = Politik	Geldpolitik = unpolitisch, sachorientiert
Pragmatismus	Regelbindung
Funktionale Betrachtung	Mechanistische Betrachtung
hierarchische Steuerung oder zentrale Koordinierung	dezentrale Koordinierung

Tabelle 4 Geldpolitische Funktionslogiken in Frankreich und Deutschland

Die bisher erarbeiteten Ergebnisse sollen im Folgenden in ihren institutionellen und kulturellen Zusammenhängen betrachtet werden.

V. Erste Erklärungsebene: Der institutionelle Kontext der Geldpolitik

Gemäß dem oben beschriebenen Modell des *business system* nach Whitley sollen im Folgenden die empirisch ermittelten Besonderheiten in der Betrachtung geldpolitischer Fragen in Frankreich und Deutschland anhand ihrer Einbettung in den spezifischen institutionellen Kontext erklärt werden. Da eine vollständige Vorstellung aller relevanten Akteure und ihrer Interaktionen den Rahmen dieser Arbeit bei weitem sprengen würde, beschränkt sich dieser Punkt auf die Beschreibung der Unternehmen in einem sich internationalisierenden Umfeld, die Tarifparteien, das Bankensystem, das Bildungssystem und den Staat, jeweils für Deutschland und Frankreich. Der Schwerpunkt der Beschreibung liegt hierbei eindeutig auf der Interaktion der ökonomischen Institutionen mit der Geldpolitik.

1. Frankreich

1.1. Französische Unternehmen zwischen Staat und internationalem Umfeld

Frankreich wurde im Vergleich zu seinen wichtigsten Nachbarn Großbritannien und Deutschland erst recht spät industrialisiert (Lane 1989, 2) und war lange Zeit sehr agrarisch geprägt. Auch heute noch beschäftigt der verarbeitende Sektor lediglich 24 % aller Beschäftigten (gegenüber ca. 30% in Deutschland; Lauterbach 2004, 59). Nach dem zweiten Weltkrieg war es dieser industrielle Rückstand, der von vielen Franzosen für die traumatische Niederlage 1940 verantwortlich gemacht wurde (Große/Lüger 2000, 121f.). Er ließ sie daran zweifeln, dass ein sich selbst überlassenes marktwirtschaftliches System in der Lage wäre, die großen Herausforderungen des Wiederaufbaus und der Modernisierung der Industrie zu meistern, denen sich Frankreich gegenüber sah. Der Verstaatlichungen vieler Betriebe, insbesondere aus für die Umgestaltung der Wirtschaftsstruktur wichtigen Bereichen wie Transport, Elektrizität und Bank-/Versicherungswesen lagen daher weniger ideologische Erwägungen zugrunde als vielmehr die Einsicht, dass der Staat als Taktgeber für die Erneuerung dienen müsse (Commissariat général du Plan [CGP]/Deutsch-französisches Institut [DFI] 2001, 19; Barmeyer et al. 2007, 28f.). Dies begründete eine wichtige Besonderheit des französischen Unternehmenssektors: Die Rolle des Staates als dominierender Unternehmer. Dieser Befund verstärkte sich noch mit der zweiten Welle der *nationalisations* in den 1980er Jahren, als weitere Großunternehmen und alle wichtigen Banken in Staatsbesitz übergingen. Auch hierfür waren weniger ideologische Gründe ausschlaggebend als vielmehr die Tatsache, dass sich die meisten der betroffenen Unternehmen in einer sehr schwierigen wirtschaftlichen Situation befanden. Mit den Verstaatlichungen und den folgenden massiven Investitions- und Restrukturierungsmaßnahmen konnten einige wichtige Konzerne vor dem Konkurs oder dem Verkauf ins Ausland gerettet werden und gehören heute, nach ihrer Reprivatisierung, auf ihren Gebieten zur Weltspitze (Barmeyer et al. 2007, 39f.; web[5]) .

Dieser kurze Abriss deutet bereits einen grundsätzlichen Problemkomplex der französischen Industrie an: Die internationale Wettbewerbsfähigkeit (Chantepie/Gautier/Piot/Plihon 1997, 173). Traditionell waren ihre Unternehmen wenig exportorientiert (Lafay/Levet 2001, 414; Große/Lüger 2000, 119) und die Wirtschaft vor allem auf die Kolonien als Rohstofflieferanten und Absatzmärkte ausgerichtet (Lüsebrink 2003, 34). Noch bis in die jüngere Zeit hatte die Produktion für den Binnenmarkt noch eine deutlich größere Bedeutung für die französische Industrie als der Export. Das politische Projekt der europäischen Integration sowie die weltweite Zunahme der

grenzüberschreitenden Handelsströme (zwischen 1950 und 1990 verzehnfachte sich der französische Außenhandel: Lüsebrink 2003, 42) erforderten enorme Anpassungsleistungen von den Unternehmen, die durch Modernisierungsinvestitionen Frankreich zu einem der wichtigsten Exportländer weltweit gemacht haben (Baleste 1982, 9). Ein bis in die 1990er Jahre vorhandenes Außenhandelsdefizit konnte so in einen bleibenden Überschuss verwandelt werden, wofür auch der Staat mit einer konsequenten Politik der Investitionsförderung verantwortlich zeichnet. Er begnügte sich dabei durchaus nicht mit dem Setzen allgemeiner Anreize, sondern lenkte Mittel gezielt in als strategisch bedeutsam angesehene Schlüsselsektoren (CGP/DFI 2001, 19). Wirtschaftlichkeit und politische Prioritätensetzung kamen dabei durchaus in Konflikt, allerdings ermöglichte die enge Verbindung zwischen Staat und Unternehmen mehr als einmal die Realisierung technisch hoch anspruchsvoller und aufwendiger Großprojekte (Chantepie et al. 1997, 36). In ihnen präsentiert der französische Staat die Leistungsfähigkeit seiner Unternehmen, die er als sein Aushängeschild betrachtet. Viele der großen Konzerne haben gerade auf Basis einer solchen Zusammenarbeit ihren internationalen Ruf erworben und konnten sich dadurch am internationalen Markt platzieren[7] Nach wir vor werden die großen Konzerne des Landes – wenn auch in ihrer Mehrzahl nicht mehr im Staatsbesitz – als nationale Werte betrachtet. Der enorme Anstieg der Auslandsinvestitionen nach den Liberalisierungsschritten der 1980er Jahre wird deshalb durchaus kritisch gesehen (Izraelewicz 1999, 8f.).

Deutschland ist das wichtigste Partnerland Frankreichs. Einen großen Teil ihres Außenhandels wickeln beide Länder untereinander ab. Interessant ist dabei, dass trotz der enormen Fortschritte der französischen Wettbewerbsfähigkeit der Außenhandelssaldo – mit Ausnahme der frühen 1990er Jahre nach der deutschen Einheit – gegenüber Deutschland defizitär blieb (Lüsebrink 2003, 47). Dieser Befund wird zu Lasten der französischen Industrie dadurch verschärft, dass Frankreich strukturell Nettoexporteur von Nahrungsmitteln und Dienstleistungen, insbesondere im Bereich Tourismus (Barmeyer 2001a, 165; Artus/Fontagné 2006, 21; 51) ist, während Deutschlands Stärken auf Gebieten mit höherer Wertschöpfung wie Spezial- und Werkzeugmaschinen liegen. Insgesamt weisen die französischen Exportprodukte tendenziell einen geringen Spezialisierungsgrad und einen höheren Anteil mittelwertiger Waren auf. In der Folge kommt es zu einer recht hohen Anfälligkeit für Preisschwankungen des französischen Außenhandels (CGP/DFI 2001, 33f.) – von einigen beachtenswerten Ausnahmen wie der Luxusgüterindustrie abgesehen.

[7] Zum Beispiel Alstom (TGV), Areva (Atomprogramm), oder die Luft- und Raumfahrtindustrie mit Airbus und Ariane (Lafay/Levet 2001, 389).

Für das Verständnis der französischen Geldpolitik ist dieser Blick auf die französische Unternehmenslandschaft von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Wie gesehen gehörte es seit dem zweiten Weltkrieg zu den wichtigsten Zielen der französischen Unternehmen, im internationalen Wettbewerb bestehen zu können. Die Überwindung der strukturellen Schwäche der Industrie erforderte in erster Linie massive Investitionen. Da Investitionsausgaben relativ zinsanfällig sind, erklärt dies zum Teil die besondere französische Aversion gegen einen Anstieg der Kapitalkosten und das Verständnis von Inflationsbekämpfung als *rigueur*, die die Unternehmen belastet. Zudem macht es die relativ starke Binnenorientierung der französischen Wirtschaft, nötig, bei geldpolitischen Fragen die Auswirkungen auf die Kaufkraft der Bevölkerung zu bedenken, was die entsprechende Berichterstattung erklärt.

Interessant ist auch der Blick auf die Exportsituation. Tendenziell werden Exporte durch eine schwache heimische Währung gefördert, Importe jedoch verteuert. Bei einer starken Währung verhält es sich umgekehrt (Lauterbach 2004, 45). Geht man davon aus, dass ein Gutteil der französischen Ausfuhren wie Nahrungsmittel, Tourismusdienstleistungen oder auch Mittelklasse-PKWs relativ empfindlich auf Preiserhöhungen reagiert, so ist durchaus verständlich, dass sich auf französischer Seite Präferenzen für eine schwache Währung finden lassen. Dies gilt umso mehr, wenn die Abhängigkeit der französischen Wirtschaft von importierten Vorprodukten, deren Preis bei niedrigem Wechselkurs stiege, wenig ausgeprägt ist. Hierauf deuten nicht nur die Exportstärke Frankreichs im Dienstleistungsbereich hin, sondern auch die engen Kontakte zu ehemaligen Kolonien und wichtigen Rohstofflieferanten (Chauprade 1996, 42f.): Die Währungen der meisten zentral- und westafrikanischen Länder waren zu festen Kursen an den *franc* gekoppelt (Chauprade 1996, 46), ein Arrangement, das auch nach der Euro-Einführung beibehalten wurde. Andererseits muss auch die strukturelle Abhängigkeit der französischen Wirtschaft von Importen, insbesondere deutscher Investitionsgüter, in Betracht gezogen werden (Lasserre 1998, 134). Ein schwacher *franc* konnte diese verteuern und dadurch dieselben Probleme auslösen, wie auch Zinserhöhungen: Investitionen werden verhindert und dadurch die Verbesserung der französischen Wettbewerbsfähigkeit gebremst.

Vor diesem Hintergrund erscheint die gewisse Ambivalenz in der Frage des Wechselkurses, die im empirischen Teil festgestellt wurde, durchaus verständlich: Eine schwache wie auch eine starke heimische Währung konfrontiert die französischen Unternehmen mit Problemen. Der Idealfall wäre ein im Verhältnis zur D-Mark fixierter *franc*, der mit dieser zusammen gegenüber anderen Währungen tendenziell unterbewertet ist. Der erste Teil hiervon ist mit der Europäischen Währungsunion Realität geworden. Um die Realisierung des zweiten Aspekts hat sich Frankreich bemüht, indem es im Rahmen

der Euro-Verhandlungen für eine politische Kontrolle des Wechselkurses durch eine Wirtschaftsregierung plädiert hat – nach wie vor ein Ziel der französischen Europapolitik.

1.2. Tarifbeziehungen in Frankreich

Das Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmervertretern in Frankreich ist als konfliktuell zu bezeichnen (Amable 2005, 178). Der gewerkschaftliche Organisationsgrad liegt bei ca. 8% und gehört damit zu den geringsten in der OECD (Lüsebrink 2003, 66). Aufgrund der verspäteten Industrialisierung Frankreichs haben sich die Arbeitnehmervertretungen nicht aus dem Industrieproletariat heraus, sondern als Partnerorganisationen politischer Parteien entwickelt. Die gewerkschaftliche Landkarte Frankreichs ist daher nicht nach Branchen bzw. Kompetenzen, sondern nach Position im politischen Spektrum aufgeteilt. Bei Verhandlungen sitzen der Unternehmensseite daher in der Regel Vertreter von mehr als einer Gewerkschaft gegenüber, die zudem häufig in ihren Zielsetzungen konkurrieren (Lestrade 2007, 35).

Die Macht der Gewerkschaften resultiert üblicherweise nicht aus ihrer eigenen Stärke, sondern daraus, dass der Staat ihnen das Recht zugesteht, im Namen der Arbeitnehmerschaft zu sprechen. Eine Institutionalisierung dieser Mitsprache im Unternehmen, wie sie die deutsche Mitbestimmung darstellt, existiert in Frankreich nicht. Die Haupttätigkeit der gesetzlich festgeschriebenen *comités d'entreprise* ist die Verwaltung der Gelder, die das Unternehmen für soziale Belange zur Verfügung stellen muss (Barmeyer et al. 2007, 31).

Ähnlich zersplittert wie die Gewerkschaftslandschaft sind auch die Unternehmerverbände, deren größten der MEDEF darstellt. Wenn sich die Unternehmen auch gelegentlich geschlossen präsentieren, insbesondere, wenn es um die Zurückdrängung staatlichen Einflusses geht, so sind sie doch im Grunde in ihren Interessen inhomogen, wobei regionale Divergenzen und Konflikte zwischen Groß- und Kleinbetrieben vorherrschend sind (Amable 2005, 316f.).

Bei derartigen strukturellen Schwächen der Sozialpartner kann von einer Tarifautonomie, wie sie in Deutschland existiert, keine Rede sein. Verhandlungen über Löhne und Arbeitszeiten finden größtenteils auf der Ebene des einzelnen Unternehmens statt, mit allen Vor- und Nachteilen, die dies für die Unternehmensflexibilität einerseits und den sozialen Zusammenhalt andererseits hat (CGP/DFI 2001, 89). Die großen Lücken eines solches System der insularisierten Tarifverhandlungen werden von Staat geschlossen, dem es dabei zukommt, für einen Ausgleich zwischen sozialen und Unternehmensinteressen zu sorgen (Dufour 1999, 115f.). In der Folge ist dieser auch Adressat für die Gewerkschaften, wenn es um die Durchsetzung ihrer Forderungen geht,

und die Öffentlichkeit wird ebenso sehr wie das Unternehmen das Ziel von Arbeitskampfmaßnahmen. Hierunter fallen Streiks genauso wie Blockaden von Straßen oder – wie erst kürzlich geschehen – Drohungen, die Seine zu vergiften (Wüpper 2009).

Die eingangs erwähnte Unkooperativität der Gewerkschaften ergibt sich zum Teil aus ihrer ideologischen Grundausrichtung, die sich von klassenkämpferischen Vorstellungen noch nicht völlig gelöst hat (Dufour 1993, 111), aber auch aus der Konkurrenzsituation, in der sie sich im Verhältnis zu anderen Gewerkschaften befinden. Auf Unternehmensseite hingegen besteht zum Teil wenig Neigung, Zugeständnisse an eine Einzelgewerkschaft zu machen, ist es doch der soziale Friede dadurch nicht zwangsläufig gewahrt. Arbeitskampfmaßnahmen werden so wahrscheinlicher.

Zersplitterung und organisatorische Schwäche der Tarifpartner machen es unmöglich, ihnen eine gesamtwirtschaftliche Verantwortung zuzumessen. Diese liegt beim Staat, der zudem noch als Schiedsrichter zwischen Gewerkschaften und Unternehmern fungiert. Die mangelnde Einbindung der Arbeitnehmervertreter in die betrieblichen Entscheidungen wiederum lässt auch die Mitverantwortung der Belegschaft für das Wohl des Betriebs verschwimmen. Für die Geldpolitik ist dies von relativ großer Bedeutung, denn diese Konstellation muss tendenziell zu höheren Lohnforderungen seitens der Gewerkschaft führen, die, wenn sie auf die Preise umgelegt werden können, Inflation verursachen, andernfalls aber Beschäftigungsverluste nach sich ziehen. Die Geldpolitik in Frankreich hat zeitweise tatsächlich dazu geneigt, der Wirtschaft durch eine großzügigere Zurverfügungstellung von Geld Spielraum für Preiserhöhungen zu verschaffen, Inflation zu tolerieren und gleichzeitig die Beschäftigung zu stabilisieren. Voraussetzung hierfür war allerdings, dass die Arbeitnehmer über die Inflationssituation schlechter informiert waren als die Arbeitgeber, damit die höheren Inflationsraten nicht auf die Lohnforderungen umgelegt werden konnten (Geldillusion: Drexler/Priddat o.J., zur fehlenden Kommunikation der *Banque de France*: Drexler 2007, 189f.) Dies sorgte dafür, dass die Phillipskurve in Frankreich tatsächlich zeitweise eine gewisse Gültigkeit erlangte. Tatsächlich bestätigt auch die festgestellte mangelnde Berichterstattung über die *Banque de France* den Eindruck, die französische Notenbank halte sich bei der Kommunikation mit der Öffentlichkeit zurück.

Ein Akzeptieren einer höheren Inflationsrate zugunsten des sozialen Friedens zeugt, wenn man so will, von den Konflikten des französischen Staates in der Lohn und Tarifpolitik. Die französische Administration befindet sich dabei systematisch in einem Dilemma, das sich aus ihrer mehrfachen Eingebundenheit in Wirtschaftsfragen ergibt. Als Unternehmer hat sie ein Interesse an der Lebens- und Investitionsfähigkeit ihrer

Konzerne. Andererseits richten sich soziale Konflikte häufig gegen den Staat und zwingen ihn nicht selten zum Einlenken, da die Sympathie der Öffentlichkeit oft auf Seiten der Arbeiter steht (Barmeyer et al. 2007, 205ff.). Die Inflationierung der Wirtschaft stellt dabei einen relativ bequemen, um nicht zu sagen pragmatischen Weg aus dem Dilemma dar.

Allerdings muss auch gesagt werden, dass sich die Forderungen der Gewerkschaften in den letzten Jahren durchaus gemäßigt haben. Eine konsequente Politik der Geldwertstabilität (*franc fort*) hatte „effets pédagogiques" (Bertier 1987) auf die Gewerkschaften, deren Forderungen um den bei relativer Preisstabilität überflüssigen Inflationsausgleich gemäßigt wurden. Die erwähnte schwache Stellung der Gewerkschaften in den Verhandlungen mit den Unternehmen tat dabei ihr Übriges.

1.3. Das französische Bankensystem

Das französische Finanzsystem ist stark auf Intermediäre angewiesen. Der Kapitalmarkt, auf dem sich Unternehmen direkt Geld von Investoren besorgen können – sei es über die Herausgabe von Anleihen oder über die Aufnahme von Aktienkapital – hat sich erst spät entwickelt und ist gegenüber den angelsächsischen Ländern nach wie vor im Rückstand. Banken und Versicherungen sind daher als Kapitalsammelstellen und für die Versorgung der Wirtschaft mit Geldmitteln von großer Bedeutung (Amable 2005, 193). Das heutige französische Bankensystem ist von großen Universalbanken dominiert und stark konzentriert (Story/Walter 1997, 193): Mehr als 70% aller Einlagen werden auf Konten bei den fünf größten Kreditinstituten gehalten, bei den Krediten sind es über 45% (Plihon 2002, 83f.). Die großen französischen Geldhäuser gehören zu den größten börsennotierten Konzernen weltweit. Daneben sind auch genossenschaftlich organisierte Kreditinstitute von einigem Gewicht.

Die Entwicklung des französischen Bankenmarktes nach dem zweiten Weltkrieg weist einige Brüche auf. Aufgrund der großen Bedeutung der Geldhäuser für die Kreditversorgung wurden viele von ihnen verstaatlicht, was mit dem bereits erörterten Ziel des französischen Staates zusammenhing, den Modernisierungsprozess der Wirtschaft zu steuern und durch gezielte Investitionen in die richtigen Bahnen zu lenken (Disch 1995, 23; Story/Walter 1997, 194f.). Auch wurden die Banken für den Entwicklungsrückstand Frankreichs verantwortlich gemacht, da sie zugunsten des Auslandsgeschäfts traditionell wenig im Inland investiert hatten. Die Geschäftspolitik der Banken unterlag daher viele Jahre lang deutlichen Restriktionen. Der französische Bankenmarkt war zwischen den verstaatlichten Geldhäusern aufgeteilt (Bonin 1993, 502), Konkurrenz existierte nicht und auch das operative Geschäft wurde von staatlichen Stellen streng überwacht (Canals 1993, 126). Die Geschäftstätigkeit der Banken war hochspezialisiert: Es gab verschiedene

Institute für das kurz-, mittel und langfristige Geschäft, um Gefahren für das Finanzsystem durch die kurzfristige Finanzierung langfristiger Investitionen auszuschließen (Bonin 1993, 502). Eröffnungen neuer Bankfilialen standen unter Genehmigungsvorbehalt, um die Kostenseite der Kreditinstitute zu kontrollieren. Ebenso waren die zu gewährenden Zinssätze auf Ersparnisse administrativ festgelegt. Die Kreditvergabe unterlag ebenfalls Einschränkungen dadurch, dass die *Banque de France* im Rahmen ihrer Geldpolitik nicht nur Obergrenzen für das Verleihen von Geld festlegen konnte (Boissieu 1990, 2), sondern zumindest bis zu einer ersten Liberalisierungsphase in den 1960er Jahren auch festgelegt wurde, in welchen Bereichen die Kreditvergabe zu kürzen bzw. auszuweiten sei (Bonin 1993, 506).

Erwähnenswert ist auch die Tatsache, dass der genossenschaftliche Sektor von den Verstaatlichungen weitgehend ausgenommen blieb. Die Selbstorganisation der ländlichen Gebiete zur Kreditversorgung wurde sogar gefördert, indem zum Beispiel der *Crédit Agricole,* der genossenschaftliche Bankenzusammenschluss, von den Beschränkungen der Filialeröffnung ausgenommen war und über ihn öffentliche Hilfen für die Landwirtschaft ausgezahlt wurden (Barmeyer et al. 2007, 68-75). Dies zeigt, dass auch die *nationalisations* der Banken nicht ausschließlich ideologisch begründet waren, sondern zum Ziel hatten, das Bankensystem auf die Zielprioritäten des Staates zu verpflichten. Die Genossenschaftsbanken, gegründet, um Modernisierungsinvestitionen der Mitglieder zu fördern, lagen damit von jeher auf einer Linie mit den Bestrebungen des Staates und wurden von diesem zur Verteilung von Agrarsubventionen instrumentalisiert (Story/Walter 1997, 193).

In den 1960er Jahren kam es zwar zu Liberalisierungsschritten, die unter anderem zu der Aufhebung der Spezialisierung führten, wodurch, dem deutschem Vorbild folgend, Universalbanken zugelassen wurden, die heute die französische Bankenwelt prägen. Der Einfluss des Staates blieb allerdings dominant, insbesondere nachdem unter Mitterrand auch noch die letzten Großbanken in privatem Besitz verstaatlich wurden (Nies 2006, 24). In den Privatisierungsplänen gegen Ende der 1980er Jahre spielten die Banken eine wichtige Rolle: Sie sollten – von der „Deutschland AG“ inspiriert – als Referenzaktionäre viele Anteile ehemals staatlicher Unternehmen übernehmen und als „noyaux durs“ für die Stabilität der französischen Wirtschaft Sorge tragen, aus der sich der Staat weitgehend zurückzuziehen gedachte (Rutz 1998, 210-223). Dass dieser Rückzug nicht mit einem grundsätzlichen Wandel in der Betrachtung des Bankensystems einher ging, hat sich spätestens in der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise gezeigt. Zusammen mit anderen europäischen Ländern legte auch Frankreich ein milliardenschweres Hilfspaket für angeschlagene Banken auf. Die Besonderheit des französischen Vorgehens ist dabei

allerdings, dass die Banken zur Annahme der Hilfen gedrängt wurden (Die Gelder wurden entsprechend den Marktanteilen an die sechs größten Banken verteilt; web[6]) und dass sie sich im Gegenzug verpflichten mussten, mit dem zur Verfügung gestellten Geld die Kreditvergabe an französische Unternehmen um 3-4% auszuweiten (web[7]).

Zusammenfassend kann man sagen, dass im französischen Bankensystem viele der Charakteristika der Wahrnehmung der französischen Geldpolitik ihre Fortsetzung finden. Die Zurverfügungstellung von Geldmitteln für Investitionen und deren Lenkung in als strategisch angesehene Sektoren, sowie die Kontrolle der Geschäftspolitik der Kreditinstitute und damit auch die Regulierung des Preises für Kredite passt damit zu dem bereits festgestellten Bemühen des französischen Staates, die Entwicklung der französischen Wirtschaft gezielt zu fördern.

1.4. Bildungssystem und geldpolitische Eliten

Das französische Bildungssystem weist einige Besonderheiten auf. Zunächst ist es äußerst selektiv. Es existiert ein idealer Bildungsgang (Barmeyer 2001b, 184) , der die Schüler mit den besten Leistungen nach dem *baccalauréat* in ein Elite-Hochschulsystem eintreten lässt, das explizit zum Ziel hat, die zukünftige Führungsschicht Frankreichs auszubilden (Gaillard 1995, 10). Zweites hervorstechendes Merkmal ist die Stellung des Staates im Bildungssystem. Es ist äußerst zentralistisch organisiert, die Verantwortlichkeit sowohl für Lehrpläne als auch für Abschlüsse liegt im Pariser Bildungsministerium (Große/Lüger 2000, 205f.). Außerdem kann man generell sagen, dass französische Ausbildungen relativ generalistisch sind. Neben der Vermittlung von Fachwissen nehmen kulturspezifische Kenntnisse – insbesondere zu französischer Geschichte, Sprache und Kultur – einen großen Raum ein (Barmeyer 2001b, 171; 175f.; 183). Dies gilt nicht nur für akademische Ausbildungen, sondern lässt sich ebenso für Facharbeiter und Handwerker beobachten.

Alle diese Besonderheiten des französischen Bildungssystems kulminieren in einer Institution, die gleichsam die Spitze des Eliten-Hochschulwesens darstellt: die *École Nationale d'Administration (ENA)*. Sie wurde nach dem zweiten Weltkrieg gegründet, mit dem Ziel, ein mit dem Staat verbundenes Funktionärskorps auszubilden (Gauchon 2008, 27). Der Zugang zur ENA ist auf die besten Absolventen der angesehensten Eliteuniversitäten (*Grandes Écoles*), insbesondere der wirtschafts- und gesellschaftswissenschaftlichen Hochschule *Sciences Po* in Paris, beschränkt. Ihre Ausbildung umfasst vor allem die Vermittlung von Führungsfähigkeiten, wobei es hier weniger um Fachwissen denn um anwendungsbezogene Kenntnisse geht, die durch Praktika und Fallstudien vermittelt werden (Gaillard 1995, 41). Die Studenten werden so

gezielt auf Führungspositionen in Staat und Wirtschaft vorbereitet. Sie bilden so eine kleine, sehr elitäre Führungsschicht, die nicht nur im Hinblick auf die erlernten Inhalte homogen ist – wobei der Glaube an die Leitungsfunktion des französischen Staates eine wichtige Rolle spielt –, sondern die auch ein starker Korpsgeist eint (Barmeyer et al. 2007, 239). Die ENA bietet also nicht nur Ausbildung durch den Staat, sondern explizit auch für den Staat, was sich an dem Phänomen des *pantouflage* zeigt. Die *énarches*, wie man die Absolventen dieser Elitehochschule nennt, können jederzeit von einem Posten in der Wirtschaft in den Staatsdienst wechseln (Barmeyer et al. 2007, 261). Es findet daher ein reger Personalaustausch zwischen der Verwaltung und der freien Wirtschaft statt, wodurch die Einheitlichkeit von Denkweisen und Zielprioritäten in den Spitzenpositionen des Staates gefördert wird: *énarches* finden sich an der Spitze der großen Parteien ebenso wie in der Regierung, in Ministerien und Botschaften, sowie, nicht zuletzt, in den Verwaltungsräten der großen französischen Konzerne (Bauer/Bertin-Mourot 1996, 41f.).

Für die Geldpolitik in Frankreich ist dies insofern von Bedeutung, als es – vielleicht mehr noch als es auf anderen Gebieten üblich ist – einen idealen Werdegang des Zentralbankers zu geben scheint. Für eine detaillierte Analyse der Lebensläufe der französischen geldpolitischen Elite ist hier nicht der Raum, jedoch zeigt bereits eine oberflächliche Betrachtung der Karrieren[8] der *gouverneurs* der *Banque de France*, wie homogen diese sind. Die meisten der Notenbankgouverneure begannen ihre Ausbildung mit einem Studium der Rechtswissenschaften (einzige Ausnahme B. Clappier: École Polytechnique), um anschließend auf die *Sciences Po* in Paris (vor R. de La Genière: *École Libre des Sciences Po*[9]*)* zu wechseln. Seit *gouverneur* de La Genière (1979-1984) haben alle Chefs der Zentralbank die erst nach dem zweiten Weltkrieg gegründete ENA durchlaufen. Direkt vor ihrer Berufung hatten sie hohe Beamtenposten in Finanzministerium inne, insbesondere als *directeur du Trésor* (Camdessus, de Larosière, Trichet, Noyer). Bemerkenswerte Ausnahme hiervon ist O. Wormser, der dem diplomatischen Dienst entstammte. Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang auch, dass die Position des Zentralbankgouverneurs keineswegs das Ende der Karriere der betreffenden Amtsinhaber darstellte. Nicht selten dienten sie Frankreich nach ihrem Ausscheiden noch auf internationalen Posten, zum Beispiel im Internationalen Währungsfonds (Camdessus), der Osteuropabank (de Larosière) oder der Europäischen Zentralbank (Trichet).

[8] Eine Auflistung der Amtszeiten der *gouverneurs* der *Banque de France* findet sich in Toniolo (2005, 663) und wird dieser Arbeit im Anhang angefügt. Die Daten zum Werdegang von E.Monick, W.Baumgartner, J.Brunet, B.Clappier und R. de la Genière stammen aus web[8] die Daten zu O. Wormser, M. Camdessus, J. de Larosière, J-C. Trichet und C. Noyer wurden von web[9] übernommen.
[9] Eine Vorgängerhochschule der *Sciences Po* bzw. der ENA (Gaillard 1995, 16).

Ohne dass sich der Einfluss einer derart homogenen Ausbildung genau bemessen ließe, ist doch sehr wahrscheinlich, dass sie starke Wirkung auf das geldpolitische Denken in Frankreich hatte. Die übliche Abfolge von Rechts- und Wirtschaftswissenschaften, gefolgt von zwei Jahren auf der ENA, auf der zumindest in ihren frühen Jahren dezidiert keynesianische (Gauchon 2008, 27, Gaillard 1995, 51ff.) und auch später von einer starken Regelungskompetenz des Staates ausgehende Ansichten gelehrt wurden, zeigt durchaus Parallelen im Bezug auf die oben beschriebenen geldpolitischen Ansichten in Frankreich, zum Beispiel eine generalistische Sicht auf Geldpolitik, die ihre Gesamtverantwortung für die Wirtschaft und die Notwendigkeit ihrer Abstimmung im Rahmen der gesamten staatlichen Wirtschaftspolitik betont. Dass die Notenbankgouverneure häufig aus dem Finanzministerium stammen, verstärkt diesen Eindruck noch, insbesondere, da die *direction du Trésor* vor der Unabhängigkeit der *Banque de France* einen großen Einfluss auf geldpolitische Fragen hatte.

Interessant ist die systematische Bildung von Elitenetzwerken auch vor dem Hintergrund des bereits besprochenen Kommunikationsverhaltens der Notenbank gegenüber den Gewerkschaften. Während diese über die tatsächliche Inflationsentwicklung mittels eingeschränkter Kommunikation im Unklaren gelassen wurden, waren die Arbeitgeber hierüber recht gut informiert. (Drexler/Priddat o.J.). Es liegt nahe, dies auf die informelle Kommunikation in eben jenen Netzwerken zurückzuführen, die die geldpolitischen Eliten mit der Führung von Staat und Wirtschaft verbinden. Geringe Berichterstattung über die französische Notenbank ist somit eventuell nicht mit fehlender Beachtung der Notenbank gleichzusetzen, sondern lediglich mit einer größeren Bedeutung der informellen gegenüber der formellen Kommunikation.

1.5. Der französische Staat

Wenn hier die Stellung des französischen Staates in der institutionellen Umgebung der Geldpolitik beschrieben werden soll, so handelt es sich notwendigerweise nur um eine ergänzende Beschreibung. In den vorangegangenen Kapiteln wurde bereits dargelegt, welch starke Stellung die französische Administration im Zusammenspiel mit anderen Akteuren in der Wirtschaft sowie dem Tarif-, Banken- und Bildungssystem hat. Diese Eingriffsbefugnisse auf der Mikro-Ebene, die die Beeinflussung konkreter wirtschaftlicher Entscheidungen von Einzelakteuren umfassen, resultieren aus der zentralisierten Gesamtverantwortung des Staates im französischen Wirtschaftssystem. Oft wird diese auf Colbert, den Wirtschaftsminister Ludwigs XIV. zurückgeführt und tatsächlich finden sich bis heute gewisse Parallelen zwischen der Praxis in Frankreich nach dem zweiten Weltkrieg und dessen Ideen. Er richtete Wirtschaftsbetriebe ein, die für Rechnung des Staates arbeiteten und die Entwicklung der französischen Wirtschaft voranbringen sollten.

Wirtschaftliche Macht wurde mit politischer Macht assoziiert, wobei der Außenhandelsüberschuss, also die Differenz von Exporten und Importen, den wichtigsten Indikator ökonomischer Leistungsfähigkeit darstellte (Große/Lüger 2000, 138; Gauchon 2008, 71).

Wie stark der französische Staat eine Gesamtverantwortung für die Entwicklung der Wirtschaft übernommen hat und wohl auch übernehmen musste, wird deutlich, wenn man sich die institutionalisierten Interaktionsformen der bisher behandelten wirtschaftlichen Akteure in Frankreich ansieht. Die institutionellen Verbindungen zwischen Unternehmen und Tarifparteien, Unternehmen und Banken sowie die Mitspracherechte von Wirtschaft und Tarifpartnern im Bildungssystem sind sehr schwach ausgeprägt. Zudem sind sowohl der Unternehmenssektor als auch die Gewerkschaften sehr inhomogen und zersplittert. Einzig die Eingriffsbefugnisse des Staates sind in jedem der genannten Bereiche sehr groß. Dies macht ihn notwendigerweise zum „Dreh- und Angelpunkt des französischen Wirtschaftslebens“ (Ammon 1989, 148), das er nicht nur durch regulatorische Maßnahmen oder konkrete Eingriffe im Einzelfall bestimmt, sondern dem er im Rahmen einer langfristigen Planung die Richtung vorzugeben versucht.

Diese *planification* stellt eine Besonderheit des französischen Wirtschaftssystems dar. Mitnichten handelt es sich dabei um ein planwirtschaftliches Instrument, allerdings soll die Entwicklung der französischen Wirtschaft auch nicht nur dem Markt überlassen werden. Die von Unternehmen, Gewerkschaften und Staat gemeinsam beschlossenen Fünfjahrespläne benennen diejenigen Wirtschaftssektoren, in denen aus französischer Sicht Aufholbedarf besteht und dienen mit der Benennung gesamtwirtschaftlicher Ziele und konkreter Maßnahmen zu ihrer Erreichung der Orientierung der Akteure (Lasserre/Schild/Uterwedde 1997, 132-135).

Zu einem Staat, der sich aufgrund eigener und fremder Kompetenzzumessung in einem strukturellen Polylemma zwischen der Verantwortlichkeit für das Wohlergehen einzelner Unternehmen und Wirtschaftszweige, den sozialen Bedürfnissen der Bevölkerung und der Absicherung gesamtwirtschaftlichen Wachstums sowie einer hohen Wettbewerbsfähigkeit befindet, passen tendenziell keynesianische Vorstellungen vom Funktionieren eines Wirtschaftssystems, wie sie auch in den geldpolitischen Denkweisen in Frankreich zu finden waren. Die Administration ist auf ein großes Spektrum von Instrumenten angewiesen, um den in sie gesetzten Erwartungen auch nur annähernd gerecht werden zu können. Auf die französische Sichtweise von Geldpolitik muss dies zwangsläufig gravierende Auswirkungen haben: Die tendenzielle Ablehnung einer unabhängigen Zentralbank erklärt sich hieraus, bedeutet sie doch einen Verzicht auf die

Wirtschaftssteuerung mittels der Geldpolitik. Aber auch die Ablehnung eines hohen Zinsniveaus passt hierzu, hat dieses doch negative Auswirkungen auf ein weiteres Instrument der Wirtschaftspolitik: Die Budgetpolitik. Wenn Defizite der öffentlichen Kassen in Kauf genommen werden, um zum Beispiel in Schwächephasen die Gesamtwirtschaft anzukurbeln oder um Unternehmen zu verstaatlichen und ihre Rekapitalisierung und Restrukturierung zu fördern, ist es offensichtlich, dass ein hohes Zinsniveau die Manövrierfähigkeit des Staates einschränken würde.

Die bisher erfolgte Darstellung des französischen Staates als im Wirtschaftsleben omnipräsent muss allerdings für die neuere Zeit in Frage gestellt werden. Die Ölkrisen der 1970er Jahre und die gescheiterte neokeynesianische Wirtschaftspolitik der ersten Amtsjahre Mitterrands mit Kaufkraftbelebung, Verstaatlichungen und verstärkter *planification* (Gauchon 2008, 80-85) haben deutlich gemacht, dass der französische Staat mit seiner wirtschaftlichen Gesamtverantwortung strukturell überfordert war. Seit Mitte der 1980er Jahre ist daher ein klarer Rückzug des Staates zugunsten von Marktstrukturen zu beobachten. Hier sind die Privatisierungen zu nennen, wobei sich der Staat bei „strategischen“ Wirtschaftszweigen nach wie vor Mitspracherechte einräumt (Uterwedde 2006, 17), aber auch Liberalisierungsbemühungen, u.a. im Finanzsektor oder bei der Abschaffung der Preiskontrollen, die bis in die 1980er Jahre ein dirigistisches Mittel zur Linderung des Inflationsproblems darstellten (Cohen 2003). Diese Prozesse gingen einher mit der Abgabe von zentralstaatlichen Kompetenzen, zum Beispiel im Rahmen der fortschreitenden europäischen Integration oder der Dezentralisierungsbemühungen.

Dennoch stellt der Übergang von Dirigismus zur Setzung von Rahmenbedingungen eher eine Veränderung der Staatspraxis dar als eine Aufgabe des grundsätzlichen staatlichen Anspruchs, Fehlentwicklungen auf jeder Ebene des Wirtschaftsgeschehens korrigieren zu dürfen. Wenn zum Beispiel Präsident Jacques Chirac den Pharmakonzern Sanofi bei der Übernahme des größeren Konkurrenten Aventis tatkräftig unterstützt (Barmeyer 2005, 56), um einen nationalen Champion zu schaffen, wird Einfluss zwar eher durch die omnipräsenten informellen Netzwerke ausgeübt als durch staatliche Regulierungskompetenz, nichtsdestoweniger zeigen sich in diesen Beispielen, wie eng Staat und Wirtschaft sich in Frankreich nach wie vor als Einheit präsentieren.

2. Deutschland

2.1. Deutsche Unternehmen

Wie in Frankreich auch liegt der Schwerpunkt der deutschen Unternehmenslandschaft auf den Klein- und Mittelbetrieben. Es gibt jedoch einige wichtige Unterschiede zu der

Situation auf der anderen Seite des Rheins. Auffällig ist vor allem, dass die deutschen mittelständischen Unternehmen traditionell sehr stark exportorientiert sind. In seinem Buch „Hidden Champions“ stellt Simon (2007, 40) fest, dass in Deutschland häufiger als in anderen Ländern Unternehmen bescheidener Größe anzutreffen sind, die auf ihrem jeweiligen, oft hochspezialisierten Geschäftsfeld zu den Weltmarktführern gehören. In der großen Mehrzahl produzieren diese „heimlichen Gewinner“ Industriegüter (69,1%) und erwirtschaften mit im Schnitt 2037 Mitarbeitern einen Jahresumsatz von 326 Mio. € bei einer Exportquote von 61,5% (Simon 2007, 33).

Dieser Befund hat für die Charakterisierung der deutschen Unternehmenslandschaft einige Aussagekraft. Auffällig ist auch die im Vergleich zu Frankreich stark industrielle Prägung der deutschen Wirtschaft. Während der Dienstleistungssektor vergleichsweise unterentwickelt ist, beschäftigt die verarbeitende Industrie mehr als 30% der deutschen Aktivbevölkerung (Lauterbach 2004, 59). Dies geht einher mit der starken Exportorientierung, die eingangs erwähnt wurde: Die Produktion für den heimischen Verbrauch spielt eine relativ geringe Rolle (Donges 1995, 15). Dafür liegt der Schwerpunkt der deutschen Ausfuhren auf Produkten mit hoher Wertschöpfung, hoher Qualität und hohem Spezialisierungsgrad. Insbesondere handelt es sich um Investitionsgüter (CGP/DFI 2001, 34), aber auch PKWs des Premiumsegments (Barmeyer 2006: 49; 57).

Anders als die französische ist die deutsche Wirtschaft stark dezentralisiert. Das politische Zentrum der Bundesrepublik (zunächst Bonn, dann Berlin) ist nicht mit dem politischen Zentrum des Landes identisch, ja es ist sogar fraglich, ob es so etwas wie ein wirtschaftliches Zentrum überhaupt gibt. Die Wirtschaften vor allem der südlichen Bundesländer Bayern und Baden-Württemberg haben einen gewissen Entwicklungsvorsprung gegenüber dem Rest der Republik, aber grundsätzlich haben überall in der Republik wichtige Konzerne ihren Sitz (Losser 1992, 81f.), sowohl in regionalen Metropolen wie Stuttgart (Bosch) oder München (Siemens) als auch in kleineren Städten wie Gütersloh (Bertelsmann).

Die Bedeutung von Betrieben mittlerer Größe für die Wirtschaft wurde bereits angedeutet, es ist jedoch zudem erwähnenswert, dass sich die meisten dieser Unternehmen nicht aus Abspaltungen größerer Unternehmen entwickelt haben, sondern aus sich heraus in der Lage waren, wettbewerbsfähige Produkte zu entwickeln, zu vertreiben und damit am Markt zu bestehen. Diese Fähigkeit gründet zum Teil in einer Vernetzung von Forschung und Wirtschaft (Donges 1995, 18f.), und in einer guten Zusammenarbeit von Unternehmen auch in sensiblen Bereichen (Kristensen 1996, 23; Lane 1995, 34f.).

Insgesamt lässt sich eine recht hohe Fähigkeit zur Selbstorganisation im deutschen Unternehmenssektor feststellen.

Die mittelständische Prägung der Wirtschaft beeinflusst zudem die Organisationsstruktur vieler Großunternehmen, die noch teilweise oder komplett in Familienbesitz sind. Wichtige Konzerne wie Bosch, Metro, Oetker oder Bertelsmann[10] verzichten dabei völlig auf die Notierung an der Börse. Der Ursprung vieler deutscher Unternehmen als Familienbetriebe spricht zunächst für eine relativ hierarchische Organisationsstruktur (Mrosowski 2003, 141f.; Helmolt/Müller-Jacquier 1991, 13). Wenn dies auch zutrifft, so ist dennoch eine Besonderheit der deutschen *corporate governance* zu nennen, die diese Hierarchien wieder relativiert: Die zweiköpfige Führungsstruktur bestehend aus Vorstand und Aufsichtsrat. Während der Vorstand für operationelle Entscheidungen im Rahmen des Tagesgeschäfts zuständig ist, kommt dem Aufsichtsrat eine Überwachungsfunktion zu, die auch Konsultationen bei Fragen der strategischen Ausrichtung des Unternehmens umfasst. War der Aufsichtsrat zunächst ein Organ vor allem der Eigentümervertretung, hat er sich inzwischen zu einem Gremium entwickelt, durch das die *stakeholder* des Unternehmens in wichtige Entscheidungen eingebunden werden (Albert 1991, 19; 128). Insbesondere ist hier die Hausbank des Unternehmens zu nennen, die häufig im Aufsichtsrat vertreten ist, aber auch die Arbeitnehmerseite, die im Rahmen der Mitbestimmung das Recht hat, ihre Vertreter in das Gremium zu entsenden (Barmeyer/Engel 2007, 27). Die klare Hierarchie im Unternehmen mit dem Vorstand an der Spitze wird damit über die Kontrolle des Managements durch formal Untergebene wieder aufgehoben.

Für die Betrachtung der Geldpolitik in Deutschland sind einige der aufgeführten Besonderheiten der deutschen Unternehmenslandschaft von Bedeutung. Zunächst findet sich ein der französischen Situation umgekehrter Fall: Die Bedeutung der Industrie für die deutsche Wirtschaft insgesamt impliziert für Deutschland als rohstoffarmem Land die Wichtigkeit von entsprechenden Importen. Eine starke Währung verbilligt diese. Andererseits fallen währungsbedingte Preissteigerungen für den deutschen Export aufgrund seiner hohen Spezialisierung und der guten Produktqualität weniger stark ins Gewicht. Die Präferenz für eine starke Währung kann somit relativ einfach erklärt werden. Des Weiteren lockt eine wertstabile Währung tendenziell auch Kapital aus dem Ausland an, das die Zinsen in Deutschland niedrig hält, weswegen eine starke Währung durchaus einen Standortvorteil darstellen kann.

[10] Die Angaben aus Seibel (2009) wurden um eigene Beispiele ergänzt.

Auch die festgestellte hohe Fähigkeit zur Selbstorganisation hat möglicherweise Auswirkungen auf die geldpolitischen Präferenzen der deutschen Wirtschaft, weniger in dem Sinne, dass etwas gewünscht wird, als vielmehr, dass etwas im Vergleich zu Frankreich weniger benötigt wird: Beeinflussung von geldpolitischen Variablen wie Zinssatz und Wechselkurs durch den Staat.

2.2. Die deutsche Tarifpartnerschaft

Die deutschen Gewerkschaften sind im internationalen Vergleich relativ stark. Ihr Organisationsgrad liegt mit 25 % (Lestrade 2007, 34) bei sinkender Tendenz (Le Bihan 2007) zwar eher im Mittelfeld der Industrieländer, jedoch sind sie relativ gut organisiert und durch Mitsprache in verschiedenen Gremien institutionell in wichtige Entscheidungen in der Wirtschaft eingebunden. Die Gewerkschaftslandschaft in Deutschland ist nach Branchen strukturiert, so dass in der Regel eine bestimmte Gewerkschaft einziger Ansprechpartner für ein Unternehmen ist. Die Einzelgewerkschaften ihrerseits sind in einem Dachverband, dem Deutschen Gewerkschaftsbund, organisiert, der für die Vertretung allgemeiner Gewerkschaftsinteressen zuständig ist (Lestrade 2007, 34f.).

Die Verhandlungen zwischen Gewerkschaften und der Arbeitnehmerseite, die in etwa eine den Gewerkschaften ähnliche Organisationstruktur aufweist (Unternehmen sind Mitglied in Fachverbänden, die sich wiederum in den Dachverbänden BDI und BDA organisiert haben), sind relativ stark reglementiert (Bispinck 1993, 56-64). Das Recht von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, sich zur Regelung von Tarifangelegenheiten zu organisieren, hat Verfassungsrang, ebenso die Tarifautonomie, die eine staatliche Einmischung des Staates die Verhandlungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern verbietet (Bispinck 1993, 51). Auch sonst sind die Verhandlungen stark reglementiert, sie finden in der Regel zentral für die jeweiligen Branchen zwischen Vertretern der involvierten Interessenverbände statt. Die Möglichkeit des Streiks ist auf die Zeit nach einem eventuellen Scheitern der Verhandlungen beschränkt, ebenso ist das Streikrecht an die Gewerkschaft gebunden, es handelt sich also anders als in Frankreich nicht um ein individuelles Recht (Hege 1999, 49f.). Die Organisation eines Streiks benötigt die Zustimmung einer qualifizierten Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder und darf nur Aspekte umfassen, die sich tariflich regeln lassen, was Arbeitskämpfe zur Durchsetzung politischer Ziele ausschließt.

Eine Besonderheit der Beziehungen zwischen den Tarifpartnern in Deutschland stellen die Regelungen zur Arbeitnehmermitbestimmung dar, die garantieren, dass ab einer bestimmten Unternehmensgröße der Aufsichtsrat des Betriebs zur Hälfte mit Vertretern der Belegschaft besetzt ist. Wenn auch im Fall einer unentschiedenen Abstimmung die

Stimme des Aufsichtsratsvorsitzenden, der üblicherweise der Seite der Eigentümervertreter angehört, ausschlaggebend ist und dadurch die Arbeitnehmervertreter überstimmt werden können, gibt diese Regelung doch den Gewerkschaften ein beachtliches Gewicht bei strategischen Unternehmensentscheidungen. Die Bewertung der Mitbestimmung fällt uneinheitlich aus: Zum Teil als Nachteil für den Investitionsstandort Deutschland betrachtet (Sinn 2003, 147f.), von anderen dagegen wegen der Einbindung der Gewerkschaften gelobt (Albert 1991, 135), zeigt die Regelung vor allem, dass in Deutschland nicht von einem starken Gegensatz zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern bzw. zwischen Kapital und Arbeit gesprochen werden kann: Beide Seiten müssen, wo sie aufeinandertreffen, ihre Forderungen mäßigen.

Tarifautonomie und Mitbestimmung sind damit nicht denkbar ohne verhältnismäßig kooperative Gewerkschaften, die eine Stärke des deutschen Wirtschaftssystems im internationalen Vergleich darstellen. Die daraus resultierende Mäßigung bei den Lohnabschlüssen ist deutlicher Beleg einer sich nicht nur auf die deutsche Geldpolitik beschränkenden Stabilitätsorientierung. Zudem ist sie eine der wichtigsten Voraussetzungen für die deutsche Haltung, Wachstum bei Preisstabilität anzustreben, anstatt beide Begriffe als Gegensatz anzusehen. Die zentralisierten Tarifverhandlungen sowie die Einbindung der Gewerkschaften in konkrete Unternehmensentscheidungen stärken die Verantwortung der Tarifpartner für die Gesamtwirtschaft ebenso wie für die geschäftliche Situation des einzelnen Unternehmens und führen zu einer im internationalen Vergleich nicht selbstverständlichen Flexibilität. Diese führt dazu, dass eventuelle negative Auswirkungen einer kompromisslos stabilitätsorientierten Geldpolitik auszugleichen (Todd 1998, 238f.). So werden seit der Euro-Einführung unter anderem aus Frankreich explizit Vorwürfe laut, die Deutschen würden durch „politique non coopérative de baisse du coût salarial unitaire“ (Artus 2005, 7) konsequent ihre Wettbewerbsfähigkeit zu Lasten von Ländern wie Frankreich und Italien verbessern, die ihrerseits die Möglichkeit des Ausgleichs über Währungsabwertungen aus der Hand gegeben hätten, ohne dabei über die deutsche Flexibilität in Lohnfragen zu verfügen.

2.3. Das deutsche Bankensystem

Finanzintermediäre, insbesondere Banken, spielen im deutschen Wirtschaftssystem eine überdurchschnittlich wichtige Rolle (Lang 2002, 103). Die Finanzmärkte haben wie in Frankreich auch eine eher untergeordnete Bedeutung, was auch daran liegt, dass sich – wie geschildert – wichtige Unternehmen nach wie vor im Familienbesitz befinden, bzw. nicht börsennotiert sind.

Der deutsche Bankenmarkt gilt im internationalen Vergleich als äußerst fragmentiert. (Lang 2002, 103f.) Neben einigen Kreditinstituten im Privatbesitz, darunter die zwei börsennotierten Großbanken (Deutsche Bank und Commerzbank), dominieren vor allem kleine bis kleinste Genossenschaftsbanken sowie die Sparkassen das Bild. Man spricht in diesem Zusammenhang von der Drei-Säulen-Struktur des deutschen Bankenmarktes (Faltlhauser 2000, 106). Die kleinteilige Struktur insbesondere des Sparkassen- und Genossenschaftssektors wird zum Teil allerdings dadurch relativiert, dass die im Grunde unabhängigen Kreditinstitute innerhalb ihres jeweiligen Sektors eng zusammenarbeiten (Lang 2002, 108f.) und ihren Kunden über Zentral- und Spezialinstitute auch anspruchsvolle Bankdienstleistungen anbieten können.

Im internationalen Vergleich gilt das deutsche Finanzsystem als sehr stark vom Staat beeinflusst (Amable 2005, 193). Dieser Einfluss äußert sich allerdings nicht in erster Linie in direkten Beteiligungen der Regierung an Banken, wie es in Frankreich der Fall ist, sondern er konzentriert sich auf die Sparkassen, die sich in der Regel im Besitz von lokalen Gebietskörperschaften befinden. Sie unterliegen der Anstaltslast und der Gewährträgerhaftung (Faltlhauser 2000, 110f.), was bedeutet, dass in der Regel ihr Bestand als Institution garantiert wird und die sie tragenden Gemeinden im Falle der Zahlungsunfähigkeit für die Verbindlichkeiten des Kreditinstituts aufkommen. Der Staatseinfluss auf die Banken in Deutschland ist also sehr dezentral und eher passiv.

Diese Struktur des deutschen Finanzgewerbes lässt sich zum Teil mit dem besonderen Verhältnis zwischen Banken und Unternehmen erklären. Die deutschen Banken sind traditionell Universalbanken, das heißt, sie stellen ihren Kunden das gesamte Spektrum von Finanzdienstleistungen zur Verfügung, von Kontoführung und Kreditgewährung bis hin zu Unterstützung bei Kapitalmarktoperationen (Obst/Hintner 2000, 433f.). Die Verbindungen zwischen den deutschen Kreditinstituten und ihren Kunden sind in der Regel recht langfristiger Natur (auch wenn sich das „Hausbankprinzip“ auf dem Rückzug befindet) und häufig umfassen sie mehr als nur eine Kreditbeziehung: Vielfach sind deutsche Banken auch mit Kapitalbeteiligungen bei ihren Kunden involviert und entsenden Vertreter in den Aufsichtsrat, was zu einer engen Verbindung zwischen Kreditinstitut und Kunden – sowohl auf persönlicher Basis als auch im Bezug auf Informationsaustausch und Abstimmung von Entscheidungen – führt (Albert 1991, 127ff.). Diese starken Kapitalverflechtungen zwischen Banken und Industrie haben den Begriff der Deutschland-AG geprägt, der darauf anspielt, dass der deutsche Unternehmenssektor einem Verbund aus Tochtergesellschaften eines Konzerns gleicht – mit den Großbanken (und Versicherungskonzernen wie der Allianz) als Holding.

Führt man sich die Wichtigkeit der langfristigen Beziehungen zwischen Banken und Unternehmen für die Stabilität der deutschen Wirtschaft vor Augen und betrachtet gleichzeitig, welche große Rolle kleine und mittlere Unternehmen innerhalb der deutschen Wirtschaftsstruktur spielen, so wird zum Teil deutlich, wieso der deutsche Bankenmarkt derartig kleinteilig organisiert ist. Insbesondere die Sparkassen haben den Auftrag, auch kleineren, regional aktiven Unternehmen Zugang zu langfristigen Finanzierungen und anspruchsvollen Bankdienstleistungen zu verschaffen (Faltlhauser 2000, 107f.) und dadurch die Stabilität der Versorgung mit Geldmitteln auch für diesen entscheidend wichtigen Bereich der deutschen Wirtschaft zu sichern. Die dezentrale Struktur des deutschen Bankenmarktes bildet dabei das Gegenstück zum deutschen Wirtschaftsstruktur insgesamt.

Die in Deutschland vorherrschenden geldpolitischen Präferenzen, wie sie oben festgestellt wurden, erklären sich zum Teil aus den beschriebenen Besonderheiten des deutschen Bankensystems. Zum einen sind, wie festgestellt, die Beziehungen zwischen Banken und Unternehmen tendenziell langfristiger Natur. Wenn Finanzierungen über einen längeren Zeitraum hinweg vereinbart werden, haben für Unternehmen dementsprechend auch die kurzfristigen, von der Notenbank festgelegten Zinsen eine geringere Bedeutung. Wichtig sind dagegen die langfristigen Finanzierungskosten, die sich weniger aus dem kurzfristigen Handeln der Zentralbank als vielmehr aus dem langfristigen Vertrauen in die Währung ergeben: Inflation und niedriger Wechselkurs treiben dabei die langfristigen Zinsen nach oben, weil sie langfristige Kreditbeziehungen schwerer kalkulierbar und risikoreicher machen. Eine „solide“ Geldpolitik liegt damit im Interesse von Banken und Unternehmen und in der Logik des deutschen Wirtschaftssystems insgesamt.

Aber auch die Existenz von Kreditinstituten in öffentlicher Trägerschaft wie Sparkassen und Landesbanken ist im Hinblick auf geldpolitische Fragen von Interesse. Durch die staatlichen Garantien können sie sich an den Finanzmärkten zu relativ guten Konditionen Mittel besorgen, die sie als Kredite an ihre Kunden weitergeben können (Lang 2002, 114f.). Dies, zusammen mit der Tatsache, dass ihr primäres Ziel als Anstalten des öffentlichen Rechts nicht die Gewinnmaximierung ist, sorgt für einen harten Wettbewerb auf dem deutschen Bankenmarkt und damit einer Tendenz der Zinsen nach unten. Die Forderungen nach niedrigen Zinsen sind möglicherweise deswegen in Deutschland weniger auffällig, da ohnehin durch die Struktur des deutschen Finanzmarktes sichergestellt ist, dass die Höhe der Finanzierungskosten moderat bleibt.

2.4. Bildungssystem und geldpolitische Eliten

Das deutsche Bildungssystem ist dezentral organisiert. Die Verantwortung für Schul- und Hochschulbildung liegt primär in der Verantwortung der Bundesländer. Ein weiteres Merkmal ist die frühe Selektion der Schüler im Rahmen des dreigliedrigen Schulsystems (Amable 2005, 208), wobei das Gymnasium tendenziell auf eine akademische Laufbahn, Realschule und Hauptschule auf praktische Tätigkeiten vorbereiten sollen.

Insgesamt legt das deutsche Bildungssystem viel Wert auf eine Verbindung von theoretischer Bildung mit fachpraktischen Kenntnissen. Im Rahmen der dualen Berufsausbildung, die teilweise in einem Ausbildungsunternehmen und zu einem anderen Teil in einer Berufsschule stattfindet, wird dies deutlich (Kristensen 1996, 10). Aber auch in der akademischen Ausbildung gibt es Hinweise darauf: So erfolgt ein Universitätsstudium in der Regel streng fachbezogen, wobei generalistische und interdisziplinäre Elemente nur in Ansätzen vorkommen. Anschließend spielt sich die berufliche Karriere recht häufig in einem einzigen Unternehmen ab: Der berufliche Aufstieg erfolgt innerhalb der Unternehmenshierarchie (Albert 1991, 135), man spezialisiert sich auf Basis des im Studium erworbenen Fachwissens konsequent im Hinblick auf die Bedürfnisse des eigenen Unternehmens.

Qualifikation erfolgt also in Deutschland durch das Zusammenspiel von theoretischen und praktischen Fachkenntnissen, weniger durch den Erwerb universell einsetzbarer Führungs- und Leitungskenntnisse. Ein Ausbildungsweg zur Heranbildung einer Führungselite, wie er in Frankreich zu finden ist, existiert daher in Deutschland nicht (Joly 2005, 69). Die hohe Wertschätzung berufspraktischer Fähigkeiten bei gleichzeitiger Abwertung rein akademischer Kenntnisse ermöglicht viele individuelle Karrierewege, einen Werdegang vom Abitur über ein Studium zur Tätigkeit in der Wirtschaft ebenso wie den Erwerb der Hochschulreife im Anschluss an eine Berufsausbildung oder sogar den Besuch einer (Fach-) Hochschule alleine auf der Basis der vorhergehenden Berufserfahrungen.

In der geldpolitischen Elite spiegeln sich diese Aspekte des Bildungssystems durchaus wieder. Alle Präsidenten der Deutschen Bundesbank[11] (W.Vocke: Bank deutscher Länder) haben ein – in der Regel wirtschaftswissenschaftliches (K.Klasen: Rechtswissenschaften) Hochschulstudium absolviert, sie sind also von akademischen Standpunkt aus betrachtet Fachleute. Die besuchten Hochschulen befinden sich dabei in allen Teilen Deutschlands – von Konstanz (A.Weber) bis Rostock (W.Vocke), von Köln

[11] Eine Auflistung der Amtszeiten der Bundesbankpräsidenten findet sich in Toniolo (2005, 663) und wird dieser Arbeit im Anhang angefügt. Die Daten zum Werdegang wurden web[9] entnommen.

(H.Tietmeyer) bis Berlin (W.Vocke, K.Blessing und O.Emminger). Insbesondere die frühen Präsidenten (Vocke, Blessing, Emminger, Schlesinger) waren vor ihrer Berufung an die Spitze der Notenbank mehrere Jahre in derselben tätig. Klasen kam als Vorstandssprecher der deutschen Bank aus der Privatwirtschaft, brachte jedoch Notenbankerfahrung aus der Zeit als Hamburger Landeszentralbankpräsident mit. Bei den Präsidenten Pöhl, Tietmeyer und Welteke ist ein stärker politischer Einfluss zu verspüren: Die beiden ersteren waren Staatssekretäre im Finanzministerium, bevor sie – zur Akklimatisierung zunächst für einige Jahre als Vizepräsidenten – zur Bundesbank wechselten. Auch Bundesbankpräsident Welteke kam ursprünglich aus der Politik (er war hessischer Wirtschaftsminister), war jedoch zur Zeit seiner Ernennung schon seit einiger Zeit Präsident der hessischen Landeszentralbank und damit Mitglied des Zentralbankrats. Eine bemerkenswerte Ausnahme stellt der aktuelle Chef der deutschen Notenbank, Axel Weber dar. Er weist eine ausschließlich akademische Laufbahn auf und hat nie einem geldpolitischen Gremium angehört. Allerdings ist er ausgewiesener Fachmann für Geld- und Währungspolitik.

Dieser Blick auf die Karrieren der Bundesbank-Präsidenten weist deutliche Parallelen zu den Befunden im empirischen Teil dieser Arbeit auf. Zum Einen zeigt sich eine Vorliebe für Fachleute in der Geldpolitik, die praktisches Wissen über die Bundesbank mit theoretischen Kenntnissen verbinden. Die Abschottung der Bundesbank von politischem Einfluss wird durch die Quarantäne deutlich, unter die Kandidaten für die Präsidentschaft nach ihrer politischen Karriere gestellt wurden: Einen direkten Wechsel aus dem Finanzministerium an die Spitze der Notenbank, wie in Frankreich üblich, hat es bislang in Deutschland nicht gegeben. Hier mussten die designierten Präsidenten zunächst mit dem Posten des Vizepräsidenten vorliebnehmen.

2.5. Der deutsche Staat in der Wirtschaft

Der deutsche Staat ist, wenn es um sein Verhältnis zur Wirtschaft geht, als starker Staat zu betrachten. Das deutsche Wirtschaftssystem, allgemein als „soziale Marktwirtschaft bezeichnet“, setzt auf recht weitgehende Korrekturen von Marktergebnissen durch Eingriffe der öffentlichen Hand. Zum einen kümmert sich der Staat um die Rahmenbedingungen der Wirtschaft, was gesetzliche Regelungen ebenso einschließt wie die Zurverfügungstellung einer angemessenen Infrastruktur (Uterwedde 2002, 6). Auf der anderen Seite – und in diesen Eingriffen manifestiert sich der „starke Staat“ in der sozialen Marktwirtschaft – sorgt er im Rahmen seiner Monopolkontrolle für die Verhinderung von Konzentrationen wirtschaftlicher Macht und schafft ein System der sozialen Sicherung zur Abfederung von marktbedingten Härten. Auch eine staatliche Verantwortung für die Stabilisierung der Wirtschaft bei konjunkturellen Schwankungen

wird durchaus anerkannt. Dennoch bleibt der Markt der zentrale Koordinierungsmechanismus im deutschen Wirtschaftssystem (Hugle/Larmann 1999, 2). Staatliche Eingriffe haben daher in der Regel in einer Form zu erfolgen, die die Wirkung des Marktes nicht aufhebt, sondern sich seiner Funktionslogiken zur Erreichung des Ziels bedient.

Der Begriff des „starken Staats“ im deutschen Wirtschaftssystem muss allerdings deutlich nuanciert werden. Wenn eine der Zielsetzungen der Väter der sozialen Marktwirtschaft eine Begrenzung von Macht war, so gilt das nicht ausschließlich für Marktmacht, sondern auch der Einfluss des deutschen Staates ist limitiert. Hierfür sorgt zum einen der föderale Staatsaufbau, der die Kompetenzen des Zentralstaats auf vertikaler Ebene begrenzt (Losser 1992, 39f.). In der Vorstellung der Ordoliberalisten, der Vordenker der sozialen Marktwirtschaft, ist die Staatsmacht jedoch auch auf horizontaler Ebene durch ein Regelwerk, eine selbstauferlegte Wirtschaftsverfassung (Simonin 2003, 75f.), sowie Institutionen, die unabhängig von politischem Einfluss arbeiten können, beschränkt. Dieser letzte Punkt wurde in der Bundesrepublik durch Einrichtungen wie die Monopolkommission oder die Tarifautonomie verwirklicht. (Albert 1991, 139) Insbesondere zählt auch die unabhängige Zentralbank dazu, denn die Stabilität der Geldordnung gilt, wegen ihrer Wichtigkeit für das Wirken des Preismechanismus am Markt, als Säule der sozialen Marktwirtschaft. Hierdurch entsteht ein „Multizentrismus“ (Bühl 1992, 81), der dem Zentralstaat in Wirtschaftsfragen die Rolle eines zweifellos wichtigen, aber nicht unbedingt entscheidenden Einzelakteurs zuweist.

In der Theorie ist die Rolle des Staates in Deutschland also nicht nur von Marktbeschränkung, sondern ebenso von Selbstbeschränkung geprägt. Die Suche nach dem optimalen Grad der Staatseingriffe in die Wirtschaft sorgt seit der Gründung der Bundesrepublik für Debatten. Hierbei geht es um den Aus-, Ab- oder Umbau der sozialen Sicherung ebenso wie die Frage, inwiefern der Staat überhaupt in der Lage sein kann, die Gesamtkonjunktur zu steuern, wie es im Rahmen der „konzertierten Aktion“ in den 1960er Jahren versucht wurde. Der deutsche Staat befindet sich dabei ständig in dem Zwiespalt, sich bei der Wirtschaftsregulierung theoretisch auf Ordnungspolitik beschränken zu müssen, in der Praxis aber mit Problemen wie den massiven Strukturumbrüchen konfrontiert zu sein (Albert 1991, 139f.)., die zum Beispiel das Ruhrgebiet oder in noch extremerer Form die ostdeutschen Bundesländer im Zuge der Wiedervereinigung erlebt haben und die sich nur mit der „reinen Lehre“ der sozialen Marktwirtschaft nicht beheben ließen

Aus diesem Grund wird durchaus, insbesondere von den Bundesländern eine Industriepolitik betrieben und auch gegen das Gebot der Marktkonformität der staatlichen Eingriffe wird gelegentlich verstoßen (Schwarzer/Uterwedde 2001, 105f.), wie das Beispiel des Baukonzerns Holzmann zeigt, der durch persönliche Intervention des Bundeskanzlers Schröder eine Zeit lang vor der Insolvenz bewahrt wurde. Die aktuelle Diskussion um den Autoproduzenten Opel kann hier ebenfalls genannt werden (Brönstrup 2009). Im Unterschied zu Frankreich wird in Deutschland ein solches Handeln allerdings tendenziell als illegitim, als Überschreiten der staatlichen Handlungskompetenz, betrachtet.

Was die Geldpolitik angeht, besteht, wie schon angedeutet, formal eine strikte Aufgabentrennung. Die Zentralbank ist für die Sicherung des Geldwertes zuständig, der deutsche Staat dagegen für die Förderung des Wirtschaftswachstums und das soziale Wohlergehen. Sogar die Wechselkurspolitik, de jure eine Domäne des Staates, ist mit der Zeit gewohnheitsrechtlich dem Aufgabenspektrum der Bundesbank zugefallen. Dennoch ist auch auf diesem Gebiet die Trennung nicht so scharf wie es scheint: Von den in der Presse als unzulässig betrachteten vermeintlichen Angriffen der Bundesregierung auf die Unabhängigkeit der Bundesbank – insbesondere im Vorfeld der deutschen Einheit – war bereits die Rede. Auch die im vorhergehenden Kapitel festgestellte leichte Tendenz zur politischen Besetzung des Amtes des Bundesbankpräsidenten geht in dieser Richtung.

3. Institutioneller Kontext und geldpolitische Denkweisen

Die Betrachtung verschiedener Aspekte der Wirtschaftssysteme Deutschlands und Frankreichs hat überraschende Einblicke gebracht. Es hat sich gezeigt, dass sich durchaus einige der im empirischen Teil ermittelten geldpolitischen Präferenzen aus der Einbettung in den jeweiligen institutionellen Kontext heraus erklären lassen.

Die Betrachtung der wichtigen Akteure in Frankreich hat dabei gezeigt, dass im dortigen Wirtschaftssystem eine starke Abhängigkeit vom Staat besteht. Institutionalisierte Kommunikations- und Koordinationsmechanismen zwischen den Akteuren bestehen kaum, dafür besteht ein recht starker politischer Einfluss sowohl auf die französischen Unternehmen und das Finanzsystem, als auch auf Tarifparteien und Bildungseinrichtungen. Dementsprechend kommt dem Staat eine große Verantwortung für die gesamtwirtschaftliche Koordinierung und die Förderung der Wirtschaft mittels Investitionen zu, die sich auch in der französischen Betrachtung von Geldpolitik widerspiegelt.

Auf deutscher Seite weist die Wirtschaft dagegen eine relativ hohe Fähigkeit zur Selbstorganisation auf. Die Verantwortlichkeiten der einzelnen Akteure sind einerseits

Geldpolitischer Aspekt	Frankreich	1. Erklärungsebene
Institutionelle Ebene		
Notenbankunabhängigkeit	Nein	Einheitliche Wirtschaftslenkung
Binnenwirtschaftliche Ebene		
Funktionsverständnis von Geldpolitik	eher keynesianisch	Glaube an einflussreichen Staat, Verantwortlichkeit des Staates für Modernisierung der Wirtschaft und Förderung der Wettbewerbsfähigkeit durch Investitionen, tendenziell unkooperative Gewerkschaften mit hohen Lohnforderungen
Zielkonflikt zwischen Inflation und Arbeitslosigkeit	Ja	
Binnenwirtschaftliche Zielsetzung der Geldpolitik	eher Beschäftigungsförderung	
Inflationsbekämpfung wahrgenommen als	*Rigueur*	
Außenwirtschaftliche Ebene		
Verhältnis Binnen- und Außenbetrachtung	Außen dominiert innen	Colbertismus Exportstruktur, fester Wechselkurs zur DM gewünscht, aber schwache Währung günstig für Exporte
Stärke der Währung (Präferenz)	Ambivalenz zwischen schwacher Währung (Exportförderung) und starker Währung (Prestige, Zwang zur Wettbewerbsfähigkeit)	
Gemeinsame Währung	Politisches Ziel, für das ein Preis zu zahlen ist	Exportstruktur, Wunsch nach niedrigen Zinsen

Tabelle 5 Geldpolitische Denkweisen in Frankreich in ihrem institutionellen Kontext

relativ klar getrennt, andererseits existiert eine gesamtwirtschaftliche Verantwortung von Staat, Notenbank, Wirtschaft und Tarifparteien, die diese verpflichtet, in ihren Handlungen die anderen Akteure zu berücksichtigen. Es findet daher eine Koordination durch Kommunikation statt, die dadurch erleichtert wird, dass die Beziehungen der meisten Akteure untereinander institutionalisiert sind: So ist das Verhältnis der Unternehmen zu den Banken eher langfristiger Natur und letztere sind, wie auch Vertreter der Arbeitnehmer, häufig in Aufsichtsräten präsent. Die Gewerkschaften sind kooperativ und erheben nur moderate Lohnforderungen. Der deutsche Staat hält sich im Idealfall mit direkten Eingriffen in Wirtschaft und Geldpolitik zurück. In diesem Umfeld kann die Notenbank eine Politik der Geldwertsicherung betreiben, wobei eventuelle negative Auswirkungen der Geldpolitik von anderen Akteuren abgefangen werden können.

Geldpolitischer Aspekt	Deutschland	1. Erklärungsebene
Institutionelle Ebene		
Notenbankunabhängigkeit	Ja	Trennung der Verantwortlichkeiten
Binnenwirtschaftliche Ebene		
Funktionsverständnis von Geldpolitik	eher monetaristisch	Trennung der Verantwortlichkeiten, zurückhaltender Staat, kooperative Gewerkschaften, langfristige Finanzierung der Unternehmen
Zielkonflikt zwischen Inflation und Arbeitslosigkeit	Nein	
Binnenwirtschaftliche Zielsetzung der Geldpolitik	Inflationsbekämpfung	
Inflationsbekämpfung wahrgenommen als	*Stabilität*	
Außenwirtschaftliche Ebene		
Verhältnis Binnen- und Außenbetrachtung	Innen dominiert außen	Geringe Preiselastizität der Exporte; Spezialisierung, Qualität
Stärke der Währung (Präferenz)	Starke Währung bevorzugt (Inflationsbekämpfung)	

Tabelle 6 Geldpolitische Denkweisen in Deutschland in ihrem institutionellen Kontext

Auffällig dabei ist, dass sich zwar Einzelaspekte der Geldpolitiken in Deutschland und Frankreich über die Eingebundenheit in den institutionellen Kontext erklären lassen, dass also unterschiedliche Sichtweisen auf Geldpolitik durchaus rational begründbar sind. Allerdings kann diese erste Erklärungsebene nicht die unterschiedlichen Funktionslogiken erklären, die in der deutschen und französischen Geldpolitik wirksam sind. Diese lassen sich im institutionellen Kontext lediglich wiederfinden.

Sowohl die Vermischung von politischen Fragen und wirtschaftlichen Sachverhalten als auch ein gewisser Pragmatismus in der Anwendung der wirtschaftspolitischen Instrumente sind im französischen Wirtschaftssystem allgegenwärtig. Wirtschaft ist dabei sowohl Ziel als auch Mittel der Politik, die zentral in Paris beschlossen und hierarchisch umgesetzt wird. Diese vier Aspekte, die auch die französische Geldpolitik prägen, finden sich im gesamten französischen Wirtschaftssystem wieder.

Ähnlich sieht es auf deutscher Seite aus: Ökonomie wird insgesamt als tendenziell unpolitisch betrachtet, der Staat sollte sich – zumindest theoretisch – aus der Wirtschaft heraushalten. Das Verhältnis der wichtigen Akteure untereinander prägt eine gewisse Regelbindung – neben der Notenbankunabhängigkeit, die zu respektieren ist, und dem genannten Gebot der staatlichen Zurückhaltung in Wirtschaftsfragen wäre auch die Tarifautonomie hier zu nennen. Anpassungen im Wirtschaftssystem erfolgen weniger als in Frankreich durch Impulse des Staates als vielmehr automatisch innerhalb eines Akteursfeldes bzw. als Reaktionen auf Handlungen anderer Akteure. Das deutsche

Wirtschaftssystem weist mehrere wirtschaftliche Entscheidungszentren auf, deren Abstimmung untereinander durch Kommunikation erfolgt. Hierarchische Steuerung spielt eine geringere Rolle.

Zusammenfassend basieren also Einzelfragen der Geldpolitiken in Deutschland und Frankreich durchaus auf einer an den jeweiligen Kontext gebundenen Rationalität. Bestimmte Funktionslogiken jedoch, die die geldpolitischen Wahrnehmungen in beiden Ländern prägen, sind in den relevanten Institutionen lediglich wiederzufinden, liegen allerdings nicht in ihnen begründet. Deswegen werden insbesondere diese Funktionslogiken in den folgenden Kapiteln noch aus einem eher kulturellen Blickwinkel betrachtet werden.

VI. Zweite Erklärungsebene: Der kulturelle Kontext der Geldpolitik

Gemäß dem Modell von Whitley werden an dieser Stelle die empirischen Feststellungen zur Geldpolitik im Hinblick auf ihre Einbindung in den spezifischen kulturellen Kontext untersucht. Whitley konzentriert sich dabei vor allem auf die konkrete Art der Schaffung von Vertrauen und Autorität als zwei Werten, die für jede wirtschaftliche Betätigung unerlässlich sind. Beide Begriffe sind stark kulturell geprägt, weswegen an dieser Stelle die Betrachtung erweitert werden soll. Im Folgenden wird das Eingebundensein der geldpolitischen Denkweisen in Frankreich und Deutschland in den jeweiligen kulturellen Kontext dargestellt werden. Es wurde bereits ausgeführt, welche Schwierigkeiten bei der Darstellung von Kultur bestehen. Daher muss der Versuch, an dieser Stelle alle möglichen Wechselwirkungen zwischen Denkweisen und Kultur aufzuzeigen, scheitern, selbst wenn es nur um ein so begrenztes Teilgebiet wie der Geldpolitik geht. Es soll daher in erster Linie ein Einblick gegeben werden, inwiefern die bisher erfolgten Forschungen im Bezug auf deutsche und französische Kulturspezifika dazu beitragen können, die erarbeiteten Besonderheiten in den geldpolitischen Wahrnehmungen der beiden Länder zu erklären und näher zu beleuchten.

Da sich nur wenige Arbeiten explizit mit dem Zusammenhang von Geldpolitik und Kultur befassen, ist es an dieser Stelle notwendig, Ergebnisse verschiedener Untersuchungen zur Kulturforschung zusammenzuführen, um die Erklärungskraft der kulturellen Ebene zu erhöhen. Dabei geht es in erster Linie um eine Kombination aus dem emic- und dem etic-Ansatz, um einerseits eine gewisse Vergleichbarkeit zwischen der deutschen und der französischen Seite zu ermöglichen und andererseits dennoch der Spezifizität der

jeweiligen Kultur gerecht zu werden. Aus diesem Grund wurde zur Darstellung der kulturellen Einflüsse ein Vorgehen in mehreren Schritten gewählt: Zunächst sollen für Frankreich und Deutschland kulturelle Leitbilder entworfen werden, um das geldpolitische Denken in einen kulturhistorischen Kontext stellen zu können. Anschließend sollen Kulturspezifika beider Länder anhand der kulturellen Dimensionen Raumorientierung, Zeitverständnis und Kommunikation dargestellt werden. Diese von amerikanischen Kulturanthropologen E.T.Hall (1989a; 1989b; 1990a; 1990b) entwickelte Einteilung eignet sich gut für den vorgesehenen Zweck, da er anders als zum Beispiel Hofstede (2001) oder Hampden-Turner/Trompenaars (1993) einen eher qualitativen Ansatz bei der Erforschung von Kultur verfolgt und sein Raster ausreichend Spielraum für die Integration von Ergebnissen anderer Untersuchungen bietet.

1. Frankreich

1.1. Kulturelles Leitbild: Der Adel

Als mit der französischen Revolution der Feudalherrschaft ein Ende gesetzt wurde, hat dies keinesfalls die Wahrnehmung des Adelsstandes als Vorbild beendet oder eine komplette Abwendung von feudalen Denkweisen bewirkt. Die heutige französische Gesellschaft knüpft in Vielem an die vorrevolutionäre Hierarchie an. Wic Wen (1997, 246ff.) betrachtet deshalb die Kurtisane, die Frau am königlichen Hof, als adäquate kulturelle Metapher, um französisches Denken und Handeln in Abgrenzung zu anderen Kulturen zu beschreiben. Barmeyer (2005, 58) abstrahiert hiervon leicht und beschreibt allgemein das Bild des Höflings als prägend für die französische Gesellschaft. Diese Metapher beschreibt nicht nur das Vorhandensein einer starken gesellschaftlichen Hierarchie, sondern auch die Wichtigkeit von Aspekten wie Stil und Geschmack, um sich von der Masse abzuheben. Insbesondere das Bildungsideal, dem die Hofgesellschaft nachhängt, ist wichtig und lässt Aussagen über Besonderheiten des heutigen Frankreich zu: Es ist das Ideal des *honnête homme,* eines finanziell unabhängigen Edelmannes, der in der Lage ist, sich zu allen Wissensgebieten der Zeit mit angemessener Eloquenz zu äußern. Dadurch erwirbt er sich in den Salons gesellschaftliches Ansehen (Höfer/Reichardt 1986). Die Hochschätzung generalistischer und allgemeinkultureller Kenntnisse im heutigen Frankreich, die vom Bildungssystem insbesondere im Bereich der Elitenbildung reflektiert wird, rührt zu einem Gutteil aus der Bedeutung des *honnête homme*.

Eine wichtige Basis findet das kulturelle Ideal des Höflings in der besonderen Stellung des französischen Adels zur katholischen Kirche. Diese hat das Land, das als „älteste Tochter der Kirche“ (Demangeat/Molz 2003, 41) bezeichnet wurde, stark geprägt, insbesondere

auch in der Betrachtung von Wirtschaftsfragen. Das christliche Zinsverbot wirkt dabei teilweise bis heute nach, indem der Verleih von Geld gegen Zinsen tendenziell als etwas Unmoralisches angesehen wird. Das Streben nach Reichtum galt lange als der Versuch einer Auflehnung gegen die göttliche Ordnung. Wohlstand wie auch Status bildeten aus dieser Perspektive eine Einheit, die nicht durch Leistung, sondern einzig durch die Zugehörigkeit zu einem Stand erworben wird (R. Münch 1993, 508ff.). In einer Gesellschaft, in der sich die herrschende Schicht stärker über die Fähigkeit zum Konsum und den Besitz von Statussymbolen definiert (Jäger 2003, 78f.), ist damit auch das Sparen von Geld als Tätigkeit mit einer vergleichsweise schwach positiven Bedeutung belegt.

Weiterer wichtiger Aspekt zum Verständnis des Höflings als gesellschaftlichem Leitbild ist das spezifische Verständnis aufklärerischen Denkens in Frankreich: Mittels der *raison* kann die Natur entschlüsselt und dem Menschen Untertan gemacht werden (R. Münch 1993, 539; 551f.). Es herrscht ein starker Glaube an die Gestaltbarkeit der Umwelt, der sich – um ein Beispiel zu nennen – im Bau des Schlosses von Versailles an einem Ort, der dafür nicht sehr schien, ausdrückte (Jäger 2003, 60f.). Hieraus resultiert ein stark strategisch orientiertes Denken: Der Höfling versucht, sich in den verworrenen Machtstrukturen und Intrigen des Hofes möglichst günstig zu positionieren, die sich bietenden Situationen zu seinen Gunsten zu nutzen und gesellschaftlich aufzusteigen (Barmeyer 2005, 58f.).

In dieser Beschreibung finden sich bereits viele Aspekte wieder, die auch die französische Sicht auf Geldpolitik prägen. So findet die Tendenz zum generalistischen Denken, die dem Ideal des *honnête homme* entspringt, nicht nur ihre Fortsetzung im Bildungssystem, sondern wirkt auch auf die geldpolitische Wahrnehmung, insofern, als in Zusammenhang mit geldpolitischen Problemen nicht nur die Inflation als monetäres Phänomen, sondern auch realwirtschaftliche Fragen wie Außenwirtschaft und Arbeitslosigkeit in die Betrachtung einbezogen werden. Es herrscht der Blick auf das Ganze vor, Geldpolitik wird niemals losgelöst von anderen Politikbereichen betrachtet, sondern immer im Kontext einer Gesamtproblematik. Sie ist Instrument der Politik (Baverez 1996, 19), ganz so, wie es der französischen Art rationalistischen Denkens entspricht: Die Umwelt ist formbar und somit ist es auch die Wirtschaft. Es liegt am Staat, das Instrumentarium, das ihm zur Verfügung steht, zu nutzen, um die gewünschten Ergebnisse zu erzielen und sich durch strategisches Handeln in eine bessere Position zu bringen. Insofern ist es wenig verwunderlich, wenn sich keynesianisches Denken in Frankreich länger und besser erhalten hat als in anderen Ländern: Die Idee der Globalsteuerung der Wirtschaftsentwicklung liegt stark auf einer Linie mit dem in den französischen Eliten stark

verwurzelten Rationalismus. Dass in diesem Gesamtkomplex der Inflation zu Gunsten von Beschäftigung und Außenhandel eine geringere Priorität eingeräumt wird, verwundert kaum: Inflation ist vor allem ein Problem der Sparer, wobei der Anhäufung von Geld kein moralischer Wert beigemessen wird. Sie wird vor allem dann als unangenehm empfunden, wenn sie sich über Kaufkraftminderungen auf den Konsum auswirkt – was allerdings über lange Zeit durch die Indexierung von Löhnen und die Kontrolle von Preisen verhindert wurde. Als Beleg sei hier die Situation nach dem Zweiten Weltkrieg genannt: Auch Frankreich hat 1946/47 eine galoppierende Inflation erlebt (Patat/Lufalla 1986, 125). Dennoch hat sich diese Erfahrung nicht im kollektiven Gedächtnis im Sinne einer Inflationsaversion niedergeschlagen. Dies deutet eine gewisse Indifferenz gegenüber Geldfragen an. Dass der Geldverleih gegen Zins tendenziell als unmoralisch angesehen wird, zeigt sich in der Neigung, Banken zu verstaatlichen, ihre Geschäfte streng zu reglementieren und dabei den Zinssatz zum Zweck der Investitionsförderung künstlich niedrig zu halten.

Diese nur oberflächliche Betrachtung des französischen Kulturideals zeigt bereits, welche Aussagekraft kulturelle Aspekte für die geldpolitische Denkweise haben können. Dieser Blick soll im Folgenden noch vertieft werden.

1.2. Französische Raumorientierung: Stern, Gitter und Individuum

In den Arbeiten von Hall ist eine unterschiedliche Wahrnehmung von Raum als zentraler Dimension des menschlichen Daseins ein wichtiges Unterscheidungskriterium verschiedener Kulturen. Insbesondere die Distanz, die die Menschen einer Kultur zueinander wahren, spielt dabei eine Rolle, aber auch die gedankliche Anordnung des Individuums im Raum. Für Frankreich stellt Hall fest, dass Menschen in der Regel eine geringe Distanz zueinander tolerieren, ja, die Nähe anderer regelrecht suchen (Hall 1990a, 144). Im Bezug auf die räumliche Anordnung benutzt er das Bild des Sterns, um die Situation zu beschreiben (Hall 1990a, 146f.): Das Zentrum wird häufig als strategisch wichtigster Punkt wahrgenommen, denn dort laufen die verschiedenen Kommunikations- und Entscheidungsfäden zusammen. Die Position des Entscheidungsträgers liegt damit selbstverständlich in der Mitte zwischen seinen Untergebenen (Hall 1990b, 171f.). Diese Denkweise lässt sich auf den verschiedenen Ebenen Frankreichs mühelos beobachten. Nicht nur auf der Mikro-Ebene der verschiedenen Organisationen lassen sich starke Hierarchien beobachten, die um ein einziges Entscheidungszentrum herum aufgebaut sind. Auch Wirtschaftsstruktur, Verkehrsnetz und politische Entscheidungsgewalt sind in Frankreich stark auf Paris ausgerichtet. In seinen quantitativen Untersuchungen zu Kulturunterschiedenen in 50 Ländern hat Hofstede (2001, 87) diesen Befund bestätigt: Der Wert, den Frankreich bei der Dimension „Machtdistanz“ erreicht (in ihm manifestiert

sich, wie bereitwillig in einer Kultur ungleiche Machtverteilung akzeptiert wird), liegt mit 68 Punkten relativ hoch (Rangplatz 15/16) und insbesondere deutlich über dem deutschen Wert (35, Rangplatz 42/44).

Die starke Zentralisierung des französischen Staats als Machtzentrum von Wirtschaft und Gesellschaft hat dabei starke historische Wurzeln, die auf die frühe staatliche Einigung Frankreichs und die immer stärkere Position des französischen Königs (gipfelnd in dem Ludwig XIV. zugeschriebenen Satz „l'état c'est moi") zurückgeht. Sie wurde aber auch nach der Revolution noch ausgebaut (Pateau 1998, 167; R. Münch 2005, 26ff.), was sich auf die Rousseausche Demokratietheorie zurückführen lässt, die auch heute noch das Denken in Frankreich prägt: Ein Land soll demnach nicht von autonomen Repräsentanten des Volks regiert werden, sondern von der *volonté générale*, dem Gemeinwillen, an dem alle Mitglieder des Volkes teilhaben und der über Partikularinteressen steht (Ammon 1989, 101ff.). Der Staat mit seinen Organen wie direkt gewähltem Präsident und Parlament sieht sich stark in der Position des Repräsentanten des Gemeinwillens, deshalb ist die französische Staatsmacht laut Verfassung auch „une et indivisible" (Ammon 1990, 121). Und dadurch ist es auch zu erklären, dass Politik und Wirtschaft nicht voneinander getrennt wahrgenommen werden können: Die *volonté générale* erlaubt keine Abstraktion wirtschaftlicher Fragen, mithin Partikularinteressen, von der Politik. Der Staat hat nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, regulierend, steuernd und fördernd einzugreifen. Hierin zeigt sich auch der bereits angesprochene französische Rationalismus: Nach Ammon (1989, 119) ist „Wirtschaftliches Denken […] im Kern *politisch-strategisches* Denken [Hervorhebung im Original]" – eine Trennung beider Sphären existiert nicht.

Dem zentralisierten Denken, das sich im Kleinen wie im Großen äußert (Hall 1989a, 109), steht allerdings in scheinbarer Opposition auch noch ein starker Individualismus gegenüber. Den französischen Wert für diese Dimension beziffert Hofstede (2001, 215) mit 71 Punkten (Rangplatz 10/11), was bedeutet, dass die Interessen des Individuums tendenziell über diejenigen der Gruppe gestellt werden. Diese Interpretation ist aber relativ einseitig, denn zwar ist es tatsächlich so, dass die Allmacht des französischen Staates zum Teil auf Defiziten in der Selbstorganisation der französischen Gesellschaft beruht, was durch eine starke Bürokratie kompensiert werden soll (dies deckt sich mit dem Befunden aus der Betrachtung der wirtschaftlichen Institutionen des französischen *business system*). Umfragen zeigen, dass das französische Niveau an Vertrauen, das Institutionen, aber auch anderen Menschen entgegengebracht wird, relativ gering ist (Hölscher 2006, 142f.). Andererseits, und das ist interessant, gibt es in Frankreich sehr wohl eine ausgeprägte Fähigkeit, als Kollektiv zu handeln, und zwar vor allem, wenn

gemeinsame Interessen von außen bedroht werden (Barmeyer et al. 2007, 265). Das Wirken von Zentrifugal- und Zentripetalkräften im französischen Staat führt also nicht zu seinem Auseinanderfallen, sondern vielmehr zu gesellschaftlicher Dynamik. Dies ist auf eine weitere französische Besonderheit in der Positionierung des Individuums im kulturellen Raum zurückzuführen. Hall beschreibt diese mit dem Bild eines Gitters (Hall 1990a, 146f.), das neben dem zentralisierten Stern das französische räumliche Denken bestimme: Persönliche Netzwerke, die das gesamte französische Staats- und Wirtschaftswesen durchziehen und das mangelnde generelle oder institutionelle Vertrauen durch personenbezogenes ersetzen (Barmeyer et al. 2007, 260ff.).

Viele dieser Aspekte zeigen sich auch in der Wahrnehmung von Geldpolitik. Die kritische Haltung zu einer unabhängigen Notenbank kann man zum Teil als Folge des für Frankreich hohen Wertes für Machtdistanz sehen: Eine Institution, die dem hierarchischen Staatsaufbau und dem zentralisierten Denken funktionslogisch widerspricht, wird tendenziell abgelehnt. Deutlicher wird dies noch, wenn man die französische Wahrnehmung von Demokratie hinzuzieht, die Partikularinteressen ablehnt und alles staatliche wie wirtschaftliche Handeln dem Gemeinwillen des Volkes unterstellt. Das institutionelle Herauslösen eines wichtigen Elements staatlicher Machtausübung und die künstliche Schaffung einer Partikularmacht, die die Unteilbarkeit der Republik angreift, ist aus dieser Perspektive nur schwer zu akzeptieren. Man findet in dieser Demokratievorstellung nicht nur einen Erklärungsansatz für die fehlende Trennung von Politik und Sachfragen in der französischen Wahrnehmung von Geldpolitik, sondern auch für die kritische Haltung gegenüber dezentralen Koordinationsmechanismen sowohl in Fragen des Geldes als auch darüber hinaus.

Aber auch der Individualismus zeigt seine Spuren. Die Inflationswahrnehmung, die individuelle Folgen von Preissteigerungen betont (Entwertung von Sparguthaben und, wichtiger, Einschränkungen der Kaufkraft), gesamtwirtschaftliche Folgen aber unberücksichtigt lässt und die Wahrnehmung von Inflationsbekämpfung als *rigueur*, ein Begriff, der den Schwerpunkt ebenfalls stark auf die Nachteile des Einzelnen legt, sind hier zu nennen. Allerdings zeigt sich auch der entgegengesetzte Aspekt, die Fähigkeit, den Individualismus bei Bedrohung von außen zu überwinden, in der Geldpolitik ganz deutlich: Über einen Zeitraum von fast 20 Jahre lang hat die französische Politik einen Kurs durchgehalten, der vielen Franzosen als deutlich zu *rigoureux* erschien, der für Arbeitsplatzverluste und Wachstumsschwäche verantwortlich gemacht wurde, und dies unter anderem deshalb, weil die währungspolitische Hegemonie Deutschlands als unerträglich empfunden wurde.

1.3. Französische Zeitorientierung: Polychronie

Die zweite wichtige Kulturdimension nach Hall ist die Zeitwahrnehmung (Hall 1989a, 44ff.). Unterschiedliche Kulturen werden danach beurteilt, ob sie ein eher monochrones oder polychrones Zeitverständnis haben. Frankreich ist dabei als polychrone Kultur eingestuft, was bedeutet, dass Zeit weniger als linearer Ablauf von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft wahrgenommen wird, als vielmehr als Punkt, in dem verschiedene Situationen und Ereignisse konvergieren. Franzosen sind damit tendenziell besser als Angehörige monochroner Kulturen in der Lage, mehrere Dinge auf einmal zu tun (Hall 1989a, 45f.), da ihnen eine ganzheitliche Betrachtung von Problemen und Problemkomplexen naheliegt. Dies führt dazu, dass in französischen Organisationen Aufgabenbereiche der Mitarbeiter weniger stark zueinander abgegrenzt sind als beispielsweise in Deutschland (Helmolt/Müller-Jacquier 1991, 41). Dies bildet durchaus ein Komplement zur zentralisierten Raumwahrnehmung, die zuvor beschrieben wurde, da eine unscharfe und tendenziell flexible Aufgabenverteilung eine straffere Führung notwendig macht, um die organisatorische Effizienz zu bewahren (Hall 1989a, 49f.). Hall (1989a, 52f.) betont in diesem Zusammenhang die Wichtigkeit, die in so einer Organisationsform der Kompetenz der Leitung zukommt – was sich in Frankreich durch ein stark selektives Bildungssystem mit starker Betonung von generalistischen Führungsfähigkeiten auf den Elitehochschulen zeigt.

In Zusammenhang mit der polychronen Zeitwahrnehmung steht auch der französische Umgang mit Regeln und Planung. Dieser ist insgesamt als pragmatisch zu bezeichnen. Es ist dabei keinesfalls so, dass die Schaffung von festen Orientierungsrahmen abgelehnt würde – der bürokratisch-dirigistische Staat und Institutionen wie die *planification* beweisen das Gegenteil. Vielmehr erfordert die ganzheitliche Wahrnehmung einer bestimmen Situation als Konvergenz von Problemlagen einen flexiblen Umgang mit Regeln, die jeweils zur Lösung eines Einzelproblems erstellt wurden und deren konkrete Anwendung sich daher an der jeweiligen Situation messen lassen muss. Die französische Tendenz zu Improvisation und schneller Reaktion auf das Unvorhergesehene ist durchaus ausgeprägt (Barmeyer 2000: 245f.). Wenn Hofstede (2001, 151) für Frankreich einen sehr hohen Wert für seine Dimension „Unsicherheitsvermeidung“ (86 Punkte, Rangplatz 10/15) feststellt – was theoretisch gleichbedeutend ist mit einem großen Respekt für Normen – so muss dies vor dem Hintergrund der polychronen Zeitwahrnehmung in Frankreich in Frage gestellt werden: Möglicherweise wirkt die sture Anwendung einer Regel ohne Kenntnis des Gesamtkontexts aus französischer Sicht eher verunsichernd denn beruhigend. Die von Hampden-Turner/Trompenaars (1993) durchgeführte Untersuchung, die mit abweichenden Kulturdimensionen arbeitet, stellt dann auch für Frankreich einen

geringeren Respekt für Regeln fest. Diese Untersuchung passt insofern vielleicht besser zu den bisherigen Befunden, als ihre Dimension „Universalismus – Partikularismus“ explizit auf den Glauben an die universelle Gültigkeit von Regeln abprüft. Frankreich befindet sich dabei stark auf der Seite der Partikularisten (Hampden-Turner/Trompenaars 1993, 22f.). Insgesamt kann man auch in der flexiblen französischen Einstellung zu Normen einen Hang zum Individualismus erkennen, der bereits thematisiert wurde.

Was für den französischen Umgang mit Regeln gilt, trifft auch für die Planung als wichtiger Tätigkeit im Wirtschaftsleben zu. Im Bereich Projektentwicklungen wird die Planungsphase tendenziell vernachlässigt, vielmehr wird der Ausführung einer Idee ein großer Zeitraum eingeräumt, was Anpassungen an Änderungen der Gegebenheiten ermöglicht (Barmeyer 2000, 228ff.). Die polychrone Wahrnehmung von Zeit als Punkt mit einer konkreten Situationskonstellation statt als linearem Ablauf von der Gegenwart hin zu einer Zukunft schränkt den Glauben an die Möglichkeit von Planung sowie deren erwartete Halbwertszeit tendenziell stark ein. Zielsetzungen sind deswegen weniger konkret, die Rolle der Improvisation ist stärker ausgeprägt als in Deutschland. Diese Unterschiede spielen in zahlreichen Untersuchungen (Barmeyer 2000; Pateau 1998; Vierling 2005, Demangeat/Molz 2005) zum interkulturellen Management eine prominente Rolle.

Umso interessanter ist zu sehen, dass sich ähnliche Prozesse in der Wahrnehmung von Geldpolitik, auch und gerade im grenzüberschreitenden Kontext beobachten lassen. Die polychrone Ausrichtung der Franzosen lässt sie geldpolitischer Fragen in ihrem Gesamtkontext wahrnehmen: Fragen nach der konkreten Ursache der Inflation zu einem bestimmten Zeitpunkt, den Konsequenzen ihrer Bekämpfung oder ihrer Duldung für Arbeitsmarkt und Außenhandel sowie eventuelle politische Implikationen spielen eine große Rolle. Die theoretisch vorhandene Regelbindung der eigenen Geldpolitik wird dagegen kaum thematisiert. Der Blick nach Deutschland offenbart deutliches Unverständnis gegenüber einer unflexiblen, dogmatischen Handhabung eines aus französischer Sicht wichtigen Instruments der Wirtschafts- und auch Machtpolitik (Lepage 1996, 92). Eine Trennung der Verantwortungsbereiche, wie sie in Deutschland vorkommt, liegt dem französischen Denken dabei fern: Eine Zentralbank kann, selbst wenn sie formell unabhängig und ihr primäres Ziel die Preisniveaustabilität ist, nicht einfach die Augen vor den weitergehenden Implikationen ihrer Politik verschließen. Konvergierende wirtschaftliche Probleme können dabei nicht voneinander separiert werden, sondern erfordern eine ganzheitliche Betrachtung und eine koordinierte Lösung. Insofern bilden monistische oder zentral koordinierte Lösungen, wie sie der französische Staatsaufbau gewährleistet, das pragmatische, strategisch ausgerichtete Denken und die ganzheitliche

Herangehensweise eine in sich kohärente Gesamtstruktur, die auch die französische Wahrnehmung von Geldpolitik deutlich prägt.

1.4. *High-context*-Kommunikation in Frankreich – eine Frage der Ehre

Als dritte elementare Dimension von Kultur nennt Hall die Kommunikation. Er unterscheidet hierbei Kommunikation zwischen Angehörigen einer Kultur vor allem danach, wie explizit in einem Kommunikationsprozess Informationen übermittelt werden (Hall 1989a, 59ff.). Grundsätzlich sieht er hierfür zwei Möglichkeiten, nämlich die direkte Äußerung von Informationen und die indirekte Übermittlung unter Bezugnahme auf einen gemeinsamen kulturellen Bedeutungskontext, der dem Empfänger einer Nachricht die Entschlüsselung ermöglicht. Franzosen stuft Hall dabei als Angehörige einer *High-context*-Kultur ein. Das bedeutet, dass das von den Angehörigen der Kultur geteilte kulturelle Wissen derart breit und tiefgehend ist, dass bei der Kommunikation innerhalb dieser Kultur Kontextelemente wie Körpersprache oder Anspielungen ebenso zur Nachrichtenübermittlung eingesetzt werden, wie die Sprache selbst.

High-context-Kulturen sind nach Hall in der Regel personenorientiert (Hall 1989a, 68). Für Frankreich gilt dies tatsächlich: Vertrauen und Autorität als fundamentale, in einem Wirtschaftssystem unerlässliche Werte sind in Frankreich nur sehr schwach mit institutionellen Garantien oder Fachwissen verknüpft. Beziehungen zwischen Menschen innerhalb und außerhalb von Organisationsstrukturen sind in erster Linie persönliche, nicht institutionalisierte Beziehungen (Barmeyer et al. 2007, 260-265). Dieser persönliche Kontakt ist notwendig, um den für den Kommunikationsstil in Frankreich unerlässlichen kontextualen Hintergrund zu schaffen. In gewisser Hinsicht schließt sich in dieser Dimension der kulturelle Kreis, der mit der Schilderung der anderen Elemente von Kultur in Frankreich begonnen hatte. Die Personenbezogenheit der französischen Kommunikation basiert auf dem bereits erwähnten, relativ geringen grundsätzlichen zwischenmenschlichen und institutionellen Vertrauen, das eine personalisierte Grundlage für Kontakte benötigt. Hierzu trägt auch die Tatsache bei, dass der Respekt vor Regeln als Elementen, die eine Vertrauensbasis zwischen Unbekannten schaffen, eine geringe Bedeutung hat. Es könnte auch umgekehrt argumentiert werden: In einer Gesellschaft, die über ausreichende Grundlagen für personalisiertes Vertrauen verfügt, sind formalisierte Regeln weniger wichtig und pragmatisches Handeln ist möglich.

Deutlich wird in jedem Fall, welche Bedeutung das Bildungssystem, insbesondere im Bereich der Elitenausbildung, für die Herstellung und Aufrechterhaltung der unerlässlichen Netzwerke spielt. Es ist die wichtigste Quelle des gemeinsamen kommunikativen Referenzrahmens und damit für die Herstellung von Vertrauen.

Was die Beschaffenheit dieses Referenzrahmens betrifft, so haben die Arbeiten von Philippe D'Iribarne (1989) gezeigt, welch wichtige Rolle *honneur* als typisch französischer Wert hierin spielt. Dieser Begriff umfasst dabei sowohl Elemente des Prestiges als auch Aspekte, die sich im deutschen Wort „Berufsehre" finden. Hierarchische Strukturen basieren in Frankreich, wie aus den bisherigen Ausführungen leicht gefolgert werden kann, weniger auf formalen Regeln als vielmehr auf dem persönlichen Vertrauen zwischen Vorgesetztem und Untergebenen. Ersterer vertraut darauf, dass Letzterer seine Aufgabe erledigt, wofür diesem ein relativ weitgehender Ermessensspielraum eingeräumt wird, der der französischen Neigung zu pragmatischer Problemlösung entgegenkommt. (D'Iribarne 1989, 21-28) Von besonderer Wichtigkeit ist allerdings die Bereitschaft zu gemeinsamer Zielerreichung. Mangelt es an dieser, erhält der Vorgesetzte das Recht zu Eingriffen in den Tätigkeitsbereich des Untergebenen.

Das zweite Element des *honneur*-Begriffs führt wieder zurück zu der höfischen Gesellschaft als kulturellem Ideal Frankreichs. Die Wichtigkeit von Auftreten, Stil und Geschmack als sozialem Distinktionsmerkmal (Bourdieu 1987, 18) sind durchaus allgemein akzeptiert und der Gewinn von Ansehen ist legitimes Ziel. Dies zeigt sich auch auf der Makro-Ebene in der französischen Wirtschaft und der Politik. Der Prestigegewinn durch die erwähnten *grand projets*, technologisch anspruchsvoller Gemeinschaftsprojekte zwischen Unternehmen und Regierung hat deren häufig mangelhafte Rentabilität durchaus aufgewogen. Für den französischen Staat ist das Streben nach *grandeur* selbstverständlich und hinter diesem Ziel kann sich das ganze Volk versammeln, wie es in gewisser Hinsicht bei der restriktiven Politik des *franc fort* geschehen ist.

Überhaupt lassen sich wieder viele der unter der letzten Hallschen Dimension subsummierten Aspekte auch die geldpolitische Wahrnehmung in Frankreich übertragen. Die Entlassung der *Banque de France* in die Unabhängigkeit war schmerzlich, aber dennoch verkraftbar, weil die persönliche Beziehung zwischen Regierung und Notenbankern über die Elitennetzwerke ungebrochen war und damit letztlich von einer Zielkongruenz ausgegangen werden konnte. Auch deshalb war es aus französischer Sicht unerlässlich, dass der Franzose Jean-Claude Trichet – selbstverständlich ein *énarque* – die Leitung der europäischen Zentralbank übernahm, wobei nationales Prestige und personenbezogenes Vertrauen gleichermaßen eine Rolle gespielt haben mögen. Die Angst vor einer Herrschaft der Technokraten und die darauf basierende Forderung nach mehr demokratischer Kontrolle, die im Zusammenhang mit unabhängigen Notenbanken in der französischen Berichterstattung immer wieder eine Rolle spielte, mag auch der starken Personenorientierung der Franzosen geschuldet sein (Lepage 1996, 90), weswegen eine rein sachorientierte Geldpolitik als kulturfremd abgelehnt wird. Auch das

Streben nach nationaler *grandeur* findet sich teilweise in den Bemühungen, den Wechselkurs des *franc* zur Mark zu halten, wieder, ebenso in dem ewigen Ringen um geldpolitische Mitsprache und in dem Wunsch, mit dem Euro dem Dollar Konkurrenz zu machen.

2. Deutschland

2.1. Kulturelle Leitbilder und die Bedeutung des Geldes

Dem sehr zentralistischen, elitären Bild des Adeligen in Frankreich stellt Wic Wen (1997, 237ff.) den Tüftler als deutsches Kulturideal gegenüber. Dieser zeichnet sich durch technisches Interesse und eine große Detailverliebtheit aus, die sich in einer hohen Qualität der hergestellten Produkte niederschlägt. Deutsche, so heißt es, arbeiteten für das Produkt, während die personenorientierten Franzosen eher für den Kunden arbeiteten (Pateau 1998, 108). Dieses Kulturideal manifestiert sich unter anderem im deutschen Bildungssystem, das sowohl auf Ebene der dualen Ausbildung als auch im Hochschulwesen durch die Verbindung von Theorie und Praxis hervorragende Techniker ausbildet. Es mag auch ein Grund für die angesprochene deutsche Exportstärke sein. In der Wahrnehmung der Geldpolitik manifestiert sich der hierin ausgedrückte Blick fürs Detail in der teils sehr an Einzelheiten interessierten Berichterstattung – genannt seien nur die teils recht minutiösen Diskussionen über die Angemessenheit der deutschen Geldpolitik angesichts der Entwicklung bestimmter wirtschaftlicher Indikatoren. Die Hochschätzung von Qualität mag dabei ein Grund für die besondere Liebe der deutschen zu ihrer Währung sein: Sie wird (und in WW90/1 wird dies ja auch explizit angesprochen), als Produkt von weltweit geschätzter Qualität aufgefasst. Als Beleg für diesen Zusammenhang mag hier nur eine Werbeanzeige aus „L'Expansion" vom 3.2.1984 dienen, in der die Wertbeständigkeit von Fahrzeugen des Volkswagenkonzerns explizit mit der Stärke der D-Mark gleichgesetzt wird (Anzeige in Vergrößerung im Anhang).

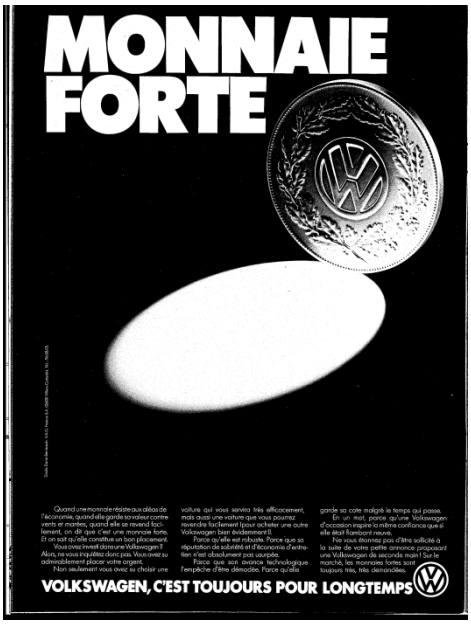

Abbildung 1: Volkswagenwerbung. Aus: "L'Expansion", 3.2.1984, S.16.

Neben dem Kulturideal des Tüftlers soll allerdings an dieser Stelle noch eine andere, für Deutschland typische kulturelle Prägung thematisiert werden, die gerade in der Gegenüberstellung mit Frankreich aufschlussreich ist: Die Hochschätzung bürgerlicher

Ideale. Die Entwicklung einer wirtschaftlichen Elite geschah in Deutschland weniger durch Kopie als vielmehr in Abgrenzung zum Adel, was unter anderem der verspäteten Demokratisierung des Landes, aber auch seiner protestantischen Prägung zugeschrieben werden kann. Die von Max Weber (2004: 158) diagnostizierte Tendenz der Protestanten zu innerweltlicher Askese spiegelte sich dabei sowohl in den „preußischen Tugenden", die Leistungsbereitschaft und Leidensfähigkeit, Disziplin und Pflichtbewusstsein ausmachten (Münkler 2009, 217), als auch in einem „bürgerlichen" Wertekatalog von „Ordnung, Fleiß und Sparsamkeit" (P. Münch 1984, 12), der bis in die Gegenwart Fremd- und Selbstbild der Deutschen prägt. Die bürgerlich-protestantische Welt ist dabei relativ schmucklos und nüchtern, die Berufsausübung und Pflichterfüllung ist ein quasi-religiöser Akt, wobei Arbeit nicht mehr – wie tendenziell auf Seiten der Katholiken – als Strafe für die Erbsünde betrachtet wird. (Nuss 1993, 27ff.). Auffällig ist auch die strikte Trennung des Lebens in äußere Pflichterfüllung und Zurückgezogenheit ins Private, die das bürgerliche Denken prägt und politische Vorgaben tendenziell als gegeben hinnimmt, statt zu versuchen, sie durch öffentliches Engagement zu beeinflussen (R. Münch 1993, 686ff.). Insbesondere die Sparsamkeit als wichtiger Teil der bürgerlichen Wertordnung ist für die Betrachtung der Geldpolitik in Deutschland nicht uninteressant, da sie eine besonders enge Beziehung zum Geld, sowie – in Gegensatz zu Frankreich – eine Geringschätzung des Konsums impliziert (Meissner/Simmet 1994, 58), was sich unter anderem in der exportorientierten deutschen Wirtschaft widerspiegelt. Aus französischer Sicht wirken dabei deutsche Rituale wie der „Weltspartag", mit dem bereits Kindern dieser Teil des bürgerlichen Kodexes nahegebracht wird, eher bizarr (Hugues 1998, 78).

Hieraus ergibt sich ein Erklärungsansatz für die überraschend selten thematisierte Frage nach der unterschiedlichen Wahrnehmung existenzieller wirtschaftlicher Krisen, insbesondere in Frankreich und Deutschland. Die Hyperinflation der 1920er Jahre gilt als Hauptgrund für die deutsche Inflationsfurcht, wobei Deutschland in der Weltwirtschaftkrise auch Erfahrungen mit Massenarbeitslosigkeit machen musste, die aber offenbar weniger prägend waren. Umgekehrt hatte Frankreich 1945/1946 ebenso wie Deutschland unter starker Inflation zu leiden, was allerdings einer gewissen französischen Unbekümmertheit gegenüber Preissteigerungen nicht entgegenstand. Inflation ist offenbar auch deshalb gerade für Deutsche eine so erschreckende Vorstellung, weil sie in besonderer Weise mit einem Zusammenbruch der Ordnung assoziiert wird und überdurchschnittlich stark das kulturelle Vorbild des ehrlichen Sparers schädigt.

Die D-Mark konnte sich auch deshalb zum vielleicht wichtigsten deutschen Nationalsymbol der Nachkriegszeit entwickeln, weil sie mit ihrer Wertstabilität und ihrem apolitischen Charakter sich wie kein zweites in die bürgerliche Wertewelt einzuordnen

vermochte. Ihre Identifikation mit der Stärke der deutschen Wirtschaft tat ein Übriges, basierte doch auch schon vor der Diskreditierung des deutschen Staates durch den Nationalsozialismus der deutsche Nationalstolz stärker auf wirtschaftlicher Potenz als auf politischen Errungenschaften (Gougeon 1999, 9f.).

2.2. Deutsche Raumorientierung: Große Distanzen und Abschottung

Was die deutsche Raumorientierung betrifft, stellt Hall für Deutschland eine im Vergleich zu Frankreich sehr viel stärkere Neigung fest, zu anderen Menschen Distanz zu wahren und sich abzuschotten (Hall 1990a, 45). Der Nähebereich, in dem ein Eindringen als unangenehm empfunden wird, ist für Deutsche außergewöhnlich weit gefasst (Hall 1990a, 132f.), und der Begriff „Privatsphäre“ hat – wie schon bei der Betrachtung der bürgerlichen Werte zu erkennen war – eine große Bedeutung. Türen sind – das gebietet die Ordnung – üblicherweise verschlossen und dienen als schützende Barriere zu Außenwelt (Hall 1989a, 134f.). Hall verdeutlicht diese Haltung anekdotisch mit Berichten, dass deutsche Soldaten, die nach Kriegsende von den Amerikanern zeitweise unter freiem Himmel gefangen gehalten werden mussten, die wenigen ihnen zur Verfügung stehenden Mittel dazu nutzten, sich einzeln eigene kleine Hütten zu bauen, anstatt zum Vorteil aller gemeinsame Anstrengungen zu unternehmen.

Eine ähnliche Segmentierung weist tendenziell der gesamte deutsche Staatsaufbau aus: Eine föderale Struktur mit unterschiedlichen Kompetenzen für Bundesstaat und Bundesländer und regierungsunabhängige Institutionen mit Sonderaufgaben, wie das Bundesverfassungsgericht und die Zentralbank zeigen, dass deutsches Organisationsdenken dazu tendiert, Verantwortlichkeiten nach Aufgaben zu segmentieren, diese möglichst klar voneinander abzugrenzen und in der Folge auch zu akzeptieren, dass es für verschiedene Sachgebiete verschiedene letztverantwortliche Instanzen gibt. Die Werte, die Hofstede (2001, 87) in seiner Studie bei der Machtdistanz-Dimension für Deutschland ausweist, sind mit 35 (Rangplatz 42/44) relativ niedrig, was jedoch nicht bedeutet, dass kaum Hierarchien existieren (Mrosowski 2003, 141f.; Helmolt/Müller-Jacquier 1991, 13). Vielmehr basieren Hierarchien in Organisationen auf getrennten, fachlich begründeten Verantwortlichkeiten, wobei die Sachgebiete als solche einander gleichgestellt sind.

In Deutschland wird aufgrund dieser segmentierten Betrachtung der Welt das Spezialistentum außerordentlich geschätzt und die Einzelaufgabe steht im Zentrum des deutschen Organisationsdenkens. Gründlichkeit bei der Aufgabenerfüllung und Liebe zum Detail ist dabei gleichzeitig Konsequenz und Voraussetzung der besonders ausgeprägten Arbeitsteilung, da mangelhafte Leistungen des Einzelnen sich negativ auf das

Gruppenergebnis auswirken (Demangeat/Molz 2003, 31). Die Aufgabe bindet das Individuum an die Gruppe und schafft eine gegenseitige Abhängigkeit (Pateau 1998, 65).

Kulturhistorisch ist diese Haltung zum Teil auf die politische Zersplitterung des Heiligen Römischen Reiches zurückzuführen. Die Einzelstaaten waren klein und schwach und die Zentralmacht besaß ebenso nicht die nötigen Instrumente, um die Bürger vor Unheil zu bewahren. In der Folge war auch deren Glaube an die Beeinflussbarkeit und Formbarkeit der Umwelt schwach ausgeprägt. Der deutsche Rationalismus ist daher – im Gegensatz zum Französischen – auch kein Gestaltender, sondern ein Sachbezogener: Die Suche nach ewigen, unverrückbaren Wahrheiten steht im Vordergrund (R. Münch 1993, 719).

Der Wert für die Dimension des Individualismus, den Hofstede (2001, 215) für Deutschland ermittelt hat, ist mit 67 Punkten (Rangplatz 15) fast so hoch wie in Frankreich. Auch die Deutschen können also als durchaus individualistisch betrachtet werden. Jedoch äußert sich ihre Eigenständigkeit auf eine völlig andere Weise, eben im Sinne einer Isolierung und der Bewahrung eines eigenen unverletzlichen Nähebereichs, also verglichen mit Frankreich eben nicht in einer größeren Freiheit, bestimmte Dinge zu tun, sondern in dem subjektiven Gefühl, vor bestimmten Taten anderer Menschen geschützt zu sein. Untersuchungen zum Vertrauensniveau in Deutschland zeigen an, dass das Vertrauen sowohl in Institutionen als auch in andere Menschen in Deutschland höher liegt als in Frankreich (Hölscher 2006, 142f.), möglicherweise eben aufgrund dieses abweichenden Verständnisses von Rechten und Pflichten des Einzelnen.

Wie sich diese Raumwahrnehmung auf die geldpolitischen Präferenzen in Deutschland auswirkt, wurde bereits angedeutet: Die Verantwortung für die Wahrung des Geldwerts wird in die Hand von Spezialisten gelegt. Die Aufgabe der Währungssicherung steht im Vordergrund und auf Einmischungen der Politik wird extrem empfindlich reagiert, gerade so, als handele es sich um eine Einmischung in den Nähebereich, in die „Privatsphäre“ der Notenbank. Gerade auch die traumatischen Erfahrungen mit Hyperinflationen, durch die die gesamten Sparguthaben zweier Generationen entwertet wurden – dies entspricht einer absolut unzulässigen staatlichen Einmischung in die bürgerliche Privatsphäre – haben die Empfindlichkeiten der Deutschen in diese Richtung geschärft. Allerdings – auch das deutet sich im empirischen Teil an – wird der Zentralbank entgegen mancher kritischer Äußerungen, die eine „Diktatur der Bundesbank“ (Leaman 1993) sehen wollen, keineswegs eine unbeschränkte Macht zugestanden. Bei zu starker Einmischung in fremde Sachgebiete, sei es die Haushalts- oder die Lohnpolitik, wird die Zentralbank durchaus kritisiert.

2.3. Deutsche Zeitorientierung: Monochronie

Die in Deutschland vorherrschende Zeitorientierung, von Hall als Monochronie bezeichnet, weist deutliche Ähnlichkeit mit der oben erläuterten Raumorientierung auf. Zeit wird als linearer Ablauf von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft wahrgenommen. Das temporale Denken ist – wie auch das Räumliche – segmentiert, Aufgaben werden tendenziell nacheinander erledigt und möglichst nicht gleichzeitig (Hall 1989a, 45f.; Demangeat/Molz 2003, 34). Zeit ist aus dieser Perspektive etwas von außen Vorgegebenes, kann verschwendet und aufgebraucht werden (Hall 1989a, 48). In dieser tendenziell passiven Haltung gegenüber äußeren Umständen ist eine Parallele zu der Zurückhaltung und Abschottung nach außen zu sehen, die sich das Bürgertum auferlegt, ebenso zum wenig interventionistischen deutschen Rationalismusbegriff.

Diese Segmentierung dient in gewisser Hinsicht der Komplexitätsreduktion angesichts einer möglicherweise unüberschaubaren Menge an Einzelsituationen, die zu einem Zeitpunkt zusammenkommen können. Im Gegensatz zu Frankreich, wo diese Komplexität hingenommen und über eine klare, zentralisierte Führungsstruktur ausgeglichen, ja nach Möglichkeit sogar strategisch genutzt wird (Demangeat/Molz 2003, 32), herrscht in Deutschland wie ausgeführt eine stark segmentierte räumliche Wahrnehmung vor, die sich auch auf der Zeitachse spiegelt. Der Sachorientierung in der Raumdimension entspricht dabei in etwa eine starke Regelorientierung in der Zeitdimension. Regeln haben im deutschen Denken eine große Bedeutung und hierbei handelt es sich keineswegs nur um von außen vorgegebene Normenstrukturen. Die Wichtigkeit von Terminkalendern und eine hohe Wertschätzung für Pünktlichkeit[12] zeigen am direktesten, wie eine lineare Zeitwahrnehmung zu Segmentation der Zeit und Unterordnung unter selbsterstellte Regelwerke führt. Diese Unterordnung geht allerdings noch weiter: Die positive Konnotation des Begriffs „Prinzipientreue“ zeigt, welche Bedeutung einem internalisierten Regelwerk im Deutschen beigemessen wird. Auch hierin präsentieren sich wieder Elemente des bürgerlich-protestantischen Kulturideals mit einer Hochschätzung der Selbstbeschränkung im Sinne von Askese und Disziplin. Hiermit einher geht eine gewisse Verachtung für jede Art von Exzessen. Das Ziel heißt Stabilität, insbesondere in der Zeitdimension. Die lineare Abfolge von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft wird auf diese Weise zu kontrollieren versucht. In der Außenwahrnehmung gilt Deutschland deshalb als relativ risikoscheu. Hofstede stellt allerdings für Deutschland nur eine mäßige Tendenz zur Unsicherheitsvermeidung (65 Punkte, Rangplatz 29; Hofstede 2001, 151) fest, wobei dieses Ergebnis gerade im Hinblick auf den deutlich stärkeren Wert dieser

[12] Pünktlichkeit ist allerdings auch in Frankreich von gewisser Bedeutung, was anzeigt, dass die geschilderten Sachverhalte immer nur als Grundtendenz zu verstehen sind.

Dimension in Frankreich kritisch betrachtet werden muss (Pateau 1998, 39f.). Hampden-Turner und Trompenaars (1993, 22f.) zählen Deutschland zu den universalistischen Ländern, also zu solchen, die an die universelle Gültigkeit von Regeln glauben. Die Beachtung universell gültiger Normen wirkt dabei hochgradig vertrauensbildend, indem Unsicherheiten über das künftige Verhalten anderer reduziert werden.

In dieselbe Richtung – der Vermeidung von Unsicherheit auf der Zeitachse – geht der deutsche Hang zu gründlicher Planung. Auf diese Phase wird in Projekten häufig größter Wert gelegt, Grundlage ist dabei eine klare Zieldefinition im Vorfeld. Die folgerichtig geringer ausgeprägte Fähigkeit der Deutschen zu Improvisation und Umgang mit unvorhergesehenen Situationen wird daher – die interkulturelle Managementforschung zeigt dies – häufig als mangelnde Flexibilität und Dogmatik wahrgenommen (Barmeyer/Davoine 2005, 421), andererseits die deutsche Systematik bei der Problemlösung durchaus geschätzt. Auch die deutsche Genauigkeit und Detailfreude – angedeutet im Kulturideal des Tüftlers – resultieren aus der segmentierten, kleinteiligen Wahrnehmung von Raum und insbesondere Zeit.

All dies zeigt sich auch bei der Betrachtung der geldpolitischen Berichterstattung in Deutschland: Das deutsche Interesse an Geldpolitik ist sehr detailliert, konkrete Aktionen der Notenbank werden genauer und ausführlicher thematisiert. Vor allem aber wird der Erfolg der Deutschen Bundesbank in erster Linie daran gemessen, ob sie es schafft, ihr (wohlgemerkt selbstgestecktes!) Geldmengenziel einzuhalten. Diese Frage ist dabei elementar für das deutsche Vertrauen in die Stabilität des Geldes. Verständnis für pragmatische Handlungen, die von der Regel nicht gedeckt sind, ist kaum zu erwarten. Wenn das Ziel nicht erreicht werden kann, so die häufig anzutreffende Haltung, hat entweder die Bundesbank versagt oder die Regel für die Zielerreichung ist fehlerhaft und muss deshalb durch eine neue ersetzt werden. Pragmatismus setzt eine ganzheitliche Problemwahrnehmung voraus, die in Deutschland schwächer entwickelt ist als in Frankreich. Das Gefühl für weitere Implikationen einer Handlung ist wenig ausgeprägt. In dieselbe Richtung lässt sich die deutsch-französische Debatte um die Stabilitätskriterien von Maastricht interpretieren: Auf der einen Seite standen die Deutschen, die alleine die Einhaltung der Regeln zum Maßstab der Aufnahme in der Währungsunion machen wollten, auf der anderer Seite die Franzosen, die für eine pragmatische Entscheidung über die Beitrittskandidaten, basierend auf politischer Opportunität, plädierten (Guérot 1997, 230ff.).

Bei einer derart starken Regelorientierung ist es auch kaum verwunderlich, wenn Fragen der Geldpolitik und der Wirtschaft allgemein in Deutschland sehr viel stärker als in

Frankreich als gegeben und unbeeinflussbar wahrgenommen werden. Man passt sich tendenziell eher an als die Wirtschaft aktiv zu steuern. Das deutsche Wirtschaftsmodell gleicht dabei mit seinen vielen Sachzwängen und regelinduzierten Automatismen einem Mechanismus.

Die segmentierte Problembetrachtung, die Deutschland in geldpolitischen Fragen häufig an den Tag legt, muss allerdings in einem wichtigen Aspekt relativiert werden: Die Europäische Währungsunion, die, obwohl politisch und nicht sachlich motiviert, letztlich auch von den deutschen akzeptiert wurde, zeigt, dass es sich bei den Versuchen, die deutsche Kultur zu erfassen, immer nur um Vereinfachungen und Tendenzen handelt. In einer wichtigen Frage, die letztlich zur Abschaffung einer ausschließlich deutschen Geldpolitik führte, hat Deutschland das kleinteilige Problemdenken zugunsten eines großen politischen Vorhabens zurückgestellt.

2.4. *Low-context*-Kommunikation in Deutschland

Eine *low-context*-Kommunikation bedeutet nach Hall (1989a, 59ff.), dass Informationsvermittlung stärker explizit und weniger unter Rückgriff auf einen gemeinsamen kulturellen Referenzrahmen geschieht. In *low-context*-Kulturen müssen Dinge, um klar verstanden zu werden, ausdrücklich gesagt werden. Nonverbale Kommunikation und Sprechen in Andeutungen genügen in der Regel nicht, die Informationsvermittlung ist direkt, offen und inhaltsbetont (Schroll-Machl 2005, 170ff.). Zu den Kulturen, die zu *low-context*-Kommunikation neigen, zählt Hall Deutschland. Dies ist keineswegs überraschend, denn der einheitliche Staatsaufbau und das zentralisierte Bildungswesen, die in Frankreich für die Existenz eines großen geteilten kulturellen Wissensvorrats sorgen (Pateau 1998, 167f.), existieren hier nicht. Im Gegenteil ist deutsches räumliches und zeitliches Denken geprägt von Abgrenzung und Segmentation. Diese kleinteilige Struktur erfordert zum einen die Möglichkeit zu Kompromiss und Zusammenarbeit, andererseits sind die Voraussetzungen für eine persönliche Basis zwischen den Partnern mangels einheitlichem kulturellen *background* nicht zwingend gegeben, weswegen eine sachorientierte Kommunikation tatsächlich eine effiziente Möglichkeit bietet, um über Kooperation zu Ergebnissen zu gelangen. Der direkte, explizite, Zweideutigkeiten vermeidende deutsche Kommunikationsstil steht dabei in direktem Zusammenhang mit der starken Regelorientierung – das eine wäre ohne das andere nicht denkbar – und passt auch zur bürgerlich Wertschätzung für Ordnung. Ebenso wird der Einfluss des Protestantismus deutlich, der auf dem Wort, dem Verständnis der Bibel, basiert und weniger Wert auf Ritus als der Katholizismus legt (Schroll-Machl 2005, 194f.).

Es wäre allerdings irreführend, zu sagen, dass in der deutschen Kommunikation ein einheitlicher Referenzrahmen völlig fehlt. Vielmehr konnte sich wegen der diversen Partikularismen, die die deutsche Kultur auszeichnen, keine allgemein akzeptierte subjektive Basis für nonverbale Informationsvermittlung ausbilden. Die Kommunikation wurde deshalb weitgehend aller subjektiver Kriterien wie Stil, Ästhetik etc. entkleidet und im Ergebnis blieb das Bemühen um Objektivität – gewissermaßen als Rudiment eines kommunikativen Kontexts. Der deutsch-französische Unterschied bei der Ausprägung der Hofstede'schen Wertedimension Maskulinität-Femininität (Hofstede 2001, 286) deutet dies an: Die Deutschen neigen mit 66 Punkten (Rangplatz 9/10) eher dem „männlichen" Pol zu, was unter anderem Direktheit im Umgang andeutet, aber auch eine relativ starke Ausrichtung auf beruflichen Erfolg und hohes Einkommen – „objektive" Kriterien zur Beurteilung der eigenen Stellung in der Gesellschaft.

Angewandt auf die Betrachtung von Geldpolitik in Deutschland hat der deutsche *low-context*-Kommunikationsstil einige Bedeutung. Zunächst sei in diesem Zusammenhang die Haltung zur Notenbankunabhängigkeit genannt. Diese wird wie gesehen einhellig positiv beurteilt, ist die Bundesbank doch durch ihre Wahrnehmung als fachliche Autorität in Geldfragen und die Wahrnehmung ihrer Führungsfiguren als Spezialisten in Geldfragen wie vielleicht keine zweite Organisation in Deutschland in der Lage, ihrer Kommunikation den Anschein von Objektivität zu verleihen. Sie schafft es dabei, das deutsche Bedürfnis nach universellen Wahrheiten zu befriedigen und Vertrauen in ihre Handlungen zu erzeugen. Das Bedürfnis nach Objektivität in der Geldpolitik ist dabei so groß, dass eine Überwindung der strikt getrennten Wahrnehmung von geldpolitischen Sachfragen und politisch motivierten Handlungen unmöglich ist. Regelmäßig wird Kritik laut, wenn die objektive Aufgabenerfüllung der Bundesbank durch politische Erwägungen vermeintlich behindert wird, sei es in Fragen des europäischen Währungssystems, der deutsch-deutschen Währungsunion oder der monetären Integration auf europäischer Ebene.

Interessant ist auch die Beurteilung der Notenbankunabhängigkeit, die auf deutscher Seite komplett von der Französischen differiert: In Deutschland findet sich das Argument der mangelnden politischen Kontrolle und die Sorge vor einer Herrschaft der Technokraten quasi überhaupt nicht. Im Gegenteil: Hier betont zum Beispiel v. Arnim (1988) gerade den besonders demokratischen Charakter einer autonomen Zentralbank, die so in der Lage ist, das auf das Gemeinwohl ausgerichtete Ziel der Preisniveaustabilität zu erreichen. Im Hinblick auf die Hallschen Kommunikationsdimensionen zeigt sich hierin die *low-context*-Ausrichtung in aller Deutlichkeit: Die objektiv-sachliche Qualität der Politik wird als wichtiger angesehen als die personalisierte demokratische Kontrolle über eine Institution. Ergebnisse und Erfolg sind wichtiger als Beziehungen.

Der deutsche Blick auf die D-Mark im internationalen Kontext enthüllt ebenfalls *low-context*-Denkstrukturen. Die deutsche Währung ist nicht Nationalsymbol im herkömmlichen Sinn, sondern Gradmesser des wirtschaftlichen Erfolges. Sie symbolisiert mit ihrer Stärke kein politisches Wiedererstarken Deutschlands als vielmehr die objektive Richtigkeit der deutschen Geld-, Währungs- und Wirtschaftspolitik. Geld ist aus deutscher Sicht moralische Verpflichtung. Eine starke Währung erfordert Tugendhaftigkeit und Selbstentsagung (Lepage 1996: 93f.). Eben eine Stabilitätskultur.

3. Erklärung geldpolitischer Denkweisen mit Hilfe kultureller Elemente

Die vorhergehenden Ausführungen haben deutlich gemacht, dass Geldpolitik sowohl in Deutschland als auch in Frankreich deutlich kulturell konnotiert ist. Zwar lassen sich für verschiedene geldpolitische Denkweisen – für die Beurteilung bestimmter Handlungen der Notenbank als gut oder schlecht – durchaus Erklärungen in den spezifischen institutionellen Kontexten finden, in denen die Geldpolitik wirksam wird. Jedoch hat die Analyse gezeigt, dass diese Erklärungsversuche unvollständig bleiben. Sind einzelne Sichtweisen noch aus einer institutionellen Rationalität heraus verständlich, versagt der bloße Blick auf die Institutionen spätestens bei der Analyse der grundlegenden Funktionslogiken, auf denen jedes Wirtschaftssystem aufbaut.

Die kulturelle Ebene, die in dieser Arbeit herangezogen wurde, um die institutionenzentrierte Betrachtung zu ergänzen und zu vertiefen, hat sich dabei als erstaunlich aussagekräftig im Bezug auf geldpolitische Denk- und Handlungslogiken in Deutschland und Frankreich herausgestellt. Im Folgenden sollen die wichtigsten Ergebnisse – wie auch auf der Ebene der wirtschaftlichen Institutionen geschehen – tabellarisch für Frankreich (Tab. 7) und Deutschland (Tab. 8) zusammengefasst werden. Wenn auch diese Aufstellung genauso wenig einen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt, wie die Untersuchung, auf der sie basiert, so wird doch deutlich, dass die Betrachtung auf kultureller Ebene durchaus Erklärungsansätze liefert, die die wirtschaftlich-rationalen Interpretationen ergänzen, zum Teil sogar vervollständigen können.

Geldpolitischer Aspekt	Frankreich	2. Erklärungsebene
Institutionelle Ebene		
Notenbankunabhängigkeit	Nein	Zentralisierte Raumorientierung, *volonté générale*
Binnenwirtschaftliche Ebene		
Funktionsverständnis von Geldpolitik	eher keynesianisch	Zentralisierte Raumorientierung, Rationalismusbegriff, ganzheitliche Problemwahrnehmung (Polychronie)
Zielkonflikt zwischen Inflation und Arbeitslosigkeit	Ja	
Binnenwirtschaftliche Zielsetzung der Geldpolitik	eher Beschäftigungsförderung	
Inflationsbekämpfung wahrgenommen als	*Rigueur*	ganzheitliche Problemwahrnehmung (Polychronie); Flexibilität und Pragmatismus ggü Regeln, Individualismus
Außenwirtschaftliche Ebene		
Verhältnis Binnen- und Außenbetrachtung	Außen dominiert innen	*High-context*: *grandeur*
Stärke der Währung (Präferenz)	Ambivalenz zwischen schwacher Währung (Exportförderung) und starker Währung (Prestige, Zwang zur Wettbewerbsfähigkeit)	Interventionistischer Rationalismusbegriff, Pragmatismus - *High-context*-Orientierung: *grandeur*, Ehre
Geld und Identität		
Verhältnis Nationalstolz und Währung	Geld als Symbol der Nation	Ehre, *grandeur*, zentralisierte Raumorientierung
Blick auf den anderen	Dogmatisch, unflexibel, Sorge vor deutscher Dominanz	Flexibilität und Pragmatismus - *grandeur,* Ehre
Gemeinsame Währung	Politisches Ziel, für das ein Preis zu zahlen ist	Flexibilität und Pragmatismus, zentralisierte Raumorientierung

Tabelle 7 Geldpolitische Denkweisen in Frankreich in ihrem kulturellen Kontext

Geldpolitischer Aspekt	Deutschland	2. Erklärungsebene
Institutionelle Ebene		
Notenbankunabhängigkeit	Ja	Segmentierte Raumwahrnehmung, Spezialistentum
Binnenwirtschaftliche Ebene		
Funktionsverständnis von Geldpolitik	eher monetaristisch	Spezialistentum, Suche nach ewigen Wahrheiten, Regelorientierung
Zielkonflikt zwischen Inflation und Arbeitslosigkeit	Nein	Segmentierte Raum- und Zeitwahrnehmung
Binnenwirtschaftliche Zielsetzung der Geldpolitik	Inflationsbekämpfung	Spezialistentum; segmentierte Raum- und Zeitwahrnehmung, historisches Trauma
Inflationsbekämpfung wahrgenommen als	Stabilität	Trennung von öffentlichem und Privatbereich, segmentierte Problembetrachtung, historisches Trauma
Außenwirtschaftliche Ebene		
Verhältnis Binnen- und Außenbetrachtung	Innen dominiert außen	segmentierte Problembetrachtung, historisches Trauma
Stärke der Währung (Präferenz)	Starke Währung bevorzugt (Inflationsbekämpfung)	segmentierte Problembetrachtung, Regelorientierung, historisches Trauma, Sachorientierung
Geld und Identität		
Verhältnis Nationalstolz und Währung	Geld als Grund des Nationalstolzes	Erfolg als "Objektiver" Grund des Stolzes: *low-context*-Kommunikation
Blick auf den anderen	Laxe Geldpolitik, mangelnde Stabilitätskultur	Regelorientierung, *low-context*-Kommunikation: "Objektive" Kulturdefinition
Gemeinsame Währung	Opfer, Preis für Wiedervereinigung und europäische Integration	Ausnahme: Ganzheitliche Problembetrachtung

Tabelle 8 Geldpolitische Denkweisen in Deutschland in ihrem kulturellen Kontext

Ein ähnlicher Befund ergibt sich für die ermittelten grundsätzlichen Funktionslogik in der geldpolitischen Wahrnehmung Frankreichs (Tab. 9) und Deutschlands (Tab 10): Hierbei liefert sogar ausschließliche die kulturelle Betrachtung einen Erklärungsansatz.

Frankreich	2. Erklärungsebene
Geldpolitik = Politik	*volonté générale*, zentralisierte Raumorientierung, ganzheitliche Problemwahrnehmung
Pragmatismus	ganzheitliche Problemwahrnehmung, flexibler Umgang mit Regeln, Individualismus
Funktionale Betrachtung	interventionistischer Rationalismusbegriff, zentralisierte Raumorientierung
hierarchische Steuerung oder zentrale Koordinierung	zentralisierte Raumorientierung, interventionistischer Rationalismusbegriff, ganzheitliche Problemwahrnehmung

Tabelle 9 Geldpolitische Funktionslogiken in Frankreich in ihrem kulturellen Kontext

Deutschland	2. Erklärungsebene
Geldpolitik = unpolitisch, sachorientiert	Segmentierte Raumwahrnehmung, *low-context*- Kommunikation
Regelbindung	Suche nach universellen Wahrheiten, segmentierte Zeitwahrnehmung
Mechanistische Betrachtung	Passiver Rationalismusbegriff, segmentierte Raum- und Zeitwahrnehmung
dezentrale Koordinierung	Segmentierte Raumwahrnehmung, Spezialistentum, *low-context*-Kommunikation

Tabelle 10 Geldpolitische Funktionslogiken in Deutschland in ihrem kulturellen Kontext

VII. Schlussbetrachtungen: Wirtschaft und Kultur, Deutschland und Frankreich – zwischen Kontrast und Komplementarität

Die vorliegende Arbeit hat es unternommen, einen anderen Blick auf Wirtschaft, insbesondere den Bereich der Geldpolitik, zu werfen, als es allgemein üblich ist. Die Ökonomie als Domäne des *homo oeconomicus* ist für eine kulturwissenschaftliche Herangehensweise nicht sehr leicht zu erschließen, fließen hier doch vordergründig-rationale Sachentscheidungen und tieferliegende kulturelle Prägungen ineinander.

Dem Leser einen Überblick über Zusammenhänge und Interaktionsmuster zwischen beiden Ebenen zu vermitteln, war Ziel dieser Arbeit. Das dreistufige Modell des *business system* nach Whitley hat hierfür den Rahmen geliefert, indem es die Möglichkeit der

empirischen Forschung als Basis der Betrachtung mit Erklärungsebenen verbindet, die die *hard facts* einer rational-ökonomischen Herangehensweise mit Erkenntnissen von Kultur- und Geschichtsforschung eine Symbiose eingehen lassen.

Die Ergebnisse sind erstaunlich: Zumindest im Bereich der Geldpolitik bilden sich in den deutschen und französischen Denkweisen, wie sie sich aus der Untersuchung zweier Wirtschaftszeitschriften ermitteln ließen, sowohl der Sinn für wirtschaftliche Notwendigkeiten als auch kulturelle Präferenzen ab. Beide Ebenen, die ökonomische wie die kulturelle, stehen sich in ihrer Erklärungskraft nicht unversöhnlich gegenüber, sondern ergänzen sich, was zu einem erweiterten und vertieften Verständnis wirtschaftlicher Sachverhalte führt. In der Betrachtung von Geldpolitik beobachtbare Grundtendenzen und -präferenzen erklären sich teils aus dem jeweiligen institutionellen und realwirtschaftlichen Umfeld, teils setzen sie sich darin fort und erscheinen als grundlegende Funktionslogiken der jeweiligen Wirtschaftskultur. Dabei gibt es – obwohl für die Betrachtung ein Zeitraum gewählt wurde, der gerade in der Geldpolitik von vielen Brüchen und Veränderungen geprägt ist – kaum Hinweise darauf, dass sich die Denk- und Argumentationsweisen im Bezug auf Geldpolitik in Frankreich und Deutschland grundlegend geändert hätten. Vielmehr scheint es so zu sein, als böten die jeweiligen Nationalkulturen einen Interpretationsrahmen, der flexibel genug ist, um auch in Zeiten von Globalisierung und Europäischer Integration, von wirtschaftlichen und politischen Krisen, kulturell adäquate Antworten auf grundlegende (geldpolitische) Fragen zu geben.

Trotz einiger überraschender Einblicke, die diese Arbeit liefert, soll an dieser Stelle weder behauptet werden, der Blick auf geldpolitische Denkweisen in Frankreich und Deutschland in ihren institutionellen und kulturellen Kontexten sei vollständig – dies wäre auch bei einem weit größeren Umfang der Arbeit kaum zu leisten gewesen – , noch sind alle Ergebnisse neu. So finden sich bei geldpolitischen Betrachtungen auftauchende deutsch-französische Mentalitätsunterschiede wie z.B. Regelbindung vs. Pragmatismus, Planung vs. Flexibilität, Sach- vs. Personenorientierung und Zentralismus vs. Multizentrismus/Föderalismus in zahlreichen Werken zum interkulturellen deutsch-französischen Management. Erstaunlich ist vielmehr die Erkenntnis, wie deutlich sich diese bekannten (potentiellen) Konfliktfelder der individuellen Interaktion zwischen Deutschen und Franzosen auch auf der Makro-Ebene der Betrachtung geldpolitisch-volkswirtschaftlicher Fragen widerspiegeln.

Wenn gelegentlich davon die Rede war, diese Arbeit diene nicht dazu, die in den 1990er Jahren in Deutschland aufgekommene und tendenziell kooperationsfeindliche Diskussion um unterschiedliche Stabilitätskulturen in Deutschland und Frankreich wiederzubeleben,

so waren dies nicht nur leere Worte. Trotz aller Unterschiede, die in einer vom Ansatz her kulturvergleichenden Untersuchung notwendigerweise besonders unterstrichen werden müssen, insbesondere, wenn es sich wie hier um einen mehrdimensionalen und potentiell unergründlichen Themenkomplex handelt, kann das Gesamtfazit zu den geldpolitischen Denkweisen in Deutschland und Frankreich nur ein Versöhnliches sein. Dies hat zwei Gründe: Zum einen ist es gerade die Nähe der Ergebnisse zu den Erkenntnissen der interkulturellen Managementforschung, die hoffen lässt, zeigt diese doch nicht nur die Unterschiede zwischen Deutschen und Franzosen auf, sondern auch Wege, wie sich die differierenden Arbeitsstile und Verhaltensweisen produktiv nutzen lassen. Zum zweiten ist es die Tatsache, dass die beiden rheinischen Nachbarn, zusammen mit weiteren europäischen Nationen, seit nunmehr 10 Jahren erfolgreich innerhalb der Europäischen Zentralbank zusammenarbeiten.

Es ist hier nicht der Ort, um detailliert die kulturellen Einflüsse Deutschlands und Frankreichs auf die monetäre Verfassung Europas zu untersuchen. Dennoch seien hier – zum Abschluss dieser Arbeit und möglicherweise auch als Anregung für weitergehende Untersuchungen – zwei Aspekten der Europäischen Zentralbank erwähnt, die sich durchaus als Beispiele für die Bedeutung nationalkultureller Denkweisen bei der Errichtung der Währungsunion eignen. Da wäre zunächst die derzeitige Aufgabenverteilung: Mit Jean-Claude Trichet hat ein Franzose, Absolvent der ENA und langjähriger hoher Beamter unter verschiedenen Regierungen den zentralen und prestigeträchtigen Posten des EZB-Präsidenten inne. Jürgen Stark, ein Deutscher, ist hingegen als Chefvolkswirt im Direktorium der Zentralbank vertreten. Sein Bekanntheitsgrad nach außen ist mäßig. Sein Einfluss auf Sachentscheidungen dagegen groß. Noch interessanter mag in diesem Zusammenhang die geldpolitische Strategie der Europäischen Zentralbank sein. Sie ruht, so heißt es, auf zwei Säulen (Hallensleben 2002, 62ff.): Im Rahmen der zweiten Säule wird die Geldmengenentwicklung im Euroraum beobachtet und hieraus Schlussfolgerungen für die Richtung der Geldpolitik gezogen. Dies steht eindeutig in der Tradition der Geldmengensteuerung, wie sie die Bundesbank betrieben hat. Die erste Säule jedoch enthält eine Vielzahl von monetären und nichtmonetären Indikatoren, wodurch eine große Flexibilität bei der Entscheidungsfindung gewährleistet ist. Wenn Mercier (1999, 104) in diesem Zusammenhang davon redet, die Strategie der EZB beruhe auf einem „pilier béton“ und einem „pilier mosaïque“, so lässt dies nicht nur an das äußere Erscheinungsbild der Deutschen Bundesbank bzw. der *Banque de France* denken, sondern er fasst auch wichtige Ergebnisse dieser Untersuchung zusammen: Flexibilität und Prinzipientreue, Ästhetik und Nüchternheit wirken in der Geldpolitik erfolgreich zusammen.

Literaturverzeichnis

Primärliteratur:

L'Expansion: Jahrgänge 1981, 1983, 1987, 1990, 1993, 1998, 2001, ausgewählte Artikel (Aufstellung, siehe Anhang)

Wirtschaftswoche: Jahrgänge 1981, 1983, 1987, 1990, 1993, 1998, 2001, ausgewählte Artikel (Aufstellung, siehe Anhang)

Sekundärliteratur:

Aeschimann, Éric/Riché, Pascal (1996): La guerre de sept ans. Histoire secrète du franc fort, 1989-1996, Paris : Calmann-Lévy.

Albert, Michel (1991): Capitalisme contre capitalisme, Paris : Seuil.

Amable, Bruno (2005): Les cinq capitalismes. Diversité des systèmes économiques et sociaux dans la mondialisation, Paris : Seuil.

Ammon, Günther (1989): Der französische Wirtschaftsstil, München: Eberhard.

Ammon, Günther (1990): Wirtschaftsstil und Identität, in: Deutsch-Französisches Institut (Hrsg.): Frankreich-Jahrbuch 1990, Opladen: Leske und Budrich, S. 117-130.

Arnim, Hans Herbert v. (1988): Die Deutsche Bundesbank – Pfeiler der Demokratie. Zur Rolle der Bundesbank im politischen System der Bundesrepublik Deutschland, in: Zeitschrift für Wirtschaftspolitik 37, (1988), 1, S. 51-63.

Artus, Patrick (2005): La France et surtout l'Italie devront-elles sortir de la zone euro?, in : Flash/IXIS, 239 (1.7.2005), S.1-11.

Artus, Patrick/Fontagné, Lionel (2006): Évolution récente du commerce extérieur français, Paris : La Documentation française.

Assmann, Jan (2007): Das kulturelle Gedächtnis. Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen, München: Beck.

Baleste, Marcel (1982): L'économie française, Paris: Masson.

Barmeyer, Christoph I. (2000): Interkulturelles Management und Lernstile. Studierende und Führungskräfte in Frankreich, Deutschland und Quebec, Frankfurt am Main [u.a.]: Campus.

Barmeyer, Christoph I. (2001a): „Le modèle français“. Einblicke in das französische Wirtschaftssystem, in: Dokumente. Zeitschrift für den deutsch-französischen Dialog, 57, 2, S. 164-171.

Barmeyer, Christoph I. (2001b): « On ne sait ce que l'on pratique ». Einblicke in das französische Bildungssystem unter Einbeziehung kulturspezifischer Aspekte, in: Französisch heute, 2, S.170-186.

Barmeyer, Christoph I. (2005): Macht und Ohnmacht im deutsch-französischen Management am Beispiel Sanofi-Aventis und EADS, in: Dokumente. Zeitschrift für den deutsch-französischen Dialog, 61, 1, S.55-61.

Barmeyer, Christoph I. (2006): „Peut-on encore parler d'automobile?“ Entwicklungen und Besonderheiten der Automobilindustrie in Frankreich und Deutschland, in : Dokumente. Zeitschrift für den deutsch-französischen Dialog, 62, 1, S. 49-59.

Barmeyer, Christoph I./Davoine, Éric (2005): Problèmes interculturels du management franco-allemand. Théories et pratiques, in: Revue d'Allemagne et des Pays de la langue allemande, 37, 3, S.415-430.

Barmeyer, Christoph I./Engel, Johannes (2007): "Kulturelle Osmose" in der Corporate Governance? Deutsche und Franzosen in Führungs- und Kontrollgremien, in: Dokumente. Zeitschrift für den deutsch-französischen Dialog, 63, 6, S. 26-32.

Barmeyer, Christoph I./Schlierer, Hans-Jörg/Seidel, Fred (2007) : Wirtschaftsmodell Frankreich. Märkte, Unternehmen, Manager, Frankfurt am Main [u.a.]: Campus.

Bauer, Michel/Bertin-Mourot, Bénédicte (1996): Vers un modèle européen de dirigeants? Ou trois modèles contrastés de production de l'autorité légitime au sommet des grandes entreprises? Comparaison Allemagne/France/Grande-Bretagne, Biarritz: Abacus.

Baverez, Nicolas (1996): Pour sortir de la déflation, in: Revue des deux mondes, 10 (Okt. 1996), S.18-34.

Berthold, Norbert (1990): Monetäre Integration in Europa. Eine Ordnungspolitische Analyse (Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialpolitik Institut der deutschen Wirtschaft Köln, Bd. 180), Köln: Deutscher Instituts Verlag.

Bertier, Étienne (1987): Pas de dérapage sur les salaires, in: L'Expansion, 5.6.1987, S.21.

Bispinck, Reinhard (1993): Bundesrepublik Deutschland, in: Bispinck, Reinhard/Lercher, Wolfgang (Hrsg.): Tarifpolitik und Tarifsysteme in Europa. Ein Handbuch über 14 Länder und europäische Kollektivverhandlungen (Europahandbuch für Arbeitnehmer, Bd. 3), Köln: Bund, S. 48-79.

Bofinger, Peter/Hefeker, Carsten/Pfleger, Kai (1997): Stabilitätskultur in Europa. Theoretische Grundlagen, empirische Befunde, Bedeutung für die EWU (Wissenschaft für die Praxis, Abteilung 1, Bd. 8), Stuttgart: Deutscher Sparkassen Verlag.

Bolten, Jürgen (2001): Kann man Kulturen beschreiben, ohne Stereotypen zu verwenden? Einige programmatische Überlegungen zur kulturellen Stilforschung, in: Jürgen Bolten/Daniela Schröter (Hrsg.): Im Netzwerk interkulturellen Handelns. Theoretische und praktische Perspektiven der interkulturellen Kommunikationsforschung (Schriftenreihe Interkulturelle Wirtschaftskommunikation, Bd. 6), Sternenfels: Wissenschaft und Praxis, S. 128-142.

Bolten, Jürgen (2007): Einführung in die interkulturelle Wirtschaftskommunikation, Göttingen: UTB.

Bonin, Hubert (1993): Frankreich, in: Pohl, Hans (Hrsg.): Europäische Bankengeschichte, Frankfurt am Main: Fritz Knapp, S. 498-516.

Boissieu, Christian de (1990): Recent developments in the French financial system. An overview, in: Ders. (Hrsg.): Banking in France, New York: Routledge, S.1-25.

Bourdieu, Pierre (1987) : Die feinen Unterschiede. Kritik an der gesellschaftlichen Urteilskraft, Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Bouvier, Jean (1987): Les relations entre l'état et la banque de France depuis les années 1950, in: Vingtième Siècle. Revue d'histoire 13, 1, S. 23-33.

Brönstrup, Carsten (2009): Tatü, tata, der Staat ist da, in: Der Tagesspiegel, 31.5.2009, S.22.

Bühl, Walter L. (1992): Deutschland im sozioökonomischen Systemvergleich. Diagnose und Entwicklungsperspektiven, Opladen: Leske + Budrich.

Canals, Jordi (1993): Competitive Strategies in European Banking, Oxford: Clarendon Press.

Chantepie, Philippe/Gautier, Louis/Piot, Olivier/Plihon, Dominique (1997): La nouvelle politique économique. L'État face à la mondialisation, Paris: Presses Universitaires de France.

Chauprade, Aymeric (1996): L'espace économique francophone. Pour une Francophonie intégrale, Paris: Ellipses.

Chen, Guo-Ming/Starosta, William J. (1998): Foundations of Intercultural Communication, Boston [u.a.]: Allyn and Bacon.

Cohen, Elie (2003): French Capitalism: New Cleavages. Paper for the Princeton Conference 'The new cleavages in France', 9.-12. Okt. 2003, Princeton University.

Commissariat général du Plan [CGP]/Deutsch-französisches Institut [DFI] (2001): Standortpolitik und Globalisierung: deutsch-französische Perspektiven. Wirtschaftspolitik im Wandel, Opladen: Leske und Budrich.

Cukierman, Alex (1992): Central Bank Strategy, Credibility and Independence. Theory and Evidence, Cambridge [u.a.]: MIT Press.

De Jong, Eelke (2002): Why are price stability and statutory independence of central banks negatively correlated? The role of culture, in: European Journal of Political Economy, 18, 675-694.

Demangeat, Isabelle/Molz, Markus (2003): Frankreich, in: Thomas, Alexander (Hrsg.): Handbuch interkulturelle Kommunikation und Kooperation Bd. 2, Göttingen: Vandenhoeck und Ruprecht, S. 24-52.

Demorgon, Jacques (1996): Complexité des cultures et de l'interculturel, Paris : Anthropos.

Diaz-Bone, Rainer (2006): Operative Anschlüsse: Zur Entstehung der Foucaultschen Diskursanalyse in der Bundesrepublik. Jürgen Link im Gespräch mit Rainer Diaz-Bone [38 Absätze]. Forum Qualitative Sozialforschung/Forum: Qualitative Social Research,

7 (3), Art. 20, im Internet verfügbar unter http://www.qualitative-research.net/index.php/fqs/article/view/147/324, Abruf 28.8.2009.

D'Iribarne, Philippe (1989): La logique de l'honneur. Gestion des entreprises et traditions nationales, Paris: Seuil.

Disch, Wolfgang (1995): Die geldpolitische Konzeption der Banque de France und der Deutschen Bundesbank. Eine vergleichende Analyse der Geldmengenpolitik in Deutschland und Frankreich (Schriften zur Geldtheorie und Geldpolitik, Bd. 11), Pfaffenweiler: Centaurus.

Donges, Jürgen B. (1995): Deutschland in der Weltwirtschaft. Dynamik sichern, Herausforderungen bewältigen, Mannheim [u.a.]: B.I.-Taschenbuchverlag.

Dorner, Klaus/Klump, Rainer (1996): Wirtschaft und Kultur. Institutionenökonomische und wirtschaftssoziologische Aspekte, in: Klump, Rainer (Hrsg.): Wirtschaftskultur, Wirtschaftsstil und Wirtschaftsordnung. Methoden und Ergebnisse der Wirtschaftskulturforschung, Marburg: Metropolis, S. 39-68.

Drexler, Barbara (2007): The Clash of Monetary Civilisations. Central Bank Communication in Theory and Practice, Saarbrücken: Dr. Müller.

Drexler, Beate / Priddat, Birger (o.J.): Stabilitätskultur. Kulturelle Hintergründe von geldpolitischen Entscheidungen der EBZ in Europa, im Internet verfügbar unter http://www.hirzel.de/universitas/archiv/priddar_banken.doc.pdf, Abruf: 28.08.2009.

Dufour, Christian (1993): Frankreich, in: Bispinck, Reinhard/Lechner, Wolfgang (Hrsg.): Tarifpolitik und Tarifsysteme in Europa. Ein Handbuch über 14 Länder und europäische Kollektivverhandlungen (Europahandbuch für Arbeitnehmer, Bd. 3), Köln: Bund, S. 105-129.

Dufour, Christian (1999): Collective Bargaining in France in the Age of the Euro, in: Pochet, Philippe (Hrsg.): Monetary Union and Collective Bargaining in Europe (Work and Society, Bd. 22), Brüssel [u.a.]: PIE Lang, S. 85-120.

Duval, Julien (2004): Critique de la raison journalistique. Les transformations de la presse économique en France, Paris : Seuil.

Eder, Klaus (1997): Institution, in: Wulf, Christoph (Hrsg.): Vom Menschen. Handbuch Historische Anthropologie, Weinheim/Basel: Beltz, S. 159-168.

Faltlhauser, Kurt (2000): Die drei Säulen der Bankenlandschaft und die neuen Herausforderungen, in: Theilacker, Bertram (Hrsg.) : Banken und Politik. Innovative Allianz für die Zukunft, Frankfurt am Main: Frankfurter Allgemeine Buch, S.106-119.

Fleischer, Michael (2001): Kulturtheorie. Systemtheoretische und evolutionäre Grundlagen (Beiträge zur Kulturwissenschaft, Bd. 5), Oberhausen: Athena.

Foucault, Michel (1973): Archäologie des Wissens, Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Gaillard, Jean-Michel (1995): L'E.N.A., Miroir de l'État. De 1945 à nos jours, Brüssel: Complexe.

Gauchon, Pascal (2008): Le modèle français depuis 1945. Capituler, résister, s'adapter ? (Que sais-je ?, Bd. 3649), Paris: Presses universitaires de France.

Giret, Vincent (1998) : « J'ai décidé que la France sortirait de la zone Euro… », in : L'Expansion, 22.01.1998, Spécial euro, S. 39-42.

Große, Ernst Ulrich/Lüger, Heinz-Helmut (2000): Frankreich verstehen. Eine Einführung mit Vergleichen zu Deutschland, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.

Gougeon, Jacques-Pierre (1999) : L'identité allemande à l'entrée du XXIe siècle, Paris : Hachette.

Guérot, Ulrike (1997): Deutschland, Frankreich und die Währungsunion. Über Diskussionen und Metadiskussionen, in Deutsch-Französisches Institut (Hrsg.): Frankreich-Jahrbuch 1997, Opladen: Leske und Budrich, S.223-240.

Hall, Edward T. (1989): The Dance of Life. The Other Dimension of Time, New York: Anchor books.

Hall, Edward T. (1989b): Beyond Culture, New York: Anchor books.

Hall, Edward T. (1990a): The Hidden Dimension, New York: Anchor books.

Hall Edward T. (1990b): The Silent Language, New York: Anchor books.

Hallensleben, Philip v. (2002): Interpretationsprobleme der Zwei-Säulen-Strategie der Europäischen Zentralbank (Europäische Hochschulschriften Reihe V., Bd. 2936), Frankfurt am Main [u.a.]: Peter Lang.

Handschuch, Konrad (1994): D-Mark ade. Das Maastrichter Experiment, Frankfurt am Main: Fischer.

Hampden-Turner, Charles/Trompenaars, Fons (1993): The Seven Cultures of Capitalism, Value Systems for Creating Wealth in the United States, Britain, Japan, Germany, France, Sweden and the Netherlands, London: Piatkus.

Hansen, Klaus P. (2003): Kultur und Kulturwissenschaft. Eine Einführung, Tübingen [u.a.]: A. Francke.

Hartmann, Andreas (1991): Über die Kulturanalyse des Diskurses. Eine Erkundung, in: Zeitschrift für Volkskunde 87 (1991), S.19-28.

Helmolt, Katharina v./Müller-Jacquier, Bernd (1991): Französisch-deutsche Kommunikation im Management-Alltag. Erhoben in Kooperation mit IKL-Kommunikationstraining Mannheim und BASF, Frankreich. Bayreuth: IIK.

Hege, Adelheid (1999): Collective Bargaining in Germany in the Age of Monetary Union, in: Pochet, Philippe (Hrsg.): Monetary Union and Collective Bargaining in Europe (Work and Society, Bd. 22), Brüssel [u.a.]: PIE Lang, S.41-83.

Hickmann, Thorsten (1996): Einheit oder Vielfalt in Europa. Die Wirtschaftsstile Frankreichs, Deutschlands und Russlands in ihrer Binnen- und Außenwirkung, Wiesbaden: Gabler.

Hoecklin, Lisa (1994): Managing Cultural Differences. Strategies for Competitive Advantage, Wokingham [u.a.]: The EIU Series.

Höfer, Anette/Reichard, Rolf: Honnête home, Honnêteté, Honnêtes gens, in: Reichardt, Rolf/Schmitt, Eberhard (Hrsg.): Handbuch politisch-sozialer Grundbegriffe in Frankreich. 1680-1820 (Heft 7), München: Oldenbourg, S.8-67.

Hofstede, Geert (2001) : Culture's consequences. Comparing Values, Behaviors, Institutions and Organisations Across Nations, Thousand Oaks [u.a.]: Sage.

Hofstede, Geert/Hofstede, Gert Jan (2006): Lokales Denken, globales Handeln. Interkulturelle Zusammenarbeit und globales Management, München: DTV.

Holl, Christopher (2004): Wahrnehmung, menschliches Handeln und Institutionen. Von Hayeks Institutionenökonomik und deren Weiterentwicklung, Tübingen: Mohr Siebeck.

Hölscher, Michael (2006): Wirtschaftskulturen in der erweiterten EU. Die Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger im europäischen Vergleich, Wiesbaden: VS.

Huck, Christian (2005): Kultur-Transdifferenz-Gemeinschaft, in: Allolio-Näcke, Lars/Kalscheuer, Britta/Manzeschke, Arne(Hrsg.): Differenzen anders denken. Bausteine zu einer Kulturtheorie der Transdifferenz, Frankfurt [u.a.]: Campus, S.53-67.

Hugle, Robert/Larmann, Wolfgang (1999): Staat und Wirtschaft (Thema Wirtschaft, Bd. 56), Köln: Deutscher Institutsverlag.

Hugues, Pascale (1998): Le bonheur allemand, Paris : Seuil.

Izraelewicz, Erik (1999): Le capitalisme zinzin, Paris: Bernard Grasset.

Jaffré, Philippe (1996): Monnaie et politique monétaire, Paris : Economica.

Jäger, Siegfried (1993): Text- und Diskursanalyse. Eine Einleitung zur Analyse politscher Texte (DISS-Texte, Bd. 16), Duisburg: DISS.

Jäger, Siegfried (2001): Diskurs und Wissen. Theoretische und methodische Aspekte einer Kritischen Diskurs- und Dispositivanalyse, in: Keller, Reiner/Hirseland, Andreas/Schneider, Werner/Viehöfer, Willy (Hrsg.): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band 1: Theorien und Methoden, Opladen: Leske + Budrich, S. 81-112.

Jäger, Thomas (2002): Frankreich – eine Privilegiengesellschaft, Wiesbaden: Deutscher Universitätsverlag.

Joly, Hervé: Concours des grandes écoles versus diplômes universitaires. Sélectivité comparée des élites économiques françaises et allemandes, in: Ders. (Hrsg.): Formation des élites en France et en Allemagne, Cergy-Pontoise: CIRAC, S.65-79.

Jones, Eric L. (2008): Globalisierung der Kultur? (Die Einheit der Geisteswissenschaften, Bd. 143), Tübingen: Mohr Siebeck.

Jossa, Bruno/Musella, Marco (1998): Inflation, Unemployment and Money. Interpretations of the Phillips Curve, Cheltenham [u.a.]: Edward Elgar.

Kaufhold, Karl Heinrich (1996): Zur Entwicklung des Wirtschaftsstildenkens in Deutschland, in: Klump, Rainer (Hrsg.): Wirtschaftskultur, Wirtschaftsstil und Wirtschaftsordnung. Methoden und Ergebnisse der Wirtschaftskulturforschung, Marburg: Metropolis, S. 21-37.

Keller, Reiner (2007): Diskursforschung. Eine Einführung für Sozialwissenschaftler, Wiesbaden: VS.

Klump, Rainer (1996): Einleitung, in: Ders. (Hrsg.): Wirtschaftskultur, Wirtschaftsstil und Wirtschaftsordnung. Methoden und Ergebnisse der Wirtschaftskulturforschung, Marburg: Metropolis, S.9-20.

Kristensen, Peer Hull (1996): Variations in the nature of the firm in Europe, in: Richard Whitley/Peer Hull Kristensen (Hrsg.): The changing European firm. Limits to convergence, London/NewYork: Routledge, S. 1-36.

Kroeber, A.L./Kluckhohn, Clyde (1954): Culture. A Critical Review of Concepts and Definitions, New York: Vintage Books.

Lafay, Gérard/Levet, Jean-Louis (2001): Le système productif français, in: Vesperini, Jean-Pierre (Hrsg.): Les problèmes actuels de l'économie française, Paris: Presses Universitaires de France, S.379-435.

Lane, Christel (1989): Management and Labour in Europe. The Industrial Enterprise in Germany, Britain and France, Aldershot [u.a.]: Edward Elgar.

Lane, Christel (1995): Industry and society in Europe. Stability and Change in Britain, Germany and France, Aldershot/Brookfield: Edward Elgar.

Lang, Günther (2002): Germany, Gardener, Edward/Molyneux, Philip/Moore, Barry (Hrsg.): Banking in the New Europe. The Impact of the Single European Market Programme and EMU on the European Banking Sector, Basingstoke [u.a.]: Palgrave Macmillan, S.103-127.

Lauterbach, Nora (2004): Tertiarisierung und Informatisierung in Europa. Eine empirische Analyse des Strukturwandels in Deutschland, Frankreich, Italien und Großbritannien, Frankfurt a.M. [u.a.]: Lang.

Lasserre, René (1998): Wirtschaftsbeziehungen. Partner und Konkurrenten, in: Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (Hrsg.): Vis-à-vis. Deutschland und Frankreich, Köln: DuMont.

Lasserre, René/Schild, Joachim/Uterwedde, Henrik (1997). Frankreich. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft (Grundwissen Politik, Bd. 19), Opladen: Leske und Budrich.

Leaman, Jeremy (1993): Diktatur der Bundesbank, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 38 (1993), 1, S.802-814.

Lebaron, Frédéric (1997): Les fondements sociaux de la réalité économique. Le conseil de la politique monétaire de la Banque de France, in: Actes de la recherche en sciences sociales 116/117, S.69-90.

Le Bihan, Patrick (2007): Gewerkschaften vor der Erosion. In Frankreich und Deutschland schwinden die Mitglieder, in: Dokumente. Zeitschrift für den deutsch-französischen Dialog, 63, 4, S. 41-46.

Lepage, Henri (1996): L'Allemagne, clé de l'Union monétaire, in : Politique Internationale, 71, S.89-103.

Le Petit Robert (2004): Dictionnaire alphabétique et analogique de la langue française, Paris: Le Robert.

Lestrade, Brigitte (2007): Conflits sociaux und Arbeitskämpfe. Streikkulturen in Frankreich und Deutschland, in: Dokumente. Zeitschrift für den deutsch-französischen Dialog, 63, 4, S. 34-40.

Link, Jürgen (1983): Was ist und was bringt Diskurstaktik, in: kultuRRevolution 2 (1983), S. 60-66.

Linton, Ralph (1974): Gesellschaft, Kultur, Individuum. Interdisziplinäre sozialwissenschaftliche Grundbegriffe, Frankfurt a.M.: Fischer.

Losser, Alphonse (1992): L'économie de l'Allemagne (Que sais-je?, Bd. 283), Paris : Presses universitaires de France.

Lüsebrink, Hans-Jürgen (2003): Einführung in die Landeskunde Frankreichs**.** Wirtschaft – Gesellschaft – Staat – Kultur – Mentalitäten (Sammlung Metzler, Bd. 315), Stuttgart/Weimar: Metzler.

Majnoni d'Intignano, Béatrice (2003): L'instabilité monétaire (Que sais-je?, Bd. 3687), Paris : Presses universitaires de France.

Marsh, David (2009): Der Euro. Die geheime Geschichte der neuen Weltwährung, Hamburg: Murrmann.

Mayring, Philipp (1995): Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken, Weinheim: Deutscher Studienverlag.

Meissner, Hans Günther/Simmet, Heike (1994): Changes in Values and Perceptions Relating to the Political Economy of the Federal Republic of Germany, in: Voich, Dan/Stepina, Lee P. (Hrsg.): Cross-Cultural Analysis of Values and Political Economy Issues, Westport/London: Praeger.

Mercier, Paul (1999): La politique monétaire européenne, in: Studia diplomatica 52 (1999), 3, S. 103-106.

Meyer, Leonard B. (1987): Toward a Theory of Style, in: Lang, Berel (Hrsg.): The Concept of Style, New York: Cornell University, S. 21-71.

Mrosowski, Bettina (2003) : Savoir vivre avec les Allemands. Petit guide interculturel, Paris: L'Harmattan.

Müller-Armack, Alfred (1944): Genealogie der Wirtschaftsstile. Die geistesgeschichtlichen Ursprünge der Staats- und Wirtschaftsformen bis zum Ausgang des 18. Jahrhunderts, Stuttgart: Kohlhammer.

Münch, Paul (1984): Bürgerliche Tugenden. In: Ders. (Hrsg.): Ordnung, Fleiß und Sparsamkeit. Texte und Dokumente zur Entstehung der „bürgerlichen Tugenden", München: DTV, S.9-22.

Münch, Richard (1993): Die Kultur der Moderne. Band 2: Ihre Entwicklung in Frankreich und Deutschland, Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Münch, Richard (2005): Grundzüge und Grundkategorien der staatlichen und gesellschaftlichen Entwicklung Frankreichs, in: Kimmel, Adolf/Uterwedde, Henrik (Hrsg.): Länderbericht Frankreich. Geschichte, Politik, Wirtschaft, Gesellschaft (Schriftenreihe, Bd.462), Bonn: bpb, S.19-44.

Münkler, Herfried (2009): Die Deutschen und ihre Mythen, Berlin: Rowohlt.

Nies, Susanne (2006): Nationale Bankkulturen. Das deutsche und französische Bankensystem im Vergleich, in: Dokumente. Zeitschrift für den deutsch-französischen Dialog, 62, 5, S.22-26.

Nuss, Bernard (1993): Das Faust-Syndrom. Ein Versuch über die Mentalität der Deutschen, Bonn [u.a.]: Bouvier.

Obst, Georg/Hintner, Jürgen (2000): Geld-, Bank und Börsenwesen, Handbuch des Finanzsystems, herausgegeben von Jürgen von Hagen und Johann Heinrich von Stein, Stuttgart: Schäfer-Poeschel.

Pateau, Jacques (1998): Une étrange alchimie. La dimension interculturelle dans la coopération franco-allemande; Levallois-Peret: CIRAC.

Peschutter, Gudrun (1992): Geldpolitik bei Verfolgung mehrerer Ziele, in: Wirtschaftsdienst, 11, S.590-593.

Plassard, Jacques (1993): Après la défaite du franc, in: Chroniques de la S.E.D.E.I.S. 8 (1993), S.307-319.

Priddat, Birger P. (2006): Zentralbankkommunikation: ‚Murmeln in großer Zusammenhanglosigkeit'. Ein Vorwort, in: Drexler, Barbara/Hegmann, Horst (Hrsg.): Stabilitätskulturen. Kommunikationsstrategien ausgewählter europäischer Zentralbanken, Marburg: Metropolis, S.7-14.

Quintanilla, Javier (2000): National business environments. A proposed framework (Reserch Paper N°417), Barcelona: University of Na varra.

Patat, Jean-Pierre/Lutfalla, Michel (1986): Histoire monétaire de la France au XXe siècle, Paris : Economica.

Plihon, Dominique (2002): France, in: Gardener, Edward/Molyneux, Philip/Moore, Barry (Hrsg.): Banking in the New Europe. The Impact of the Single European Market Programme and EMU on the European Banking Sector, Basingstoke [u.a.]: Palgrave Macmillan, S.82-102.

Reynaud, Bénédicte (1992): La formation des salaires dans la désinflation compétitive en France. Diagnostic et propositions, in: CFDT-Aujourd'hui, 106, Sept., S.63-80.

Rogall, Holger (2006): Volkswirtschaftslehre für Sozialwissenschaftler. Eine Einführung, Wiesbaden: VS.

Rübel, Gerhard (2002): Grundlagen der monetären Außenwirtschaft, München [u.a]: Oldenbourg.

Rutz, Daniel (1998) : Strukturwandel im französischen Finanzsystem. Privatisierungen und Strukturveränderungen auf den französischen Finanz- und Kapitalmärkten (Studien der Bremer Gesellschaft für Wirtschaftsforschung e.V., Bd. 8), Frankfurt am Main [u.a.]: Lang.

Schroll-Machl, Sylvia (2005): Doing business with Germans. Their perception, our perception, Göttingen: Vandenhoeck und Ruprecht.

Schefold, Bertram (1994): Wirtschaftsstile. Band 1: Studien zum Verhältnis von Ökonomie und Kultur, Frankfurt am Main: Fischer.

Schwarzer, Daniela/Uterwedde, Henrik (2001): French and German Competitiveness Strategies from the Perspective of European Integration and a Global Worls Economy, in: Maclean, Mairi/Trouille, Jean-Marc (Hrsg.): France, Germany and Britain. Partners in a Changing World, Houndsmills [u.a.]: Palgrave.

Seibel, Karsten (2009): Es gibt zu wenige große Konzerne für den Dax, in: Welt online, 1.9.2009, im Internet verfügbar unter http://www.welt.de/finanzen/article 4439510/Es-gibt-zu-wenige-grosse-Konzerne-fuer-den-Dax.html, Abruf: 15.9.2009.

Simmel, Georg (2001): Philosophie des Geldes. Nachdruck der Ausgabe von 1920, Köln: Parkland.

Simon, Herrmann (2007): Hidden Champions des 21. Jahrhunderts. Die Erfolgsstrategien unbekannter Weltmarktführer, Frankfurt am Main: Campus.

Simonin, Laurence (2003): Le choix des règles constitutionnelles de la concurrence. Ordolibéralisme et théorie contractualiste de l'Etat, in : Commun, Patricia (Hrsg.): L'ordolibéralisme allemand. Aux sources de l'Economie sociale du marché, Cergy-Pontoise: CIRAC, S.67-76.

Sinn, Hans-Werner (2003): Ist Deutschland noch zu retten?, München: Econ.

Stemmermann, Klaus (1996): Gibt es einen italienischen Wirtschaftsstil? In: Klump, Rainer (Hrsg.): Wirtschaftskultur, Wirtschaftsstil und Wirtschaftsordnung. Methoden und Ergebnisse der Wirtschaftskulturforschung, Marburg: Metropolis, S.93-123.

Story, Jonathan/Walter, Ingo (1997): Political economy of financial integration in Europe. The battle of the systems, Manchester: Manchester University Press.

Todd, Emmanuel (1998): L'illusion économique. Essai sur la stagnation des sociétés développés, Paris: Galimard.

Thomas, Alexander (1996): Analyse der Handlungswirksamkeit von Kulturstandards, in: Thomas, Alexander (Hrsg.*):* Psychologie interkulturellen Handelns, Göttingen [u.a.]: Hogrefe, S.107-135.

Thomas, Alexander (2003): Kultur und Kulturstandards, in: Thomas, Alexander/Kinast, Eva-Ulrike/Schroll-Machl, Sylvia (Hrsg.): Handbuch Interkulturelle Kommunikation und Kooperation Bd. 1. Grundlagen und Praxisfelder, Göttingen: Vandenhoeck und Ruprecht, S.19-31.

Toniolo, Gianni (2005): Central Bank Cooperation at the Bank for International Settlements, 1930-1973, Cambridge: Cambridge University Press.

Uterwedde, Henrik (2002): Feu le « capitalisme rhénan » ?, in Regards sur l'économie allemande. Bulletin économique du CIRAC, 55, S.10.

Uterwedde, Henrik (2006) : Patriotisme économique. Eine (nicht nur) französische Debatte, in: Dokumente. Zeitschrift für den deutsch-französischen Dialog, 62, 6, S.16-21.

Vesperini, Jean-Pierre (2001): La croissance de l'économie française de la fin du XXe siècle à l'aube du XXIe siècle, in : Ders. (Hrsg.) : Les problèmes actuels de l'économie française, Paris: Presses Universitaires de France, S.1-104.

Vierling, Michael (2005): Traditions et modernisation dans l'administration publique en France et en Allemagne. Une comparaison des deux cultures administratives, in: Baasner, Frank (Hrsg.): Gérer la diversité culturelle. Théorie et pratique de la communication interculturelle en contexte franco-allemand, Frankfurt am Main [u.a.]: Lang S. 117-127.

Wahrlich, Heide (1991): Wortlose Sprache. Verständnis und Mißverständnis im Kulturkontakt, in: Thomas, Alexander (Hrsg.): Kulturstandards in der internationalen Begegnung (ssip bulletin, Bd. 61), Saarbrücken: Verlag für Entwicklungspolitik, S.13-39.

Anhang

- Werbeanzeige Volkswagen
- Amtszeiten der Gouverneure der Banque de France
- Amtszeiten der Präsidenten der Deutschen Bundesbank
- Auflistung der untersuchten Artikel

MONNAIE FORTE

Quand une monnaie résiste aux aléas de l'économie, quand elle garde sa valeur contre vents et marées, quand elle se revend facilement, on dit que c'est une monnaie forte. Et on sait qu'elle constitue un bon placement.

Vous avez investi dans une Volkswagen ? Alors, ne vous inquiétez donc pas. Vous avez su admirablement placer votre argent.

Non seulement vous avez su choisir une voiture qui vous servira très efficacement, mais aussi une voiture que vous pourrez revendre facilement (pour acheter une autre Volkswagen bien évidemment !).

Parce qu'elle est robuste. Parce que sa réputation de sobriété et d'économie d'entretien n'est absolument pas usurpée.

Parce que son avance technologique l'empêche d'être démodée. Parce qu'elle garde sa cote malgré le temps qui passe.

En un mot, parce qu'une Volkswagen d'occasion inspire la même confiance que si elle était flambant neuve.

Ne vous étonnez pas d'être sollicité à la suite de votre petite annonce proposant une Volkswagen de seconde main ! Sur le marché, les monnaies fortes sont toujours très, très demandées.

VOLKSWAGEN, C'EST TOUJOURS POUR LONGTEMPS

Doyle Dane Bernbach. V.A.G. France S.A. 02600 Villers-Cotterêts. Tél. : 96.08.03.

Werbung des Volkswagen-Konzerns, aus: "L'Expansion", 3.2.1984, S.16

Gouverneure der Banque de France seit 1944		
Name	Von	Bis
Monick	1944	1949
Baumgartner	1949	1960
Brunet	1960	1969
Wormser	1969	1974
Clappier	1974	1979
de la Genière	1979	1984
Camdessus	1984	1987
de Larosière	1987	1993
Trichet	1993	2003
Noyer	2003	

Bundesbankpräsidenten seit 1950		
Name	von	bis
Vocke	1950	1957
Blessing	1958	1969
Klasen	1970	1977
Emminger	1977	1979
Pöhl	1980	1991
Schlesinger	1991	1993
Tietmeyer	1993	1999
Welteke	1999	2004
Stark	2004	2004
Weber	2004	

Daten entnommen aus: **Tonniolo, Gianni (2005):** Central Bank Cooperation at the Bank for international settlements. 1930-1973, Cambridge: Cambridge University Press

Nummer	Jahrgang	Heft	Seite	Titel	Autor	Art des Artikels
Ex81/1	1981	09. Jan	39-48	Barre... et après	Philippe Lefournier	Bericht
Ex81/2	1981	20. Feb	19	Allemagne: c'est la récession	Rémy Dessarts	Bericht
Ex81/3	1981	20. Feb	149-151	La hausse du dollar a du bon	Jean Denizet	Gastbeitrag
Ex81/4	1981	06. Mrz	59-61	Sept ans de malheur	Philippe Lefournier	Bericht
Ex81/5	1981	06. Mrz	75-77	A chacun son "bon" dollar	Christine Mital	Bericht
Ex81/6	1981	20. Mrz	19	La course folle des taux d'intérêt	Philippe Lefournier	Konjunkturprognose
Ex81/7	1981	20. Mrz	21	Allemagne: freinage brutal	o.V.	Konjunkturprognose
Ex81/8	1981	20. Mrz	62-66	Deux scénarios pour un septennat	Jacques Fontaine	Bericht
Ex81/9	1981	17. Apr	19	L'arme monétaire fait mal	Philippe Lefournier	Konjunkturprognose
Ex81/10	1981	17. Apr	21	Allemagne: relance franco-allemande	Rémy Dessarts	Konjunkturprognose
Ex81/11	1981	17. Apr	63-69	La France indexée	Gérard Moatti	Bericht
Ex81/12	1981	17. Apr	137-139	Pour Valéry Giscard d'Estaing	Jean Denizet	Gastbeitrag
Ex81/13	1981	17. Apr	145-147	Des choses et des hommes	Alfred Sauvy	Gastbeitrag
Ex81/14	1981	01. Mai	19-23	Après-élections: deux scénarios	Philippe Lefournier	Bericht
Ex81/15	1981	22. Mai	17-23	Sept expériences de gauche en Europe	Philippe Lefournier	Bericht
Ex81/16	1981	22. Mai	199-201	Une grande absente: l'inflation	Jean Denizet	Gastbeitrag
Ex81/17	1981	05. Jun	17-21	Ce que coûterait une dérive	Philippe Lefournier	Konjunkturprognose
Ex81/18	1981	19. Jun	133-135	Reagan, Delors et l'inflation	Jean Denizet	Gastbeitrag
Ex81/19	1981	03. Jul	41-45	1982 ca ne pourra pas continuer	Philippe Lefournier	Konjunkturprognose
Ex81/20	1981	03. Jul	46-49	L'arme du SME	Jean Denizet	Bericht
Ex81/21	1981	03. Jul	50-53	Les trous de la passoire	Pierre Beaudeux	Bericht
Ex81/22	1981	04. Sep	53-58	Delors s'explique	Jean Boissonnat	Interview mit Jacques Delors
Ex81/23	1981	18. Sep	15	Les États-Unis freinent, l'Allemagne repart	Philippe Lefournier	Konjunkturprognose
Ex81/24	1981	18. Sep	16	Allemagne: le mark retrouve une santé	Rémy Dessarts	Konjunkturprognose
Ex81/25	1981	18. Sep	19	Pourquoi les Américains survivent à l'argent cher	Christine Mital	Bericht
Ex81/26	1981	02. Okt	5	Bascule monétaire	Jean Boissonnat	Kolumne
Ex81/27	1981	02. Okt	17-21	Le pouvoir parie sur 3,3% de croissance en 1982	Philippe Lefournier	Konjunkturprognose
Ex81/28	1981	16. Okt	5	La dévaluation Delors	Jean Boissonnat	Kolumne
Ex81/29	1981	16. Okt	17-19	Franc-mark : vers le divorce	Philippe Lefournier	Konjunkturprognose
Ex81/30	1981	16. Okt	141-149	L'Allemagne à l'épreuve	Philippe Lefournier	Reportage
Ex81/31	1981	16. Okt	167-179	Eux et nous: le grand malentendu	Gérard Moatti	Reportage
Ex81/32	1981	16. Okt	221-223	Le franc et l'inflation	Jean Denizet	Gastbeitrag
Ex81/33	1981	06. Nov	19-20	La "locomotive" francaise	Philippe Lefournier	Konjunkturprognose
Ex81/34	1981	20. Nov	86-87	Pierre Mauroy au Forum de L'Expansion: "Nous relancons, embauchez!"	G.M.	
Ex81/35	1981	04. Dez	17-18	Les consommateurs moins pessimistes que les patrons	Philippe Lefournier	Konjunkturprognose
Ex81/36	1981	04. Dez	21-23	Delors peut-il réussir?	Rémy Dessarts	Bericht
Ex81/37	1981	04. Dez	159-161	Les deux risques	Alfred Sauvy	Gastbeitrag
Ex81/38	1981	18. Dez	17	la vraie reprise...dans un an	Philippe Lefournier	Konjunkturprognose

Nummer	Jahrgang	Heft	Seite	Titel	Autor	Art des Artikels
Ex81/39	1981	18. Dez	135-137	L'Amérique sur la bonne voie?	Jean Denizet	Gastbeitrag
Ex83/1	1982	24. Dez	23	Les Allemands ont peur des Francais et des "verts"	Rémy Dessarts	Bericht
Ex83/2	1983	07. Jan	8-9	Nouveau franc	Jean Boissonnat	Kolumne
Ex83/3	1983	07. Jan	13	Réduire la consommation	Philippe Lefournier	Konjunkturprognose
Ex83/4	1983	07. Jan	48-54	L'Epreuve	Philippe Lefournier	Konjunkturprognose
Ex83/5	1983	21. Jan	11	Quelques éclaircis dans un ciel sombre	Philippe Lefournier	Konjunkturprognose
Ex83/6	1983	04. Mrz	17-18	Ca va tanguer!	Philippe Lefournier	Konjunkturprognose
Ex83/7	1983	18. Mrz	5	Le franc au plancher	Jean Boissonnat	Kolumne
Ex83/8	1983	18. Mrz	18-21	Kohl accentue le dégel de l'investissement	Rémy Dessarts	Bericht
Ex83/9	1983	18. Mrz	87-93	La gauche à l'épreuve	Gérard Moatti	Bericht
Ex83/10	1983	18. Mrz	150	Entre la gauche et le franc	Gérard Moatti	Bericht
Ex83/11	1983	08. Apr	5-7	Les trois erreurs	Jean Boissonnat	Kolumne
Ex83/12	1983	08. Apr	53-56	Les chances de la rigueur bis	Philippe Lefournier	Konjunkturprognose
Ex83/13	1983	08. Apr	58-59	Jacques Delors: Je veux convaincre les cadres de se mobiliser	Jean Boissonnat	Interview mit Jacques Delors
Ex83/14	1983	08. Apr	59-60	Raymond Barre: La France ne restera dans le SME qu'avec une croissance dans la stabilité	Jean Boissonnat	Interview mit Raymond Barre
Ex83/15	1983	08. Apr	60-61	Gerhard Stoltenberg: Je me réjouis que la France semble renoncer à la tentation du protectionnisme	Rémy Dessarts	Interview mit Gerhard Stoltenberg
Ex83/16	1983	08. Apr	167-169	Le président et ses contraintes	Alfred Grosser	Gastbeitrag
Ex83/17	1983	22. Apr	139-143	Dévaluations manquées: pourquoi?	Jean Denizet	Gastbeitrag
Ex83/18	1983	06. Mai	19-20	L'heure du "go and stop"	Philippe Lefournier	Konjunkturprognose
Ex83/19	1983	20. Mai	5	Bretton Woods-bis	Jean Boissonnat	Kolumne
Ex83/20	1983	20. Mai	17	Lecons pour Williamsburg	Philippe Lefournier	Konjunkturprognose
Ex83/21	1983	03. Jun	115-119	Keynes, cet inconnu		
Ex83/22	1983	03. Jun	119-121	Le Keynes que j'ai connu		
Ex83/23	1983	01. Jul	5	"Monsieur Dollar"	Jean Boissonnat	Kolumne
Ex83/24	1983	12. Jul	7-9	Notre déficit change de nature	Gérard Moatti	Bericht
Ex83/25	1983	09. Sep	151-153	Gare à la déflation!	Jean Denizet	Gastbeitrag
Ex83/26	1983	07. Okt	11-12	Toujours trop d'inflation	Philippe Lefournier	Konjunkturprognose
Ex83/27	1983	07. Okt	37-47	Dix ans pour un prologue	Philippe Lefournier	Bericht
Ex83/28	1983	04. Nov	19-20	L'inflation résiste...l'activité aussi	Philippe Lefournier	Konjunkturprognose
Ex83/29	1983	04. Nov	87-89	Barre: libérons les prix et supprimons les subventions	Jacques Fontaine	Bericht
Ex83/30	1983	18. Nov	120-129	A bas Keynes! Vive Schumpeter!		
Ex83/31	1983	18. Nov	165-167	C'est le moment de tenir les salaires	Jean Denizet	Gastbeitrag
Ex83/32	1983	16. Dez	51-61	Exclusif Mauroy-Chirac	Jean Boissonnat	Debatte P. Mauroy-J.Chirac
Ex87/1	1986	19. Dez	99-100	Exportation: la France peut gagner	Rémy Dessarts	Interview mit François David
Ex87/2	1987	09. Jan	13-14	3% de trop?	Philippe Lefournier	Konjunkturprognose
Ex87/3	1987	09. Jan	47-52	Le libéralisme à l'épreuve	Philippe Lefournier	Konjunkturprognose
Ex87/4	1987	23. Jan	5-6	SME en sursis?	Jean Boissonnat	Kolumne

Nummer	Jahrgang	Heft	Seite	Titel	Autor	Art des Artikels
Ex87/5	1987	23. Jan	15	Monnaies: la guerre continue	Philippe Lefournier	Konjunkturprognose
Ex87/6	1987	23. Jan	16	Certitudes allemandes	Rémy Dessarts	Bericht
Ex87/7	1987	23. Jan	135-137	Les vertus du franc-satellite	Alain Minc	Gastbeitrag
Ex87/8	1987	23. Jan	139-140	Déphasages politiques	Alfred Grosser	Gastbeitrag
Ex87/9	1987	23. Jan	141	La croissance ligotée	Alfred Sauvy	Gastbeitrag
Ex87/10	1987	06. Feb	6	Le ciseau américain	Jean Boissonnat	Kolumne
Ex87/11	1987	06. Feb	17-18	Le verglas des prix	Philippe Lefournier	Konjunkturprognose
Ex87/12	1987	06. Feb	21	Dollar à 6 francs: nos exportateurs dans l'étau	Étienne Bertier/Rémy Dessarts	Bericht
Ex87/13	1987	06. Feb	143-144	Le recentrage des Allemands	Alfred Grosser	Gastbeitrag
Ex87/14	1987	06. Feb	147	Dangereux dollar	Jean Denizet	Gastbeitrag
Ex87/15	1987	20. Feb	17	Le dollar menace la croissance	Philippe Lefournier	Konjunkturprognose
Ex87/16	1987	06. Mrz	5-6	Après le rendez-vous du Louvre	Jean Boissonnat	Kolumne
Ex87/17	1987	06. Mrz	17-18	La fin des aubaines	Philippe Lefournier	Konjunkturprognose
Ex87/18	1987	06. Mrz	165-167	Le retour de Keynes	Jean Denizet	Gastbeitrag
Ex87/19	1987	03. Apr	5	Le coin de ciel bleu	Jean Boissonnat	Kolumne
Ex87/20	1987	Jun	7-9	L'exportation prise à contre-pied	R.D.	Konjunkturprognose
Ex87/21	1987	05. Jun	21	Pas de dérapage sur les salaires	Étienne Bertier	Konjunkturprognose
Ex87/22	1987	05. Jun	185-189	Pour une magistrature monétaire	Gérard Moatti	Interview mit Alain Prate, ehem. Sous-Gouv der BdF
Ex87/23	1987	05. Jun	207-209	Le mal monétaire	Jean Denizet	Gastbeitrag
Ex87/24	1987	03. Jul	51-55	1988. Sursaut ou déclin?	Philippe Lefournier	Konjunkturprognose
Ex87/25	1987	17. Jul	32-37	Le dollar à 3 francs	Philippe Simonnot	Fiktive Vorschau
Ex87/26	1987	11. Sep	29	Un été indien pour l'économie francaise	Philippe Lefournier	Konjunkturprognose
Ex87/27	1987	25. Sep	8-9	Le nouveau paysage monétaire	Jean Boissonnat	Kolumne
Ex87/28	1987	25. Sep	27	Embellie internationale	Philippe Lefournier	Konjunkturprognose
Ex87/29	1987	09. Okt	27	L'amélioration va se poursuivre	Philippe Lefournier	Konjunkturprognose
Ex87/30	1987	23. Okt	11	Lundi noir	Jean Boissonnat	Kolumne
Ex87/31	1987	23. Okt	27	Le spectre du krach menace la reprise	Philippe Lefournier	Konjunkturprognose
Ex87/32	1987	23. Okt	330-335	La crise pour encore 20 ans?	Philippe Lefournier	Bericht
Ex87/33	1987	23. Okt	334	Un système monétaire supranational est inévitable	Jean Denizet	Gastbeitrag
Ex87/34	1987	06. Nov	29	La consommation chutera en 1988	Philippe Lefournier	Konjunkturprognose
Ex87/35	1987	06. Nov	106-107	L'Allemagne double le Japon	o.V.	Bericht
Ex87/36	1987	06. Nov	293-294	Allemagne: un entêtement dangereux	Étienne Bertier	Bericht
Ex87/37	1987	06. Nov	294-296	France: les vraies faiblesses	Gérard Moatti	Bericht
Ex87/38	1987	20. Nov	9	Le franc dans la tourmente	Jean Boissonnat	Kolumne
Ex87/39	1987	20. Nov	20	Faudra-t-il une autre secousse?	Alain Minc	Gastbeitrag
Ex87/40	1987	20. Nov	128-135	Si la gauche revenait	Gérard Moatti	Bericht
Ex87/41	1987	04. Dez	27	L'expansion se prolongera début 1988	Philippe Lefournier	Konjunkturprognose
Ex90/1	1989	21. Dez	9-10	Dans dix ans, l'écu	Jean Boissonnat	Kolumne
Ex90/2	1989	21. Dez	10	le franc libéré	Jean Boissonnat	Kolumne
Ex90/3	1989	21. Dez	37	L'Europe monétaire à portée de main	Michel Develle	Gastbeitrag
Ex90/4	1990	25. Jan	15-17	Franc fort, quand tu nous tiens...	Nathalie Villard, Jean-Marc Vittori	Bericht

Nummer	Jahrgang	Heft	Seite	Titel	Autor	Art des Artikels
Ex90/5	1990	22. Feb	8	Le couple France-Allemagne	Jean Boissonnat	Kolumne
Ex90/6	1990	22. Feb	53-54	Demain la grande Allemagne	Gérard Moatti	Dossier
Ex90/7	1990	22. Feb	55-63	L'âge d'or de la reconstruction	Jean-Marc Vittori	Reportage
Ex90/8	1990	22. Feb	90-93	Un Deutsche Mark commun: Oui, mais pas demain. Interview mit Karl Otto Pöhl	Caroline Brun, Jean-Marc Vittori	Interview mit K-O Pöhl
Ex90/9	1990	08. Mrz	100-102	Un grand commis inoxydable	Hervé Bentégeat	Darstellung J-C Trichet
Ex90/10	1990	05. Apr	76-78	Les paradoxes de l'argent cher. Contre quelques idées recues sur les taux d'intérêt	Jean Dezinet	Wi-Theorie
Ex90/11	1990	19. Apr	59-69	Quand notre monnaie sera l'ECU	Gérard Moatti	Fiktive Vorschau
Ex90/12	1990	17. Mai	38	Contre le monothéisme des taux	Jean-Paul Betbèze	Wi-Theorie
Ex90/13	1990	04. Okt	60-69	Les maîtres des monnaies	Jean-Marc Vittori	Reportage
Ex90/14	1990	06. Dez	19-25	Mrs. Thatcher a manqué de riguer ...monétaire	Philippe Lefournier	Bericht
Ex90/15	1990	20. Dez	62-67	Capitalisme contre capitalisme	Michel Albert	Wi-Theorie
Ex93/1	1992	17. Dez	7-8	De l'écu à l'écu	Jean Boissonnat	Kolumne
Ex93/2	1992	17. Dez	22-24	Le salut par l'inflation?	Gérard Moatti	Debatte zw. Marc Blondel (FO) und Gérard Athias (Sparerfunktionär)
Ex93/3	1993	07. Jan	11	Maastricht à dix ou à douze?	Jean Boissonnat	Kolumne
Ex93/4	1993	07. Jan	30-31	Le franc doit tenir!	Jacques Mistral	Kommentar
Ex93/5	1993	07. Jan	34-36	1993 croissance zéro	Philippe Lefournier	Konjunkturprognose
Ex93/6	1993	07. Jan	37	Le franc peut-il tenir?	Philippe Lefournier	Konjunkturprognose
Ex93/7	1993	21. Jan	7-8	Relance électorale	Jean Boissonnat	Kolumne
Ex93/8	1993	21. Jan	32	"La spéculation contre le franc va cesser"	Laurence Ville	Interview mit Franz Schoser (DIHT-Präsident)
Ex93/9	1993	04. Feb	13-14	Une indépendance nécessaire mais pas suffisante	Jean-Marc Vittori	Bericht
Ex93/10	1993	18. Feb	7	Si l'écu existait	Jean Boissonnat	Kolumne
Ex93/11	1993	18. Feb	29	Franc: les illusions du décrochage	Jean-Marc Vittori	Bericht
Ex93/12	1993	04. Mrz	76-77	Une crise de l'argent	Jean Boissonnat	Bericht
Ex93/13	1993	18. Mrz	11-13	L'autre Premier ministre	Jean Boissonnat	
Ex93/14	1993	18. Mrz	17-21	Inventaire avant scrutin	Gérard Moatti	Bericht
Ex93/15	1993	18. Mrz	52	Chômage: le prix de la lutte	Jean-Paul Fitoussi	Gastbeitrag
Ex93/16	1993	18. Mrz	58	"Notre potentiel de croissance est sans précédent depuis quarante ans"	Philippe Lefournier	Interview mit Michel Camdessus
Ex93/17	1993	18. Mrz	66-74	Le pari du franc	Henri Gibier	Bericht
Ex93/18	1993	18. Mrz	74-77	Le franc chez lui	Michel Delluc	Fotoserie
Ex93/19	1993	18. Mrz	78-81	De Jean le Bon à Maastricht	Jean-Marc Vittori	Wirtschaftsgeschichte
Ex93/20	1993	30. Mrz	17-21	1995 ou 1998?	Gérard Moatti	Bericht
Ex93/21	1993	30. Mrz	21-22	Edmond Alphandéry: "Creuser le déficit serait suicidaire"	Laurence Ville/Philippe Lefournier	Interview mit Edmond Alphandéry
Ex93/22	1993	15. Apr	40-41	Prédateurs, proies et taux	Jean-Paul Fitoussi	Gastbeitrag
Ex93/23	1993	15. Apr	54-57	Un pragmatique face aux tabous	Gérard Moatti; Jean-Marc Vittori	Reportage
Ex93/24	1993	06. Mai	13	La mort de Pierre Bérégovoy	Jean Boissonnat	Kolumne

Nummer	Jahrgang	Heft	Seite	Titel	Autor	Art des Artikels
Ex93/25	1993	06. Mai	34	Banque de France: entre autonomie et indépendance	H.Ch.	Bericht
Ex93/26	1993	19. Mai	11-13	Une monnaie sans État	Jean Boissonnat	Kolumne
Ex93/27	1993	19. Mai	38-39	Vers l'éclatement du modèle social		
Ex93/28	1993	19. Mai	64-67	Les trois lecons d'économie de Pierre Bérégovoy	Henri Gibier	Nachruf
Ex93/29	1993	03. Jun	13	Maastricht II	Jean Boissonnat	Kolumne
Ex93/30	1993	03. Jun	17-20	La récession compromet la monnaie unique	François Lenglet	Bericht
Ex93/31	1993	03. Jun	20	Alain Lamassoure: marché unique = stabilité monétaire	François Lenglet	Interview mit Alain Lamassoure, Europa-Minister
Ex93/32	1993	03. Jun	124-125	Il y a 70 and, le mark ne valait rien	Jacques Marseille	Wirtschaftsgeschichte
Ex93/33	1993	17. Jun	10	Boucs émissaires	Jean Boissonnat	Kolumne
Ex93/34	1993	17. Jun	11	Rencontre à Düsseldorf		
Ex93/35	1993	17. Jun	72-75	Et si la crise renforcait l'Allemagne	François Lenglet	Reportage
Ex93/36	1993	01. Jul	27	G7: le sommet de la discorde	François Lenglet	Bericht
Ex93/37	1993	09. Sep	7-8	Un règne de trois semaines	Jean Boissonnat	Kolumne
Ex93/38	1993	09. Sep	9	Embarras monétaires	Jean Boissonnat	Kolumne
Ex93/39	1993	09. Sep	9-11	Cette ombre à l'Est	Jean Boissonnat	Kolumne
Ex93/40	1993	09. Sep	11	Le marché contre l'État	Jean Boissonnat	Kolumne
Ex93/41	1993	09. Sep	15	L'occasion manquée	Philippe Lefournier	Konjunkturprognose
Ex93/42	1993	09. Sep	52-63	Balladur peut-il réussir?	Henri Gibier	Bericht
Ex93/43	1993	09. Sep	112-114	La gallerie dorée des gouverneurs	Anne-Laurence Fitère	Wirtschaftsgeschichte
Ex93/44	1993	23. Sep	9	Un fonctionnaire-militant	Jean Boissonnat	Kolumne
Ex93/45	1993	23. Sep	17	La RFA ne servira pas de locomotive	Emmanuel Lechypre	Konjunkturprognose
Ex93/46	1993	23. Sep	48	L'infirmité monétaire, un mal européen	Jean-Paul Fitoussi	Gastbeitrag
Ex93/47	1993	23. Sep	86-91	Faut-il brûler les spéculatuers?	Jean-Pierre Séréni	Reportage
Ex93/48	1993	23. Sep	148	Le miracle de l'argent	Gérard Moatti	Rezension "Que l'argent soit"
Ex93/49	1993	07. Okt	13	Déficits et convergences	Jean Boissonnat	Kolumne
Ex93/50	1993	07. Okt	126-128	Très chère banque de France	Anne-Laurence Fitère	Reportage
Ex93/51	1993	21. Okt	9	L'avenir de la monnaie	Jean Boissonnat	Kolumne
Ex93/52	1993	21. Okt	37	Une Buba pour l'Union monétaire	Eric Chol	Bericht
Ex93/53	1993	04. Nov	17	L'économie est sur le fil	Philippe Lefournier	Konjunkturprognose
Ex93/54	1993	04. Nov	42	L'économie piégée par le franc	François Lenglet	Bericht
Ex93/55	1993	04. Nov	49	La dévaluation compétitive est un mythe	François Rachline	Gastbeitrag
Ex93/56	1993	25. Nov	17	Les vents contraires	Philippe Lefournier	Konjunkturprognose
Ex93/57	1993	20. Dez	34	La réforme du statut de la Banque de France	Laurence Ville	Bericht
Ex93/58	1993	20. Dez	39	Quand les déficits des comptes publics font le grand écart	Elie Cohen	Gastbeitrag
Ex93/59	1993	20. Dez	76-78	Attention déflation!	Philippe Lefournier	Konjunkturprognose
Ex93/60	1993	20. Dez	79-80	Les prix de détail ne cessent de baisser en France	Laurence Ville	Konjunkturprognose
Ex98/1	1997	18. Dez	61-64	Les trente explosives	Jean Boissonnat	Retrospektive
Ex98/2	1997	18. Dez	65-70	La croissance n'est plus ce qu'elle était	Philippe Lefournier	Retrospektive

Nummer	Jahrgang	Heft	Seite	Titel	Autor	Art des Artikels
Ex98/3	1997	18. Dez	75-125 [102]	L'encyclopédie des ruptures: Inflation	o.V.	Schlagwort
Ex98/4	1997	18. Dez	75-124 [106]	L'encyclopédie des ruptures: Keynes		
Ex98/5	1998	08. Jan	27	L'Europe fai fausse route -> Journal de l'Euro	George Sarre	Gastbeitrag
Ex98/6	1998	08. Jan	46-49	Un point de croissance en moins, et le scénario Jospin flanche	Patrick Coquidé, Lionel Steinmann, Laurence Ville	Bericht
Ex98/7	1998	08. Jan	84-85	Europe occidentale. Les petits pays sont les nouveaux champions	Laurence Ville	Konjunkturprognose
Ex98/8	1998	08. Jan	104-107	La déflation jouera contre la reprise en 1998	Philippe Lefournier	Konjunkturprognose
Ex98/9	1998	22. Jan	31	1er juillet: la BCE prend le pouvoir -> Journal de l'Euro	Vincent Giret	Bericht
Ex98/10	1998	22. Jan	33	Les lecons du dollar à l'euro -> Journal de l'Euro	Daniel Cohen	Gastbeitrag
Ex98/11	1998	22. Jan/Spez	6-9	Les garndes étapes de la marche à la monnaie unique	Gérard Moatti	Wirtschaftsgeschichte
Ex98/12	1998	22. Jan/Spez	12-15	Comment va tourner la mécanique de l'euroéconomie	Françoise de Fouchécour	Bericht
Ex98/13	1998	22. Jan/Spez	16-17	Sur la route de l'euro, il y a ceux qui veulent...et ceux qui peuvent	F. de F., G.M.	Bericht
Ex98/14	1998	22. Jan/Spez	22-26	Du bon usage de l'euro pour la croissance et l'emploi	Gérard Moatti	Bericht
Ex98/15	1998	22. Jan/Spez	25	Vivre aux portes de l'euro	Véronique Le Billon	Bericht
Ex98/16	1998	22. Jan/Spez	28-31	L'euro, une alternative crédible au dollar	Olivier Lacoste	Bericht
Ex98/17	1998	22. Jan/Spez	39-42	"J'ai décidé que la France sortirait de la zone Euro..."	V.G.	Fikive Vorschau
Ex98/18	1998	22. Jan/Spez	54-55	1999-2001: trois ans pour apprivoiser une monnaie inconnue	Isabelle Mas	Bericht
Ex98/19	1998	05. Feb	39	A chacun son calendrier -> Journal de l'Euro	Gérard Moatti	Bericht
Ex98/20	1998	05. Feb	40	Wim Duisenberg: "La stabilité des prix, impératif catégorique"	o.V.	Meinungsdarstellung
Ex98/21	1998	05. Feb	40	Gavyn Davies: "Attention aux politiques trop restrictives"	o.V.	Meinungsdarstellung
Ex98/22	1998	05. Feb	42	Valéry Giscard-d'Estaing: "Très vite, développer la dimension politique"	o.V.	Meinungsdarstellung
Ex98/23	1998	05. Feb	42	Jacques Delors: "Un ajustement par le haut"	o.V.	Meinungsdarstellung
Ex98/24	1998	19. Feb	17	Mon Dieu, que la bulle est jolie!	Philippe Lefournier	Konjunkturprognose
Ex98/25	1998	19. Feb	31	Les juges d'Eurostat font les comptes -> Journal de l'Euro	Vincent Giret/Olivier Lacoste	Reportage
Ex98/26	1998	19. Feb	34	Et si la SPD battait Kohl? -> Journal de l'Euro	Jacques-Pierre Gougeon	Gastbeitrag
Ex98/27	1998	05. Mrz	21	Il faut produire avant de redistribuer	Philippe Lefournier	Konjunkturprognose
Ex98/28	1998	05. Mrz	24	Le décalage de conjoncture entre France et Allemagne persistera-t-il?	Emmanuel Lechypre	Konjunkturprognose

Nummer	Jahrgang	Heft	Seite	Titel	Autor	Art des Artikels
Ex98/29	1998	05. Mrz	46	Le virus technocratique	Krzystof Pomian	Gastbeitrag
Ex98/30	1998	05. Mrz	66-69	Reprise: Tiendra, tiendra pas?	Olivier Lacoste/Laurence Ville	Konjunkturprognose
Ex98/31	1998	19. Mrz	21	Le paradoxal contre-choc asiatique	Philippe Lefournier	Konjunkturprognose
Ex98/32	1998	19. Mrz	41-42	Cinq obstacles sur un chemin pourtant bien balisé -> Journal de l'Euro	Gérard Moatti	Bericht
Ex98/33	1998	19. Mrz	70	La déflation, c'est la faute aux bébés	Laurence Ville	Bericht
Ex98/34	1998	19. Mrz	94-99	Dans les coulisses de l'euro	V.L.B.	Reportage
Ex98/35	1998	02. Apr	27	La crise asiatique se paiera l'an prochain	Philippe Lefournier	Konjunkturprognose
Ex98/36	1998	02. Apr	38	En France, l'inflation n'est qu'on vieux souvenir	Laurence Ville	Bericht
Ex98/37	1998	02. Apr	43	Le Conseil de l'euro, une nouvelle institution est née -> Journal de l'euro	Véronique Le Billon	Bericht
Ex98/38	1998	02. Apr	44	Si la Buba le dit... -> Jde	Blandine Milcent	Bericht
Ex98/39	1998	02. Apr	44	Onze candidats recus, avec réserves -> Journal de l'euro	Olivier Lacoste	Bericht
Ex98/40	1998	02. Apr	45	Les spécialités du terroir Euroland -> Journal de l'euro	Jean-Paul Betbèze	Gastbeitrag
Ex98/41	1998	16. Apr	23	Le grand écart de l'économie mondiale	Philippe Lefournier	Konjunkturprognose
Ex98/42	1998	16. Apr	50	Des ministres très encadrés -> Journal de l'euro	o.V.	Bericht
Ex98/43	1998	16. Apr	50	Dettes publiques: un test politique -> Journal de l'euro	André Gauron	Gastbeitrag
Ex98/44	1998	30. Apr	27	L'euro face á son premier dilemme	Philippe Lefournier	Konjunkturprognose
Ex98/45	1998	30. Apr	24	Une même politique monétaire peut-elle convenir á des pays qui divergent?	Emmanuel Lechypre	Konjunkturprognose
Ex98/46	1998	30. Apr	43-44	Monnaie unique: sérieuse, solide mais manque de souplesse -> Journal de l'euro	Olivier Lacoste	Bericht
Ex98/47	1998	30. Apr	51-62	Dossier: Chirac , Jospin et l'euro. L'histoire secrète d'une conversion	Gérard Moatti	Dossier
Ex98/48	1998	30. Apr	129	Ancienc francs, nouveaux schémas	Jean Boissonnat	Kolumne
Ex98/49	1998	14. Mai	44-46	Banque centrale européenne: la fausse victoire francaise -> Jde	Vincent Giret/Laurence Ville	Bericht
Ex98/50	1998	14. Mai	48	"La BCE devra être aussi transparente que la Fed" -> Journal de l'euro	o.V.	Interview mit Christian de Boissieu
Ex98/51	1998	14. Mai	121	Win, Hans, Jean-Claude et les autres	Jean Boissonnat	Kolumne
Ex98/52	1998	28. Mai	31	L'incroyable dialectique de la crise et de la bulle	Philippe Lefournier	Konjunkturprognose
Ex98/53	1998	25. Jun	38	L'euroscepticisme électoral d'Helmut Kohl	Véronique Le Billon	Bericht
Ex98/54	1998	09. Jul	31-32	Une banque centrale pour onze: mission impossible? - Journal de l'euro	Laurence Ville	Bericht
Ex98/55	1998	09. Jul	32	Bataille autour du magot de la Buba -> Journal de l'euro	Véronique Le Billon	Bericht

Nummer	Jahrgang	Heft	Seite	Titel	Autor	Art des Artikels
Ex98/56	1998	17. Jul	11	L'euro n'enrichira pas les Européens	Rudi Dornbusch, MIT	Gastbeitrag
Ex98/57	1998	27. Aug	33-34	La Banque centrale doit inventer les règles de son jeu	Gérard Moatti	Bericht
Ex98/58	1998	27. Aug	105	L'homme de chêne	Jean Boissonnat	Kolumne
Ex98/59	1998	10. Sep	19	La croissance francaise commence à souffrir	Philippe Lefournier	Konjunkturprognose
Ex98/60	1998	24. Sep	31	La déflation se répand sur l'économie mondiale	Philippe Lefournier	Konjunkturprognose
Ex98/61	1998	24. Sep	58-61	Comment peut-on encore dompter les marchés?	François Lenglet	Bericht
Ex98/62	1998	08. Okt	35	Le trio infernal de la nouvelle politique économique allemande	Thomas Schnee	Bericht
Ex98/63	1998	08. Okt	76-78	La crise financière, premier test pour la nouvelle Europe	Laurence Ville	Meinungen von Patrick Artus
Ex98/64	1998	08. Okt	78	Taux: l'équipe Schröder prend la Buba à contre-pied	V.L.B.	Bericht
Ex98/65	1998	22. Okt	27	Le mot en "R" et le mot en "D"	Philippe Lefournier	Konjunkturprognose
Ex98/66	1998	22. Okt	53-54	Bonn et Paris mettent la Banque centrale européenne sous pression -> Journal de l'euro	Laurence Ville	Bericht
Ex98/67	1998	22. Okt	94	Ce ministre ne respecte rien, pas même la Bundesbank	Thomas Schnee	Portrait Oskar Lafontaine
Ex98/68	1998	05. Nov	56-65	L'histoire secrète de la crise financière	Rédaction de l'Expansion et al.	Dossier
Ex98/69	1998	19. Nov	32	Une inflation égale ou inférieure à zéro est-elle vraisemblable en France?	Béatrice Mathieu	Konjunkturprognose
Ex98/70	1998	19. Nov	46-48	La guerre euro-dollar aura-t-elle lieu? -> Jde	Laurence Ville	Bericht
Ex98/71	1998	04. Dez	16	De nouvelles formes de convergence	Daniel Cohn-Bendit	Gastbeitrag
Ex98/72	1998	04. Dez	17	L'euro sous la menace de la dénatalité	Emmanuel Todd	Gastbeitrag
Ex98/73	1998	04. Dez	40-57	L'euro comme si vous y étiez	Rédaction de l'Expansion	Dossier
Ex98/74	1998	04. Dez	60-64	Barre: la gauche est peut-être une chance pour la France	François Lenglet/François Roche	Interview mit Raymond Barre
Ex98/75	1998	17. Dez	19	La baisse des prix étrangle l'expansion mondiale	Philippe Lefournier	Konjunkturprognose
Ex01/1	2000	21. Dez	29	La décélération américaine ressentie comme une récession	Philippe Lefournier	Konjunkturprognose
Ex01/2	2001	04. Jan	12-15	L'Euroland et la France vont survivre au crash américain	Philippe Lefournier	Konjunkturprognose
Ex01/3	2001	04. Jan	52-53	Europe occidentale: La prospérité résiste toujours aux chocs	Béatrice Mathieu	Konjunkturprognose
Ex01/4	2001	04. Jan	69-83	Dossier: Euro. À un an du jour J, la France n'est pas prête	Véronique Le Billon	Reportage
Ex01/5	2001	18. Jan	87-88	Faites décoller vos placements en misant sur l'effet euro	Franck Dedieu	Anlageberatung

Nummer	Jahrgang	Heft	Seite	Titel	Autor	Art des Artikels
Ex01/6	2001	18. Jan	99	Petite encyclopédie des idées recues: "L'élargissement de l'Europe va affaiblir l'euro"	Emmanuel Lechypre	Bericht
Ex01/7	2001	01. Feb	25	Les Francais ont-ils raison d'être euphoriques?	Philippe Lefournier	Konjunkturprognose
Ex01/8	2001	01. Mrz	41	L'Allemagne est-elle à l'abri du freinage américain?	Danièle Oliveau	Konjunkturprognose
Ex01/9	2001	01. Mrz	119	Europe, c'est ton heure!	Jean Pisani-Ferry	Gastbeitrag
Ex01/10	2001	15. Mrz	39	Du haut de sa croissance, La France regarde l'Allemagne ralentir	Philippe Lefournier	Konjunkturprognose
Ex01/11	2001	29. Mrz	39	L'Amérique nous posera encore un problème en 2002	Philippe Lefournier	Konjunkturprognose
Ex01/12	2001	29. Mrz	42	Les décalages vont-ils perdurer en Europe?	Sébastien Julian	Konjunkturprognose
Ex01/13	2001	29. Mrz	126	Un monde pas si global	Olivier Garnier	Gastbeitrag
Ex01/14	2001	12. Apr	166	Idée recue no 46: Baisser les taux relance la croissance	Emmanuel Lechypre	Bericht
Ex01/15	2001	26. Apr	41	La zone euro est confrontée à la déflation américaine	Philippe Lefournier	Konjunkturprognose
Ex01/16	2001	26. Apr	44	L'inflation est-elle vraiment menacante dans l'Euroland?	Sébastien Julian	Konjunkturprognose
Ex01/17	2001	26. Apr	128	Idée recue no 47: Dévaluer stimule l'export et l'inflation	Emmanuel Lechypre	Bericht
Ex01/18	2001	07. Jun	39	D'un simple trou d'air au retournement du cycle	Philippe Lefournier	Konjunkturprognose
Ex01/19	2001	07. Jun	50	"Le retour de l'inflation tient à des facteurs conjoncturels"	o.V.	Kurzinterview mit François Lemoine (BNP Paribas)
Ex01/20	2001	07. Jun	124	Rapprocher Paris et Berlin	Jean Boissonnat	Kommentar
Ex01/21	2001	07. Jun	126	Idée recue no 49: Le passage à l'euro va faire grimper les prix	Emmanuel Lechypre	Bericht
Ex01/22	2001	21. Jun	27	Orage en vue pour la sociale-démocratie européenne	Alexandre Adler	Gastbeitrag
Ex01/23	2001	21. Jun	90-91	Déficit: Voici les cancres de l'Euroland	Emmanuel Lechypre	Bericht
Ex01/24	2001	05. Jul	32	2002 dans la dépendance d'une éventuelle reprise aux Etats-Unis	Philippe Lefournier	Konjunkturprognose
Ex01/25	2001	05. Jul	34	Face au coup de frein américain, l'Europe peut-elle encore décevoir?	Béatrice Mathieu	Konjunkturprognose
Ex01/26	2001	30. Aug	33	Aux Etats- Unis la récession entre dans une nouvelle phase	Philippe Lefournier	Konjunkturprognose
Ex01/27	2001	13. Sep	28-29	Focus: Monnaie unique	o.V.	Reportage
Ex01/28	2001	13. Sep	39	L'économie francais peut conjurer le chômage et l'inflation	Philippe Lefournier	Konjunkturprognose
Ex01/29	2001	13. Sep	42	L'arrivée de l'euro remet-elle en cause la tendance à la désinflation?	Sébastien Julian	Konjunkturprognose
Ex01/30	2001	13. Sep	88-89	La Poste, épicentre de l'euro big bang	Véronique Le Billon	Reportage
Ex01/31	2001	27. Sep	30	Le mark revient au pays	Thomas Schnee	Reportage

Nummer	Jahrgang	Heft	Seite	Titel	Autor	Art des Artikels
Ex01/32	2001	27. Sep	39	2002 sera l'année de la première récession globale	Philippe Lefournier	Konjunkturprognose
Ex01/33	2001	27. Sep	64-68	Économie: les scénarios	Béatrice Mathieu/Danièle Oliveau/Sébastien Julian	Bericht
Ex01/34	2001	27. Sep	104-105	Ikea-Habitat: euro-micmac sur catalogue	Véronique Le Billon	Reportage
Ex01/35	2001	11. Okt	41	La récession frappe déjà l'industrie francaise	Philippe Lefournier	Konjunkturprognose
Ex01/36	2001	25. Okt	60-64	L'euro, grands moments et petites histoires	Jean Quatremer	Gastbeitrag; Rückblick auf Euro-Entstehung
Ex01/37	2001	25. Okt	66-67	Dix euroconvaincus pour réussir le grand saut	Véronique Le Billon	Porträts
Ex01/38	2001	25. Okt	68-70	Avant l'acte I, remue-ménage en coulisses	Véronique Le Billon/ Clothilde Warin/Laurence Ville	Reportage
Ex01/39	2001	25. Okt	69-70	La BCE penche vers l'Allemagne	Jean Quatremer	Reportage
Ex01/40	2001	25. Okt	72-73	"Une nouvelle identité, après le deuil du franc"	Véronique Le Billon	Interview mit Jacques Birouste (Psychologieprofessor)
Ex01/41	2001	08. Nov	18-19	L'Europe dans tous ses éclats	Vincent Giret	Bericht
Ex01/42	2001	08. Nov	29	Une monnaie pousse-à-l'achat	Véronique Le Billon	Bericht
Ex01/43	2001	08. Nov	86-87	Ca coince sur la route de l'euro	Anne Kappès-Grangé	Bericht
Ex01/44	2001	22. Nov	30	Une devise synonyme de mobilité	Véronique Le Billon	Bericht
Ex01/45	2002	23. Nov	30-31	L'après-mark se jouera à guichets ouverts	Thomas Schnee	Reportage
Ex01/46	2001	22. Nov	39	Les prix baissent partout: attention au risque d'inflation	Philippe Lefournier	Konjunkturprognose
Ex01/47	2001	22. Nov	108-109	Les derniers bastions antieuro	Anne Kappès-Grangé/Thomas Schnee	Reportage
Ex01/48	2001	22. Nov	122-127	La grande saga du Trésor	Laurence Ville/Emmanuel Lechypre	Reportage
Ex01/49	2001	06. Dez	43	La France sauve la zone euro de la récession	Philippe Lefournier	Konjunkturprognose
Ex01/50	2001	06. Dez	52	Les dérobades de la BCE affaiblissent l'euro face au dollar	Béatrice Mathieu	Konjunkturprognose
Ex01/51	2001	20. Dez	28	Bruxelles fête le premier vrai euro	Anne Renaut	Bericht
Ex01/52	2001	20. Dez	48-53	Les prévisions	Philippe Lefournier	Konjunkturprognose
Ex01/53	2001	20. Dez	58-59	Europe occidentale: La forteresse s'est lézardée	Sébastien Julian	Konjunkturprognose

Nummer	Band/Jahrgang	Heft	Seite	Titel	Autor	Art des Artikels
WW81/1	1981	2.1./1+2	3	Schädlich für Scheiche	Hans-Jürgen Kühn	Kolumne
WW81/2	1981	2.1./1+2	8-9	Spiel mit Prozenten	o.V.	Konjunkturprognose
WW81/3	1981	2.1./1+2	10	Inflationserwartungen steigen wieder	o.V.	Konjunkturprognose
WW81/4	1981	9.1./3	8-9	Erhöhte Wachsamkeit	o.V.	Konjunkturprognose
WW81/5	1981	9.1./3	9	Von Gefahr umlauert	o.V.	Konjunkturprognose
WW81/6	1981	16.1./4	9	Teurer Schatz	o.V.	Konjunkturprognose
WW81/7	1981	16.1./4	30-33	Die Mark ist stark	Sigrid Matern-Rehm, Christoph Wehnelt	Interview mit Claus Köhler, Direktorium Buba
WW81/8	1981	30.1./6	30	Bundesbank und Leistungsbilanz	Herbert Giersch	Gastbeitrag
WW81/9	1981	6.2./7	9	In der Falle	o.V.	Konjunkturprognose
WW81/10	1981	13.2./8	3	Zinsumkehr?	Christoph Wehnelt	Kolumne
WW81/11	1981	13.2./8	9	Pro und Contra	o.V.	Bericht
WW81/12	1981	13.2./8	24-25	Kredit ohne Bilanz	o.V.	Bericht
WW81/13	1981	20.2./9	44-50	Zinswettlauf Gefahr für das Wachstum	Hans Matthöfer (Finanzminister)	Gastbeitrag
WW81/14	1981	20.2./9	114	EWS-Bürde	o.V.	Kurzbericht
WW81/15	1981	27.2./10	10	Die Deutschen importieren Inflation	o.V.	Konjunkturprognose
WW81/16	1981	27.2./10	100-101	Die Mark ist stark	o.V.	Finanzmarktbericht
WW81/17	1981	27.2./10	107-108	"Äußerst unkomfortabel"	o.V.	Bericht
WW81/18	1981	6.3./11	8	Doppeltes Risiko	o.V.	Bericht
WW81/19	1981	20.3./13	8-9	Kosten vor Kaufkraft	o.V.	Bericht
WW81/20	1981	20.3./13	146	Ecu-Münzen	o.V.	Kurzbericht
WW81/21	1981	27.3./14	114	Wechselkurssprünge	o.V.	Kurzbericht
WW81/22	1981	3.4./15	16-19	Prügel für die Preise	o.V.	Reportage
WW81/23	1981	3.4./15	32-41	Keine Lust am Pingpong	o.V.	Reportage
WW81/24	1981	3.4./15	36	Geldmengenpolitik - ein Krebsschaden	Johannes Philipp Freiherr von Bethmann	Gastbeitrag
WW81/25	1981	3.4./15	44-46	"Das wäre Brüning-Politik"	Wilfried Herz, Wolf-Dieter Michaeli	Interview mit Finanzminister Hans Matthöfer
WW81/26	1981		3	Pöhls Distanz zu Frankfurt	Christoph Wehnelt	Kolumne
WW81/27	1981	24.4./18	54-59	Keynes ist zu bequem	Wolfram Engels	Gastbeitrag
WW81/28	1981	1.5./19	121	Der Franc fällt	o.V.	Bericht
WW81/29	1981	15.5./21	30	Ölpreis und Geldpolitik	Lothar Müller (Präsident LZB Bayern)	Gastbeitrag
WW81/30	1981	22.5./22	10	Die Wirtschaft rechnet mit nachlassender Inflation	o.V.	Konjunkturprognose
WW81/31	1981	22.5./22	20	An allen Knöpfen spielen	o.V.	Bericht
WW81/32	1981	22.5./22	22	Mitterrands Wirtschaftsberater	o.V.	Bericht
WW81/33	1981	5.6./24	110	Mark-Kurs	o.V.	Kurzbericht
WW81/34	1981	12.6./25	41	Das letzte Stündlein	o.V.	Report
WW81/35	1981	12.6./25	52-58	Die Rolle der Bundesbank	Werner Steuer	Gastbeitrag
WW81/36	1981	12.6./25	102	Bundesbank-Gewinne	o.V.	Kurzbericht
WW81/37	1981	19.6./26	12	Inflationsimport durch schwache Mark	o.V.	Konjunkturprognose
WW81/38	1981	26.6./27	8-10	Der Fehler im System	o.V.	Bericht
WW81/39	1981		8-9	Umstrittene Milliarden	o.V.	Bericht

Nummer	Band/Jahrgang	Heft	Seite	Titel	Autor	Art des Artikels
WW81/40	1981	17.7./30	10	Die schwache Mark treibt die Inflation	o.V.	Konjunkturprognose
WW81/41	1981	24.7./31	12-14	"Eine Gratwanderung"	Dietrich Zwatz, Christoph Wehnelt	Interview mit Buba-Vize Helmut Schlesinger
WW81/42	1981	24.7./31	77	Falsche Adresse	o.V.	Bericht
WW81/43	1981	31.7./32	22	Mit hohen Zinsen leben	Herbert Giersch	Gastbeitrag
WW81/44	1981	7.8./33	9	Monetarismus am Ende?	Manfred Fischer	Bericht
WW81/45	1981	14.8./34	10	Importierte Inflation	o.V.	Bericht
WW81/46	1981	14.8./34	12	Preisauftrieb wird sich verlangsamen	o.V.	Konjunkturprognose
WW81/47	1981	14.8./34	110	Franc-Abwertung	dy	Kurzbericht
WW81/48	1981	11.9./38	10	Frankreichs New Deal für Europa	o.V.	Bericht
WW81/49	1981	2.10./41	10	Von jedem das Beste	o.V.	Bericht
WW81/50	1981	2.10/41	34-40	Visionär im Cockpit	o.V.	Reportage
WW81/51	1981	2.10/41	40-42	"Verstaatlichungen sind verlorenes Geld"	Christian Deysson	Interview mit Alfred Grosser
WW81/52	1981	9.10./42	16-17	Wir die Jagdhunde	o.V.	Bericht
WW81/53	1981	16.10./43	10-12	Kaufkraft gegen Kosten	o.V.	Bericht
WW81/54	1981	16.10./43	14	Inflationsimport wird allmählich gebremst	o.V.	Konjunkturprognose
WW81/55	1981		15	Schonzeit für junge Füchse	Herbert Giersch	Gastbeitrag
WW81/56	1981	30.10./45	19-20	Der Griff ins Polster	o.V.	Bericht
WW81/57	1981	6.11./46	8-10	Tödliche Automatik	o.V.	Bericht
WW81/58	1981	27.11./49	7	Schlesinger geehrt	o.V.	Kurzbericht
WW81/59	1981	27.11./49	8-10	Rechnung präsentiert	o.V.	Interview mit L. Gleske, Mitglied Buba-Direktorium
WW81/60	1981		3	Gefühl fürs Portemonnaie	Wolf-Dieter Michaeli	Kolumne
WW81/61	1981	11.12./51	8-10	Viele Wenn und Aber	o.V.	Bericht
WW81/62	1981	18.12./52+53	16-17	Skepsis auf den Chefetagen	o.V.	Bericht/Umfrage
WW81/63	1981	18.12./52+53	20-22	Chancen für Stabilität	Hans-Jürgen Schmahl	Gastbeitrag
WW83/1	1983	7.1./1+2	10-11	Die Krise kommt noch	o.V.	Konjunkturprognose (Frankreich)
WW83/2	1983		3	Zuckerbrot und Peitsche	Werner Spiegel	Kolumne
WW83/3	1983	25.2./9	8	Rosenmontagszinsen ließen die Bundesbank beim Kassenkredit weich werden	o.V.	Kurzbericht
WW83/4	1983	25.2./9	36-45	Gewandelte Visionäre	o.V.	Reportage
WW83/5	1983	25.2./9	44	"Es bleibt noch viel zu tun"	Pierre Mauroy	Gastbeitrag
WW83/6	1983	25.2./9	45-48	"Wir haben das Vertrauen der Arbeiter"	Christian Deysson	Interview mit Jacques Delors
WW83/7	1983	4.3./10	20	Zinshilfe von der Notenbank	o.V.	Bericht
WW83/8	1983	18.3./12	130-131	Stürme über dem EWS	o.V.	Bericht
WW83/9	1983	25.2./13	3	Das Normale als Schaustück	Manfred Fischer	Kolumne
WW83/10	1983	25.3./13	26-28	Opfer vor dem Sommer	o.V.	Bericht
WW83/11	1983	25.3./13	34	"Aufschwung" und Zinsen	Johann Philipp Freiherr von Bethmann	Gastbeitrag
WW83/12	1983	1.4./14	12	Geldpolitik: Expansion mit Grenzen	o.V.	Bericht
WW83/13	1983	1.4./14	18-19	Gesalzene Rechnung	o.V.	Bericht

Nummer	Band/Jahrgang	Heft	Seite	Titel	Autor	Art des Artikels
WW83/14	1983	8.4./15	88-95	Nur ein Provisorium?	Harmen Lehment	Gastbeitrag
WW83/15	1983	15.4./16	12-14	Zusätzlicher Rückenwind	o.V.	Bericht
WW83/16	1983		20-21	Vor der Belastungsprobe	o.V.	Bericht
WW83/17	1983	22.4./17	24-26	Intervention nicht mehr gefragt	o.V.	Bericht
WW83/18	1983	29.4./18	154-156	US-Zinsen müssen runter	Dieter Hünerkoch/Christoph Wehnelt	Interview mit Karl-Otto Pöhl
WW83/19	1983	13.5./20	14	Der Preisauftrieb verlor weiter an Fahrt	o.V.	Konjunkturprognose
WW83/20	1983	13.5./20	114-115	Lernen kann behindern	Knut Borchardt	Abdruck eines Vortrags
WW83/21	1983	20.5./21	37-40	Gereiztes Klima	o.V.	Bericht
WW83/22	1983	20.5./21	40	Heimweh nach Bretton Woods	o.V.	Bericht
WW83/23	1983	3.6./23	12-14	Vor dem langen Marsch	o.V.	Bericht
WW83/24	1983	3.6./23	14	Preise: Stabiler geht's nicht	o.V.	Bericht
WW83/25	1983	3.6./23	72-74	Furcht vor hohen Zinsen	Hajo Riese	Wirtschaftsgeschichte
WW83/26	1983	10.6./24	14	Preisauftrieb weiter gedämpft	o.V.	Konjunkturprognose
WW83/27	1983	24.6./26	10-11	Völlig losgelöst	o.V.	Bericht
WW83/28	1983	24.6./26	16-18	Neue Negativ-Rekorde	o.V.	Bericht
WW83/29	1983	8.7./28	10-11	"Nicht knieweich werden"	Sigrid Matern-Rehm/Wilfried Herz	Interview mit Hans Tietmeyer (Fin-Staatssekr.)
WW83/30	1983	8.7./28	12	Die Löhne stützen die günstige Preisentwicklung	o.V.	Konjunkturprognose
WW83/31	1983	22.7./30	58-60	Bundesbank schachmatt?	Erich Priewasser	Gastbeitrag
WW83/32	1983	5.8./32	10-11	Mitterrands Lehrgeld	o.V.	Bericht
WW83/33	1983	5.8./32	11-12	"Wir steuern direkt in den Mißerfolg"	Christian Deysson	Interview mit Michel Jobert (frz. Regierungskritiker)
WW83/34	1983	12.8./33	52-55	Ergebnis von Erwartung	Wolfgang Wetter	Gastbeitrag
WW83/35	1983	19.8./34	3	Spiel ohne Joker	Wilfried Herz	Kolumne
WW83/36	1983	19.8./34	7	Verärgerte Notenbank	o.V.	Kurzbericht
WW83/37	1983	19.8./34	16-17	Vorteile in Grenzen	o.V.	Bericht
WW83/38	1983	19.8./34	82	Wenig Angst vor der Inflation	o.V.	Bericht
WW83/39	1983	2.9./36	3	Vorsicht vor der Stagflation	Werner Spiegel	Kolumne
WW83/40	1983	2.9./36	12	Der stakre Dollar treibt die Importpreise	o.V.	Konjunkturprognose
WW83/41	1983	16.9./38	8	Ehrung für Pöhl	o.V.	Kurzbericht
WW83/42	1983	16.9./38	112-116	Ins Horn gestoßen	o.V.	Bericht
WW83/43	1983	23.9./39	10-14	Ende des Attentismus	Werner Spiegel/Werner W. Klingberg	Interview mit Helmut Schlesinger (Buba-Vize)
WW83/44	1983	23.9./39	34-36	"Enorme Verwerfungen"	Sigrid Matern-Rehm/Wilfried Herz	Interview mit Horst Schulmann (ehem. Staatss. FinMin)
WW83/45	1983	23.9./39	66-70	Wieder feste Paritäten?	Peter Bofinger	Gastbeitrag
WW83/46	1983	23.9./39	76-77	Block gegen den Dollar	o.V.	Bericht
WW83/47	1983	30.9./40	14	Der Druck der Importpreise lässt nach	o.V.	Konjunkturprognose
WW83/48	1983	14.10./42	86-94	Die Krise bändigen	Wilhelm Nölling (präsident LZB Hamburg)	Gastbeitrag
WW83/49	1983	21.10./43	104-105	Schneller Szenenwechsel	o.V.	Anlageberatung
WW83/50	1983	28.10./44	14	Die Importpreise beruhigen sich wieder	o.V.	Konjunkturprognose
WW83/51	1983	28.10./44	138-145	Geld aus der Retorte	Gerhard Maier	Gastbeitrag
WW83/52	1983		13	Die Bundesbank ist optimistisch	o.V.	Kurzbericht

Nummer	Band/Jahrgang	Heft	Seite	Titel	Autor	Art des Artikels
WW83/53	1983	11.11./46	48-50	Die Miesen halbiert	o.V.	Bericht
WW83/54	1983	18.11./47	86-90	Kein sinnvoller Kompaß	Werner Steuer	Gastbeitrag
WW83/55	1983	25.11./48	14	Ständig unter Bedrohung	o.V.	Bericht
WW83/56	1983	25.11./48	16	Der Preisauftrieb ist zum Stillstand gekommen	o.V.	Konjunkturprognose
WW83/57	1983	2.12./49	19	Bundesbank: Wunsch und Wirklichkeit	o.V.	Konjunkturprognose
WW83/58	1983	9.12./50	36-43	Grenze für Großkredite	Christoph Wehnelt/Sigrid Matern-Rehm	Interview mit Claus Köhler (Mitglied Buba-Direkt.)
WW83/59	1983	9.12./50	80	Nützliche Information	Horst Bockelmann (Bundesbankdirektor)	Gastbeitrag
WW87/1	1987	2.1./1+2	8	Geldpolitik: Die Wirtschaft braucht klare Signale	Mario Müller	Kommentar
WW87/2	1987	9.1./3	4	Stabilitätsweltmeister Bundesrepublik	o.V.	Konjunkturprognose
WW87/3	1987	9.1./3	88	Zeichendeutung	Wolfram Engels	Kommentar
WW87/4	1987	16.1./4	28-31	Hilfe vom Klassenbesten	o.V.	Bericht
WW87/5	1987	16.1./4	31	Nichts Halbes und nichts Ganzes	o.V.	Kurzbericht
WW87/6	1987	23.1./5	8	IWF in Pariser Hand	o.V.	Kurzbericht
WW87/7	1987	23.1./5	104	Konjunkturrisiken	Wolfram Engels	Kommentar
WW87/8	1987	6.2./7	3	Keine Rückkehr zur Inflation	o.V.	Konjunkturprognose
WW87/9	1987	20.2./9	14-20	Zielzonen im Visier	o.V.	Bericht
WW87/10	1987	27.2./10	4	Gratwanderung Stabilität	o.V.	Konjunkturprognose
WW87/11	1987	27.2./10	8	Währungspakt auf Zeit	o.V.	Kurzbericht
WW87/12	1987	27.2./10	28-31	Folgen der Freiheit	o.V.	Bericht
WW87/13	1987	27.2./10	92-97	Neuauflage der konzertierten Aktion	Edzard Reuter	Gastbeitrag
WW87/14	1987	6.3./11	42	Der Druck auf den Dollar	Herbert Giersch	Gastbeitrag
WW87/15	1987	20.3./13	52	Verlust ordnungspolitischen Denkens	Uwe Jens	Gastbeitrag
WW87/16	1987		37-39	Enttäuschte Erwartungen	o.V.	Bericht
WW87/17	1987			Billige Einfuhr sorgt für Stabilität	o.V.	Konjunkturprognose
WW87/18	1987	24.4./18	23-25	Streit der Theorien	o.V.	Bericht
WW87/19	1987	22.5./22	102-109	Neue Leitidee gesucht	Konrad Handschuch/Rolf-Dieter Grass	Interview mit Karl Schiller (ehem. Wirtschaftsminister)
WW87/20	1987	29.5./23	3	Deflationstal ist durchschritten	o.V.	Konjunkturprognose
WW87/21	1987	26.6./27	3	Die Deflation ist vorüber	o.V.	Konjunkturprognose
WW87/22	1987	26.6./27	76-78	BIP statt Geldmenge	Carl Christian von Weizsäcker	Gastbeitrag
WW87/23	1987	10.7./29	96	Talsohle	Wolfram Engels	Kommentar
WW87/24	1987	31.7./32	60-61	Den Außenwert sichern	Rolf-Dieter Grass	Kommentar
WW87/25	1987	14.8./34	78-82	Money matters	Kurt R. Leube	Gastbeitrag
WW87/26	1987	21.8./35	4	Gelassenheit am Devisenmarkt	o.V.	Konjunkturprognose
WW87/27	1987	21.8./35	86-93	Tal durchschritten	o.V.	Bericht
WW87/28	1987	21.8./35	94-95	Signal nach oben	Karen Heemann/Wolfram Schubert	Interview mit Claus Köhler (Mitglied Buba-Direkt.)
WW87/29	1987	11.9./38	39-42	Französisches Doppel	o.V.	Bericht
WW87/30	1987	11.9./38	236	Stabilitätsgemeinschaft	Wolfram Engels	Kommentar
WW87/31	1987	18.9./39	8	EWS-Irritationen	o.V.	Kurzbericht
WW87/32	1987	2.10./41	98-101	Flop mit dem BIP	Heinz Herrmann (Buba-Volkswirt)	Gastbeitrag

Nummer	Band/Jahrgang	Heft	Seite	Titel	Autor	Art des Artikels
WW87/33	1987	9.10./42	93	Theorie macht Politik	Rolf-Dieter Grass	Bericht
WW87/34	1987	16.10./43	3	Geldmenge auf zu hohem Niveau	o.V.	Konjunkturprognose
WW87/35	1987	16.10./43	37-45	Bonn und Paris: Europas empfindlichstes Bündnis	Ulrich Winkler/Friedrich Thelen/Wilfried Herz	Reportage
WW87/36	1987	30.10./45	100-106	Keine Angst vor Schulden	Willi Leibfritz	Gastbeitrag
WW87/37	1987	6.11./46	14-15	Fehlendes Vertrauen	Ulrich Viehöfer/Karen Heemann	Bericht
WW87/38	1987	6.11./46	17	ratlose Europäer	Harald Hotze	Bericht
WW87/39	1987	6.11./46	20	Investitionen autonom	Wolfgang Baumann (BDI-Volkswirt)	Gastbeitrag
WW87/40	1987	13.11./47	4	Die Mark steigt unaufhaltsam	o.V.	Konjunkturprognose
WW87/41	1987	13.11./47	30-34	Höchste Zeit zum handeln	Wilfried Herz	Bericht
WW87/42	1987	20.11./48	188	Va banque	Wolfram Engels	Kommentar
WW87/43	1987	27.11./49	8	Kein Geldmengenziel?	Hee	Kurzbericht
WW87/44	1987	27.11./49	9	Europas Großindustrie will Währungsunion	UHV	Kurzbericht
WW87/45	1987	27.11./49	14-17	Jetzt erst recht	Ralf-Dieter Brunowsky/Karen Heemann	Bericht
WW87/46	1987	27.11./49	25	Bundesbank: Schwindende Milliarden	Sigrid Matern-Rehm	Kurzbericht
WW87/47	1987	27.11./49	176	Es fehlt ein Anker	Wolfram Engels	Kommentar
WW87/48	1987	11.12./51	3	Zwischen Inflation und Deflation	o.V.	Konjunkturprognose
WW87/49	1987		17	Bundesbank: Lob aus Washington	Wilfried Herz	Kurzbericht
WW90/1	1990	26. 01./4	15-19	Vom Rhein bis zum Ural	Arno Balzer/Hans Jakob Ginsburg/Karen Heemann/Bernd Ziesemer	Bericht
WW90/2	1990	16.02./8	14-26	Ungeheurer Zielkonflikt	Wilfried Herz/Friedrich Thelen	Bericht
WW90/3	1990	16.02./8	26-29	Konflikt der Ziele	Michael Heise	Gastbeitrag
WW90/4	1990	23.2./9	21	Währungsunion: Der Tag X in der DDR	Roland Tichy	Fiktiver Bericht über Währungsunion
WW90/5	1990	23.2./9	24-26	"Falscher Schritt"	Hans-Peter Canibol/Konrad Handschuch	Interview mit Rüdiger Pohl, Sachverständigenrat
WW90/6	1990	2.3./10	40	Schlechte Noten	Konrad Handschuch	Bericht über Umfrage
WW90/7	1990	2.3./10	44	Weg vom Zentrum	Karen Heemann	Bericht
WW90/8	1990	2.3./10	47	"Das reicht noch nicht"	Karen Heemann	Interview mit LZB-Chef Karl Thomas (Hessen)
WW90/9	1990	2.3./10	84-91	Schock im Februar	Manfred Gburek	Bericht
WW90/10	1990	16.3./12	175-180	Neue Basis gesucht	Martin Ebbing/Karen Heemann/Dieter Claassen	Bericht
WW90/11	1990	13.4./16	116-117	Prämie ohne Risiko	Karen Heemann	Bericht
WW90/12	1990	20.4./17	14-18	"Kräftig auf die Bremse"	Arno Balzer/Karen Heemann	Interview mit Helmut Schlesinger (Buba-Vize)
WW90/13	1990	27.4./18	14-18	Goldrausch zu Ende	Arno Balzer/Karen Heemann/Henning Krumrey/Uli Schulte-Döinghaus	Bericht
WW90/14	1990	4.5./19	14-18	Einheit, Vielfalt, Einfalt	Wolfgang Hirn/Friedrich Thelen	Bericht
WW90/15	1990	11.5./20	27-29	Ruhe vor dem Sturm	Konrad Handschuch	Bericht
WW90/16	1990	11.5./20	46-47	Elysée im Tief	Ulrich Winkler	Bericht
WW90/17	1990	18.5./21	41-43	Volle Verantwortung	Karen Heemann/Wolfgang Hirn	Bericht
WW90/18	1990	18.5./21	42	Lotterie ohne Grenzen	Arno Balzer	Kurzbereicht
WW90/19	1990	25.5./22	18	DDR-Verhandlungen: Wissen ist Macht	Hee/Rty	Kurzbericht

Nummer	Band/Jahrgang	Heft	Seite	Titel	Autor	Art des Artikels
WW90/20	1990	1.6./23	32	Signal der Stärke	Wolfgang Hirn	Bericht
WW90/21	1990	8.6. /24	95-98	Zurück in die Zukunft	Karen Heemann	Bericht
WW90/22	1990	8.6./24	99	Nur Fakten beruhigen	Wolfgang Köhler	Bericht
WW90/23	1990	22. 6./26	38	Kräftige Starthilfe	Karl Otto Pöhl	Gastbeitrag
WW90/24	1990	29.6./27	14-19	Mark mit Pappnase	Karen Heemann/Wolfgang Hirn	Bericht
WW90/25	1990	29.6./27	40-50	Die neue Potenz	Arno Balzer/Hans-Peter Canibol/Hans Jakob Ginsburg/ Wilfried Herz/Susanne Pühler	Reportage
WW90/26	1990	5.7./28	29	Umfrage: Die Wirkung der hohen Zinsen	Konrad Handschuch	Kurzbericht über Umfrage
WW90/27	1990	5.7./28	38	Noch keine Entwarnung	Edgar Meister	Gastbeitrag
WW90/28	1990	5.7./28	78-80	Kalifornien und Kalabrien	Wolfram Schubert	Bericht
WW90/29	1990	13.7./29	108	Fragwürdiger Weg	Rold Caesar	Gastbeitrag
WW90/30	1990	13.7./29	112-113	Profit und Moral		
WW90/31	1990	20.7./30	65-66	Lektion verstanden	Karen Heemann	Bericht
WW90/32	1990	27.7./31	12	Nachfrage	o.V.	Konjunktur-Kurzbericht
WW90/33	1990	27.7./31	86-88	Monetäre Radikalkur	Gerhard Maier	Bericht
WW90/34	1990	27.7./31	90-91	Dollar im Dilemma	Wolfram Schubert	Bericht
WW90/35	1990	10.8./33	72-76	Maßvolle Zunahme	Hans-Hermann Francke	Gastbeitrag
WW90/36	1990	10.8./33	76-79	Schub für Europa	Wulfdiether Zippel	Gastbeitrag
WW90/37	1990	17.8./34	12	Geldmenge: Zinsen bremsen	o.V.	Konjunktur-Kurzbericht
WW90/38	1990	17.8./34	82	Bundesbank: Öl statt Briketts	Wsch	Kurzreport
WW90/39	1990	24.8./35	106-109	Akzeptable Anlage	Dieter Claassen, Wolfram Schubert	Bericht
WW90/40	1990	31.8./36	81-84	Powerplay in Brüssel	Karen Heemann	Bericht
WW90/41	1990	7.9./37	14-18	Strafe muß sein	Wolfgang Hirn	Bericht
WW90/42	1990	7.9./37	15	Notenbanken: Am Gängelband	Wolfgang Hirn	Kurzbericht
WW90/43	1990	7.9./37	86-92	Noch nicht begonnen	Beate Reszat	Gastbeitrag
WW90/44	1990	7.9./37	136	Geölte Renditen	Wolfram Schubert	Bericht
WW90/45	1990	14.9./38	38	Föderaler Starrsinn	Karen Heemann	Bericht
WW90/46	1990	14.9./38	38-39	Logik des Rechnens	Konrad Handschuch/ Karen Heemann	Interview mit Otmar Issing
WW90/47	1990	21. 9./39	187	Deutsche Mark: Unter ihrem Wert	AMM	Kurzbericht
WW90/48	1990	28.9./40	32	Laute und leise Töne	Karen Heemann	Bericht
WW90/49	1990	12.10./42	18-21	Riskantes Spiel	Dieter Claassen/Karen Heemann	Bericht
WW90/50	1990	19.10./43	6	"Bonns Lage schwieriger"	Roland Tichy, Friedrich Thelen	Interview mit Francis Maude (stellv. Schatzkanzler GB)
WW90/51	1990	26.10./44	6	EG-Gipfel mit Zündstoff	The	Kurzbericht
WW90/52	1990	26.10./44	12	Inflation: Doppelter Schub	o.V.	Konjunktur-Kurzbericht
WW90/53	1990	26.10./44	21	Kohl hat gesprochen	Wolfgang Hirn	Bericht
WW90/54	1990	26.10./44	59	Gradmesser Stabilität	Wolfgang Roth (SPD-Politiker)	Gastbeitrag
WW90/55	1990	2.11./45	24-26	Pöhl muss sparen	Wilfried Herz	Bericht
WW90/56	1990	9.11./46	12	Preise: Abschied von der Stabilität	o.V.	Konjunktur-Kurzbericht
WW90/57	1990	9.11./46	38	Bundesbank: Das neue Gefühl	Karen Heemann	Kommentar
WW90/58	1990	16.11./47	6-10	Eurofed-Statut steht	Hee	Kurzbericht
WW90/59	1990	30.11./49	138-144	Politischer Druck	Manfred Willms	Gastbeitrag
WW90/60	1990	7.12./50	21-32	Gefahr für die Mark	o.V.	Bericht
WW90/61	1990	7.12./50	29	EG-Zentralbank: Nukleus in Basel	WHI/HEE	Kurzbericht

Nummer	Band/Jahrgang	Heft	Seite	Titel	Autor	Art des Artikels
WW90/62	1990	14.12./51	6	Bonn greift zu Pöhls Gold	WHZ	Kurzbericht
WW90/63	1990	14.12./51	12	Geldpolitik: Zu expansiv	o.V.	Konjunktur-Kurzbericht
WW90/64	1990	14.12./51	131-136	Wunder dauern länger	Harmen Lehment	Gastbeitrag
WW90/65	1990	21.12./52	6	Gegen Spendierlaune	Hee	Kurzbericht
WW93/1	1993	1.1./1	9	Bundesbank: Tricks mit der Geldmenge	Kes	Kurzbericht
WW93/2	1993	1.1./1	28-29	Historischer Irrtum	Ruth Berschens	Bericht
WW93/3	1993	1.1./1	86	Das Zinsverbot der Religionen	Wolfram Engels	Wirtschaftswissenschaft-liche Kolumne
WW93/4	1993	15.1./3	87-88	Die letzte Chance	Wolfram Schubert	Anlageberatung
WW93/5	1993	22.1./4	8	Bundesbank: ZBR-Chef gegen Krupp	Hsh	Kurzbericht
WW93/6	1993	29.1./5	3	Zu kühl kalkuliert	Volker Wolff	Kolumne
WW93/7	1993	29.1./5	43	Reinigendes Gewitter	Otto Schlecht (Ehem. Staatssekr. Wi-Min)	Gastbeitrag
WW93/8	1993	5.2./6	30-31	Selbst blockiert	Lorenz Wolf-Doettinchem	Bericht
WW93/9	1993	5.2./6	37	Weiße Macht	Ruth Berschens	Bericht
WW93/10	1993	12.2./7	34-36	Alte Dame, neuer Glanz	Ruth Berschens	Bericht
WW93/11	1993	12.2./7	126	Fesseln gesprengt	Wolfram Engels	Wirtschaftswissenschaft-liche Kolumne
WW93/12	1993	19.2./8	31-34	Rezept für ein Desaster	Lorenz Wolf-Doettinchem	Bericht
WW93/13	1993	26.2./9	36	Angst im Bauch	Ruth Berschens	Bericht
WW93/14	1993	19.3./12	40-47	Brutaler Schock	Ruth Berschens	Bericht
WW93/15	1993	2.4./14	43-46	Falscher Alarm	Otmar Issing	Gastbeitrag (Antwort auf vorherigen Gastbeitrag)
WW93/16	1993	9.4./15	8	Frankreich: Wachsende Sorge um Deutschland	Rut	Kurzbericht
WW93/17	1993	9.4./15	40	Auf die Finger	Ruth Berschens	Bericht
WW93/18	1993	16.4./17	16-17	Wirkung verpufft	Lorenz Wolf-Doettinchem	Bericht
WW93/19	1993	7.5./19	34-37	"Der Weg ist frei"	Ruth Berschens	Interview mit Edmond Alphandéry (frz. Wi-Min)
WW93/20	1993	14.5./20	12-16	Nur noch Makulatur	Ruth Berschens/Konrad Handschuch/Peter F	Bericht
WW93/21	1993	21.5./21	3	Aufgepumpt	Volker Wolff	Kolumne
WW93/22	1993	21.5./21	34	Auf einen Schlag	Lorenz Wolf-Doettinchem	Bericht
WW93/23	1993	28.5./22	9-10	Euro-Zentralbank: Amsterdam sieht neue Chancen	Ptr	Kurzbericht
WW93/24	1993	11.6./24	78-84	Vor dem Abgrund	Michael Friedrich/Wolfgang Sienel	Bericht
WW93/25	1993	11.6./24	138	In Sorge um die Mark	Wolfram Engels	Wirtschaftswissenschaft-liche Kolumne
WW93/26	1993	18.6./25	9	Manager für Spätstart	lwd	Kurzbericht über Umfrage
WW93/27	1993	25.5./26	14-18	Wie beim Lotto	Lorenz Wolf-Doettinchem	Bericht
WW93/28	1993	25.5./26	15	Franc als neuer Anker?	Ruth Berschens	Kurzbericht
WW93/29	1993	25.5./26	21	Deutliche Dissonanz	Peter Reichert/Friedrich Thelen	Bericht
WW93/30	1993	2.7./27	96-101	Riesiger Tanker	Wolfgang Sienel	Anlageberatung
WW93/31	1993	9.7./28	9	Euro-Zentralbank: Präsident gesucht	The	Kurzbericht

Nummer	Band/Jahrgang	Heft	Seite	Titel	Autor	Art des Artikels
WW93/32	1993	9.7./28	10	Manager fürchten Erosion der Mark	STU	Kurzbericht über Umfrage
WW93/33	1993	16.7./29	28-30	Delikate Frage	Peter Reichert	Bericht
WW93/34	1993	30.7./31	28-29	Wie ein Korsett	Ruth Berschens/Michael Sauga	Bericht
WW93/35	1993	6.8./32	14-18	Absoluter Irrsinn	Konrad Handschuch/Peter Reichert/Friedrich Thelen/Lorenz Wolf-Doettinchem	Bericht
WW93/36	1993	13.8./33	10	Französischer Franc: Paris ist blank	mf	Kurzbericht
WW93/37	1993	13.8./33	73	Kräftiges Indiz	Felix W. Zulauf	Gastbeitrag
WW93/38	1993	20.8./34	14-20	Ungesunde Euphorie	Lorenz Wolf-Doettinchem	Bericht
WW93/39	1993	20.8./34	18	Prekäre Situation	lwd	Kurzbericht
WW93/40	1993	20.8./34	18	Gedämpfte Hoffnung	lwd	Kurzbericht
WW93/41	1993	20.8./34	20	"Vom Aufschwung abgekoppelt"	Birgit Marschall/Lorenz Wolf-Doettinchem	Interview mit Heiner Flassbeck (Konjunkturexperte)
WW93/42	1993	20.8./34	110	Umgang mit Spekulanten	Wolfram Engels	Wirtschaftswissenschaft-liche Kolumne
WW93/43	1993	27.8./35	34-37	Feste Beziehung	Christian Schütte	Bericht
WW93/44	1993	27.8./35	98	Frankreichs Traditionen	Wolram Engels	Wirtschaftswissenschaft-liche Kolumne
WW93/45	1993	3.9./36	27	Auf dem Pulverfass	Ruth Berschens	Bericht
WW93/46	1993	10.9./37	106-108	Intakter Zyklus	Reinhard Siekemeier/Wolfram Schubert	Bericht
WW93/47	1993	24.9./39	14-20	Ein kantiger Charakter	Lorenz Wolf-Doettinchem	Porträt
WW93/48	1993	24.9./39	18	Kampf gegen alte Demonen	Ruth Berschens	Porträt
WW93/49	1993	1.10./40	8	Schlesinger schilt IWF	HSH	Kurzbericht
WW93/50	1993	15.10./42	3	Rückfahrkarte	Volker Wolff	Kolumne
WW93/51	1993	15.10./42	8	Probleme für Tietmeyer	lwd	Kurzbericht
WW93/52	1993	15.10./42	9	Ein Holländer in Frankfurt?	Ptr	Kurzbericht
WW93/53	1993	15.10./42	14-20	Nebelhafte Begriffe	Konrad Handschuch	Bericht
WW93/54	1993	15.10./42	18	Unerfüllbare Eintrittsbedingungen	Lorenz Wolf-Doettinchem	Kurzbericht
WW93/55	1993	29.10./44	3	Sankt Nimmerlein	Volker Wolff	Kolumne
WW93/56	1993	29.10./44	14-21	Brüchiges Fundament	Peter Reichert/Lorenz Wolf-Doettinchem	Bericht
WW93/57	1993	29.10./44	18	Zankapfel sind die Zinsen	lwd	Kurzbericht
WW93/58	1993	29.10./44	132-136	Elastisch anpassen	Wolfram Schubert	Bericht
WW93/59	1993	5.11./45	24-26	Echt was rüber	Angelika Buchholz	Bericht
WW93/60	1993	19.11./47	124	Auf alte Tiefen	Wolfram Schubert	Anlageberatung
WW93/61	1993	19.11./47	182	Konjunkturtrübsal	Wolfram Engels	Wirtschaftswissenschaft-liche Kolumne
WW93/62	1993	10.12./50	21	Einfache Rechnung	Lorenz Wolf-Doettinchem	Bericht
WW93/63	1993	24.12./52	22-23	Eher wie Wellblech	o.V.	Experten über Konjunkturaussichten
WW93/64	1993	24.12./52	24-25	Nichts zu holen	Jens Tartler	Bericht über Umfrage
WW93/65	1993	24.12./52	28-30	"Demokratie lebt vom Wechsel"	Konrad Handschuch/Friedrich Thelen/Volker Wolff	Interview mit Klaus Kinkel

Nummer	Band/Jahrgang	Heft	Seite	Titel	Autor	Art des Artikels
WW93/66	1993	24.12./52	34-36	Arrogante Institution	Christian Deysson	Bericht
WW98/1	1998	8.1./3	14-16	Große Entfremdung	Friedrich Thelen/Annette Ruess	Bericht
WW98/2	1998	15.1./4	8	Paris und Bonn geschlagen	DU	Kurzbericht
WW98/3	1998	29.1./6	9-11	Keine Altersgrenze	RUT	Kurzbericht
WW98/4	1998	29.1./6	11	Feuerprobe für Trichet	RUE	Kurzbericht
WW98/5	1998	12.2./8	8-9	Euro kaum zu stoppen	EIN/DU	Kurzbericht
WW98/6	1998	19.2./9	170-171	Deutschland: Keine Angst vor der Deflation	Christian Schütte	Konjunkturprognose
WW98/7	1998	5.3./11	12	Trichet sorgt für Aufregung	RUE	Kurzbericht
WW98/8	1998	19.3./13	16-22	Der Aufbruch ins Ungewisse	Ruth Berschens/Monika Dunkel	Bericht
WW98/9	1998	19.3./13	22	Run auf den Euro?	DU	Kurzbericht
WW98/10	1998	19.3./13	36-37	"Unser Konzept steht"	Konrad Handschuch/Friedrich Thelen	Interview mit Theo Waigel
WW98/11	1998	2.4./15	28-29	Perfekte Abschottung	Monika Dunkel	Bericht
WW98/12	1998	9.4./16	72-75	Die Kosten der neuen Einheit	Jutta Hoffritz	Reportage
WW98/13	1998	16.4./17	3	Grausames Erwachen	Stefan Baron	Kolumne
WW98/14	1998	23.4./18	9	Kampf um den Chefsessel	THE	Kurzbericht
WW98/15	1998	30.4./19	23	Stark wie die Mark	Ruth Berschens/Konrad Handschuch/Christian Schütte	Porträt
WW98/16	1998	30.4./19	54	Der Kanzler weiß - und schweigt	o.V.	Kurzbericht
WW98/17	1998	7.5./20	11	"Munition sammeln"	OGE	Kurzinterview mit Daniel Cohen (Berater von Jospin)
WW98/18	1998	7.5./20	16-17	Euro-Dämpfer	Ruth Berschens/Monika Dunkel/Friedrich Thelen	Bericht
WW98/19	1998	7.5./20	17	Danke, Monsieur Chirac	Klaus Methfessel	Kommentar
WW98/20	1998	7.5./20	20-21	"Aus Brüssel wäre ich abgereist"	Christian Ramthun/Friedrich Thelen	Interview mit Otto Graf Lambsdorff
WW98/21	1998	14.5./21	29	Deflation im Euroland?	Christian Schütte	Kommentar
WW98/22	1998	4.6./24	24	Kein degenerativer Prozess	Horst Siebert	Gastbeitrag
WW98/23	1998	11.6./25	11	"Leicht mutieren"	DU	Kurzinterview mit Joachim Fels (Ökonom)
WW98/24	1998	18.6./26	28-36	Volk ohne Symbol	Bernd Ziesemer	Bericht
WW98/25	1998	18.6./26	40-41	"Geist des Kindergartens"	Annette Ruess/Bernd Ziesemer	Interview mit André Glucksmann
WW98/26	1998	2.7./28	33-36	Knistertauglich	Sven Afhüppe/Monika Dunkel	Bericht
WW98/27	1998	9.7./29	92-98	Bei bester Gesundheit	Stephanie Heise	Anlageberatung
WW98/28	1998	24.9./40	12	Auf der Jagd nach Orcada	HR	Kurzbericht
WW98/29	1998	1.10./41	9	Welteke und Hesse vorn	HR	Kurzbericht
WW98/30	1998	1.10./41	36-42	Internationale Logik		
WW98/31	1998	1.10./41	64-65	Jetzt so gut wie einig	Ruth Berschens	Bericht
WW98/32	1998	15.10./43	40-42	Europa wird rot	Ruth Berschens/Monika Dunkel/ Manfred Fischer/Annette Ruess	Bericht
WW98/33	1998	22.10./44	28-31	"Sofort anfangen"	Monika Dunkel/Klaus Methfessel	Interview mit Hans-Jürgen Krupp (LZB Nord)
WW98/34	1998	29.10./45	28-29	Der Einflüsterer	Malte Fischer	Porträt Heiner Flassbeck
WW98/35	1998	5.11./46	16-18	Mit heißer Nadel	Konrad Handschuch	Bericht

Nummer	Band/Jahrgang	Heft	Seite	Titel	Autor	Art des Artikels
WW98/36	1998	5.11./46	17	Nach Oskars Pfeife tanzen	Klaus Methfessel	Kommentar
WW98/37	1998	5.11./46	18-19	"Stunde der Wahrheit"	Ruth Berschens	Interview mit Währungskommissar de Silguy
WW98/38	1998	5.11./46	20-21	Küchenkabinett	Peter Gräf	Porträt von Christa Müller (Frau von Lafontaine)
WW98/39	1998	12.11./47	22-24	"Führung tut not"	Klaus Methfessel/Peter Poppe	Interview mit Banken-präsident Kohlhaussen
WW98/40	1998	12.11./47	40-51	Nicht totzukriegen	Malte Fischer/Olaf Gersemann	Bericht
WW98/41	1998	26.11./49	24	Neue Eilte in Frankfurt	Lothar Gries	Reportage
WW98/42	1998	26.11./49	46	Die Bürger mißtrauen der EU	o.V.	Kurzbericht
WW98/43	1998	17.12./52	16-19	Fragile Festung	Monika Dunkel/Lothar Gries	Bericht
WW98/44	1998	17.12./52	22-24	"Immer fordert jemand etwas"	Monika Dunkel/Lothar Gries	Interview mit Otmar Issing
WW98/45	1998	17.12./52	42-50	Schlimmes Erwachen	Malte Fischer	Bericht
WW98/46	1998	17.12./52	48	"Geldpolitik hat reagiert"	MFI	Kurzinterview mit Heiner Flassbeck
WW98/47	1998	17.12./52	68-70	Wer zu spät kommt…	Stefanie Burgmaier/Jürgen Homeyer/Franz W. Rother/Lothar Schnitzler	Reportage
WW98/48	1998	31.12./1	16-17	Lafontaine zum Trotz	Olaf Gersemann	Bericht über Umfrage
WW01/1	2001	4.1./1+2	44-45	Frankreich: Die große Euphorie ist vergangen	Malte Fischer	Konjunkturprognose
WW01/2	2001	11.1./3	118-120	Noch nicht reagiert	Olaf Gersemann/Lothar Gries/Kai Peter Rath	Bericht
WW01/3	2001	8.2./7	24	"Regierung zu optimistisch"	Sven Afhüppe	Kurzinterview mit Horst Siebert (Wirtschaftsforscher)
WW01/4	2001	22.2./9	46-47	Deutschland: Warten auf die Notenbank	Malte Fischer	Konjunkturprognose
WW01/5	2001	1.3./10	18-21	Geld im Bunker	Lothar Gries	Reportage
WW01/6	2001			Letzte Verantwortung	Lothar Gries	Bericht
WW01/7	2001	29.3./14	26	Schlacht von gestern	Malte Fischer/Lothar Gries	Bericht
WW01/8	2001	12.4./16	20-21	Eichels Elchtest	Sven Afhüppe	Bericht
WW01/9	2001	19.4./17	54-55	Deutschland: Warten auf die Zinssenkung	Malte Fischer	Konjunkturprognose
WW01/10	2001	26.4./18	20-21	Gefangene der Märkte	Sven Afhüppe/Malte Fischer/Olaf Gersemann	Bericht
WW01/11	2001	26.4./18	22-25	"Politik der ruhigen Hand"	Sven Afhüppe/Klaus Methfessel	Interview mit Hans Tietmeyer
WW01/12	2001	26.4./18	36	Euro-Start mit Präsident N.N.	Konrad Handschuch	Kurzbericht
WW01/13	2001	26.4./18	44-45	Frankreich trotzt der weltweiten Flaute	Malte Fischer	Konjunkturprognose
WW01/14	2001	3.5./19	17	"Schwerer Fehler"	OGE/SAF	Kurzinterview mit Bundesbank-Vize Stark
WW01/15	2001	3.5./19	18	Nichts zu prüfen	SAF	Kurzbericht
WW01/16	2001	10.5./20	38-40	Mit allen Tricks	Sven Afhüppe/Malte Fischer/Lothar Gries/Claus Gorgs	Reportage
WW01/17	2001	31.5./23	20	Erholung nicht in Sicht	LG	Kurzbericht
WW01/18	2001	14.6./25	38-41	Bremser sitzen überall	Sven Afhüppe/Olaf Gersemann/Friedrich Thelen	Interview mit Horst Köhler (IWF-Chef)
WW01/19	2001	21.6./26	50-51	Konsum droht als Stütze wegzubrechen	Silke Wettach	Konjunkturprognose

Nummer	**Band/Jahrgang**	**Heft**	**Seite**	**Titel**	**Autor**	**Art des Artikels**
WW01/20	2001	28.6./27	30-33	"Wer spart, muss kämpfen"	Sven Afhüppe/Friedrich Thelen	Interview mit Fin-Min Hans Eichel
WW01/21	2001	12.7./29	46-47	Rezepte gegen die Konjunkturschwäche	Malte Fischer	Konjunkturprognose
WW01/22	2001	9.8./33	38-39	Der Druck auf die Euro-Hüter wächst	Malte Fischer	Konjunkturprognose
WW01/23	2001	23.8./35	31	"Nicht die Hände in den Schoß legen!"	Lothar Gries/Bert Losse	Kurzinterview mit Bundesbank-Vize Stark
WW01/24	2001	30.8./36	46-47	Die Zweifel an der Notenbank nehmen zu	Malte Fischer	Konjunkturprognose
WW01/25	2001	30.8./36	158	Unter der Matratze	David Fairlamb	Artikelzitat aus BusinessWeek
WW01/26	2001	13.9./38	26-27	Pures Gift	Bert Losse	Bericht
WW01/27	2001	27.9./40	22-27	Ungeliebtes Geld	Malte Fischer/Lothar Gries/Konrad Handschuch/Bert Losse	Reportage
WW01/28	2001	27.9./40	30	"Die EZB hat sich zu wenig Disziplin auferlegt"	Malte Fischer	Interview mit Jürgen v. Hagen (Währungsexperte)
WW01/29	2001	4.10./41	50-51	EZB-Stimulus erst nach Verzögerung	Silke Wettach	Konjunkturprognose
WW01/30	2001	11.10./42	34	Gefahr für den Euro	Konrad Handschuch	Kurzbericht
WW01/31	2001	11.10./42	54-58	Geschlossene Gesellschaft		
WW01/32	2001	25.10./44	22-27	Angst vor dem Absturz	Sven Afhüppe/Malte Fischer	Bericht
WW01/33	2001	1.11./45	24-29	Anfang vom Niedergang	Sven Afhüppe/Malte Fischer	Bericht
WW01/34	2001	29.11./49	22-29	Gegen Wände		
WW01/35	2001	20.12./52	70-72	Grund zum Feiern	David Marsh	Gastbeitrag

Eidesstattliche Erklärung

Hiermit erkläre ich, dass ich die vorliegende Arbeit selbständig und ohne Benutzung anderer als der angegebenen Hilfsmittel angefertigt habe. Alle Stellen, die wörtlich oder sinngemäß aus veröffentlichten und nicht veröffentlichten Schriften entnommen wurden, sind als solche kenntlich gemacht. Die Arbeit ist in gleicher oder ähnlicher Form oder auszugsweise im Rahmen einer anderen Prüfung noch nicht vorgelegt worden.

Passau den 23.09.2009

Martin Boekstiegel